Redebuch

2017

Initiative Bremer Montagsdemo: Beiträge

2004 – 2005 – 2006 – 2007 – 2008 – 2009 – 2010 –
2011 – 2012 – 2013 – 2014 – 2015 – 2016 – 2017

www.Bremer-Montagsdemo.de

Zusammengestellt und laufend ergänzt
von G. D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder
www.Gerolf.org

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet
Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt
Ich habe mich immer aus der Not gerettet
Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

Ursula Gatzke

Bremer Montagsdemo

2017

Grundsätze

Januar: **599. 600. 601. 602.**

Februar: **603. 604. 605. 606.**

März: **607. 608. 609. 610.**

April: **611. 612. 613.**

Mai: **614. 615. 616. 617.**

Juni: **618. 619. 620.**

Juli: **621. 622. 623. 624. 625.**

August: **626. 627. 628. 629.**

September: **630. 631. 632. 633.**

Oktober: **634. 635. 636. 637. 638.**

November: **639. 640. 641. 642.**

Dezember: **643. 644. 645.**

Kontakt Flugblatt

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

1. Die Montagsdemonstration ist eine **überparteiliche Aktion** der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
2. Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das **Offene Mikrofon** zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine **Koordinierungsgruppe** gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
5. Die Koordinierungsgruppe fördert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt **gemeinsame Aktivitäten**. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
6. Die Koordinierungsgruppe organisiert **Vorbereitungstreffen** der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern der 26. Bremer Montagsdemo

Bremer Montagsdemo

Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern „neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

599. Bremer Montagsdemo

am 09. 01. 2017

Die Alten

Dieses Gedicht widme ich meinem Vater, aber es ist auch ein Gedicht über die Generation, die im Zweiten Weltkrieg aufgewachsen ist, in Russland, Deutschland, Polen oder der Ukraine.

Die Alten, die gehen,
Ob friedlich oder nicht,
Ihr Weg ist zu Ende,
Und erlöscht wird ihr Licht.

Im Krieg aufgewachsen,
Mit Hunger und Not,
Sie vermissten die Väter,
Verdienten schwer nur ihr Brot.

Sie bauten die Länder
Wieder auf nach den Kriegen,
Sie bauten sich Häuser,
Legten Kinder in Wiegen.

Sie liebten das Leben,
Waren manchmal auch stur,
Sie waren so eben,
Wie sie sind von Natur.

Sich verstellen und lügen,
Fiel den Alten sehr schwer.
Sie wurden ganz einsam
Und stellten sich quer.

Doch, liebe Mitmenschen,
Ohne sie wäre nichts:
Sie gaben uns Leben,
Das Haus und das Licht.

Jetzt müssen sie gehen,
Stellen uns an dem Rand.
Wie die Enkel aufwachsen,
Liegt in unserer Hand.

Im Krieg, ohne Väter,
Mit Hunger und Not?
Steht doch auf für den Frieden,
Kämpft für Waffenverbot!

Mensch, egal welcher Farbe
Und auch mit welchen Pass,
Steh doch auf gegen Hetze,
Gegen Krieg und den Hass!

Valentina Schneider

Die Bremer Montagsdemo trauert um ihren langjährigen Mitstreiter **Karl-Heinz Daub**. Er hat sich bis ins hohe Alter geistig und körperlich fit gehalten und schließlich sogar dem Krebs noch mit 93 Jahren Widerstand geleistet. Karl-Heinz hinterlässt eine schmerzliche Lücke. Seine Herzlichkeit, Menschlichkeit und sein Kampfesmut werden immer ein Vorbild für uns sein. Bis zuletzt setzte er sich mit ganzer Kraft für eine sozialistische Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung ein. Die Urnenbeisetzung ist am Freitag, dem 20. Januar 2017, um 12:30 Uhr auf dem Friedhof Huckelriede in Bremen. Im Anschluss daran findet eine Gedenkfeier statt.

Das ist eine traurige Nachricht zum Jahresbeginn. Verlassen hat uns ein beständiges, langjähriges Mitglied und markantes Gesicht nicht nur der Montagsdemo. Hier im Hintergrund bei einer seiner typischen Aktivitäten neben seinen unvergleichlichen Rundgängen mit der Spendendose um den Hals oder dem erfolgreichen Anbieten und Verkaufen von Zeitungen. Ich habe Karl-Heinz in guter Erinnerung als zuverlässigen Aktivisten trotz seiner zurückhaltenden Art, und nur diese habe ich gut kennen gelernt, denn ich bin ja erst seit 2011 bei der Montagsdemo. Sein hohes Alter habe ich nie richtig wahrgenommen. Nachstehend mein letztes Foto von ihm bei der spärlich besuchten Montagsdemo am 4. Juli 2016, als er unbeirrt eine „seiner“ wichtigen Positionen besetzt hat. Auch bei manchen „Partys“ war er dabei, zum Beispiel bei Sommerfesten, dem Baden an der Kleinen Weser oder der Klimademo 2015 als Fahnenträger.

Helmut Minkus

Butterwegge for President!

1. Aus den aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes geht hervor, dass in den letzten Jahren die **Kaltmieten** in keinem anderen Bundesland so stark angestiegen sind wie ausgerechnet in Bremen, nämlich um knapp 14 Prozent. Während bundesweit etwa jeder zweite Bürger in den eigenen vier Wänden lebt, sind es im kleinsten Bundesland nur 40 Prozent. So sind 60 Prozent der Bremer(innen)

von diesem happigen Preisanstieg betroffen. Dazu fehlen in der Hansestadt auch noch ausreichend günstige Wohnungen. Der Preisanstieg wird von den Bremer „Verbraucherschützern“ mit zunehmend exklusivem Wohnungsbau erklärt. Dafür scheint Bremen Geld zu haben!

Für die immer zahlreicher werdenden Menschen mit äußerst niedrigen Einkommen hingegen ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt – nett ausgedrückt – angespannt, aber in Wirklichkeit schlicht katastrophal. Für mich ist es offensichtlich, dass Bremen den Ausbau von bezahlbarem Wohnraum ebenso verpennt wie den Ausbau von Kindergartenplätzen. Ab dem Schuljahr 2017/18 fehlen auch noch 24 Grundschulklassen; schließlich war es einfach nicht vorauszusehen, dass alle Neugeborenen älter werden, wachsen, Betreuungsplätze in Krippen, Kindergärten und Schulen benötigen würden!

Der Eigentümerverband „Haus & Grund“ bagatellisiert den Anstieg bei den Mietpreisen als „normal“, weil diese in Bremen über viele Jahre hinweg „sehr niedrig“ gewesen seien. Mit der Erhebung seiner Zahlen bezieht sich das Statistische Bundesamt auf das Jahr 2014. Demnach lag damals in Deutschland die monatliche Bruttokaltmiete im Durchschnitt bei 473 Euro. Im krassen Widerspruch zur Auffassung des Grundbesitzerverbands lag Bremen mit durchschnittlich mehr als sieben Euro pro Quadratmeter bereits in der Spitzengruppe mit Hamburg, Berlin und dem Großraum München.

Es liegt auf der Hand, dass die aktuellen Mietpreise im neuen Jahr eher weiter in die Höhe schnellen werden als zum Stillstand kommen. Als ob diese Schwierigkeiten nicht schon völlig ausreichten, besteht nun auch noch eine große Differenz zwischen dem tatsächlich, vom Vermieter verlangten Mietpreis und der zugebilligten Mietobergrenze für Hartz-IV-Berechtigte, Aufstocker, Alte und Kranke als Bezieher der angeblichen Grundsicherung. Obwohl die Mietobergrenze für Einzelpersonen von Januar 2014 stammt, wird nur der Mondpreis von 377 Euro den Jobcentern gewährt. Bremen richtet sich bis heute danach!

Von wegen, durch eine Erhöhung der Mietobergrenzen würden die Mieten in Bremen besonders steigen! Das tun sie auch so, und die Hartz-IV-Berechtigten haben das Nachsehen. Leider gibt es wohl auch Beratungsstellen „für“ Hartz-IV-Berechtigte, die von der Bundesagentur für Arbeit bezahlt werden und den Ratsuchenden lapidar mitteilen, dass es keine Möglichkeit gebe, sich dagegen zu wehren, dass die Jobcenter nicht die volle (wirklich niedrige) Miete übernehmen. Die Betroffenen sollen sie sich im wahrsten Sinne des Wortes vom Munde absparen. Mir fällt dazu nur ein: „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“.

Doch wollen wir nicht das Grundrecht auf Wohnen vergessen, das selbstverständlich auch für Hartz-IV-Berechtigte gilt. Weil es für 377 Euro im Monat keine Wohnungen neu anzumieten gibt, fehlt Bremen ein schlüssiges Konzept, um den Wohnungssuchenden zu einer Wohnung zu verhelfen. Da nun aber das Wohngeld 2016 erhöht wurde, müssen sich auch die Bremer Jobcenter nach dieser mehr zubilligenden Mietobergrenze richten. Mir ist aus sicherer Quelle zu Ohren gekommen, dass alle Betroffenen, die von ihrem kargen Regelsatz auch noch

einen Eigenanteil für Miete abzwacken müssen, jetzt sofort zum Jobcenter gehen und sich ihr Geld abholen können. Natürlich empfiehlt es sich wie immer, dort nicht allein hinzugehen.

Es heißt, die Jobcenter würden es am liebsten ganz vermeiden, einen Prozess zu führen, den sie mit großer Wahrscheinlichkeit verlieren würden. Auch die sogenannte Mietpreisbremse ist in Bremen nur ein trauriger Witz. Wer kann nachweisen, dass bei Neuvermietungen die Miete um mehr als zehn Prozent angehoben wurde, und welcher neue Mieter legt sich sogleich mit dem Vermieter an, wenn er anschließend bei seinem Kampf allein gelassen wird? Welcher Mieter blickt da eigentlich durch?

2. Der von der Partei „Die Linke“ als **Bundespräsident** vorgeschlagene Armutsforscher Christoph Butterwegge sagt in einem Interview, er hätte in seiner Weihnachtsansprache versucht, die Bevölkerung aufzurütteln, damit sie sich den sozialen Problemen in unserem Lande zuwenden, statt sich weiter mit der Gefahr von Terroranschlägen zu beschäftigen. Offenbar hätten die bisherigen Bundespräsidenten das Problem der zunehmenden Spaltung in Arm und Reich zu wenig gewürdigt. Er würde dies mit der Macht des Wortes zu einem großem gesellschaftlichem Thema machen, mit der Konsequenz, dass Umverteilung „von oben nach unten“ erfolgen müsse.

Skandalisieren heiße für ihn, laut zu sagen, dass Armut in einem reichen Land der Menschenwürde widerspreche und einer Gesellschaft, die sich als Wohlfahrtsstaat verstehe, ein Armutszeugnis ausstelle. Bei uns herrsche eine Ideologie, wonach Reiche deshalb reich seien, weil sie „viel geleistet“ hätten. Wer arm sei, gelte daher als Versager, Drückeberger und Faulenzer, der es verdient habe, im Hartz-IV-Bezug oder „in der Gosse“ zu landen. Wer nach der Währungsreform 1948 zu großem Wohlstand kam, hatte sich diesen oft eben nicht selbst verdient, weil manche Westdeutsche neben Bargeld schon vorher Grundstücke, Immobilien und Fabriken besaßen.

Butterwegge steht für ein rot-rot-grünes „Zukunftsprojekt“ und wünscht sich ein breites Bündnis gegen die Spaltung der Gesellschaft. Der „Kardinalfehler“ der Linken sei für ihn, dass es keine gemeinsame Strategie gebe, um das Vermächtnis Willy Brands zu erfüllen, eine „Mehrheit diesseits der Union“ zu schaffen. Stattdessen habe die Große Koalition die AfD stark gemacht. Ich finde, es spricht sehr für Butterwegge, dass er aus Protest gegen die Agenda 2010 aus der SPD ausgetreten ist. Eigentlich habe gar nicht *er* die SPD verlassen, sondern *sie* habe ihre Grundwerte verraten und Zehntausenden von Mitgliedern, die daran festhielten, keine andere Möglichkeit als den Parteiaustritt gelassen.

Butterwegge hofft, dass die SPD und die Grünen die Agenda 2010, die Hartz-Gesetze, die Riester-Rente und die Gesundheitsreformen kritisch hinterfragten.

Es sei Zeit für mehr Solidarität und soziales Verantwortungsbewusstsein, wenn der gesellschaftliche Zusammenhalt gesichert werden solle. Dies sei ohne eine gerechtere Einkommens- und Vermögungsverteilung unmöglich. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit sei dem Aufschwung der Weltkonjunktur von 2005 bis 2008 zu verdanken. Außerdem sei der Rückgang der offiziell registrierten Arbeitslosigkeit mit einer Ausweitung der prekären Beschäftigung erkauft.

Dies alles zu einem großen Erfolg zu verklären, ignoriere die unsozialen Folgen der Agenda-Reformen. Deutschland stünde auch ohne Agenda 2010 wirtschaftlich gut da. Wäre der Druck, der auf Arbeitslose ausgeübt werde, auch Unternehmern, Managern und Personalchefs übergestülpt worden, hätte es auch ohne die Agenda mehr Beschäftigte gegeben. Theoretisch hätte auch eine Stimmung erzeugt werden können, die es ächtet, wenn Menschen zugunsten einer höheren Rendite entlassen würden. Mit dem Postulat von Ex-Bundeskanzler Schröder, es gebe kein „Recht auf Faulheit“, wurde Stimmung gegen Langzeitarbeitslose gemacht statt gegen die für die Wirtschafts- und Finanzkrisen letztlich Verantwortlichen.

Doch stiegen die Armen leider nicht auf die Barrikaden, weil sie ganz andere Sorgen hätten. Die alleinerziehende Mutter im Hartz-IV-Bezug, die am 20. des Monats nichts mehr zu essen für ihre Kinder habe, könnte schon aus Geldmangel kaum zum Demonstrieren nach Berlin fahren. – Dieses Interview motivierte mich zu einem Leserbrief an den „Weser-Kurier“, der bis auf meine Forderung im letzten Satz am 6. Januar 2017 ganz abgedruckt wurde:

„Christoph Butterwegge spricht mir von ganzem Herzen aus der Seele: Es ist überfällig, der sogenannten sozialen Spaltung in unserem eigentlich sehr reichen Deutschland endlich ebenso Einhalt zu gebieten wie der totalen Verdrehung von Wertvorstellungen! Wieso wird mit der größten Selbstverständlichkeit Hartz-IV- Berechtigten pauschal unterstellt, „sozial schwach“ zu sein? Wenn am Ende des Geldes noch ganz viel Monat übrig ist, soll es daran liegen, dass Langzeiterwerbslose, Alleinerziehende, Alte und chronisch Kranke alle nicht wirtschaften können, nicht mit Geld umgehen?

Dabei müsste es sich doch längst herumgesprochen haben, dass die Grundsicherung gar keine ist, weil sie eben nicht ausreicht, ein soziokulturelles Existenzminimum zu gewährleisten. Sozial schwach sind daher also keinesfalls die Ärmsten und finanziell Schwachen in unserer Gesellschaft, sondern zum Beispiel solche Politiker, die so lange mit abenteuerlichen Behauptungen, willkürlichen Eingriffen in die Statistik und mit Mondpreisen an der Sparschraube drehen, bis dabei eben solche absurd niedrigen Regelsätze herauskommen.

Sozial schwach finde ich auch jene Unternehmen, die sich erdreisten, ihren Angestellten derart niedrige Löhne auszuzahlen, dass davon niemand vegetieren, geschweige denn leben kann und sich als Aufstocker noch Geld aus dem Hartz-IV-Topf holen muss. Hier schmarotzt dann jener Unternehmer, lässt sich staatlich subventionieren, weil das, was er an den Löhnen spart, von der Gesellschaft mit Sozialleistungen obendrauf gepackt wird. Auch der Mindestlohn ist viel

zu niedrig, um davon leben, gar als Rentner ein auskömmliches Dasein in Würde fristen zu können. Wenn der Mindestlohn um popelige 32 Cent steigt, die Politikerdiäten jedoch um 830 Euro, dann darf sich eigentlich niemand mehr wundern, dass immer weniger Menschen zur Wahl gehen. Darum: Christoph Butterwegge for President!“

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Ein IS-Faschist an der „langen Leine“ des Staatsapparats

Ein glückliches, gesundes und kämpferisches Jahr 2017 allen Mitstreitern! Leider muss ich mit einer traurigen Nachricht beginnen: Mit 93 Jahren ist unser Mitstreiter Karl-Heinz gestorben, der hier noch bis vor Kurzem unser Transparent getragen hat. Er hat sich immer für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, für Gerechtigkeit, Frieden und Sozialismus eingesetzt. Er bleibt uns ein Vorbild!

Am 19. Dezember war unsere letzte Montagsdemo im Jahr 2016. Anschließend hatten wir eine schöne Weihnachtsfeier. Doch genau an diesem Abend gab es einen faschistischen Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt mit zwölf Toten. Der Attentäter, IS-Faschist Amri, war der Polizei

gut bekannt und galt als „Gefährder“. Warum wurde er nicht eingesperrt? Es hat mehrfach Anschläge angekündigt, eine Bauanleitung zum Bombenbau gesucht, wollte großkalibrige Schnellfeuergewehre haben. Das alles wussten die Polizei und der Geheimdienst! 14 verschiedene Identitäten hatte er angenommen.

Amri lief an der „langen Leine“ des Staatsapparats und hat geliefert, was er sollte. Sein Anschlag kam wie gerufen, denn sofort danach erfolgte eine Verschärfung der Gesetze. Den Flüchtlingen wird in die Schuhe geschoben, was ihre ärgsten Feinde tun. Innenminister de Maizière verlangt die Aufrüstung des „Verfassungsschutzes“ als Bundes-Geheimpolizei, Seehofer die massive Abschiebung, und selbst die „Linke“ Sarah Wagenknecht entblödet sich nicht, die Grenzöffnung für das Geschehen verantwortlich zu machen.

Über 500 sogenannte Gefährder gibt es in Deutschland. Man lässt sie schalten und walten, siehe NSU-Morde. Faschisten müssen konsequent bestraft und ihre Organisationen und Propaganda verboten werden! Dann hätte Amri sofort eingesperrt werden können und müssen. Asylrecht für alle Verfolgten auf antifaschistischer Grundlage! Afghanistan ist kein sicheres Herkunftsland. Selbst die Integrationsbeauftrate der Bundesregierung, Aydan Özoguz, sagt: „Es entbehrt nicht des Zynismus zu sagen, ihr müsst zurück, weil wir eine Stelle in eurem Land gefunden haben, wo gerade keine Bombe hochgeht“.

Zwischendurch erfahren wir die Rentenhöhe von Ex-VW-Vorstandschef Winterkorn: Es sind 3.100 Euro, aber nicht etwa im Monat – das würde die allermeisten hoch erfreuen, liegt doch das Rentenniveau derzeit für Frauen bei 700 und für Männern bei 900 Euro monatlich – nein: Der Abgas-Verbrecher bekommt diese Summe *pro Tag!* Winterkorn ist hochgradig verantwortlich für die betrügerische Schadstoffmanipulation bei Volkswagen, die nicht nur Milliarden, sondern Zehntausende das Leben gekostet hat. Aber statt Knast kriegt dieser Gangster knapp 100.000 Euro Rente im Monat! Einem Hartz-IV-Empfänger bleibt auch mit fünf Euro mehr und nun 409 Euro im Monat nur das Nuckeln am Hungertuch.

Über die Feiertage erfolgte der größte Militäraufmarsch seit 25 Jahren: 4.000 US-Soldaten, zahlreiche Panzer und Munition wurden mit Hilfe der Bundeswehr über Bremerhaven nach Polen verlegt, eine Provokation gegenüber Russland. Die alte Friedensbewegung ist leider auf einem Auge blind, denn Russland ist selbst ein imperialistisches Land, das aggressiv um die Weltherrschaft kämpft, wie die brutalen Angriffe auf Aleppo in Syrien, der Krieg gegen die Ukraine und die Eroberung der Krim gezeigt haben. Die neue Friedensbewegung muss alte und neue Imperialisten ins Visier nehmen! Wir fordern die Auflösung der Nato und der Interventionsstreitkräfte „Speerspitze“ unter deutscher Führung!

Noch drei Termine: Am **Freitag**, dem **13. Januar 2017**, trifft sich um **18 Uhr** das „**Internationalistische Bündnis**“ im „Paganini“, Erlenstraße 60. Es gibt ein Referat mit Diskussion zum Thema **Neoimperialismus** (zum Beispiel in Russland, Indien und der Türkei) und dessen Folgen.

Am kommenden **Sonntag**, dem **15. Januar 2017**, ist die **Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Demonstration** in **Berlin**, die größte europaweite Manifestation für

den Sozialismus und gegen imperialistische Kriege, Faschismus und Kapitalismus mit einem „revolutionären Block“. Wir treffen uns schon am **Samstag** im Bremer **Hauptbahnhof** zur Abfahrt um **8:30 Uhr**. Nachmittags gibt es eine Stadtführung „auf den Spuren der Revolution“, abends einen „Internationalistischen Kulturabend“. Eine Übernachtung ist billig möglich!

Am 20. Januar 2017 wird Donald Trump neuer US-Präsident. Wir rufen dazu auf, dass alle Montagsdemos am **23. Januar 2017 gegen Trump und den Rechtsruck der Regierungen** demonstrieren!

Wolfgang Lange (MLPD)

Verdopplung von 2014 bis 2015: Merkels „Wir schaffen das“ bezog sich auf die Abschiebungen *(Frank Kleinschmidt)*

Fast fünf Milliarden Euro Überschuss: Die Bundesagentur für Arbeit braucht keinen Rettungsschirm *(„Heute“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

600. Bremer Montagsdemo am 16. 01. 2017

Möglichkeiten und Macht der Montagsdemonstrationen

Heute an diesem kalten Tag findet die Bremer Montagsdemo zum 600. Mal statt. Dafür möchte ich den Initiatoren und Aktivisten gratulieren und allen Beteiligten meine Anerkennung aussprechen! Seit am 18. August 2004 die „Peter-Hartz-Gesetze“ bekannt wurden, finden die Montagsdemonstrationen statt, fast immer hier auf dem Marktplatz. Einige Kollegen sind von Anfang an dort, bei jedem Wetter, zu jeder Jahreszeit – ich selbst erst seit dem 2. Mai 2011, nachdem am 11. März die Fukushima-Katastrophe bekannt wurde und am 26. April des 25. Jahrestages der Tschernobyl-Katastrophe gedacht wurde.

Da hat es mir gereicht, weil ich so wütend und frustriert war wegen der maßlosen Lügen und der Skrupellosigkeit, von deren Folgen wir alle betroffen sind, sodass ich auf die Straße gehen musste, um zu protestieren. Wenn Ihnen heutzutage noch ein Atom-Stromer erzählen würde, ein „Super-GAU“ in einem Atomkraftwerk passiere nur alle paar Tausend Jahre mal, würden Sie das wohl nicht mehr glauben und ihn vielleicht auslachen.

Wenn es nur um die Technik ginge, wäre das fast sogar glaubhaft. Aber es gibt da unzuverlässige Menschen, die Kraftwerke bedienen oder gar *Irrsinnige Scheißkerle* (IS), die sie bedrohen. Es gibt Naturkatastrophen wie beispielsweise Erdbeben, Tsunamis, Vulkanausbrüche, die nicht einkalkuliert sind. So wird auf jedem Gebiet gepfuscht, vertuscht, weiter gelogen und das Ganze dann mit möglichst großem Gewinn verkauft. Wenn Ihnen jemand sagt, ohne Atomstrom gingen „die Lichter“ aus, dann ist es ähnlicher Unsinn, wie wenn ein Autohersteller etwas über die Schadstoffemissionen seiner Fahrzeuge erzählt.

Wenn Chemiekonzerne damit werben, durch Gentechnik „den Hunger in der Welt abschaffen“ zu können, oder wie ertragssteigernd es sei, Hunderte Arten von Chemikalien zur „Verbesserung unserer Lebensmittel“ in der Landwirtschaft zu verbreiten, dann ist das gelogen. Was geschieht mit Insekten wie Bienen?

Warum sind in Argentinien so viele Kinder in ländlichen Gegenden krank oder missgebildet zur Welt gekommen?

Wenn Ihnen ein Autohändler erzählt, Elektroautos hätten keine Kohlendioxidemissionen, dann fragen Sie mal, wo die Akkus aufgeladen werden sollen. In das deutsche Stromnetz wird noch immer zu 46 Prozent Strom aus Kohlekraftwerken eingespeist. Was ist daran sauber oder gar null? Wenn behauptet wird, dass pro Jahr 36 Milliarden Tonnen Kohlendioxid durch fossile Verbrennung in die Atmosphäre gelangen, dann brauchen wir es zwar nicht zu glauben, und wir können es auch nicht selbst nachprüfen. Aber beteiligt sind wir alle daran, rein rechnerisch mit „nur“ 4,5 Tonnen.

Gehen wir jedoch mit dieser Betrachtung umgekehrt vor und fangen bei uns selbst an, dann können wir das Ganze auch selbst leicht nachprüfen: Mit jedem Liter Treibstoff für Heizung oder zum Autofahren werden etwa drei Kilogramm Kohlendioxid erzeugt. Stellen Sie fest, wie viel Liter Benzin Sie pro Jahr verbrauchen und nehmen das mal drei. Das Ergebnis folgt einem Naturgesetz, die Verbrennung ist ein chemischer Vorgang. Beide sind weder abhängig von politischen Parteien noch von juristischen Entscheidungen noch von unsinnigen Messmethoden. Da werden keine Abgasmess-, Manipulations- und Betrugsgesetze gebraucht!

Wenn Ihnen jemand erzählt, dass jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Bremer Marktplatz bei jedem Wetter die Montagsdemonstration stattfindet, dann brauchen Sie das auch nicht zu glauben, sondern können es ebenfalls nachprüfen. Wenn vielleicht gesagt wird, da sei „nichts los“, dann können Sie das leicht feststellen, indem Sie einfach vorbeikommen. Wenn tatsächlich „nicht viel los ist“, kann das zum Teil auch daran liegen, dass Sie selbst sich nicht daran beteiligen.

Vielleicht ist das, was gerade gesagt wird, für Sie uninteressant, doch es gibt auch eine Website, auf der Sie jede Woche einige Beiträge nachlesen können, seit dem 18. August 2004. Sie können selbst einen Beitrag liefern oder eines Ihrer elementaren Grundrechte wahrnehmen, indem auch Sie hier öffentlich Ihre Meinung sagen und was Ihnen nicht gefällt, in Deutschland, in der Welt, an unserer Politik, am Banken- oder Wirtschaftssystemen, an der Volksverdummung oder den Verbrechen an der Menschheit.

Wir praktizieren hier Demokratie, indem wir unseren Politikern deutlich sagen, was wir wollen. Das können und dürfen nicht nur Lobbyisten! Wenn unsere Politiker es nicht schaffen, das zu machen, wozu wir sie gewählt haben, müssen wir uns selbst darum kümmern. Machen wir Politik auf der Straße oder beteiligen wir uns als Parteilose an einem Wahlbündnis, wie es bei der MLPD möglich ist. Aber auch andere Nichtregierungsorganisationen (NGO) haben politischen Einfluss, den wir alle mitgestalten können.

Helmut Minkus (parteilos)

Mitleid für die desolate NPD: Die „Gralshüter der Demokratie“ erteilen deren Todfeinden einen Freibrief *(„Spiegel-Online“)*

Hartz IV – Wenn Kinder keine Träume mehr haben

1. In Deutschland müssen immer mehr Menschen mehr als nur einer Beschäftigung nachgehen. Zur Jahresmitte 2016 stieg die Zahl der Mehrfachbeschäftigten auf 3,1 Millionen an. Das sind 116.000 mehr als 2015 und so viele wie noch nie seit 2003. Die Fraktionsvorsitzende der „Linken“ im Bundestag, Sabine Zimmermann, hatte bei der Bundesagentur für Arbeit diese Statistik angefordert, die sonst wahrscheinlich noch länger unter Verschluss gehalten worden wäre.

Natürlich gehen mehr Menschen mehreren Beschäftigungen seit der Neuregelung für Minijobber nach, weil der Arbeitgeber seit 2003 für sie lediglich noch pauschalisierte Steuern und Sozialabgaben in geringer Höhe abführen muss. Waren es Mitte 2003 noch 1,4 Millionen **Mehrfachbeschäftigte**, gab es 2007 bereits 2,2 Millionen, 2011 schon 2,6 und 2015 gar erstmals mehr als drei Millionen. Der Anteil der Multijobber sei unter allen 36,5 Millionen Beschäftigten in Deutschland auf 8,6 Prozent gestiegen.

Hurra, es gab überhaupt noch nie so viele Beschäftigungsverhältnisse wie heute, und viele Leute haben sogar Lust auf zwei oder drei von ihnen! Dass die Bundesregierung sich nicht festlegen will, ob der Trend zu mehr Multijobbern auf wirtschaftliche Not oder persönliches Interesse zurückgehe, zeigt welch Geistes Kind sie sind: Für wen wäre es nicht spannend und bereichernd, all seinen Neigungen und Begabungen endlich folgen zu können?

Die Anzahl der Jobs steht dabei natürlich in Korrelation zur durchschnittlichen Mehrbegabung der Geringverdiener, die nichtsdestotrotz alle ihre genialen Geistesgaben ebenso miteinander in Einklang zu bringen versuchen wie das zeitliche Nebeneinander der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse mit den Schließungszeiten von Kindergärten oder Horten sowie den Fahrplänen des Nahverkehrs. Nein, diese reine Lust an der Feststellung der idealen und ideellen persönlichen Bereicherung kann selbstredend in keiner Statistik auftauchen! Was sonst könnte zu beglückendem Arbeiten noch mehr motivieren?

2. In Bayern wurde ein Rentner dafür verurteilt, dass er offenbar in den Abfalltonnen eines Discounters nach Essen suchte. Der 78-Jährige wurde allen Ernstes wegen „Hausfriedensbruchs“ zu einer **Geldstrafe** von 20 Tagessätzen zu je zehn Euro, also 200 Euro verurteilt. Dem Rentner, der monatlich nur 300 Euro zum Vegetieren zur Verfügung hat und dem außerdem eine beginnende Demenz attes-

tiert wurde, ist es selbstverständlich völlig unmöglich, diese absurde, ungerechte Strafe zu zahlen.

Er stahl nichts, sondern bediente sich an Dingen, die als Abfall weggeworfen worden waren, die also niemand mehr haben wollte. Früher wurde der Mundraubparagraf angewandt, wenn sich hungernde Menschen zum Beispiel im Geschäft ein Stück Brot, Käse oder Wurst stahlen. Dieser Paragraf wurde leider abgeschafft. Dass heute nun jemand dafür bestraft wird, dazu in solch völlig unverhältnismäßiger Höhe, das schlägt dem Fass den Boden aus und zeugt von der Armut an Gerechtigkeit, Verhältnismäßigkeit Aufrichtigkeit, Empathie und Achtsamkeit, frei nach dem Motto: Eure Armut kotzt mich an!

3. Die 600. Bremer Montagsdemonstration ist sicherlich kein Grund zum Feiern, sondern zeigt, dass der Protest immer noch bitter nötig ist, aber leider meist gerade von den Betroffenen nicht geleistet werden kann, weil sich die meisten zu Hause verkriechen. Sie schämen sich und leiden unter dem Stigma angeblicher Faulheit sowie dem Fertiggemachtwerden durch viele Jobcentermitarbeiter, die ihrerseits Gelder durch unberechtigte Sanktionen einsparen müssen. Die Betroffenen werden vom Dokumentieren so vieler sinnloser Bewerbungen total in Anspruch genommen werden, können kein Geld für Bus- oder Bahnfahrten erübrigen und haben ohnehin keinen Mut mehr.

Ein Artikel von 2014 zeigt, wie diese Grundhaltung bereits auf die Kinder von Erwerbslosen abfärbt. Nach drei Jahren fallen die Zahlen wahrscheinlich noch dramatischer aus. Damals lebten in Dortmund 22.000 Mädchen und Jungen, deren Eltern Hartz IV bezogen und die täglich erlebten, dass ihre Eltern jede Kleinigkeit beim Jobcenter beantragen und bei der „Tafel“ für „abgelaufene“ Lebensmittel anstehen mussten. Der Artikel behauptet, dass Eltern für Anoraks und Winterschuhe für ihre Kinder Anträge stellen könnten. Das traf vor Einführung der Hartz-Gesetze im Rahmen der Sozialhilfe noch zu, gilt heute aber nicht mehr.

Die Zeitung entwertet die Eltern dahingehend, diese würden manchmal nicht mal die einfachsten Dinge des Alltags schaffen. Auf die Frage, welche Berufe es gebe antworteten die Kinder: „Verkäuferin bei Kik“, „Verkäuferin bei Tedi“, „Verkäuferin bei Netto“, weil sie nichts anderes kennen als das, was billig ist, wenn Eltern entweder keine Arbeit hätten oder nur solche, die nicht zum Leben ausreicht.

Der „Kinderschutzbund“ in Dortmund bemängelt zu Recht, dass **Kinderarmut** im Koalitionsvertrag noch nicht einmal erwähnt wird. Leider vergessen sie wie immer, dass arme Kinder nicht vom Himmel fallen, sondern mit unter der finanziellen Armut ihrer Eltern leiden, weil diese von Hartz IV oder Dumpinglohnjobs vegetieren müssen. Armut in Deutschland bedeutet auch, dass Eltern kein Geld für Windeln oder Nachhilfeunterricht haben. Den bezahlt das Jobcenter offenbar erst, wenn es ohnehin zu spät ist. Finanziell arme Kinder sind immer öfter auch wegen Bewegungsarmut und mangelhafter Ernährung so dick, dass sie motorisch unterentwickelt sind.

Wenn es für eine Familie mit zwei Kindern Freikarten für den Zirkus gebe, erfassten die Kinder ihre Armut spätestens dann, wenn Eltern kurz vor Weihnachten nicht auch noch Würstchen bezahlen könnten. Irgendwann begreife jedes Kind, dass es aus armen Verhältnissen komme, passe sich an und träume nicht einmal mehr. Als die Kinder Besuch von einem Polizeibeamten bekam, wollten die Jungen und Mädchen wissen, wie man denn Polizist werden könne. Als sie erfuhren, dass dafür Abitur und Führerschein nötig sind, sei das Interesse erloschen.

Haben diese Kinder kein Selbstwertgefühl, oder wird es permanent systematisch zerstört? Finanziell arme Kinder können weder an Feiern, Kulturveranstaltungen oder Sportevents teilnehmen. Urlaub, Theater und Kino, selbst die Geburtstagsfeier des Klassenkameraden, das geht nicht. „Immer mehr Familien leben isoliert. Bei denen gibt es nichts Unbeschwertes.“ Wie denn auch, bei der staatlich gewollten Armut per Gesetz, mit Hartz IV?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Den Eigenanteil der Erwerbslosen an der Miete kennt die Jobcenter-Chefin nicht

1. Es ist wieder einmal ein runder Geburtstag: die 600. Montagsdemo, nicht nur in Bremen, sondern auch in anderen Städten. Nun innehalten? Fazit ziehen: ja; aufhören: nein, wünschen: na klar! Wir werden weiterhin auf die Ungerechtigkeiten aufmerksam machen. Wir nutzen das Offene Mikrofon und sind nachlesbar im Netz. Wir sind weder ein Verein noch eine Partei – jede(r) kann übers Offene Mikrofon Sorgen und Nöte, aber auch Positives schildern. Nazis, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus et cetera haben keinen Platz bei uns!

Letzte Woche war ich beim Plenum „Menschenrecht auf Wohnen“. Eingeladen war Susanne Ahlers, frühere Staatssekretärin im Berliner Senat und Bremer Jobcenter-Chefin seit dem 1. April 2016. Zur Vorbereitung des Gesprächs habe ich einige Zeitungsberichte zusammengestellt. Im **Jobcenter** hat sich also ein Führungswechsel vollzogen. Der „Weser-Kurier“ schreibt: „Obwohl die Doppelstruktur schon so lange besteht, knirscht es immer noch da und dort im Gebälk der Organisation. Bei der Neubesetzung des Chefpostens waren also nicht zu-

letzt kommunikative Talente gefragt, und mit denen kann Susanne Ahlers reichlich aufwarten. Sie betreibt seit 2008 eine Coaching-Agentur in Berlin."

Jetzt ist sie Chefin von rund 1.000 Mitarbeiter(inne)n und für die Verwaltung von 70.000 Menschen verantwortlich. „Rund 80 Prozent aller Arbeitslosen in der Stadtgemeinde werden in den sechs Geschäftsstellen des Jobcenters betreut." Auf dessen Website heißt es zur Begrüßung: „‚Hartz IV', wie das Gesetz im Volksmund oft genannt wird, ist – bedauerlicherweise – mit einem gewissen bürokratischen Aufwand verbunden."

Der „Weser-Kurier" titelt am 19. Juli 2017: „Jobcenter-Chefin: Nur keine Bange machen lassen": „‚Die Leute sollen keine Angst mehr haben, wenn sie zu uns kommen.' Doch genau dieses Gefühl kommt bei vielen Langzeitarbeitslosen auf, wenn sie zu ihrem Berater müssen. Ahlers weiß, dass sie und ihre Mitarbeiter gefangen sind zwischen Empathie und Vorschrift. ‚Wir sitzen am längeren Hebel.' Soll heißen: Sie dürfen Leistungen nicht bewilligen oder müssen sie im Ernstfall sogar streichen. Bei Leuten, die eh schon wenig haben, kommt es auf jeden Cent an. Wer davon etwas wegnimmt, macht sich nicht beliebt."

Am 13. Dezember 2016 schreibt das Blatt: „‚Wer keinen Abschluss hat, hat häufig keine guten Erfahrungen in Bezug auf Lernen, Ausbildung und Schule.' Das Problem ist dabei laut Thorsten Spinn, stellvertretender Geschäftsführer der Behörde und Leiter des Bereichs Markt und Integration, gravierender als es die Zahl suggeriere. Denn selbst wer eine Ausbildung habe, könne nicht immer sofort auch im Beruf arbeiten. ‚Wenn die Lehre lange zurückliegt, ist sie überholt.'"

Über die Veranstaltung des Aktionsbündnisses „Menschenrecht auf Wohnen" hat der „Weser-Kurier" ebenfalls berichtet: „Aktionsbündnis bemängelt unter anderem die 48-Stunden-Regelung. Jobcenter-Leiterin geht auf Kritik ein." Zur Erläuterung: Die 48-Stunden-Regelung bedeutet, dass ein Wohnungssuchender, der eine Wohnung anmieten kann, bis zu 48 Stunden auf die Entscheidung des Jobcenters und die Zustimmung warten soll. Er muss in dieser Zeit erreichbar sein.

Die Telefonanrufe für das Jobcenter Bremen werden in Verden angenommen. Die Bremer Sachbearbeiter werden von dort informiert. Die Verdener Mitarbeiter sind für mehrere Jobcenter tätig und kennen die Menschen vor Ort nicht. Auch bei einer persönlichen Vorsprache im Jobcenter erfolgt die Entscheidung nicht mehr sofort. Vorher war die Zustimmung oder Ablehnung eine Entscheidung von Minuten. Frau Ahlers wird die Anregungen „mitnehmen und prüfen". Wir drücken ihr und uns die Daumen!

„‚Es ist ein Dilemma: Wenn wir mehr zahlen, gehen auch die Mieten hoch', sagt Susanne Ahlers, die Leiterin des Jobcenters. Mitunter würden die Mietverträge den Höchstsätzen entsprechend erhöht. ‚Wir versuchen aber, eine Lösung zu finden.," Frau Ahlers unterstellt hier, dass die Mietrichtwerte in Bremen noch „Luft nach oben" haben. Wieso zahlen dann die Bremer Erwerbslosen einen Eigenanteil an den Kosten der Unterkunft von rund 400.000 Euro monatlich aus ih-

rer Regelleistung? Diesen Betrag erstattet die Hansestadt allmonatlich weniger, als die Erwerbslosen für ihre Miete ausgeben müssen.

Zu den Mietrichtwerten ist in Bremen keine Wohnung anmietbar, schon lange nicht mehr. Die Mietrichtwerte werden vom Jobcenter dennoch als absolute Obergrenze gehandhabt. Eine Folge davon ist der genannte Eigenanteil der Erwerbslosen in Bremen an den Kosten der Unterkunft. Ich habe Frau Ahlers danach gefragt, es war neu für sie. Insgesamt wurde auch hier deutlich, wie weit die von Frau Ahlers dem „Weser-Kurier“ genannten Ziele und guten Vorsätze von der Wirklichkeit entfernt sind.

Auch das Wegnehmen von Geldleistungen, das Kürzen ist allgemein üblich. Den Eigenanteil zur Miete müssen die Bedarfsgemeinschaften, früher Familien genannt, vom Existenzminimum abknapsen! Mit dem Vorwurf, dass Mietverträge mit überhöhten Mieten ausgefertigt werden, habe ich keine Erfahrung. Frau Ahlers hat aber wirklich gute Vorsätze, und ich hoffe, sie setzt diese auch um und damit durch! Es gibt Jobcenter, wo die Erwerbslosen mit den Mitarbeiter(inne)n so umgehen können: gemeinsam und lösungsorientiert, auf Augenhöhe.

Die Anwesenden thematisierten die mangelnde Erreichbarkeit und andere allgemeine Reibungspunkte. Konkrete Beanstandungen wird sich Frau Ahlers ansehen und abklären. Nehmt Frau Ahlers am Wort! Sie ist per Mail über *Jobcenter-bremen.geschaeftsfuehrung(at)jobcenter-ge.de* zu erreichen. Es wird ein Folgegespräch geben, dazu bringt Frau Ahlers ihre Fachleute mit.

2. Wer bereits eine Wohnung hat und dafür einen Eigenanteil zur Miete zahlt, kann dies ändern. Einfach an das Jobcenter schreiben: „Ich beantrage hiermit die volle Erstattung meiner Kosten der Unterkunft“. Wenn das Jobcenter ablehnt oder auch, wenn die Bearbeitung zu lange dauert und der Magen knurrt, die Hilfe des Sozialgerichts beantragen. Wenn eine Ablehnung erfolgt, in jedem Fall die Widerspruchsfrist gemäß Bescheid einhalten und den Widerspruch nachweisbar abgeben. Die Hilfe des Gerichts kann bereits vor der Entscheidung über den Widerspruch beantragt werden. Dazu ist notwendig, dass der Mensch seine Betroffenheit schildert. Er muss darlegen, wie es zu dem Eigenanteil gekommen ist, welche Möglichkeiten er hatte und dass die **Mietobergrenzen** nicht zu einer erreichbaren Wohnung führen.

Die Hilfe ist mit einem Eilverfahren schneller zu erreichen, wie auf unseren Seiten nachzulesen ist. Allerdings hat das Landessozialgericht den Zugang zum Eilverfahren erschwert. Die Mitarbeiter(innen) der Rechtsantragsstelle des Sozialgerichts wissen sicherlich um diese zusätzlichen Begründungen und Ausführungen. Wie sieht nun die bisherige Rechtsprechung zu den Kosten der Unterkunft in Bremen aus? Es gab dazu bisher noch kein ordentliches Gerichtsverfahren in der Hauptsache vor dem Sozialgericht Bremen.

Es waren zwei Termine zur Hauptverhandlung gefunden und Gutachter geladen worden, doch dann konnte der Termin kurzfristig abgesetzt werden, weil das Jobcenter die Kläger klaglos gestellt hat, indem es deren Forderungen erfüllte

und die tatsächliche Miete akzeptierte. In einem Eilverfahren wurde das Jobcenter per Beschluss verpflichtet, die tatsächlichen Unterkunftskosten zu erstatten. Dieser Beschluss wurde vom Landessozialgericht aufgehoben, denn inzwischen hatte das Jobcenter die tatsächlichen Unterkunftskosten akzeptiert. Somit musste das Landessozialgericht nicht mehr darüber entscheiden.

Das Landessozialgericht hat nun die Hürden für die gerichtliche Unterstützung im einstweiligen Rechtsetzungsverfahren erhöht. Um diese Hürde zu nehmen, ist es bei der Klage notwendig, auf die eigenen Erfahrungen bei der Wohnungssuche einzugehen sowie auf die Tatsache, dass den Mietobergrenzen kein schlüssiges Konzept zugrunde liegt, schon weil es diese Wohnung nicht gibt. 2010 wurde ein Gutachten erstellt, konnte aber nicht verwendet werden. Es gab viele Änderungen, jedoch keine Nutzung. 2013 wurden die 2010 ermittelten Werte hochgerechnet und neue Zahlen erhoben. Daraus resultieren die jetzigen Mietobergrenzen gemäß Verwaltungsanweisung vom 1. April 2014.

Die Rahmenbedingungen für die variable Anwendung der Mietobergrenzen wurden nicht veröffentlicht. Die Firma „Gewos“ hat seinerzeit zwei Mal Berichte über die angemessenen Kosten der Unterkunft erstellt. Beide wurden von den Gerichten zerlegt. In der zweiten Instanz war die Geschäftsführerin von „Gewos“ als Gutachterin geladen. Dies wäre aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen heute nicht mehr möglich. 2010 sollte damals das Gutachten fertig sein. Jetzt soll das neue Gutachten auf der Sitzung der Sozialdeputation im Februar 2017 vorgestellt werden. Die Sitzung im Januar fällt aus.

Donald Trump hat derweil schon vor seinem Amtsantritt die Weichen für die Demontage des Projekts „Krankenversicherung für alle“ gestellt: Die US-Bürger werden eine soziale Absicherung leider wieder los, mit allen negativen Folgen. Dieses Projekt war nicht perfekt, aber trotzdem eine wesentliche Absicherung für Menschen mit wenig Geld. Reiche Menschen brauchen diese Absicherung nicht!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

601. Bremer Montagsdemo am 23. 01. 2017

„You are not our president – Trump go home!“

Dies forderten viele Demonstranten am Wochenende in den USA. Weltweit gingen über drei Millionen Menschen gegen den neuen US- Präsidenten auf die Straße. In den USA fanden in 600 Städten Protestdemonstrationen statt. Beim „Frauenmarsch“ in Washington waren es 500.000, in Chicago 250.000, in Los Angeles sogar 750.000 Teilnehmende. Zuletzt hat die Welt einen solchen Massenprotest erlebt, als eine Allianz unter Führung der USA den Irak überfallen hat. Sie alle eint der Widerstand gegen die die frauen- und migrantenfeindliche, rassistische, umweltzerstörerische und ultrareaktionäre bis faschistoide Politik des erzreaktionären Milliardärs Donald Trump.

Er hatte sich bei den Wahlen demagogisch als Mann der kleinen Leute ausgegeben, doch in Wirklichkeit ist er der Vertreter des extrem aggressiven und reaktionären Teils des US-Finanzkapitals. Sein Leitmotto „America first“ zielt darauf ab, den Rückfall der amerikanischen Supermacht gegenüber den imperialistischen Konkurrenten wie China oder der EU wettzumachen und neue Weltherrschaftsansprüche aufzustellen. Die Vorstellung, Trump sei nur ein „durchgeknallter Clown“ unterschätzt die Kräfte, die hinter Trump stehen und eine äußerst aggressive Außen- und Innenpolitik forcieren.

Trump plant Generalangriffe auf die sozialen und demokratischen Rechte, auf die Arbeiter-, Frauen, Umwelt- und Friedensbewegung. Viele Errungenschaften der Arbeiterbewegung wie die Renten- und Krankenversicherung und der Mindestlohn stehen auf der Abschussliste. Trump will das Recht auf Schwangerschaftsabbruch faktisch abschaffen und Millionen Migranten ausweisen. Gleichzeitig sollen das Militär massiv aufgerüstet und die Atomwaffen modernisiert werden. Die Bankmonopole will er von „Kontrollfesseln“ befreien und neue Höchstprofite garantieren.

In der Umweltpolitik steht ebenfalls eine radikale Wende bevor. Für Trump gibt es die dramatische Klimaerwärmung überhaupt nicht. Er behauptet, sie sei

eine Lüge: „Dieses Konzept der Erderwärmung haben sich die Chinesen ausgedacht, um die US-Industrie als Konkurrenz abzuhängen“, twitterte er. Deshalb will er Vorschriften zur Verminderung des klimaschädlichen Gases Kohlendioxid zugunsten der Kohleindustrie kippen. Subventionen für erneuerbare Energie sollen gestrichen werden.

In seinem Konzept für die ersten 100 Tage als Präsident steht die Anti-Umweltschutz- Agenda ganz oben auf der Liste. Er will den Klimavertrag „annullieren“, alle Zahlungen fürs Klimaprogramm einstellen, die nationale Umweltbehörde EPA abschaffen. In sein Kabinett wurden führende Vertreter der Öl- und Gasindustrie berufen. Neuer Außenminister wird der bisherige Chef von Exxon Mobil, Rex Tillerson. Er ist der Mann, der die Umwelt in den USA mit Fracking zerstört hat und dies auch in Europa im großen Stil plant.

Der Rechtsruck der Regierung der USA ist extremer Ausdruck des Rechtsrucks vieler Regierungen auf der Welt. Hier reiht sich auch die deutsche Bundesregierung mit Merkel und Gabriel an der Spitze ein. Der menschenverachtende „Flüchtlingsdeal“ der Bundesregierung mit dem faschistischen Erdogan-Regime der Türkei hat das deutlich gemacht, ebenso die Kaltschnäuzigkeit, mit der die Bundesregierung die Umweltverbrechen von VW für „rechtens“ erklärt und den Kahlschlag an weltweit 30.000 Arbeitsplätzen bei VW, davon 23.000 in Deutschland, deckt. Was ist die richtige Konsequenz daraus?

Ohne Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse kann in der heutigen Zeit kein einziges grundlegendes Problem gelöst werden. Doch das schafft keine Organisation, keine Partei oder Bewegung allein. Kämpfen wir gemeinsam für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, in der die Einheit von Mensch und Natur Leitlinie ist! Ein starker linker und fortschrittlicher Zusammenschluss ist die richtige Antwort auf den Rechtsruck in den USA und den Rechtsruck der Merkel/Gabriel-Regierung, auf die AfD und die Gefährdung unserer Existenzgrundlagen. Macht mit beim „Internationalistischen Bündnis“ und unterschreibt für die „Internationalistische Liste/MLPD“!

Harald Braun

Wer eine Mauer bauen will, sollte wissen: Jede Mauer wird einmal niedergerissen *(„Spiegel-Online“)*

Schnapsidee: „Europa-Onkel“ soll neuer SPD-Vizekanzler werden *(„Spiegel-Online“)*

Wie 450 Euro Angebotsmiete auf 377 Euro Mietrichtwert schmelzen

Heute gehe ich auf die Nebenwirkungen der Verwaltungsanweisung „Wohnen“ und auf ihre Entstehungsgeschichte ein. Veröffentlicht ist die Fassung vom 1. Januar 2014. Unter den Stichworten „Existenzsicherung“, „Unterkunft und Heizung“ sowie „Gesetzliche Grundlagen“ sind alle Verwaltungsanweisungen um dieses Thema auf der Seite „Soziales Bremen“ erreichbar.

Die 14 Seiten der Verwaltungsanweisung „Wohnen“ werden um 87 Seiten ergänzt in der „Arbeitshilfe zur Verwaltungsanweisung Bedarfe für Unterkunft und Heizung und zur Sicherung der Unterkunft“, Stand 1. Januar 2014. Es stehen auch noch die vorherigen Versionen im Netz. Auf dem „langen“ Weg ist es immer die neueste Version. Die Besonderheiten für Auszubildende stehen in den nächsten zwei Verwaltungsanweisungen.

Was ist überhaupt eine Verwaltungsanweisung? Eine Anweisung an die Verwaltung ist vor allem kein Gesetz. Die Verwaltungsanweisungen „Wohnen“ haben Außenwirkung und müssen veröffentlicht werden, um Gültigkeit zu erlangen. Bremen schreibt die Verwaltungsanweisungen jedoch nicht öffentlich fort. Änderungen und Ergänzungen werden intern verfügt. Die Veröffentlichungspflicht wird damit untergraben. Über die Angemessenheit und Wirksamkeit solcher Anweisungen an die Verwaltung entscheiden die Sozialgerichte.

In der Arbeitshilfe stehen auf Seite 37 die Folgen eines Umzugs ohne vorherige Genehmigung. Die Reaktionszeit von 48 Stunden für die Genehmigung prüft aktuell die Geschäftsführerin des Jobcenters, siehe Vorwoche. Die Genehmigung des Umzuges und des Grundes hierfür kann bereits bei Beginn der Wohnungssuche beantragt werden: „Ich möchte aufgrund der geschilderten Tatsachen umziehen. Ich beantrage hiermit die Akzeptanz des Umzugsgrundes sowie die Bewilligung des Wohnungswechsels und der Kosten für die Wohnungssuche. Die notwendigen Kosten werde ich zeitnah nachweisen.“

Die Mietrichtwerte sollen variabel gehandhabt werden, so die Senatorische Dienststelle. Die Mietrichtwerte sind fest, Ausnahmen und Abweichungen erfolgen laut Jobcenter-Chefin aufgrund von Anweisungen der Senatorischen Dienststelle. Aktuell sind unter bestimmten Rahmenbedingungen Überschreitungen zulässig. Die entsprechenden Anweisungen wurden aber nicht veröffentlicht, daher ist die Handhabung nicht einplanbar.

Auf der Sitzung der Sozialdeputation am 31. Oktober 2013 hat die Senatorin für Soziales die einleitenden Worte zu Tagesordnungspunkt 2 gesprochen. Sie

sind aber nicht im Protokoll festgehalten. Dort heißt es auf Seite 8, dass Dr. Karl Bronke die neuen Werte und Rahmenbedingungen zu den Kosten der Unterkunft präsentiert hat. In seiner Unterlage wird Bezug genommen auf das Gutachten von „Analyse & Konzepte“ (siehe Anlage zur Vorlage 134/13).

Gemäß Tagesordnung wurde auf dieser Deputationssitzung die Vorlage 134/13 zu den Kosten der Unterkunft vorgestellt. Diese Unterlage wurde dem Protokoll nicht hinzugefügt, sie ist aber über die Einladung zur Sitzung als erste Position bei den „Vorlagen Kosten der Unterkunft“ aufrufbar. Angehängt ist der Bericht von „Analyse & Konzepte“ (ab Seite 10) mit dem Titel „Mietwerterhebung Indexfortschreibung 2013“.

Auf Seite 12 steht, es seien die Mieten zum 1. März 2010 erhoben worden und das ursprünglich erstellte Gutachten anders gegliedert gewesen. Weiterhin wird begründet, wie die Mietwerte fortgeschrieben und die aktuellen Mieten stichprobenweise erhoben wurden. Bei den aktuellen Mietangeboten auf Seite 18 wurde für einen Einpersonenhaushalt bis 50 Quadratmeter Wohnfläche eine Bruttokaltmiete von 456 Euro ermittelt. Dieser Wert wurde über die Bestandsmieten wieder reduziert.

Die Wirklichkeit zeigt, dass diese Zahlen überholt sind und bereits damals überholt waren. Die Firma „Gewos“ hat die „Gutachten“ davor erstellt. Diese Berichte waren nicht schlüssig und konnten keine Grundlage für ein schlüssiges Konzept bilden. Obwohl dies bereits im ersten Durchgang klar war, wurde „Gewos“ mit einem weiteren „Gutachten“ beauftragt. Warum bekommt ein Unternehmen einen Folgeauftrag, wenn schon die vorherige Arbeit nicht gerichtsfest war?

Das Sozialgericht Bremen hat mit Beschluss der 21. Kammer vom 22. Januar 2009 (Aktenzeichen S21 AS 1/09 ER) die Ausführungen von „Gewos“ sehr ausführlich und nachvollziehbar hinterfragt und verworfen. Wenn die Ausführungen von „Analyse & Konzepte“ genauso hinterfragt werden, bleibt wohl wenig über. Bei „Gewos“ war es wohl die Erwartungshaltung des Auftraggebers.

Gegen die Richtigkeit dieser Zahlen und Anmerkungen von „Analyse & Konzepte“ spricht aus meiner Sicht bereits der Zeitrahmen. Zum 1. März 2010 erhoben und im Herbst 2013 vollendet, warum? Auf Seite 2 der Vorlage 134/13 steht etwas über den Zeitablauf. Weiterhin steht dort „nach Meinung der Senatorin für Soziales“ als Erklärung für die Feststellungen und Schlussfolgerungen.

Auf Seite 5 heißt es: „Eine ausreichende Häufigkeit am Markt verfügbarer Wohnungen liegt nach Auffassung der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen dann vor, wenn auf Basis des 50-Prozent- Perzentils der am Wohnungsmarkt angebotenen Wohnungen eine Wohnung auch mit großer Wahrscheinlichkeit angemietet werden kann. Angesichts des knappen Marktes ist dies eine notwendige, vernünftige und vermittelbare Größenordnung. Dieser unmittelbare Einfluss der Angebotsmieten auf die abstrakt angemessenen Richtwerte führt nach Berechnungen von „Analyse & Konzepte“ zu den folgenden Beträgen.“

Das ist logisch und gut festgestellt, aber die 450 Euro Angebots- beziehungsweise Bruttokaltmiete, die „Analyse & Konzepte“ 2013 ermittelt hat, schmilzt auf

377 Euro Mietrichtwert ab 1. Januar 2014. Insbesondere die tatsächliche Verfügbarkeit und die Möglichkeit, eine Wohnung anzumieten, wurden nur unterstellt, nicht mit Fakten untermauert. Die Wirklichkeit widerlegt dies alles!

Die Wohngeldtabelle wurde zum 1. Januar 2016 den tatsächlichen Mieten nachträglich angepasst. Künftig soll schneller reagiert werden, siehe § 39. Das Wohngeld aus dem Jahr 2009 ist längst überholt, heißt es auf Seite 1. Doch nach diesem Wohngeld von 2009 sind in Bremen noch bis 2013 die Mietobergrenzen bestimmt worden. Der Zuschlag von zehn Prozent wurde nur zäh eingeführt und war längst nicht mehr ausreichend. Nach den Werten ab 1. Januar 2016 hat Bremen die Mietstufe IV und somit 434 Euro für eine Person. Bremerhaven hat Mietstufe III und 390 Euro für Alleinstehende.

Die „Mietpreisbremse“ wird eigentlich nicht beachtet. Der Gesetzgeber hat kein Instrument zur Eindämmung der Mietpreissteigerung geschaffen, sondern durch den Verkauf von Sozialwohnungen und die Vernachlässigung des Mietwohnungsbaus noch zu den Preisschüben beigetragen. Auch die Nennung der Vergleichswohnungen für Mieterhöhungsbegehren wurde so verändert, dass dies kein Dämpfungsfaktor mehr ist. Der Gesetzgeber will es scheinbar genau so!

Nur mit einem hapert es: Die angemessenen Mieten für Leistungsempfänger laufen dieser Entwicklung hinterher. Gern wird gesagt: „Wenn wir die Mietrichtwerte erhöhen, steigen die Mieten.“ Wenn aber die Mietrichtwerte nicht erhöht werden, steigen die Mieten trotzdem, und die Leistungsempfänger haben die Qual. Probieren Sie doch mal, mit 400 Euro „für alles außer Miete“ auszukommen, und im nächsten Monat verringern Sie auf 350 Euro!

Auf der Deputationssitzung am 3. Januar 2016 wurde mit Vorlage 40/16 ein neues Gutachten in Auftrag gegeben. Zur Begründung heißt es: „Die zurzeit geltenden Angemessenheitsgrenzen sind seit dem 1. Januar 2014 gültig. Um weiterhin eine ausreichende Versorgung der Bedarfsgemeinschaften mit Wohnraum in der Stadt Bremen zu gewährleisten, müssen die bestehenden Richtwerte für die Kosten der Unterkunft regelmäßig überprüft und der Marktentwicklung angepasst werden.“

Weiter: „Der Gesetzgeber hat für eine Aktualisierung der Richtwerte keine Zeiträume vorgegeben. Sinnvoll erscheint eine Orientierung an der Vorgehensweise, wie sie für die Aktualisierung von qualifizierten Mietspiegeln gesetzlich vorgeschrieben ist (vergleiche § 558 d BGB). Qualifizierte Mietspiegel sind im Abstand von zwei Jahren der Marktentwicklung anzupassen.“ Seite 2 oben: „Mit der Fertigstellung des Berichts kann ab Mitte Mai 2016 gerechnet werden.“ Genau dieser Bericht soll nun erst im Februar 2017 vorgestellt werden.

Wie sehr die Mieten sich verändert haben und wie spät die Politik reagiert hat, zeigt sich auch durch den Antrag der Fraktionen der Bundesregierung, die Wohngeldwerte sollten alle zwei Jahre angepasst werden. Auf diesen Bericht sowie eine Festsetzung aktueller Mietobergrenzen muss niemand warten: Wer eine Wohnung hat, kann unverändert die Erstattung der tatsächlichen Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft und Heizung einfordern.

Wer eine Wohnung suchen will, sollte bereits jetzt den Umzug genehmigen lassen und den Kampf um eine Wohnung dokumentieren. Mit diesen Aufzeichnungen kann ein Antrag auf eine Wohnung oberhalb der Mietobergrenzen untermauert werden. Wer keine Aufzeichnungen gemacht hat, kann dies glaubhaft machen durch eine Schilderung mit möglichst vielen Details.

Rund 400.000 Euro zahlen die Bremer Erwerbslosen monatlich an Eigenanteil für ihre Miete, rund eine Million Euro werden den Erwerbslosen per Sanktion nicht ausgezahlt, und noch immer rätselt der Senat, warum die Armut in Bremen so gravierend ist! Armut, das sind ungelernte Erwerbslose ohne Ausbildung, so lautet eine Begründung. Wenn dies so stimmt, warum wird der Jugend dann nicht geholfen? Diese Woche hat der Senat auf die Große Anfrage der Linksfraktion in der Bürgerschaft „Heile Welt Ausbildungsmarkt? Endlich Transparenz bei den Ausbildungszahlen durchsetzen!“ geantwortet. „Nicht ausbildungsreif“ und dann ab in die Armut ohne Perspektive? Da wird ein Verhalten offensichtlich, das viele Jugendliche in die Sackgasse führt. Es ist nicht neu, aber noch immer nicht beseitigt.

Bereits vor zehn Jahren haben die Schüler des Lehrers Stein bei der Veranstaltung „Nacht der Jugend“ bewiesen, dass nur rund 50 Prozent aller Schüler einen Ausbildungsvertrag ergattern konnten. Die Handelskammer hatte dagegen erklärt, es seien 90 Prozent gewesen, und sich einer Diskussion nicht gestellt, siehe 110. Bremer Montagsdemonstration.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Verfassungswidrig: Schon nach einer Woche scheitert Trumps Abschiebe-Erlass gegen Muslime aus Ländern, in denen seine Baufirma nicht tätig ist *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

602. Bremer Montagsdemo am 30. 01. 2017

Es geht nicht nur ums Sattwerden, sondern vor allem ums Gesundbleiben

1. Es ist nur zynisch, von Hartz-IV-Berechtigten eine „**Spardisziplin**“ zu verlangen, mittels derer sie Geld für größere Anschaffungen horten könnten. Von dem Immer-viel-zu-wenig, das eine völlig lebensfremde Bürokratie zur „Berechnung“ der Regelsätze im Hartz-IV-Bezug zulässt, kann eben nicht noch Monat für Monat für Anschaffung und Reparatur von größeren Haushaltsgeräten, Computern oder Handys angespart werden. Glücklicherweise haben das jetzt wieder einige Urteile der Sozialgerichte deutlich gezeigt.

So gestand das Sozialgericht Cottbus einer in einem Hartz-IV-Haushalt vegetierenden Schülerin einen Computer zum Preis von 350 Euro zu, weil ihr Gymnasium Hausaufgaben über das Internet verteilt und ganze Lehrgänge online anbietet. Dieser Betrag kann auch vom größten Hungerkünstler nicht mal eben so eingespart werden. Das Gleiche gilt auch für die 100 Euro Gebühr, die ein Abiturient benötigte, um an der Abifeier seiner Schule teilzunehmen.

Solche Urteile zeigen erstens, welche Geldsummen und Anschaffungen heute benötigt werden, um nicht vom Bildungssystem ausgeschlossen zu werden. Zweitens wird überdeutlich, wie lebensfremd es ist, von Hartz-IV-Berechtigten zu erwarten, Geld „anzusparen“, um diesen Ausgaben gewachsen zu sein. Es klingt mehr als hämisch, ausgerechnet von den Ärmsten der Armen noch eine „ Spardisziplin“ zu verlangen, die auch andere niemals aufbringen könnten. Viele Hartz-IV-Berechtigte müssen monatlich hohe Zinsen oder allzu oft den Teil ihrer realen (günstigen) Miete, der über der bewilligten Obergrenze liegt, von ihrem Regelsatz zahlen. Ich finde es schändlich, wenn eine Schülerin ihre Bildungsmittel einklagen muss!

Natürlich müssen die Vorschläge der Wohlfahrtsverbände umgesetzt werden, einige der „einmaligen Leistungen“ wieder einzuführen, etwa die Ausstattung mit

einem Internetzugang, mit Brille, Kühlschrank und Waschmaschine! Die Politik scheint auch an dieser Stelle ihre Verantwortung abzugeben – hier an die Sozialgerichte, anderorts an die unsäglichen „Tafeln“. Daher wundern mich keine Bestrebungen verschiedener Jobcenter, bereits 15-Jährige wiederholt zum „Beratungsgespräch“ ins Jobcenter „einzuladen“, um Stellengesuche und vermittlungsrelevante Daten zu besprechen, obwohl sie zur Schule gehen.

2. Es kann gar nicht oft genug gesagt werden, dass Hartz IV derart gering bemessen ist, dass Experten vor „verstecktem“ Hunger und **Mangelernährung** warnen. So stimmt es eben leider ganz und gar nicht, dass in Deutschland niemand hungern müsse. Immer wieder wird gesagt, dass besonders Kinder in armen Familien, die von Hartz IV vegetieren müssen, davon betroffen seien, obwohl es in Wirklichkeit die gesamte Familie betrifft. Ursächlich dafür sei jedoch kein Mangel an Lebensmitteln, sondern eine einseitige Ernährung.

Ich glaube nicht, dass dies oft aus Unwissenheit heraus geschieht, sondern vielmehr aus finanzieller Not sowie zunehmender Industrialisierung. Schließlich muss aufgrund des niedrigen Hartz-IV-Regelsatzes der Anspruch an Lebensmittel auf Billigprodukte minderer Qualität heruntergeschraubt werden. Es kann also nicht nur darum gehen, irgendwie satt zu werden, sondern vor allem darum, gesund zu bleiben!

Die Welternährungsorganisation FAO fand heraus, was alle logisch denkenden Menschen wissen können müssten: dass nämlich Mangelernährung durch fehlende Vitamine und Nährstoffe zu Wachstumsstörungen und anderen Krankheiten führen kann. Dies habe nicht bloß Folgen für die Betroffenen selbst, sondern für die ganze Gesellschaft, weil die Folgen der Mangelernährung die Produktivität mindern und daraus resultierend den Bedarf an Sozialleistungen steigern würden.

3. Die Zahl der Obdachlosen wächst rasant, trotz Schnee und Eis leben 40.000 Menschen in Deutschland auf der Straße. Die Städte reagieren lediglich mit Notprogrammen. In München zeigte das Thermometer zweistellige Minusgrade an, und es war eigentlich viel zu kalt, um sich lange im Freien aufzuhalten. Niemand weiß, wie viele Menschen es insgesamt gibt, die versuchen, den Winter irgendwie im Freien zu überstehen. Die Stadtverwaltung geht von 550 bis 600 Obdachlosen aus, muss aber befürchten, dass die tatsächliche Zahl viel höher liegt.

Neuerdings liegen in vielen Ecken und manchmal sogar in Geschäftseingängen abgelegener Einkaufsstraßen Menschen in aufgeplusterten Schlafsäcken. Im kalten München ist die Innenstadt mit der Fußgängerzone und den Haupteinkaufsstraßen für Obdachlose tabu, niemand soll das Elend sehen. Das Sozialreferat befürchtet, dass es aktuell inzwischen rund 6.000 Wohnungslose in der bayerischen Hauptstadt gibt. Vor vier Jahren waren es erst 3800. Auch in den anderen Großstädten sind die Obdachlosenzahlen sprunghaft gestiegen, vor allem in Berlin.

Die „Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe“ schätzte die Zahl der Wohnsitzlosen hierzulande für 2015 auf 335.000, prognostizierte sie für 2016 aber bereits auf etwa 400.000 bundesweit, also auf gut 60 Prozent mehr als noch 2010. Bis 2018 werden über eine halbe Million Menschen ohne Wohnung erwartet, was rund 50.000 Obdachlose bedeuten würde. Wegen des Mangels an bezahlbarem Wohnraum „leben“ heute doppelt so viele Menschen in Notunterkünften wie noch vor fünf Jahren. Das Problem wird sich eher noch verschärfen, weil die Wohnungskapazität langsamer wächst, als die Wohnungslosigkeit zunimmt.

2014 verloren 86.000 Bundesbürger laut Statistik ihre Wohnung und damit ihren Wohnsitz – viele, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen konnten oder sich von ihren Partnern trennten. Nach Angaben des „Wohnungslosenverbandes“ sind Arbeitslosigkeit, Finanzprobleme, Trennungen, häusliche Gewalt, Krankheit, Mieterhöhungen, Gentrifizierung, psychische Probleme oder der Tod naher Angehöriger die häufigsten Risikofaktoren, die Menschen in **Obdachlosigkeit** treiben.

Etwa jede(r) Zehnte findet dann nicht mehr die Kraft, auch noch das Wohnungsproblem zu bewältigen. Viele von ihnen versuchen, sich wenigstens tagsüber vor den eisigen Temperaturen zu schützen, zum Beispiel in einer Teestube des evangelischen Hilfswerks, wo sie auch duschen und ihre Kleider waschen können. Auch wenn die Asylsuchenden und EU-Arbeitsmigranten das Problem der Obdachlosigkeit hierzulande noch verschärft haben, liegen die wahren Gründe jedoch in einer verfehlten Wohnungsbaupolitik und vollkommen unzureichenden Armutsbekämpfung.

Um wenigstens die größte Not gerade im Winter zu lindern, haben Städte wie München bei der Zahl der Schlafplätze in den Notunterkünften kräftig aufgestockt: Hier gibt es nun 5.500 Betten. Wenn die Straßenambulanz bei minus 15 Grad die üblichen Plätze der Draußenschläfer ansteuert, müssen die Ärzte häufig Lungenentzündungen und Grippe behandeln, dazu erfrorene Zehen und Finger. Und sie müssen sich auch um seelische Wunden kümmern, die von Dunkelheit und Kälte ausgelöst werden.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Staatlich subventionierte Ausbeutung: Fast die Hälfte der Minijobber(innen) wird um den Mindestlohn betrogen *(„Junge Welt“)*

Wir machen weiter...
600. Montagsdemo

600. Montagsdemo
Montag ist Widerstandst
Macht mit !
Nur wer kämpft,
kann gewinnen !
www.bremer-montagsdemo.de
DEMO

Tausende Ausbildungsplätze fehlen in Bremen

Die Arbeitsagentur gaukelt eine „heile Welt“ vor: „Nur 207 Bremer Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz gesucht haben, waren zum Stichtag 30. September 2016 unversorgt“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung von Agentur für Arbeit, Handwerkskammer und Handelskammer. Das seien gerade mal vier Prozent aller Bewerber(innen). Aber haben tatsächlich fast alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bekommen?

Die Realität sieht anders aus! In vielen Abgangsklassen erzählen die Schüler(innen) von zigfachen Absagen und ihrer erfolglosen Suche. Die Schüler(innen) der Gesamtschule Ost wollten die geschönte Statistik der Arbeitsagentur nicht glauben und recherchierten mit Unterstützung eines pensionierten Lehrers selbst. Ihre Kritik: „Es wird verschleiert, wie viele Jugendliche keinen Ausbildungsplatz bekommen haben“.

Wer wissen will, wie viele der 4.789 erfassten Bewerber(innen) tatsächlich einen Ausbildungsplatz bekommen haben, muss sich die Zahl der in die „duale“ Ausbildung „Eingemündeten“ anschauen: Mit 1.786 Jugendlichen ist das gerade mal etwas mehr als ein Drittel aller erfassten Bewerber(innen). Die Schüler(innen) der Gesamtschule Ost schließen daraus, dass die offizielle Darstellung eine bewusste Täuschung ist: „Es haben nicht nur vier Prozent keinen Ausbildungsplatz bekommen, sondern die Mehrheit.“

Viele Jugendliche bleiben bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz in Bremen auf der Strecke. Diese Tatsache ist ein Skandal, der unter dem Deckel gehalten werden soll. Für die Arbeitsagentur sind nur diejenigen Jugendlichen „unversorgt“, die sich arbeitslos melden. Die meisten Jugendlichen suchen sich natürlich etwas anderes – machen Praktika, gehen auf eine weiterführende Schule oder müssen als Leiharbeiter einen Job annehmen. Das alles ist aber keine Alternative für eine qualifizierte Berufsausbildung.

Die großen Konzerne in Bremen wie Mercedes, Airbus oder Arcelor haben eine verschwindend kleine Ausbildungsquote – sie liegt bei zwei bis drei Prozent der Beschäftigten. Aus Profitgründen verzichten die Konzerne weitgehend auf die teure Ausbildung von Jugendlichen. Sie stellen lieber billige und rechtlose Leiharbeiter ein. Seit der Einführung der Hartz-Gesetzen ist die Leiharbeit im großen Stil erlaubt. Inzwischen sind es über eine Million Leiharbeiter(innen) in Deutschland – vor allem Jugendliche, die direkt nach der Schule ins Arbeitsleben einsteigen.

Die andere neue Variante zur Steigerung der Gewinne ist die Ausweitung von Jobs für Schüler(innen) und Student(inn)en in der Produktion. Was bei Merce-

des früher eine Ausnahme zur Vertretung der Stammbelegschaft während der Urlaubszeit war, wird inzwischen das ganze Jahr über praktiziert. Hunderte Jugendliche stehen jeden Tag als billige Hilfskräfte am Band. Auf diese Weise können die Konzerne die Größe der Stammbelegschaften auf kaltem Wege absenken, ohne offene Massenentlassungen.

Mit der Aufdeckung des Ausbildungsnotstands in Bremen haben die Schüler(innen) der Gesamtschule Ost einen wertvollen Beitrag geleistet. Um diese Situation zu verändern, muss eine politische Bewegung mit viele Jugendlichen und Erwachsenen entstehen. Die Kampfeinheit von Jung und Alt in den Betrieben aufzubauen, hat dabei besonders große Bedeutung. Die Montagsdemonstration steht an der Seite der Jugend: Für die Verpflichtung der Großbetriebe zu einer Ausbildungsquote von zehn Prozent der Beschäftigten! Für die unbefristete Übernahme aller Auszubildenden entsprechend ihre Ausbildung! Weg mit den unsozialen Hartz-Gesetzen!

Harald Braun

Überteuert, offline, unpünktlich: Ex-Bahnchef Grube
ist überall gescheitert *(„Spiegel-Online“)*

„Urteilsfähigkeit des Präsidenten infrage gestellt“: Wie vieler solcher Richtersprüche bedarf es noch für ein Amtsenthebungsverfahren? *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

603. Bremer Montagsdemo
am 06. 02. 2017

Dem Staat ist ein reiches Kind 199 Euro wert, ein armes nur 107

1. Aus einer Studie des „Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ geht hervor, dass von den 6,2 Millionen Leistungsberechtigten, die es bei der Einführung von Hartz IV im Januar 2005 gab, 1,5 Millionen gelungen sei, den Bezug der Transferleistung zu beenden. Innerhalb von fünf Jahren soll dies vier Millionen Menschen geglückt sein. Dennoch habe sich eine Million Hartz-IV-Berechtigter durchgehend von Januar 2005 bis Dezember 2014 in der Grundsicherung befunden. Dagegen habe von den neu hinzukommenden Hartz-IV-Berechtigten die Hälfte den Leistungsbezug innerhalb eines Jahres beendet, auch wenn dies nicht unbedingt von Dauer war.

Langer Leistungsbezug kann nicht automatisch mit langer Arbeitslosigkeit gleichgesetzt werden, da etwa 30 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsbezieher(innen) erwerbstätig sind. Die Arbeitsmarktforscher skizzierten verschiedene typische Werdegänge in der Grundsicherung anhand einer Stichprobe von mehr als 20.000 Hartz-IV-Berechtigten. Demnach entwickelte sich etwa ein Drittel zu Langzeitleistungsberechtigten mit relativ wenig Kontakt zum Arbeitsmarkt. Ein gutes Viertel könne schnell und dauerhaft den Leistungsbezug mit einer bedarfsdeckenden Beschäftigung verlassen. Ein knappes Zehntel sei angeblich relativ gut in den Arbeitsmarkt integriert, obwohl es ohne aufstockendes Arbeitslosengeld II seinen Lebensunterhalt nicht zu bestreiten vermöge.

Einem weiteren knappen Zehntel gelinge erst nach längerer Zeit der Ausstieg aus dem Leistungsbezug mit einer bedarfsdeckenden Beschäftigung. Ebenfalls ein knappes Zehntel schaffte nach einer betrieblichen Ausbildung den Ausstieg. Die übrigen knapp zwei Zehntel verließen den Leistungsbezug aus anderen Gründen wie Studienbeginn, Selbständigkeit oder Renteneintritt. Wer schneller und nachhaltiger in den Arbeitsmarkt integriert werden konnte, war meist höher qualifiziert, jünger, besaß eher die deutsche Staatsangehörigkeit und konnte in der Vergangenheit auf mehr Erwerbserfahrung zurückblicken. Wer hingegen

häufiger erwerbslos war, hatte ein höheres Risiko, länger im **Hartz-IV-Bezug** zu bleiben.

Bei dem negativen Bild, das über Erwerbslose in der Gesellschaft verbreitet wird, verwundert der Befund nicht wirklich. Komisch, dass bei diesen Aufzählungen offenbar immer wieder „vergessen“, also verschwiegen wird, dass es ein auserkorenes Ziel von Ex-Kanzler Schröder war, in Deutschland einen der größten Niedriglohnarbeitsmärkte Europas zu schaffen. Unter der Drohkulisse von Hartz IV und dem Emporschießendürfen so vieler Leiharbeitsvermittlungen ist dies so trefflich wie schändlich gelungen.

2. Alle reden noch und nöcher davon, es sei eine Schande, dass hierzulande inzwischen jedes fünfte Kind arm sei. Seit Jahren schwafeln so viele Politiker davon, dass sich daran endlich etwas ändern müsse! „Zeit“-Autorin Julia Friedrichs ist die billige Heuchelei leid. Sarkastisch formuliert sie, die armen Kinder wären inzwischen reich, wenn sie jedes Mal einen Zehner bekämen, sobald ihr Schicksal bedauert würde. Friedrichs berichtet seit mehr als zehn Jahren in Fernsehreportagen, Büchern und Zeitungsartikeln immer wieder über arme und „abgehängte“ Kinder in Deutschland. Sie betrat viele Wohnungen, in denen sich Eltern mühten, auch ohne Geld Würde und Anstand zu wahren.

Friedrichs sprach auch mit Grundschulkindern, die jobben wollten, um ihren Eltern zu helfen, und solchen, die wütend wurden, weil ihnen immer gepredigt wurde, dass sie verzichten müssten. In Deutschland entscheidet mehr als in vielen anderen Industrieländern die soziale Herkunft über die Zukunft von Kindern. Besonders häufig arm sind Kinder von Arbeitslosen, Alleinerziehenden und solche mit mindestens zwei Geschwistern. Arme Kinder könnten sich bereits mit sechs Jahren schlechter konzentrieren, seien häufiger übergewichtig und krank als ihre finanziell besser gestellten Altersgenossen, könnten auch schlechter sprechen und zählen.

In der Schule gelinge es viel zu selten, diesen Startnachteil wettzumachen, selbst wenn die Eltern zwar über wenig Geld, wohl aber über einen hohen Bildungsstand verfügten. Der Malus der Armut begleite oft ein ganzes Leben, könnte dies sogar verkürzen, da die statistische Lebenserwartung eines Jungen, der in eine arme Familie geboren wird, elf Jahre niedriger sei, als die eines Jungen aus wohlhabendem Hause. Die Zahlen der Armut sind traurig, bedeuten beengte Wohnungen, in die selten Freunde eingeladen werden können, raue Stadtviertel, kein Geld für individuelle Förderung, für Wünsche und Urlaub.

In großer Einigkeit beklagen die Journalisten regelmäßig, dass etwas geändert werden müsse, was die Politiker Jahr um Jahr bekräftigen. 2007 sagte die damalige Familienministerin Ursula von der Leyen, **Kinderarmut** sei „eines der beschämendsten Probleme“ in unserem Land. 2014 schwadronierte die aktuelle Familienministerin Manuela Schwesig, für sie sei die Bekämpfung von Kinderarmut „ein sehr wichtiger Punkt“. 2016 schwatzte Arbeitsministerin Andrea Nahles, Kinderarmut sei „ein bedrückendes Problem“. Haben dann endlich alle ihre

Bestürzung geäußert, ihre Betroffenheit artikuliert, können sie ja wieder schweigen, bis sie bei der nächsten Statistik von neuem taten- und folgenlos losblubbern können.

Hier und da wird mit großem Brimborium ein schnell verzischender Tropfen auf den heißen Stein fallengelassen. Da wird dann der Kinderzuschlag für Eltern mit niedrigem Einkommen um zehn Euro oder das Kindergeld um zwei Euro monatlich „erhöht“, werden „Teilhabepakete“ geschnürt. Aber wann gehen Bürger(innen) endlich einmal auf die Straße, um sich darüber zu empören, dass so viele Kinder „abgehängt“ sind? Wo wird Druck gemacht, bis es endlich gut ausgestattete Bildungseinrichtungen für alle von Anfang an gibt? Wo ist die konzertierte Aktion der Regierung gegen Chancenarmut?

Es ist offensichtlich, wo dringend etwas zu tun wäre. Es fehlt zum Beispiel an herausragenden Bildungseinrichtungen für ganz Kleine, an verlässlichen Ganztagsgrundschulen, in denen die Kinder am Nachmittag nicht nur betreut werden, sondern in denen alle gemeinsam auch nach zwölf Uhr noch lernen, Sport treiben, musizieren und ein warmes Mittagessen bekommen. Wenn die Bundesländer es weiter nicht schaffen, ihren föderalen Flickenteppich zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzuweben, müsste der Bund die Verantwortung für diese Schulen tragen.

Wie kann es angehen, dass trotz der Mahnungen der Verfassungsrichter dem Staat ein armes Kind offenkundig weniger wert ist als ein armer Erwachsener, dass der Hartz-IV-Regelsatz für einen Zehnjährigen rund 100 Euro im Monat niedriger ist als der seiner Elternteile? Schließlich benötigen Kinder häufiger neue Kleidung als Erwachsene, brauchen Bücher, Stifte und vor allem gesundes Essen. Sie leiden sehr darunter, von den Aktivitäten ihrer Freunde wie Schwimmunterricht, Zoobesuch und „Kino mit Popcorn“ ausgeschlossen zu sein.

Es wäre für den Staat geradezu kinderleicht, dafür zu sorgen, dass große Familien günstiger wohnen können, dass kinderreiche Familien – wie etwa in Frankreich – Rabatte bekommen, wenn sie verreisen wollen oder Kleidung und Schulsachen kaufen. Klar und deutlich zeigt sich, dass dem Staat ein armes Kind dem Staat weniger wert als ein reiches. Deutschland investiert 200 Milliarden Euro, um Ehen und Familien, Paare mit und ohne Kinder zu unterstützen. Dies geschieht nicht mit der oft kritisierten „Gießkanne“, sondern mit einem außer Kontrolle geratenen Rasensprenger, der die Wiese vor allem dort wässert, wo sie ohnehin schon sattgrün ist.

Das „Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung“ hat berechnet, wie sich die über 150 Familienleistungen – Elterngeld, Kindergeld, Kita- Zuschuss – mit 13 Prozent der Fördersumme bei den reichsten zehn Prozent der Familien und nur sieben Prozent bei den ärmsten zehn Prozent verteilen. Anders ausgedrückt ist dem Staat ein armes Kind monatlich im Schnitt 107 Euro wert, ein reiches aber 199 Euro.

Wenn der Staat jedem Kind, egal wie alt es ist und aus welcher Familie es kommt, das zahlte, was es zum Leben braucht, sei das nicht nur ein Zeichen da-

für, dass alle Kinder gleich viel wert sind, sondern auch eine wirksame Waffe gegen die Folgen der Armut. „Kindergrundsicherung“ nennen Wissenschaftler das und schlagen vor, dass Kinder 500 Euro pro Monat erhalten sollten. Das Team der „Böll-Stiftung“ schätze die Mehrkosten auf 30 Milliarden Euro pro Jahr. Das Konzept sei keine Träumerei, denn allein die Abschaffung des Ehegattensplittings würde etwa 20 Milliarden einbringen.

Wenn aus den süßen Kindern laute, manchmal schwierige Teenager geworden sind, wandle sich das Mitleid vieler in Ablehnung, und es werde von ihnen gefordert, sie sollten sich doch mehr anstrengen. Binnen weniger Jahre würden aus den Opfern ihrer Lebensumstände Täter. Andere erstickten ihr Mitgefühl in abstrakten Debatten über „Armutseinwanderung“ oder einen „Armutsadel“, die Milderen spendeten gerade vor Weihnachten wieder. Für echte Aufstiegschancen der armen Jungen und Mädchen aber kämpfe niemand.

Die Autorin fragt, ob sich nicht vor allem die Menschen aus der Mittelschicht selbst belügen: Haben sie wirklich ein Interesse daran, dass die armen Kinder mitmischen beim ohnehin angespannten Wettkampf um Karrierechancen, oder sind viele Eltern insgeheim froh darüber, dass ein Fünftel der Konkurrenz bereits in der Schule „abgehängt“ ist? Ein Student, der finanziell arme Kinder betreute, brachte es auf den Punkt: „Es heißt immer: Kinder sind unsere Zukunft. Aber die Kinder in unserer Siedlung sind damit nicht gemeint.“ Da hat er wohl Recht!

Ich finde, wir dürfen auch nicht vergessen, dass finanziell arme Kinder immer Kinder von finanziell armen Eltern sind. Die politisch Verantwortlichen sorgen nicht dafür, dass Eltern, dass Erwachsene ein anständiges Gehalt für ihre Arbeit bekommen – beziehungsweise ein anständiges Geld für ihren realen Unterhalt, wenn sie keinen der immer weniger werdenden Arbeitsplätze ergattern konnten oder zu krank, zu alt für Erwerbsarbeit sind. Nicht nur Kinder brauchen eine echte Grundsicherung, die diesen Namen auch verdient und über ein bloßes Vegetieren hinausgeht, die ein echtes Teilhaben, ein wirkliches Leben in der Gesellschaft, auch mit normalen Mieten ermöglicht, sondern Erwachsene ganz genauso. Wir brauchen immer dringender ein bedingungsloses, ein realistisches Grundeinkommen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Der Hype um Agenda-Wegbegleiter Schulz wird nicht lange anhalten

Donald Trump ist ein widerlicher, rassistischer, faschistischer, sexistischer Präsident! Mit seinem Einreiseverbot für Muslime aus sieben Staaten ist er aber jetzt erst mal vor dem Berufungsgericht gescheitert. Auch die Demonstrationen reißen

nicht ab, und das macht mich froh, weil es zeigt: Nicht die Bevölkerungen sind nach rechts gerückt, sondern die Regierungen. Allein 4,5 Millionen Menschen gingen an einem einzigen Tag in den USA gegen Trump auf der Straße, und der Protest reißt nicht ab. Von den 25 Prozent der Bevölkerung, die Trump gewählt haben, tut es doch mindestens der Hälfte schon wieder leid.

Trump muss weg! Beim G20-Gipfel im Juli in Hamburg werden wir ihm einen freundlichen Empfang bereiten, wenn er sich denn traut zu kommen. Aber nun kommt Sarah Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, daher und sieht „positive Signale“ vor allem in der Trumps Außenpolitik. Ursache für diese abgefahrene Ansicht ist, dass Trump angekündigt hatte, sich mit Putin besser zu verstehen, und den sehen Wagenknecht wie auch die DKP-Führung als „friedliebend“ an, in völliger Verkennung der Tatsache, dass Russland ein neoimperialistisches Land ist! Daran gibt es nichts Friedliebendes.

Imperialismus heißt immer: Reaktion nach innen, Aggression nach außen, andere unterdrücken und nach Weltherrschaft streben. Die imperialistische Konkurrenz ist Ursache der wachsenden Kriegsgefahr. Neoimperialistische Staaten wie Russland und die Türkei wollen aggressiv einen größeren Teil vom „Kuchen“, während alte Imperialisten wie die USA verloren gegangenes Terrain zurückerobern wollen. Das ist der Hintergrund dafür, dass die reaktionärsten Teile des amerikanischen Großkapitals auf Trump setzen, und das macht ihn brandgefährlich. Schon droht er mit Atomwaffen! Beim ersten Kriegseinsatz unter Trumps Befehl gegen den Jemen gab es Tote unter der Zivilbevölkerung, darunter Kinder.

SPD jubelt derweil über bessere Umfragewerte, seit Martin Schulz auf den Schild gehoben wurde: von 20 auf 31 Prozent und damit nun sogar knapp vor der Union. Freilich gehörte Schulz seit 1999 der engsten Parteiführung an und war treuer Wegbegleiter der Agenda 2010 mit den Hartz-Gesetzen und Rente 67! Der Hype um ihn wird nicht lange anhalten. Die Zahl der Leiharbeiter(innen) ist auf neuem Rekordhoch: über eine Million. Sie verdienen als Hilfskraft im Durchschnitt 1.524 Euro. Eine Stammkraft erhält dagegen 2.119, eine Fachkraft 2.844 Euro.

Da sind die Manager-Gehälter schon ein wenig anders: Ex-VW-Chef Martin Winterkorn erhält heute 93.000 Euro Rente im Monat. 2015 bekam er ein Gehalt von 7,3 Millionen Euro. Christine Hohmann-Dennhardt bekommt nach einem Jahr Ethik-Beratung bei VW zwölf Millionen Euro Abfindung. Sie sollte dafür sorgen, dass Volkswagen nach dem Abgasskandal wieder eine reine Weste bekommt, was ihr freilich nicht gelungen ist. Bei Daimler hatte sie vorher durch Regelanfragen beim „Verfassungsschutz“ für eine umfassende Bespitzelung aller Mitarbeitenden gesorgt.

30.000 Arbeitsplätze will VW abbauen, 5.700 Leiharbeiter(innen) wurden bereits auf die Straße geworfen. 22 Milliarden Euro hat Volkswagen inzwischen an Strafen und Entschädigungen bezahlt, aber deutsche Autofahrer(innen) bekom-

men keinen Cent, denn laut Verkehrsminister Dobrindt wurden sie „nicht geschädigt“. Ebenfalls keine Entschädigung bekommen die Opfer des Abgasbetrugs, die Hunderttausenden durch Stickoxide geschädigten oder getöteten Menschen.

Selbst VW-Patriarch und Hauptaktionär Piëch bestätigt, dass Winterkorn frühzeitig von dem Betrug durch Abschaltung der Abgasreinigung im Normalbetrieb wusste. Schon als Winterkorn zur Attacke auf den US- Markt mit VW-Dieseln blies, wusste er genau, dass diese niemals den strengen US-Richtlinien für Stickoxid- und Feinstaubausstoß standhalten würden, wenn es mit rechten Dingen zugeht. Finanzchef Pötsch bekam seinen Wechsel vom Vorstand in den Aufsichtsrat mit 20 Milliönchen versüßt.

Winterkorn und Konsorten gehören in den Knast und ihr Vermögen eingezogen, Renten und Bonuszahlungen ebenfalls! Das sind alles keine Versehen, keine Ausrutscher, das ist das System: Das Finanzkapital hat sich alle Teile der Gesellschaft untergeordnet. Die Oktoberrevolution vor 100 Jahren hat gezeigt, dass es möglich ist, ein System zu stürzen und die Macht der Arbeiter und Bauern, die Räterepublik, zu errichten!

Wolfgang Lange (MLPD)

Judges say no: Wird Trump im Sommer beleidigt zurücktreten, wenn er überall gegen die Mauer gelaufen ist? *(„Spiegel-Online“)*

Vom **10. Februar** bis zum **26. März 2017** veranstalten der kurdische Verein in Bremen „Birati“ und das „Kurdistan-Solidaritätskomitee Bremen“ unter dem Titel „**Leben und Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung**“ in loser Folge und an wechselnden Orten die Reihe „**Kurdische Filmtage**“. Den thematischen Schwerpunkt bildet dabei die Befreiung der Frau.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

604. Bremer Montagsdemo am 13. 02. 2017

Durchbruch bei den Mieten? (Teil I)

1. In der Begründung für die Änderung des Wohngeldgesetzes zum 1. Januar 2016 steht, wie sehr die Mieten gestiegen sind. Anmerkungen dazu und Auszüge daraus stehen insbesondere auf der 549. Seite der Bremer Montagsdemonstration. Der Wohnungsmarkt in Bremen hat sich für die Mieter und Wohnungssuchenden ebenfalls negativ entwickelt. Die Beschreibung steht in der Vorlage der Baudeputation für die Sitzung des Senats am 17. November 2015: „Erlass einer Mietenbegrenzungsverordnung nach § 556d Absatz 2 BGB“. Nachstehend einige Auszüge:

> In Bremen [ist] eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit **Mietwohnungen** zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet. Die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen gilt dann als besonders gefährdet, wenn es am Wohnungsmarkt eine Mangelsituation gibt. Für die Annahme einer solchen Situation ist es nicht erforderlich, dass davon alle Haushalte betroffen sind. Sie ist bereits dann gegeben, wenn der Marktzugang nicht nur für vereinzelte Bevölkerungsgruppen, sondern für bestimmte, nach allgemeinen Merkmalen abgrenzbare Mietergruppen verengt ist. Diese Gefährdungslage liegt aus folgenden Gründen vor:
>
> - Die Bestands- und Neuvermietungsmieten sind seit 2006 und besonders seit 2010 stark angestiegen. Das betrifft besonders das für die Versorgung von Haushalten mit geringeren Einkommen wichtige untere bis mittlere Marktsegment.
> - Es gibt weiterhin eine hohe Nachfrage von Transferleistungsempfänger(inne)n nach bezahlbarem Wohnraum. Demgegenüber geht der Bestand an Sozialwohnungen auch unter Berücksichtigung umfangreicher neuer Förderprogramme wegen des Auslaufens einer hohen Zahl an Bindungen aus den 90er Jahren deutlich zurück. Ein Ankauf von Belegbindungen zur Begründung neuer sozial gebundener Wohnungen über die Neubauförderung hinaus ist keine Al-

ternative und führt lediglich zu Mitnahmeeffekten. Es entsteht keine neue geförderte Wohnung.

- Der Senat und die Bürgerschaft der Freien Hansestadt Bremen erkennen aufgrund der Wohnungsbaukonzeption 2010, der Erkenntnisse aus dem „Gewos“-Gutachten 2015 und den Einschätzungen aus dem „Bündnis für Wohnen“ und aufgrund des Zuzugs von Flüchtlingen einen fortbestehenden Bedarf an Wohnungen, die für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen bezahlbar sind.

In der Stadtgemeinde Bremen stellt sich die Sachlage wie folgt dar: Die Wohnbevölkerung wächst, ohne dass der zusätzliche Wohnungsbedarf in der Stadtgemeinde Bremen kurzfristig durch eine ausreichende Neubautätigkeit ausgeglichen werden kann. Das Kriterium Nummer 3 in § 556d Absatz 2 Satz 3 BGB ist damit erfüllt. Daraus ergibt sich, dass es in der Stadtgemeinde Bremen bei großer Nachfrage nur einen geringen Leerstand gibt, sodass auch das Kriterium Nummer 4 in § 556d Absatz 2 Satz 3 BGB erfüllt ist.

Was dann als Abhilfemaßnahmen des Senats genannt wird, hat kurzfristig keine Auswirkung:

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat daher Maßnahmen getroffen, um im Hinblick auf die Gefährdungslage am Wohnungsmarkt Abhilfe zu schaffen. Darüber hinaus wird der Senat einen „Stadtentwicklungsplan Wohnen“ aufstellen, der die Wohnungsbaukonzeption von 2009 im Sinne der Zielsetzung des Senats, Bremen als wachsende Stadt zu positionieren, fortschreiben wird und diese um wesentliche Kernaussagen zur Entwicklung des Wohnens erweitern wird. Dabei wird die Zielsetzung auch volumenmäßig und vor dem Hintergrund der wachsenden Flüchtlingszahl neu überprüft werden.

Gewohnt und gesucht wird heute! Die Notlage wird noch Jahre bestehen bleiben. Am 5. Februar 2017 berichtete der „Weser-Report“ unter dem Titel „Kleine Wohnungen heiß begehrt“, auf das Angebot einer Einzimmerwohnung für 400 Euro Warmmieter hätten sich in nur 48 Stunden 215 Menschen beworben. Weiter heißt es in der Sitzungsvorlage:

Im Rahmen der Verbändeanhörung sind im Wesentlichen folgende Argumente vorgebracht worden:

- Allen Stellungnahmen ist gemeinsam, dass es für die Verbesserung der Wohnraumversorgung zu bezahlbaren Wohnkosten nötig ist, ausreichend zusätzlichen – auch geförderten – Wohnraum zu schaffen. Diese Einschätzung teilt der Senat. Die nötigen Maßnahmen werden Teil des „Stadtentwicklungsplans Wohnen“ sein.
- Es wird die Auffassung vertreten, dass die Mietenbegrenzungsverordnung keine nennenswerte Auswirkung haben werde, weil es in der Stadt Bremen keinen Mietspiegel gebe. Mieter und Vermieter könnten daher nicht rechtssicher nachweisen, wie hoch die ortsüb-

liche Vergleichsmiete sei.

Diese Auffassung teilt der Senat nicht. Er vertritt die Auffassung, dass ein Mietspiegel nicht die einzige Möglichkeit ist, einen Nachweis über die ortsübliche Vergleichsmiete zu führen. Gemäß § 558a Absatz 2 BGB kann die Höhe der ortsüblichen Vergleichsmiete durch ein Sachverständigengutachten oder die Nennung von Mieten für drei vergleichbare Wohnungen nachgewiesen werden.

- Von der Vermieterseite wird die Auffassung vertreten, dass die Mietenbegrenzungsverordnung investitionshemmend wirke und demzufolge eine Verringerung der Bautätigkeit und deshalb tendenziell auch eine Erhöhung des Mietniveaus eintrete.

  Diese Einschätzung teilt der Senat nicht. Insbesondere aufgrund der unter Punkt 3 beschriebenen Abhilfemaßnahmen geht der Senat davon aus, dass sich die Bautätigkeit in Fortsetzung der Entwicklung der letzten Jahre weiter erhöhen wird und sich das Mietniveau nicht in dem befürchteten Ausmaß erhöhen wird.
- „Haus & Grund“ kritisiert, dass es keine Differenzierung nach Stadtteilen gibt. Diese Auffassung teilt der Senat nicht. Diesbezüglich wird auf die Ausführungen auf Seite 10 der Begründung zur Verordnung verwiesen. Eine entsprechende Auffassung vertreten auch der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg und der Bundeshauptstadt Berlin.

  „Haus & Grund“ hält § 556d Absatz 2 BGB und damit auch die Mietenbegrenzungsverordnung für verfassungswidrig. Diese Auffassung teilt der Senat im Einvernehmen mit dem Bundesgesetzgeber nicht.

Diese Begründung zeigt: Die Mietpreisbremse greift nicht. Welcher Mieter kann sich einen Rechtsstreit mit Gutachterbestellung leisten? Bremen muss diese Unterstützung für Mieter leisten oder zugeben: Dies ist wirkungslos! Festgelegt wird, dass diese Verordnung am 1. Dezember 2015 in Kraft und mit Ablauf des 30. November 2020 außer Kraft tritt. Weiter erstellt Bremen einen „Armuts- und Reichtumsbericht“, dabei wird Reichtum nicht thematisiert. Dieser Bericht wird fortgeschrieben. Bei der Senatorin für Soziales ist der Werdegang zu erfahren.

Auf Seite 147 ist unter dem Titel „Wohnungsversorgung einkommensschwacher Haushalte“ die Abschmelzung von Sozialwohnungen nachzulesen. Die so gelobten neuen Sozialwohnungen sind gemäß aktueller Verwaltungsanweisung nur mit Sondererlaubnis durch Leistungsempfänger anmietbar. Zur „Verwaltungsanweisung Wohnen“ bitte die 601. Seite der Bremer Montagsdemonstration nachlesen. Die Regelung zur Anmietung von Sozialwohnungen steht im „Armuts- und Reichtumsbericht“ auf Seite 15:

> Auch für Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus können grundsätzlich nur angemessene Unterkunftskosten im dargestellten Rahmen anerkannt werden. Es besteht kein genereller Anspruch auf Anerkennung

> der tatsächlichen Mieten in Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus, wenn diese den Richtwert überschreiten. Um jedoch den Zugang zu den Neubauten des sozialen Wohnungsbaus nicht zu verschließen, können daher in Ausnahmefällen auch die die Richtwerte übersteigenden Unterkunftskosten als angemessen anerkannt werden. Bei der Ausübung des Ermessens sind in diesem Fall insbesondere die Dringlichkeit der Anmietung, das aktuelle Angebot auf dem Wohnungsmarkt, die Verkehrsanbindung sowie die örtlichen Einschränkungen von schulpflichtigen Kindern oder vergleichbare Tatbestände angemessen zu berücksichtigen.

Zusammengefasst heißt das, im Normalfall klappt die Anmietung gar nicht, sondern nur im Falle besonderer Umstände und auf besonderen Antrag mit entsprechender Bearbeitungszeit. Aktuell sind die geplanten oder im Bau befindlichen Sozialwohnungen für Alleinstehende nur etwas über 30 Quadratmeter groß. So wird durch Raumverzicht die Miete genehmigungsfähig. Ab Seite 150 geht es um „Entwicklung und Höhe der Mieten, Mietbelastung“. Da Bremen keinen Mietspiegel hat, kann aus den sonstigen Quellen alles Mögliche gelesen werden. So ist auch der folgende Absatz zu werten:

> Recherchen haben ergeben, dass sich die Mieten in der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts deutlich erhöht haben, nachdem die Mieten zuvor über einen längeren Zeitraum stagnierten beziehungsweise sogar gesunken waren. Aufgrund steigender Mieten bei der Neuvermietung von Wohnraum und steigender Baukosten und Kaufpreise für Wohnraum ist zu erwarten, dass sich diese Dynamik in den nächsten Jahren noch fortsetzen wird. Die aktuell zu beobachtenden höheren Baufertigstellungszahlen und die neu aufgelegten Wohnraumförderprogramme werden voraussichtlich erst zeitversetzt ihre Wirkung entfalten.

Die zweite Hälfte des letzten Jahrzehnts sind die Jahre 2005 bis 2009, die Jahre mit „stagnierender Miete“ somit jene vor 2005. Das Arbeitslosengeld II trat am 1. Januar 2005 in Kraft, wurde in Bremen aber versuchsweise bereits 2004 umgesetzt – sehr zum Nachteil der betroffenen Sozialleistungsbezieher, denn schon damals waren die Mietobergrenzen nicht ausreichend. In den folgenden Jahren sind sie nur schleppend der Wirklichkeit gefolgt. Mittels Gutachten wurde versucht, die Mieten kleinzurechnen. Zwei „Gewos“-Berichte wurden mit Hilfe des Sozialgerichts richtiggestellt. 2009 wurde auch das Wohngeldgesetz geändert, allerdings ungenügend, wie der Begründung zur Wohngelderhöhung zum 1. Januar 2016 zu entnehmen ist.

„Analyse und Konzepte“ hat die Basis für die aktuelle Verwaltungsanweisung zu den Kosten der Unterkunft geliefert, ein Fundament, das bereits 2010 nicht tragfähig war. Im Entwurf zum „Armuts- und Reichtumsbericht 2009“ steht die Entwicklung des Wohnungsangebots und der Mietpreise der Jahre 2005 bis 2007. Auch die Verschiebung aller Leistungsberechtigten zum Arbeitslosengeld II und zurück in die Sozialhilfe beziehungsweise Grundsicherung ist (ohne diesen Hintergrund) nachzulesen.

Zurück zu den Wurzeln der zu geringen Mietobergrenzen: Den Fachleuten, Gutachtern und Verfassern der Grundlagenpapiere für die Festschreibung der Mietobergrenzen möchte ich die Fachkompetenz nicht absprechen. Es ist alles eine Frage des Auftrags und der Auslegung. Bei „Gewos“ wurden die Fachleute herangezogen, um Zahlen zu begründen. Es wurden aber die Fakten nicht genannt. Auch bei „Analyse und Konzepte“ fehlen Fakten. Zurzeit sitzen andere Gutachter über den Zahlen. Wir werden sehen, inwieweit die Wirklichkeit getroffen wird.

Das Ergebnis soll den Sozialdeputierten am 23. Februar 2017 ab 15 Uhr vorgestellt werden. Die Sitzung ist öffentlich. Die Tagesordnung und alle Vorlagen werden einige Tage vor dem Termin ins Netz gestellt. Dort ist dann auch nachlesbar, ob die Tagesordnung geändert wurde. Für die leidenden Leistungsberechtigten ändern sich die Rahmenbedingungen schon dadurch, dass die Begründung der Gutachter leicht und verständlich nachprüfbar sein muss.

Es muss aber niemand auf dieses Gutachten warten. Wer heute einen Eigenanteil zu den Kosten der Unterkunft trägt, kann dies ändern und einfach deren volle Erstattung beantragen. Die Fraktion „Die Linke“ hat zu dieser Differenz eine Große Anfrage an den Senat gestellt: „Abzüge bei den Kosten der Unterkunft“. Auch auf diese Antwort muss niemand warten, die Einzelheiten sind auf unseren Seiten nachlesbar. Also ran, denn Brot wird jeden Tag gebraucht!

2. Auf die Anfrage „Versorgung wohnungsloser Menschen“ hat der Senat im Januar 2017 geantwortet. „Die Notunterkünfte sind voll besetzt“, titelte der „Weser-Kurier“ am 13. Januar. Anlass für diesen Artikel war die vorstehende Antwort des Senats, treffend kommentiert von Katrin Aldenhoff. Zum Thema **Schlichtwohnungen** steht im „Zweiten Armuts- und Reichtumbericht“ auf Seite 129 Folgendes über den Rückgang der Zahl der einfachen Wohnungen sowie den Abbau des Bestands an Wohnungen, in denen Menschen nach Obdachlosen-Polizei-Recht untergebracht werden:

> Schlichtwohnungen ohne Heizung oder Bad, die es in Bremen im Jahr 1993 noch zu etwa einem Prozent gab (etwa 3.000 Wohnungen), werden statistisch nicht mehr erfasst, da der Anteil aufgrund von Abriss- oder Sanierungsmaßnahmen weiter rückläufig ist. Wohnungen dieser Art gelten heute als „Schlichtwohnungen“. In Westdeutschland handelt es sich um circa fünf Prozent. Der Bremer Anteil liegt also noch niedriger. Einige dieser Wohnungen waren dem Amt für Soziale Dienste von den Eigentümern zur Nutzung gemäß Obdachlosenpolizeirecht angeboten worden. Zum Teil handelte es sich um kleine zusammenhängende Quartiere, zum Beispiel in Walle und Hemelingen).
>
> Das Amt für Soziale Dienste hat die Zahl der ordnungsrechtlich genutzten Wohnungen in den vergangenen zehn Jahren jedoch stark reduziert. Behördliche Einweisungen erfolgen nur noch ausnahmsweise. Die ehemaligen Schlichtquartiere wurden abgerissen oder stehen aufgrund

> ihres weiteren Verfalls nicht mehr zur Belegung zur Verfügung. Für einen kleinen Teil Wohnungsloser ist durch den Wegfall dieser Schlichtwohnungen ein Unterbringungsproblem entstanden. Die Betreffenden sind nicht in der Lage, in normalen Geschosswohnungen zu leben, wohl aber in baulichen und sozialen Nischen.
>
> Hier besteht ein strukturelles Problem. Die „Aufwertung“ der Quartiere, der Ersatzneubau und die Veränderung der Sozialstruktur haben diese Bedarfsgruppe verdrängt, und es wird für die Zukunft darauf ankommen, Alternativen für sie zu finden. Hierfür sind verschiedene Aspekte umzusetzen: preiswerten Wohnraum möglichst in einem grünen Umfeld verfügbar zu machen (Hundehaltung), mit hoher Integrationsbereitschaft des sozialen Umfelds bei gleichzeitiger Sicherung von akzeptablen Qualitätsstandards. Gegebenenfalls sind hierfür kreative Anwendungen bestehender Nutzungsregelungen erforderlich (Mischgebiete, Leerstände in ehemals gewerblichen Bereichen, Genehmigungen in Randgebieten für Bauwagen oder Ähnliches).

Diese Feststellungen sind nicht neu. Bereits im „Armuts- und Reichtumsbericht 2009“ stand Entsprechendes, ebenfalls ab Seite 129. Und was ist passiert? Die Schlichtquartiere wurden verkauft und sind überwiegend vom Abriss bedroht. Auf der Sitzung der Baudeputation am 19. Januar 2017 wurde unter Tagungsordnungspunkt 4 über die Möglichkeiten gesprochen: „Schlichtbauten abreißen, Neubau als Chance verstehen und Obdachlosigkeit bekämpfen, Schlichtwohnungen erhalten“.

Eine aussagefähige Unterlage ist nicht zu finden. Die Vorlage, die bei der Einladung und in der Sitzung vorlag, ist hier nicht archiviert, nur die Beschlussfassung. Die Sitzung insgesamt habe ich als streng suggestiv geführt wahrgenommen. Die Firma Vonovia scheint zu regieren. Dazu muss mensch wissen, dass die Vonovia einen erheblichen Wohnungsbestand in Bremen besitzt und dass Bremen dringend Wohnungen braucht.

Für die Bewohner wurde einem Mieter das Wort erteilt. Er wohnt mit seiner Familie dort. Seit über 40 Jahren ist die Familie in dritter Generation dort ansässig. Vonovia hat auch ihm eine Ersatzwohnung angeboten, jedoch viel zu teuer. Diese Wohnung kann er sich von seinem Erwerbseinkommen nicht leisten. Überzeugend hat er die gute Nachbarschaft dargestellt. In dem Artikel „Der Abriss rückt näher“ hat der „Weser-Kurier“ erneut über den Kampf der Bewohner berichtet:

> Den Erhalt der Schlichtbausiedlungen fordert auch Joachim Barloschky vom Aktionsbündnis „Menschenrecht auf Wohnen“: „Eine Sanierung ist mit einfachen Mitteln möglich. Bremen braucht dringend bezahlbaren Wohnraum“, sagt er. Gemeinsam mit dem Diakonischen Werk will das Aktionsbündnis Druck auf die Stadt ausüben, etwas für den Erhalt der Quartiere zu unternehmen. In Bremen gebe es rund 600 Obdachlose, ihnen könnte ein Teil der leerstehenden Wohnungen angeboten werden, schlägt Landesdiakoniepastor Manfred Meyer vor.

In der Deputationssitzung wurden die Sanierungskosten und der notwendige Instandsetzungsaufwand weder erläutert noch beziffert. Sie waren kein Thema. Die Bewohner hatten bereits im Vorfeld darauf hingewiesen, dass sie sich durch Teilabrisse und Entfernen von Grün verunsichert und beeinträchtigt fühlen und dass dafür keine Genehmigung erteilt wurde. Die Antwort eine Behördenvertreters, als Fachmann vorgestellt, lautete, für so kleine Gebäude brauche man keine Abrissgenehmigung. Ich habe die Wortwahl nachgelesen.

Eine Abrissgenehmigung kann in einer Baugenehmigung enthalten sein. Für die geschilderten „Kleinigkeiten“ muss eine Beseitigungsanzeige oder Ähnliches gestellt werden und der Behörde spätestens einen Monat vorher vorliegen. Wenn diese Informationen an die Bewohner oder deren Vertreter weitergegeben werden, können sie rechtzeitig darauf reagieren. Darüber wurde nicht geredet. Es sei nicht erforderlich, war die einfache Antwort. Dabei lag die Kernaussage klar auf „die haben abgerissen, die haben beseitigt“.

Das Ringen um die Schlichtwohnungen geht jetzt in die Bürgerschaft. Wenn diese Menschen aus ihren Wohnungen vertrieben werden, kommen zusätzliche Kosten auf Bremen zu. Die höheren Mieten werden höhere Sozialleistungen verursachen. In der Vorlage für die Baudeputation steht, dass dies bisher nicht beziffert wurde. Über den Kampf um diesen Wohnraum stehen weitere Artikel im Netz. Auch zur Bürgerschaftssitzung sind die Bürger als Zuhörer und Beobachter zugelassen. Den Bewohnern nützt jede Unterstützung! Wenn tatsächlich abgerissen wird, ist dies der Öffentlichkeit sicherlich schlecht vermittelbar. Bereits im „Armuts- und Reichtumsbericht 2009“ wurde auf Seite 11 festgestellt, dass ein Nachfrageüberhang besteht:

> Eine ausreichende Wohnungsversorgung bemisst sich an einem ausgewogenen Verhältnis des Wohnungsangebots zu den nachfragenden Haushalten. Im Zeitraum von 2000 bis 2007 ging die Anzahl der Haushalte im Bundesland Bremen um 3.000 auf 354.000 zurück. Während die Stadt Bremen um 3.000 Haushalte und damit 1,1 Prozent wuchs, verlor Bremerhaven im gleichen Zeitraum 6.000 und damit 9,1 Prozent seiner Haushalte. Für Bremerhaven ergab sich dadurch ein Überhang von 5.700 Wohnungen. Insgesamt bestehen in einigen Teilen des Bremer Wohnungsmarktes jedoch auch Nachfrageüberhänge. So existieren Bedarfe an bezahlbarem Wohnraum für Haushalte mit niedrigen Einkommen sowie an hochwertigem Wohnraum in bevorzugten Lagen.

Aktuell wurde eine neue Personengruppe von jeglichem Leistungsbezug ausgeschlossen. Davon ist in der Antwort des Senats zur Wohnungslosigkeit nichts zu lesen, nur zu erahnen. Dies gilt auch für die anderen Probleme, die im Arbeitskreis „Menschenrecht auf Wohnen“ angesprochen werden. Der Senat hat das Glück, dass dies nur eine Kleine Anfrage ist und somit keine Diskussion in der Bürgerschaft stattfindet. Sozialrechtler Harald Thomé zitiert in einer Rundmail aus der Erklärung der „Neuen Richtervereinigung“ zum Unionsbürgerausschlussgesetz:

> Die Abschaffung von Sozialleistungen an besonders schwache Mitmenschen untergräbt die deutsche Rechts- und Verfassungsordnung. Schwerer Schaden droht dem Arbeits- und Sozialrecht. Die Regelung schafft eine Gruppe moderner Sklaven, die alle Arbeitsbedingungen und jedes Lohnniveau akzeptieren müssen, um hier zu überleben. Dies erhöht den Druck auf diejenigen, die zurzeit regulären Beschäftigungen im untersten Qualifikations- und Einkommensbereich nachgehen.
>
> Die Regelung legt Axt an das Fundament unserer Verfassungs- und Gesellschaftsordnung. Nach dem einleuchtenden Verständnis des Bundesverfassungsgerichts wurzeln existenzsichernde Leistungen unmittelbar in der Menschenwürde. Bisher galt, dass jeder Mensch unabhängig von seiner Herkunft dasselbe Recht auf ein Leben in Würde in sich trägt. Die Neuregelung ersetzt dieses tragende Prinzip durch sozialrechtliche Apartheid. Die Folgen für die deutsche Gesellschaft sind unabsehbar.

Diese Feststellung kann ich nur unterstreichen. Die Auswirkungen sind in den Notunterkünften und bei den „Tagelöhnern“ erfahrbar. Nun noch einmal zurück zu den Mieten: Selbst die neue Wohngeldtabelle taugt nur bedingt als Obergrenze für die Mieten, die aus der Übersicht der Linksfraktion ersichtlich sind. Dennoch hoffe ich, dass es nun einen Durchbruch bei den Mieten gibt: Sozialsenatorin Stahmann hat sich bewegt. Die Details liegen noch nicht alle auf dem Tisch, aber in ihrer Pressemitteilung stehen die erwogenen Werte. Die erste Reaktion nach dem Motto „Ist doch alles nicht so schlimm“gibt es auch schon. Am 14. Februar 2017 schrieb der „Weser-Kurier“: „Sozialhilfeempfänger in Bremen – Mehr Chancen bei der Wohnungssuche“. Ich hoffe, das Jobcenter arbeitet schnell und gründlich!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“) – siehe auch „Scharf links“

Aktionstage gegen Urantransporte

Der sogenannte Atomausstieg ist beschlossen und Atompolitik kein Thema mehr? Dennoch fahren täglich Atomtransporte quer durch die Welt, um die Atomindustrie mit neuem Brennstoff zu versorgen. Uran wird abgebaut, umgewandelt, angereichert, in Brennelemente gepresst, zu Atomkraftwerken transportiert. Diese

Transporte sind Lebensader und zugleich Achillesferse der Atomindustrie, denn ohne Atomtransporte könnten Atomkraftwerke nicht laufen.

Weil wir einen weltweiten, sofortigen Atomausstieg wollen, rufen wir zu Streckenaktionstagen am **18.** und **19. Februar 2017** auf. Wir werden einer **Atomtransportstrecke mit Regionalzügen folgen** und die Reisenden auf Versorgungstransporte und Anlagen der Atomindustrie, die trotz „Atomausstieg“ unbefristet weiter laufen, aufmerksam machen. Wir werden in Kiel starten und bis nach Trier weiterfahren. Die Reise führt über Hamburg, Bremen, Osnabrück, Münster, Hagen, Köln, Bonn, Koblenz und Trier.

Konkret geht es bei unserem jetzigen Protestaufruf um Transporte von Uranerzkonzentrat, auch bekannt als „Yellowcake“. Diese Transporte werden regelmäßig im Hamburger Hafen verladen und fahren dann per Zug weiter quer durch Deutschland und Frankreich nach Narbonne, inklusive radioaktiver Strahlung und entsprechender Gefährdung. Das Uranerzkonzentrat kommt auf Schiffen aus Namibia über den Atlantik oder aus Usbekistan, Kasachstan oder Russland über den Nord-Ostsee-Kanal nach Hamburg. Das Uranerzkonzentrat ist der Stoff, der beim Auswaschen von uranhaltigem Gestein in den Abbaugebieten produziert wird.

Der Abbau von Uran geht einher mit großen Umweltzerstörungen, meist verbunden mit Menschenrechtsverletzungen. Die gigantischen Mengen an radioaktivem Abraum, die beim Tagebau entstehen, lagern beispielsweise in Namibia unter freiem Himmel. Der Staub weht weg und sorgt für radioaktive Verseuchung und entsprechende Gesundheitsschäden rund um die Abbaugebiete. Die beim Auswaschen des Urans benötigten Wassermengen fehlen an anderer Stelle als Trinkwasser. In anderen Ländern wie Kasachstan wird zur Uranförderung eine Fracking-Methode verwendet, bei der das Uran, in Schwefelsäure gelöst, aus den Gesteinsschichten herausgepresst wird.

Umweltzerstörungen überall auf der Welt dienen also dazu, dass reiche Länder sich auf Kosten der anderen mit Energie versorgen. Die „Umweltgewerkschaft“ beteiligt sich an den Protestaktionen! Wir treffen uns am **18. Februar** um **10 Uhr** am „**Infopoint**“ im **Hauptbahnhof Bremen**. Zugankunft ist um 10:24 Uhr auf Gleis 8. Wir fordern die sofortige, weltweite Stilllegung aller Atomanlagen auf Kosten der Betreiber!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

„Zu krank“ und „zu alt“ – „Grüner“ Senator will 133 Platanen abholzen

Liebe Freunde und Freundinnen der Platanen am Deich, unter der Nummer S19/202 steht sie jetzt endlich auf der Internetseite der Bremischen Bürgerschaft: unsere Petition an die gewählten Volksvertreter. Jetzt gilt es bis zum Ende der Mitzeichnungsfrist am 23. März möglichst viele Menschen zu überzeugen, dass sie diese Petition mitzeichnen. Wir wissen natürlich nicht, was sie bewirken wird und ob der grüne Umweltsenator überhaupt auf Argumente der Bremerinnen und Bremer eingeht. Eine große Anzahl von Mitzeichner(inne)n kann aber die Abgeordneten, insbesondere jene der Grünen, vielleicht dazu bringen, die Abholzplanungen ihres Senators kritisch zu hinterfragen.

Über die Podiumsdiskussion mit Vertretern des Senators für Umweltschutz und der Bürgerinitiative „Platanen am Deich“ am 7. Februar 2017 wurde in „Buten un binnen“ nur sehr verkürzt und verzerrt berichtet, im „Weser-Kurier“ gar nicht. Deshalb möchte ich meine Erkenntnisse aus dieser Diskussion gern weitergeben.

Zur Einleitung der Veranstaltung zeigte Herr Koldehofe vom Senator für Bau dramatische Bilder von Deichbrüchen an der Elbe (Sturmflut 1962) und vom Rhein bei Düsseldorf (Rhein-Hochwasser 1982). Was haben diese Bilder mit der Situation an der Stadtstrecke Weserdeich zu tun? Unser Deich mit den Platanen haben sowohl die Sturmflut von 1962 wie auch mehrere Orkane gut überstanden.

Dann beschwor Her Koldehofe den Klimawandel als „Super-GAU“ und malte ein Katastrophenszenario aus: Komme es gleichzeitig zu einer Sturmflut von See und einem Flusshochwasser von der Weser her, könnten sintflutartige Regenfälle bei einem Orkan von bisher nicht bekannten Ausmaßen möglicherweise den Deich gefährden. Das Wort „möglicherweise“ fällt oft in seiner Beschwörung.

Der Schaden, der durch das Abholzen der Platanen entsteht – Wegfall der Sauerstoffproduktion und der Feinstaubbindung, Reduzierung des Kohlendioxids und des Lärms, außerdem Schatten geben und Wind verteilen, also Dinge, die für die Gesundheit des Stadtmenschen ungeheuer wichtig sind –, entsteht jedoch nicht „möglicherweise“, sondern ganz konkret. Diese großen Bäume sind „Bündnispartner“ angesichts der prognostizierten Auswirkungen des Klimawandels und sollen trotzdem gefällt werden!

Nun sollen ja Bäume nachgepflanzt werden. Auf der Sitzung der Baudeputation erklärte Herr Knode, Planer der Baubehörde, dass es Neupflanzung im Verhältnis ein zu vier geben müsse (so der „Weser-Kurier“ am 20. Januar 2017 auf Seite 13), also für die 133 Platanen 532 neue Bäume gepflanzt und großgezogen werden müssen. Nach Recherchen der Bürgerinitiative ist diese Anzahl noch viel zu gering berechnet.

Nachforschungen der Bürgerinitiative ergaben, dass die Behauptung, eine Spundwand dürfe auf keinen Fall zwei bis drei Meter ins Wasser gesetzt werden,

weil dadurch stärkere Strömung und mehr Hochwasser erzeugt würden, nicht durch ein Gutachten über Strömungs- und Hochwasserverhalten belegt ist. Herr Koldehofe bezieht sich auf ein Gutachten aus den achtziger Jahren, das für einen anderen Weserabschnitt gilt. Der Baumgutachter Herr Block-Daniel und die Leiterin der „Umweltbetriebe Bremen“, Frau Bryson, erklärten, dass Hochwasserschutz *mit* Erhalt der Platanen durchaus möglich ist.

Es wurde jetzt endlich öffentlich bestätigt, was die Bürgerinitiative durch eigene Recherchen schnell herausgefunden hatte: Erstens ist ein Befall mit dem Massaria-Pilz keine „unheilbare Baumkrankheit“ und führt nicht zum Absterben. Zweitens sind die Platanen nicht „zu alt“; sie zu erhalten, wäre nachhaltig sinnvoll. Diese Feststellungen sind unter Baumexperten nicht strittig. Der Senator für Umwelt hat wissentlich die besorgten Bürgerinnen und Bürger, die Öffentlichkeit und selbst die Abgeordneten mit den Behauptungen „zu krank“ und „zu alt“ unter Vorspiegelung von Expertenwissen getäuscht. Das ist ein Skandal!

Laut Baumgutachter Block-Daniel müssten 50 Prozent der Baumkronen gekappt werden, damit Baufahrzeuge überhaupt arbeiten können. Dadurch und infolge der durch die Bauarbeiten verursachten Beschädigung des Wurzelwerkes würden die Bäume zu „Baumkrüppeln“ gemacht und seien deshalb nicht erhaltenswert. Der Baumgutachter sagte am Ende der Sendung „Buten un binnen“ am 8. Februar, es habe ursprünglich eine Planung *mit* Platanen gegeben, und er sei für deren Erhalt gewesen. Durch die Änderung der Bauplanungen kam er zur Erkenntnis, dass die Platanen dies längerfristig nicht überleben würden. Wenn man also die Platanen erhalten will, muss man die jetzige Planung stoppen und *mit* Platanen anders planen oder wenigstens Vorgaben machen, um mit kleinen Baufahrzeugen und sensiblem Umgang *mit* den Bäumen zu arbeiten.

Ungeachtet dessen wird das Siegermodell des Wettbewerbs „Neugestaltung der Stadtstrecke“, für das 110.000 Euro Steuergelder ausgegeben werden, am 28. Februar 2017 um 19 Uhr im „Speicher XI – Energieleitzentrale Überseestadt“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Für diesen Wettbewerb waren keine Modelle mit Platanen zugelassen worden. Diese Tatsache allein und die Irreführung der Öffentlichkeit mit den Behauptungen, Bäume gehörten nicht auf einen Deich, sie seien „zu krank“ und „zu alt“, zeigen, dass der grüne Umweltsenator Lohse von vornherein das Abholzen der Platanen geplant hat und dies weiterhin vertritt.

Im Rahmen unserer Aktion „133 Bäume –133 Werke“, bei der Bremer Künstler, Kreative und Aktive ihre Werke und Talente stiften, um Spenden für den Erhalt der Platanen am Deich zu gewinnen, bietet Dagmar aus unserer Bürgerinitiative einen Volkstanznachmittag für jedermann unter dem Titel „Leichte Tänze mit Schwung“ an, und zwar am 19. Februar 2017 von 16 bis 18 Uhr in der Neustädter Zionsgemeinde.

Bericht von Reinhard Lippelt (Bürgerinitiative „Platanen am Deich“)

Das Wort „Ausreisezentren“ erinnert an den zynischen Sprachgebrauch der Nazis

Frank-Walter Steinmeier ist zum Bundespräsidenten gewählt worden. Ich gratuliere nicht! Er ist maßgeblicher Konstrukteur der Agenda 2010, der Hartz-Gesetze, der Verarmungspolitik, der grenzenlosen Ausdehnung von Leiharbeit und zudem verantwortlich für die fünf Jahre, die der Bremer Murat Kurnaz in der Hölle von Guantánamo verbringen musste. Mit Martin Schulz als Kanzlerkandidat wird nun ein weiterer Hauptverantwortlicher für die Armutsgesetze und den sozialen Kahlschlag gefeiert. Hauptgrund für das Hochjubeln ist, dass die Leute die Schnauze voll haben von Merkel und Seehofer.

Der Rechtsruck der Regierung geht weiter: Am 10. Februar 2017 wurde ein 16-Punkte-Plan von Bund und Ländern unter Führung der Bundesregierung verabschiedet, um massenhaft Flüchtlinge abzuschieben. Manche Bundesländer wie Bremen weigern sich aus gutem Grund, nach Afghanistan abzuschieben, denn die Sicherheitslage dort ist katastrophal. Es gibt täglich Tote und Verletzte! Afghanistan ist alles andere als ein „sicheres Herkunftsland“, wie die Bundesregierung zynisch behauptet.

CSU-Rechtsaußen Gerda Hasselfeldt fordert Sanktionen für Bundesländer, die Menschen mit „geringer Bleibeperspektive“ nicht abschieben. Ist diese „geringe Bleibeperspektive“ denn gottgegeben? Sie entsteht doch gerade durch die immer weiter ausgehöhlten Asylrechte: Aus einem Grundrecht wurde eine selten gewährte Gnade. „Ausreisezentren“ werden gebaut, früher hieß das noch Abschiebehaft, und nichts anderes als ein Gefängnis ist das auch. Die Wortwahl erinnert mich an den zynischen Sprachgebrauch der Nazis, wenn sie über den Toren der Konzentrationslager Sprüche aufhängten wie „Arbeit macht frei“ oder „Jedem das Seine“.

Auffanglager in Libyen sollen entstehen, um die Menschen schon in Afrika einzusperren. Die Regierung setzt angeblich vor allem auf „Freiwilligkeit“ der Rückkehr von Geflüchteten. 65 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht. Erwartet die Regierung, dass sie alle jetzt umkehren? Warum mussten sie denn ihre Heimat verlassen? Der krisenhafte Imperialismus raubt den Menschen die Lebensgrundlagen, und wenn das so weitergeht, werden noch viel mehr Menschen die verzweifelte Flucht als letzten Ausweg sehen.

Immer mehr Menschen gehen auch in Deutschland gegen Abschiebung und faschistische Politik auf der Straße. Am Samstag demonstrierten Zehntausend in

Münster gegen die AFD. In Nordrhein-Westfalen wurden kurz nach Merkels letzter Türkeireise 13 Kurden verhaftet, weil sie „dem Gedankengut der PKK nahe stehen“. Es braucht offensichtlich gar keine Tatsachenbeweise mehr, eine vermutete Gesinnung reicht aus: die vermutete Sympathie mit einer Befreiungsbewegung! Die Türkei fordert die Daten der Aufklärungsflüge über Syrien, aber nicht zum Kampf gegen den „Islamischen Staat“, sondern gegen die Kurden. Deshalb fordern wir: Keine Zusammenarbeit mit der Türkei, keine Waffen an die Türkei, Abzug der deutschen Soldaten und Asylrecht auf antifaschistischer Grundlage!

Daimler-Vorstandsvorsitzender Dieter Zetsche meint, es sei nicht seine Aufgabe, Arbeitsplätze zu erhalten, und plant massenhafte Entlassungen durch Umstellung auf Elektroantriebe, die nur ein Zehntel so viele Teile benötigen wie ein Verbrennungsmotor, vor allem jedoch durch massive Fremdvergabe. Die Arbeiter sollen so die Zeche bezahlen für die von Volkswagen hervorgerufene schwere Krise, die lange noch nicht beendet ist und an deren Ende nicht nur die Zerschlagung des VW-Konzerns, sondern auch eine schwere offene politische Krise in Deutschland stehen kann.

Ex-VW-Aufsichtsratsvorsitzender Ferdinand Piëch legte offen, dass Ex-Vorstandsvorsitzender Martin Winterkorn, Anteilseigner Wolfgang Porsche, Betriebsratsvorsitzender Bernd Osterloh, Ministerpräsident Stephan Weil, Ex-IG-Metall-Chef Berthold Huber und Umweltminister Alexander Dobrindt schon viel früher über den Abgasbetrug bei Volkswagen Bescheid wussten und ihn bewusst vertuschten. Wir fordern Knast statt Boni für die Umweltverbrecher und kämpfen um jeden Arbeitsplatz und für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

In Frankreich gab es drei schwere Störfälle in Kernkraftwerken, zwei Brände in Cattenom und eine: schwere Explosion in Flamanville. Wir fordern: Atomkraftwerke abschalten, sofort und weltweit, für alle Zeit! Mein Vorschlag für künftige Themenschwerpunkte lautet: am 13. März Erinnerung an die Katastrophe in Fukushima vor sechs Jahren, am 6. März Wahl der Moderatoren sowie der Delegierten und Kandidaten für die Bundesversammlung der Montagsdemobewegung. Wir sollten auch über das bedingungslose Grundeinkommen diskutieren. Ex-HWWI-Chef Thomas Straubhaar hat diese Woche im „Weser-Kurier“ dafür plädiert.

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

605. Bremer Montagsdemo
am 20. 02. 2017

Nun sag, wie hast du’s mit den Sanktionen, Martin?

1. Die Jobcenter bestraften 2016 wieder mehr Hartz-IV-Berechtigte und kürzten rund 135.000 von ihnen das Existenzminimum. 2015 mussten mit 131.520 noch rund 3.000 Betroffene weniger unter solcherart drakonischen Repressalien leiden. Wir dürfen nicht vergessen, dass im Zuge dieser – in meinen Augen – Sippenhaftung ebenso auch Kinder mit noch mehr Verzicht, Ausgeschlossenheit, Angst und Darben gequält werden. Schließlich vegetieren in jedem dritten der mit **Sanktionen** belegten Haushalte auch Kinder mit, im Monatsdurchschnitt konkret 44.400.

Dazu wird oft zu Unrecht sanktioniert – und dann auch meist nur wegen „Delikten“, die bei Menschen, die nicht auf Transferleistungen angewiesen sind, nur als Ordnungswidrigkeiten „geahndet“ würden, die dann also weder hungern noch befürchten müssten, dass sie obdachlos auf der Straße landen könnten und ihnen vom Jugendamt deswegen die Kinder weggenommen würden. Die Maßregelungen werden mit zehn, 30, 60 oder 100 Prozent gestaffelt angewandt: bei einfachen „Meldeverstößen“ kürzen die Jobcenter die Auszahlung für einen Zeitraum von drei Monaten um zehn Prozent, bei „Pflichtverstößen“ wie dem Nichtantreten eines Jobs um 30 Prozent. Wenn ein Hartz-IV-Berechtigter wiederholt gegen seine Pflichten verstößt, können ihm seine Bezüge erneut für drei Monate um 60 Prozent und später sogar um 100 Prozent gekürzt werden.

Den Unterfünfundzwanzigjährigen wird noch rabiater gezeigt, wo der Hammer hängt, wenn sie den Befehlen, äh: Vorschlägen nicht umgehend Folge leisten. Ihnen kann die Auszahlung noch viel schneller komplett gestrichen werden. Immerhin konnten fast vier von zehn Klägern einen Erfolg gegen die harschen Sanktionen für sich verbuchen. Hartz-IV-Berechtigte werden oft schon wegen Bagatellvergehen – wie einen Termin beim Jobcenter versäumt zu haben, eine sinnlose Maßnahme nicht antreten, einen super schlecht bezahlten Job nicht annehmen zu wollen – unmenschlich und drakonisch bestraft.

Zwangsläufig stellt sich die Frage, ob ein ohnehin schon nicht zum Leben ausreichendes Existenzminimum überhaupt noch gekürzt werden darf. Die „Linken"-Vorsitzende Katja Kipping kritisierte die Sanktionen als Verletzung des Grundrechts auf ein Existenzminimum. Weil das Sozialgericht Gotha einen entsprechenden Fall vorgelegt hat, könnte sich auch das Bundesverfassungsgericht bald mit der Frage befassen, ob Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger möglicherweise gegen das Grundgesetz verstoßen.

Obwohl die Sanktionen der Jobcenter zu Recht in ständiger Kritik stehen, wehren sich nur sehr wenige Betroffene gegen die Hartz-IV-Behörde. Laut dem „Deutschen Schutzverband gegen Diskriminierung" (DSD) bringen lediglich fünf Prozent der Leistungsbeziehenden den Mut und die Kraft auf, sich gegen die auferlegte Strafen mit einem Widerspruch zur Wehr zu setzen. Wie der Verband kritisiert, werden rund 40 Prozent der Hartz-IV-Sanktionen verhängt, ohne dass es überhaupt eine rechtliche Grundlage oder Rechtfertigung gebe.

Die Hamburger „Hartz-IV-Rebellin" Inge Hannemann berichtete, dass es jährlich bis zu 1.000 Änderungen bei den Ausführungsbestimmungen gebe, weswegen dann viele Fehler gemacht würden. Nein, Hartz-IV-Sanktionen kann überhaupt nichts Positives abgewonnen werden, da sie zudem bekanntlich die minimalistisch mickrige, angebliche Grundsicherung bedrohlich kürzen. Wer von Hartz IV kümmerlich dahinleben muss, befindet sich notgedrungen sowieso schon in ständiger finanzieller Existenznot. Wenn 2017 von dem Regelsatz für einen Alleinstehenden in Höhe von 409 Euro ein Drittel weggekürzt wird, so bedeutet das ein Minus von 136 Euro, die bei der Begleichung der Stromrechnung, dem Geld für Essen, Bahnfahrkarte, Fahrradreparatur oder dem Zuzahlen für Medikamente schlicht fehlen.

Der DSD beklagt, für Leistungsbeziehende sei es eine echte Katastrophe, wenn ein Jobcenter 30 Euro zurückfordere. Darum lässt der DSD schon seit Jahren – für Betroffene kostenlos – Leistungs- und Sanktionsbescheide prüfen. Wahrscheinlich trauen sich viele nicht, sich gegen die Strafkürzungen zu wehren, um nicht noch mehr Ärger mit dem Jobcenter zu bekommen, und resignieren aus diesem Grund.

Ich erinnere mich noch gut daran, was ich damals für Angst davor hatte, das Arbeitsamt zu verklagen, um mein Recht zu bekommen. Bei dem befürchteten Ärger geht es ja oft nicht nur einfach um einen Streit, um eine Meinungsverschiedenheit, sondern um die Angst davor, staatlicher Willkür mit dramatischen Folgen – oft für eine ganze Familie – ungeschützt ausgeliefert zu sein. Damals hatte ich die Hilfe eines Jurastudenten und später die der Montagsdemo. Wir begleiteten uns gegenseitig zum Jobcenter, um dort mit Achtung behandelt zu werden.

Viele Betroffene wissen sehr genau, warum wir uns Wortschöpfungen wie „(No-)Job-" oder „Mobcenter" ausdachten! Ich bin sehr froh darüber, dass meine Wut und Empörung über solch eine ungerechte Behandlung als Transferleistungsbezieherin letztlich größer war als meine Angst vor der Behörde. Der DSD geht sogar davon aus, dass unliebsame Hartz- IV-Berechtigte häufiger in Ruhe

gelassen würden, da sich die Jobcenter nicht noch mehr Verwaltungsaufwand auferlegen wollten. Seiner Meinung nach lässt sich die gesamte Sanktionspraxis nur ändern, indem der Widerstand gegen die verhängten Strafen steigt.

Ich teile mit DSD-Chef Hoffmann die Ansicht, dass Sanktionen den Druck auf die Menschen erhöhen sollen, irgendeinen Job als Billiglöhner oder Leiharbeiter anzunehmen. Diese vermeintliche Chance auf eine Rückkehr in das Berufsleben sei nichts weiter als die Erhaltung eines fragwürdigen Billiglohnsektors, der den Betrieben die Gewinnspannen erhöhte. Das Hartz-IV-System sei sozusagen die Produktionsstätte für billige Arbeit. Darum der Appell des Geschäftsführers, sich gegen die Ungerechtigkeiten zu wehren und für die eigenen Rechte zu kämpfen.

Ich finde, dass für Hartz-IV-Beziehende beständig Sonderrechte geschaffen werden, um sie klein zu halten, einzuschüchtern, zu brechen, damit sie sich nicht wehren und sich widerspruchslos auf den Dumpinglohnsektor zwingen zu lassen, sich trotz Arbeit weiter von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen zu sehen und ständig befürchten zu müssen, in der Obdachlosigkeit zu landen, die Wohnung, das Zuhause zu verlieren und damit sicher oft auch die Achtung und Unterstützung durch Freunde und Familie. Wir sollten immer daran denken: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Wer sich wehrt, kann verlieren, aber wer sich gar nicht wehrt, hat schon verloren. Wenn sich offenbar nur die „Spitze des Eisberges“ wehrt, ist außerdem davon auszugehen, dass mehr als die Hälfte der Bescheide verkehrt, der Sanktionen unberechtigt ist. Wehrt euch!

2. Die Bremer Diplom Psychologin Britta Littke-Skiera stellt unmissverständlich klar, dass die Armut der Kinder mit der Armut der Eltern verknüpft ist. Sie prangert an, dass bereits die normalen Leistungssätze für Kinder von Hartz-IV-Empfängern nicht ausreichen und sich die sowieso schon problematische Situation noch zusehends durch Sanktionen verschärft, weil diese alle Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft treffen. Auch wenn vom voll sanktionierten Familienmitglied Lebensmittelgutscheine beantragt werden könnten, nehmen nicht alle Supermärkte sie an.

Selbst die ehrenamtlichen „Tafeln“ lösen das Problem nicht, weil es sie eben nicht an jeder Ecke gibt und oft schon das Geld für die Fahrkarte dorthin fehlt. Für Littke-Skiera sind die Lebensmittel-„Tafeln“ ohnehin ein „zweischneidiges Schwert“, weil sie das Verhängen von Sanktionen erleichterten: Die Betroffenen könnten ja zur „Tafel“ gehen. Wer **Kinderarmut** bekämpfen wolle, komme nicht umhin, die Sanktionen der Jobcenter aufs Schärfste zu verurteilen und in der Öffentlichkeit zu skandalisieren, denn es sei ein Skandal, „wenn zum Beispiel Jugendliche, die in einer Umbruch- und Orientierungsphase sind, für die Abgrenzung und Ablösung von Eltern und Elternfiguren zu einem notwendigen Entwicklungsprozess gehört, gnadenlos totalsanktioniert werden, weil sie nicht so spuren, wie es manche Angestellten in den Jobcentern gern hätten“.

Genauso skandalös sei es, wenn Eltern ohne Rücksicht auf ihre Kinder sanktioniert würden, denen dann möglicherweise das Trauma einer gewaltsa-

men Fremdunterbringung durch die Jugendämter drohe. Für jedes siebte Kind in Deutschland bestehe die Gefahr, durch Sanktionen im Elend zu landen. 2015 waren laut der Bundesagentur für Arbeit 1,54 Millionen Kinder unter 15 Jahren von Hartz IV abhängig, in Berlin und Bremen gelte dies für jedes dritte Kind. Kinderarmut bedeutet Armut der Eltern, und die hat unmittelbare Folgen für die Kinder.

Heinz Hilgers, Präsident des „Deutschen Kinderschutzbundes“, hält die seit Jahren steigende Kinderarmut, die sich ihm zufolge auf dem höchsten Stand seit der Nachkriegszeit befindet, für eine „Katastrophe“. Die Kommunen müssten Familien an der Armutsgrenze frühe Hilfen anbieten, um den sozialen Abstieg zu verhindern. Hilgers prangert an, dass Familienförderung nicht von den Kindern ausgehend denke. Wie könne es sonst sein, dass ein Ehepaar ohne Kinder das Zehnfache an Steuervorteilen genießen könne wie eine alleinerziehende Mutter mit drei Kindern bei gleichem Einkommen?

Weil meiner Meinung nach der Mindestlohn noch immer haarsträubend zu niedrig ist, müssen die Eltern von 900.000 Kindern ihr Gehalt mit Hartz IV aufstocken, um auf das Existenzminimum zu kommen. Weitere 800.000 Kinder fallen nur durch Zuschlagszahlungen, Wohngeld und andere Förderungen nicht unter die Armutsgrenze. Sanktionen schränken noch viel mehr ein, gefährden sogar die Grundversorgung von Kindern. Vergleichen wir einmal zwei beispielhafte fiktive Geschichten.

Der Vater des zwölfjährigen Paul ist Grundschullehrer, seine Mutter Krankenschwester. Sie leben in der unteren Mittelschicht. Dennoch kann sowohl Pauls notwendige Mathematik-Nachhilfe wie auch der gewünschte Gitarrenunterricht und der Volleyballkurs finanziert werden. Der Junge bekommt zu Weihnachten ein Skateboard, die Familie reist in den Sommerferien für zwei Wochen nach Mallorca, geht am Wochenende gern in den Zoo, zum „Mittelalter- Spektakel“ oder unternimmt mit Paul zusammen Kurztrips in den Harz, ans Steinhuder Meer oder über Pfingsten an die Nordsee. Paul besitzt eine Sammlung an CDs, die ihm Wissen über Physik, Chemie, Geschichte und Literatur in kindgerechter Form nahe bringen. Er darf auch mit seinen Freunden regelmäßig allein ins Kino gehen.

Der gleichaltrige Martin hingegen muss mit zwei Geschwistern und seiner alleinerziehenden Mutter von Hartz IV vegetieren. Martins Vater muss klischeebedingt natürlich Alkoholiker sein und ebenfalls von Hartz IV darben, vorbestraft sein und sich der Mutter nicht nähern dürfen. Die Mutter versucht, Martin und seine beiden kleinen Schwestern so gut es geht zu fördern. Für Kino, Gitarrenunterricht, Nachhilfe, Sportverein oder pädagogische Lernprogramme ist aber kein Geld da. Der Zooeintritt für die ganze Familie würde so viel kosten wie die Lebensmittel für drei Tage. Im Ausland war Martin zuletzt vor drei Jahren, die Ferien verbringt er bei der Oma in Bremen. Martin sammelt Pfandflaschen, um sich Süßigkeiten kaufen zu können.

Das Jobcenter sanktioniert Martins Mutter total, nachdem sie zweimal Termine dort verpasst und eine Aushilfsstelle in einer Papierfabrik nicht angenommen hat, weil die Arbeit in die Zeit fallen würde, in der sie Martins jüngste Schwester

in den Kindergarten bringt. Sie bekommt nun kein Geld vom Jobcenter mehr, und es gibt nicht mal eine „Tafel“ in der Kleinstadt. Im Moment müssen Mittagessen und Abendbrot aus einem kleinen Vorrat an Nudeln, Reis und Teebeuteln bestehen, ansonsten gibt es Leitungswasser. Jetzt im Winter friert Martin, weil ihm die alten Stiefel und die warme Jacke aus dem letzten Jahr nicht mehr passen.

Als der Lehrer den Schülern eine Smartphone-App empfiehlt, um sich auf die Deutscharbeit vorzubereiten, muss Martin vor der ganzen Klasse sagen, dass weder er noch seine Mutter ein Smartphone besitzen. Martins schulischen Leistungen werden immer schlechter, weil es für ihn im Vordergrund stehen muss, die elementarsten Bedürfnisse zu erfüllen. Statt sich mit Freunden zu treffen, bettelt er und geht „containern“, sucht im Müll von Supermärkten nach essbaren Nahrungsmitteln.

So ähnlich sieht das Leben von Kindern aus, deren Eltern das Jobcenter das Geld gestrichen hat. Für Kinder, die nicht ausreichend und gesund essen können, keine dem Wetter entsprechende Kleidung haben, sich an sozialen Aktivitäten ihrer Altersgenossen nicht beteiligen können, gibt es keine Chancengleichheit. Sie stehen mit ihren Bildungschancen von Anfang an im Abseits. Dabei ist Bildung der wichtigste Weg, aus dem Elend zu entkommen. Auch gegenüber den Kindern von Hartz-IV-Abhängigen sind Sanktionen der Eltern ein soziales Verbrechen!

Nun plappert SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz gegenüber der Gazette mit den vier Großbuchstaben, es sei nicht ehrenrührig, Fehler zu machen. Wichtig sei, dass Fehler korrigiert würden, nachdem sie erkannt wurden. Weiter sagt er, es gehe „an die Existenz“, wenn jemand im Alter von 50 Jahren nach 15 Monaten Arbeitslosengeld I nur noch Hartz IV erhalte. Hahaha, Hartz IV ist menschenverachtend und müsste umgehend mit Stumpf und Stiel in die Tonne getreten werden, sollte Schulz den Fehler der Hartz-Gesetze tatsächlich erkannt haben! Wir sollen wohl wieder glauben, die *Spezialdemokraten* könnten sich noch daran erinnern, dass das „S“ der SPD früher mal auch inhaltlich „sozial“ bedeutete. Meiner Meinung nach macht Schulz auf „Wolf im Schafspelz“. Daran ändert sich auch nichts, wenn befristete Arbeitsverhältnisse nur noch aus „sachlichen Gründen“ möglich sein sollen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Durchbruch bei den Mieten? (Teil II)

Am Donnerstag, dem 23. Februar 2017, findet um 16 Uhr die Sitzung der Sozialdeputation statt. Sitzungsort ist der „Martinsclub“ im „Quartierszentrum Huckelriede“, Niederachsendamm 20a. Endlich vorgestellt werden die neuen Rahmenbedingungen für die Kosten der Unterkunft. Die Papiere zu den Sitzungen werden bereits vorher veröffentlicht, ebenso die Termine. Die Vorlage Num-

mer 137/17 zu Tagesordnungspunkt 2 heißt: „Neue Richtwerte für die Kosten der Unterkunft nach § 22 SGB II und § 35 SGB XII“. Die neuen Mietrichtwerte beinhalten auch die Zuschläge für einzelne Stadtteile. Die Sitzung ist öffentlich. Jede(r) kann zuhören, aber nur nach Worterteilung mitreden.

Die neue Verwaltungsanweisung zu den Kosten der Unterkunft steht noch aus. Insofern hoffe ich weiterhin auf bessere Rahmenbedingungen zur Umsetzung dieser Anweisung an die Verwaltung. Insbesondere die „48-Stunden-Regelung“ wollte Jobcenter-Chefin Susanne Ahlers ja hinterfragen und einen Lösungsvorschlag unterbreiten. So sagte sie es bei ihrem Besuch beim „Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen“.

Die bisherigen Verwaltungsanweisungen rund ums Wohnen und die Kosten der Unterkunft gelten weiter, bis eine neue Fassung verabschiedet wird, ebenso die Bestimmung, dass ein Umzug von Leistungsberechtigten vorher genehmigt werden muss. Wer ohne Genehmigung umzieht, riskiert eine Kürzung der Erstattung für die Kosten der Unterkunft, zum Beispiel auf deren bisherige Höhe. Die Mietsicherheit wird dann nicht übernommen, auch nicht als Darlehn.

Die jetzt vorgeschlagene Erhöhung wird hoffentlich alle Eigenanteile der Leistungsberechtigten zu den Kosten der Unterkunft ausgleichen. Die Vorfreude ist bereits ausgebrochen. Auch der Einzelhandel in Bremen kann sich freuen: Die Betroffenen haben monatlich rund 400.000 Euro mehr in der Tasche und sicherlich genug zurückgestellte Wünsche. Die Erhöhung soll für die Zukunft automatisch vom Jobcenter umgesetzt werden. Ob auch für die Vergangenheit, werden wir sehen.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

606. Bremer Montagsdemo am 27. 02. 2017

Wenn der Aschermittwoch schon am Rosenmontag kommt

Nachdem SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz vor einer Woche ankündigte, er wolle mit einer „Änderung der umstrittenen Agenda 2010“ in den Wahlkampf ziehen, bekam die SPD plötzlich wieder Oberwasser. So stimmten viele frühere SPD-Anhänger Sätzen zu wie dass Menschen, die viele Jahre, oft Jahrzehnte hart arbeiteten und ihre Beiträge zahlten, ein Recht auf entsprechenden Schutz und Unterstützung haben müssten, wenn sie, oft unverschuldet, in große Probleme gerieten. Schulz will die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld I verlängern. Es gehe um nicht weniger als den „Respekt vor der Lebensleistung der Menschen in unserem Lande“. Überhaupt rückte die SPD die Gerechtigkeitsfrage wieder ins Zentrum der Debatte. Hiermit goss die SPD Wasser auf die Mühlen vieler von den *Spezialdemokraten* Enttäuschter. So beschert der „Schulz-Effekt“ der SPD nicht nur ein Hoch in den Umfragen, sondern nach Jahren des Niedergangs auch einen kleinen Mitgliederboom.

Spaßvögel behaupten, die Führungsspitze der SPD habe bei einem Treffen im Willy-Brandt-Haus in Berlin den Beginn des „traditionellen linken Halbjahres vor den nächsten Bundestagswahlen“ feierlich eingeläutet. Dort sei „mit der Glocke des kleinen Mannes geklingelt“ worden, und der Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann habe erklärt, jetzt sei die Zeit gekommen, in der sie sich für einige Monate auf ihre „sozialdemokratischen Wurzeln“ zurückbesinnen wollten. Daher sei es zur Schärfung des „linken Profils der Partei“ ausdrücklich erlaubt, höhere Löhne, eine „Abkehr von der Agenda 2010“, höhere Renten und „Steuern runter, aber rauf für Reiche“ zu fordern. Doch am Montag nach der Wahl werde er die

Glocke erneut läuten, und ab diesem Zeitpunkt müsse das alles wieder vergessen sein.

Nun ist heute zwar noch gar nicht der Montag nach der nächsten Bundestagswahl im September, doch nach der harschen Kritik von Kanzlerin Angela Merkel war bereits heute Morgen im Radio zu hören, dass die SPD „nicht an Grundpfeilern der Reform aus dem Jahr 2003 rütteln“ wolle. SPD-Generalsekretärin Barley erklärte ausdrücklich, es gehe nicht „um eine Abkehr, sondern um eine Korrektur“. Damit widersprach sie Kritik aus der Union, die SPD wolle die Agenda 2010 „ weitgehend rückgängig“ machen. Nein, im Klartext soll das menschenverachtende, Menschen die soziale bis physische Existenz raubende Hartz IV eigentlich nur weiter zementiert werden, und alles bleibt so grausam und ungerecht, wie es ist! Ein paar kleine kosmetische Korrekturen dürfen erlaubt sein, mehr aber nicht. Wozu bloß dieser Eiertanz, dieses Aufschäumen brodelnder Scheindebatten?

Ich staune immer wieder darüber, wie leicht so viele Menschen zu täuschen und zu beirren sind. Manchmal reichen Überschriften wie dass die Kanzlerin den „unbegrenzten Zuzug von Flüchtlingen nicht stoppen“ wolle, um Tausende Leichtgläubige in die kalten, neoliberalen, äußerst rechten Arme der AfD zu treiben, wo sie irrtümlicherweise in ihrem Protest eine Heimat zu finden glauben. Sind es jetzt die (früheren?) Sozialdemokraten, die auf ein paar Worthülsen ohne Inhalt von Kanzlerkandidat Schulz hereinfallen und an die „Wiedergeburt der Sozialdemokratie“ glauben? Da scheinen viele nur ein knalliges Schlagwort aufzuschnappen, um im Zuge ihrer Privatlogik das politisch Gewünschte, Erhoffte zu hören oder zu lesen, und überprüfen dann gar nicht, ob es sich tatsächlich so verhält. Ob viele Politiker aus diesem Grund ausgerechnet der „Gazette mit den vier Großbuchstaben“ Interviews geben?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Wir brauchen keine kosmetische Korrektur

Die SPD führt vor der CDU, weil Schulz angeblich Änderungen an der Agenda 2010 vornehmen will, aber Vorsicht: Der Mann hat sie mit beschlossen und zu verantworten! Seit 1999 ist er im SPD-Vorstand. Wir brauchen keine kosmetische Korrektur, die Hartz-Gesetze müssen weg! In Deutschland und Frankreich finden dieses Jahr Wahlen statt, und die Angst geht um vor dem Verlust solider Regierungsmehrheiten.

Ungeachtet dessen wurden gleichzeitig Massenentlassungen angekündigt beziehungsweise stehen im Raum: Bei der Lloyd-Werft mehr als 100, bei Blohm & Voss nach Übernahme durch Lürssen 300. Peugeot-Citroën hat bereits mehrere

Werke geschlossen und will nun Opel schlucken. Durch die Verwendung gemeinsamer Plattformen sind dann weitere Zehntausende Arbeitsplätze bedroht! Die „Jobgarantie“ ist nur heiße Luft: Ohnehin soll sie nur bis Ende nächsten Jahres gelten, und PSA hat sich schon in der Vergangenheit nicht um Zusagen geschert.

Da sieht das Arbeitsende von Vorständlern schon anders aus. Ex-VW- Chef-Winterkorn erhält 1,1 Millionen Euro Rente pro Jahr. Das stellt Mercedes-Zetsche locker in Schatten: Er hat zwar 2016 zwar „nur“ 7,8 Millionen „verdient“, aber schon jetzt wurde beschlossen, dass er 4,1 Millionen im Jahr an Rente bekommt, 11.230 Euro pro Tag. Dafür wurden 43,5 Millionen Euro Rückstellung getätigt. VW macht 2016 trotz Strafzahlungen in Milliardenhöhe 7,1 Milliarden Euro Gewinn!

Nutzen wir das Wahljahr, um in die Offensive zu kommen, als Arbeiter, Arbeitslose, Rentner, Schüler und Studenten! Hoffen wir nicht, dass ein Kreuzchen auf dem Stimmzettel das große Wunder bringt, sondern schließen wir uns zusammen, in der Montagsdemo, im „Internationalistischen Bündnis“, auf der Straße, im Betrieb!

Weltweit gehen Massen gegen den Rechtsruck auf die Straße. 300.000 Menschen forderten vor einer Woche in Barcelona: „Macht die Grenzen auf!“ An der Freiheitsstatue in New York hing eine Stunde lang ein Riesenbanner: „Refugees welcome!“ Schauspielerin Heike Makatsch meint, die Zeit für Zögerlichkeit sei vorbei. Sie will sich ein Beispiel an Meryl Streep nehmen und sich gegen den Rechtsruck stellen.

„Amnesty International“ bezeichnet die Flüchtlingspolitik Deutschlands und der EU als unmenschlich, insbesondere die Abschiebungen nach Afghanistan und die Kooperation mit Libyen mit dem Ziel, Afrikaner schon in Afrika einzusperren und zurückzujagen. Die „Türkische Gemeinde in Deutschland“ startet eine Kampagne „Nein beim Referendum am 16. April!“ Dann will sich Erdogan zum alleinigen faschistischen Herrscher küren lassen. Alle gemeinsam, ob Deutscher oder Ausländer, ob Kollege mit Arbeit oder ohne: Gemeinsam werden wir den Herrschenden den Marsch blasen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Kein neuer „Heilsbringer“, sondern ein Teil des Systems

Was für ein *Hype* um den neuen Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten der SPD! Martin Schulz inszeniert sich als Volkstribun, der endlich für „soziale Gerechtigkeit“ sorgen will. Schauen wir uns diesen Mann doch mal genauer an: Er spielt

sich auf als Anwalt der „kleinen Leute“, war in Wirklichkeit aber einer der größten Abkassierer im Europäischen Parlament.

Als dessen Präsident kassierte der „kleine Buchhändler aus Würselen“ jährlich über 280.000 Euro netto. Neben Grundgehalt, Kostenpauschale, Repräsentations- und Residenzzulage strich er sich skrupellos 111.000 Euro an Sitzungsgeldern ein. 304 Euro bekam er für jeden Tag, nicht nur für die Sitzungen, an denen er teilgenommen hatte, und nicht nur von Montag bis Freitag, sondern auch am Wochenende, an Feiertagen, wenn er krank war und im Urlaub, alles selbstverständlich steuerfrei.

Als „Report Mainz“ diese Abzocke im April 2014 aufdeckte, kanzelte er den fragenden Reporter einfach ab. „Sie haben ja keine Ahnung!“ Wie sagte sein Kumpel Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, schon vor Jahren: „Wenn es eng wird, muss man lügen“. Martin Schulz ist kein „neuer Stern“ und kein „Mann des Volkes“ – er ist Multimillionär, der zum politischen Establishment gehört und sich 18 Jahre lang die Taschen mit europäischen Steuergeldern vollgestopft hat.

Und was waren seine Glanztaten als Präsident des Europäischen Parlaments? Bei der Erpressung des griechischen Volkes zugunsten der europäischen Banken durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Absenkung der Mindestrente spielte Schulz eine treibende Rolle. Ihm waren die Profite der Banken wichtiger als die „Würde der hart arbeitenden Menschen“, die er heute gern in seinen Sprechblasen pflegt. Er ist auch ein glühender Verfechter der Freihandelsabkommen TTIP und Ceta.

Heidemarie Postner, Sprecherin der Umweltorganisation „Global 2000“ kritisierte: „Es ist unfassbar, dass EU-Präsident Martin Schulz kritische Stimmen im EU-Parlament einfach abwürgt – und das nach dem ganzen undemokratischen und intransparenten Prozess!“ Die flüchtlingsfeindlichen Mauern der EU hat er ohne Bedenken mit hochgezogen. Den schmutzigen Flüchtlingsdeal mit der Türkei hat Schulz mit eingefädelt, gestützt auf seine guten Verbindungen zum Faschisten Erdogan und zum damaligen Ministerpräsidenten Davutoglu. Im September 2016 forderte er einen ähnlichen Deal mit der ägyptischen Militärdiktatur.

Und welche Rolle hat er in Deutschland bei der Durchsetzung der volksfeindlichen Agenda 2010 gespielt? Schulz hat sie nicht nur mit beschlossen, sondern bis vor Kurzem noch verteidigt: „Die Agenda war die richtige Antwort auf eine Phase der Stagnation.“ Kein Wort dazu, dass die Hartz-Gesetze zur Armut weiter Teile der Bevölkerung geführt haben! Die rigorose Beschneidung ihre Einkünfte und Rechte zwingt Arbeitslose seither, jede angebotene Stelle anzunehmen. Das drückt das Lohnniveau aller Beschäftigten. Die Leiharbeit ist inzwischen auf über

eine Million Menschen explodiert. Dadurch müssen heute 1,2 Millionen Erwerbstätige zusätzlich zu ihrem Einkommen Hartz IV beantragen.

Zugleich wurden von der Schröder-Regierung die Kapitalisten auf Dauer entlastet, mehr als von jeder anderen Regierung vorher. Seit 2001 sitzt Martin Schulz im 18-köpfigen Präsidium, dem engsten Führungszirkel der SPD. Die Protokolle aller Parteitage belegen: In all den Jahren hat er kein Wort der Kritik am SPD-Kurs geäußert oder gar dagegen gestimmt. Schulz weiß, dass die tiefe Krise der SPD mit der berüchtigten Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen eng verbunden ist.

Wie soll nun die SPD aus dem „Tal der Tränen“ herauskommen? Da hilft nur eine neue Lebenslüge: „Auch wir haben Fehler gemacht, aber das ist nicht ehrenrührig. Wenn Fehler erkannt werden, müssen sie korrigiert werden.“ So einfach geht das? Will er die Hartz-Gesetze wieder abschaffen, die Leiharbeit und die Armut beseitigen? Kein Wort davon! Alle seine Vorschläge sind minimale Kosmetik, die nichts wirklich verändert.

Die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I zu verlängern heißt nur, man fällt ein paar Monate später in Hartz IV. Wenn die „sachgrundlose“ Befristung von Arbeitsverträgen abgeschafft ist, werden eben Gründe konstruiert. Den Kündigungsschutz zu verbessern, wenn Betriebsräte gegründet werden, bedeutet Millionen Menschen zu übersehen, die in Kleinbetrieben keinerlei Kündigungsschutz mehr haben.

Wir wollen keine Brosamen, sondern den ganzen Kuchen! Immer mehr Menschen wenden sich von den bürgerlichen Parteien ab und suchen nach einer gesellschaftlichen Alternative. Der Kapitalismus ist das Grundübel aller Probleme und muss überwunden werden! Wir müssen unsere Zukunft selbst in die Hand nehmen und immer enger zusammenarbeiten – wie in der Bremer Montagsdemo, in der „Umweltgewerkschaft“ oder beim Aufbau des „Internationalistischen Bündnisses“ gegen den Rechtsruck der Regierung.

Am **Montag**, dem **13. März 2017**, findet ab **17:30 Uhr** auf dem Bremer **Marktplatz** das Gedenken an die **Atomkatastrophe** in **Fukushima** statt. Dazu lädt ein Bündnis aus Montagsdemo, „Umweltgewerkschaft“ und „Ausgestrahlt“ herzlich ein. Fukushima mahnt: Alle Atomkraftwerke weltweit sofort stilllegen und auf Kosten der Betreiber entsorgen!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Kein Zugang zum deutschen Konsulat: Warum gibt es keine Reisewarnung vor „Urlaubsfahrten“ in den türkischen Polizeistaat? *(„Die Welt“)*

Zehntausend Türken bejubeln Forderung nach Todesstrafe: Wie „privat“ kann eine Werbeveranstaltung für die Errichtung einer islamistischen Diktatur sein? *(„Die Welt“)*

„Der kranke Typ hat mich abhören lassen“: Wird Obama gegen Trumps Falschbeschuldigung juristisch vorgehen? *(„N-TV“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

607. Bremer Montagsdemo am 06. 03. 2017

Von Schulz weiterhin kein Wort zum Sanktionsterror

1. Die PSD-Bank Nord stellt in diesem Jahr 25.000 Euro zur Verfügung, um Schulanfänger aus bedürftigen Familien mit einem kompletten Schulranzen-Set auszustatten. Die Absicht mag ja zum zehnten Mal gut gemeint sein, aber hier gibt's nur einen schnell verzischenden Tropfen auf den heißen Stein. Um vielleicht zu den wenigen, vermeintlich glücklichen Gewinnern gehören zu dürfen, müssen sich alle interessierten bedürftigen Familien „nackig machen" und einen Einkommensnachweis zusammen mit dem Antrag auf das **Almosen** abgeben. Die 250 Gewinner des Schulranzens werden daran schon von Weitem zu erkennen und zu stigmatisieren sein.

Die anderen haben sich – mit verfrühter Hoffnung – umsonst für ein gesellschaftliches Phänomen geschämt, wofür jedoch individuell und persönlich die „Schuld" zu tragen ist. Wie schon bei den „Tafeln" entzieht sich der Staat seiner Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass auch Alleinerziehende, Arbeitslose, Kranke und zum kargen Erwerbseinkommen Aufstockende mit ihren Kindern gesellschaftlich teilhaben können. Ein vernünftiges, zum normalen Leben ausreichendes, bedingungsloses Einkommen würde weitere Ausgrenzungen verhindern und dass die informierten Berechtigten für jede wichtige Kleinigkeit extra einen Antrag stellen müssen.

2. Die Vorankündigungen des Kanzlerkandidaten Martin Schulz werden durch einen Beschlussentwurf für den Parteivorstand der SPD jetzt zwar konkreter, sind aber noch immer nicht anwendungsbezogen genug. Wenn Erwerbslose an einer „Qualifizierungsmaßnahme" teilnehmen, will die SPD das **Arbeitslosengeld I** deutlich länger zahlen. Dem Vorschlag zufolge soll es für Arbeitslose ein „Recht auf Weiterbildung" geben. Auch soll die Bundesagentur für Arbeit gesetzlich dazu verpflichtet werden, Arbeitslosen ein Angebot für eine „Qualifizierungsmaßnahme" zu machen, wenn sie innerhalb von drei Monaten keine neue „Beschäftigung" finden.

„Beschäftigung“ ist schon wieder so ein wunderbar kaugummiartiger Dehnbegriff, total interpretierbar von Hundesitter über 450-Euro-Job, Dumpinglohnjob oder Leiharbeiterstelle bis hin zu einem der selten gewordenen Arbeitsplätze, von denen es sich leben und nicht nur vegetieren lässt. Ist diese Bedingung nun nicht mehr an das „Überschreiten des Verfallsdatums“, also an Überfünfzigjährige gebunden? Für die Dauer der „Qualifizierung“ soll ein neues „Arbeitslosengeld Q“ eingeführt werden, genauso hoch wie das reguläre Arbeitslosengeld I, das aber nicht auf dessen Bezugsdauer angerechnet werde.

Wenn jemand bislang etwa Anspruch auf 24 Monate Arbeitslosengeld I hat, könnte er oder sie künftig auf eine Bezugsdauer von maximal 48 Monaten kommen. Arbeitslosengeld I stehe jedem zu, der innerhalb von zwei Jahren vor seiner Arbeitslosigkeit mindestens zwölf Monate sozialversicherungspflichtig angestellt war. Wenn bisher für den Erhalt des ALG I innerhalb von zwei Jahren mindestens zwölf Monate lang Beiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt werden mussten, sollen künftig zehn Beitragsmonate innerhalb von drei Jahren reichen.

Außerdem berichtet die „Tagesschau“, dass Schulz für Arbeitslose, die auf Hartz IV zurückfallen, das „Schonvermögen“ – also den Vermögensfreibetrag, der nicht auf die Grundsicherung angerechnet wird – von bislang 150 auf 300 Euro pro Lebensjahr erhöhen wolle. Für alle anderen also nicht? Was bedeutet denn nun ein „Recht auf Qualifizierung“? Fallen darunter auch die berüchtigten Sinnlosmaßnahmen? Haben ALG-I-Berechtigte ein Recht darauf, bei der Art der Qualifizierung mitzureden, oder stecken sie damit nur in einer neuen Daumenzwinge im Zuge der Verfolgungsbetreuung? Die *Spezialdemokraten* erinnern sich vage an ihre frühere Klientel, schnappen hier und da Schlagworte von sozialer Ungerechtigkeit auf und wollen nun zwar nicht immer, aber immer öfter ein kleines bisschen nachbessern.

Dass Hartz IV „schrecklich“ ist, scheint halbwegs angekommen zu sein. Aber da wir ja „so viele Stellen wie noch nie“ haben, scheint doch jeder arbeiten zu können, der das nur anständig wolle und sich eben auch Mühe gebe. Da folgt dann wieder die Einteilung in unschuldige und schuldige Arbeitslose. Tatsächlich brauchten wir noch nie so viele „Stellen“, um als junge Einzelperson halbwegs über die Runden zu kommen. Abgesehen davon ist Hartz IV so unglaublich menschenverachtend, mit viel zu wenig Geld ausgestattet und garantiert grundgesetzwidrig ausgestaltet, dass daran nicht noch weiter gefeilt werden muss, sondern es *stante pede* abzuschaffen ist!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Millionen Menschen können Stromrechnung nicht bezahlen: Doch über Energiearmut spricht die SPD nur in der Opposition *(„Tageszeitung“)*

Kein Menschenrecht auf Wohnen: Abriss Dutzender Schlichthäuser trotz Wohnnungsnot zeigt jahrzehntelang verfehlte Bremer Politik *(„Tageszeitung“)*

Menschenwürde ist Menschenrecht: Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017 *(„Paritätischer Wohlfahrtsverband“)*

Höchstrichterliche Entscheidung noch in diesem Jahr: Darf ein menschen würdiges Existenzminimum gekürzt werden? *(„Tacheles Sozialhilfe“)*

„**Meine hundert Leben**“: Nahezu als einziger seiner Familie überlebte **Ewald Hanstein** die Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, Buchenwald und Mittelbau-Dora. Er leitete bis kurz vor seinem Tod den „Landesverband der Sinti und Roma Bremen“. Es lesen und erzählen sein Sohn Romano Hanstein und Ralf Lorenzen. Die **Veranstaltung** im Haus der „**Naturfreundejugend**“ in der **Buchtstraße** beginnt am **Donnerstag**, dem **9. März 2017**, um **19:30 Uhr**.

Missbrauch der Meinungsfreiheit: Grundrechte sind nicht da, um fremde Machthaber zu stärken, die Andersdenkende ins Gefängnis werfen *(„Neues Deutschland“)*

Kunstwerk größtenteils verboten: Im Buckeln vor Erdogan kennen manche Leute keine Scham *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

608. Bremer Montagsdemo am 13. 03. 2017

Störfall Krebs

1. Glaubt man der japanischen Regierung, dann ist die wachsende Zahl junger Krebskranker in Fukushima – sechs Jahre nach dem GAU – reiner Zufall beziehungsweise die unerwartet hohe Zahl von inzwischen 185 Fällen von Schilddrüsenkrebs schlicht eine Folge der Massenuntersuchung. Dabei seien Tumoren entdeckt worden, die sonst nie gefunden worden wären. Es sei schwer vorstellbar, die Krebsfälle auf die radioaktive Strahlung zurückzuführen. Gesellschaft und Politik in Japan wollen die **Atomkatastrophe** vor nunmehr sechs Jahren hinter sich lassen und sich lieber auf den Wiederaufbau konzentrieren. Da gelten die Krebspatienten nur als Störer.

Vergessen wir nicht, dass Regierungschef Shinzo Abe vor dreieinhalb Jahren der Welt versichert hat, das AKW Fukushima sei unter Kontrolle. Seitdem laufen die Stilllegung der Reaktoren und die Rückbesiedlung der Evakuierungszone auf Hochtouren. Von der Opposition scheint keine Hilfe zu erwarten sein, weil sie damals selbst regierte und nicht nur das Verteilen von Jodtabletten versäumte, sondern versehentlich auch noch evakuierte AKW-Anwohner in radioaktive Wolken schickte. Niemand kümmert sich also um die Krebskranken in Fukushima.

Wissenschaftlich ist es unmöglich, eine einzelne Krebserkrankung auf radioaktive Strahlung zurückzuführen, doch seit dem Atomunfall von Tschernobyl wissen wir, dass sich radioaktives Jod-131 in den Schilddrüsen vor allem von Kindern und Teenagern sammelt und dort Krebs verursachen kann. Der Epidemiologe Toshihide Tsuda berichtet, dass die gesundheitliche Lage in Fukushima inzwischen immer mehr jener in Tschernobyl ähnelt: Die Zahl der Schilddrüsenkrebsfälle bei Kindern und Jugendlichen liege 20- bis 50- Mal höher als in nicht verstrahlten Gebieten Japans, und fast die Hälfte der Patienten sei männlich, während Schilddrüsenkrebs normalerweise eine Frauenkrankheit ist.

Eine zweite Parallele sei die im Laufe der Zeit steigende Zahl von Krebsfällen, eine dritte ihre anomale Verteilung. Weil die Menge an ausgetretenem radioaktivem Material in Fukushima deutlich kleiner als in Tschernobyl gewesen und die Umgebung schneller evakuiert worden sei, leugnet die japanische Regierung weiter jeden Zusammenhang zwischen Strahlung und Krebs. Letztlich will die Regie-

rung offenbar keine Verantwortung für den Unfall übernehmen und mit der Atomkraft weitermachen.

Operationen an der Schilddrüse dürfen nur in bestimmten Krankenhäusern stattfinden, weil sonst die Kosten nicht übernommen werden. So behält das Aufsichtskomitee praktischerweise die Kontrolle über alle Krebsdaten. Natürlich sitzen dort auch keine unabhängigen Fachleute mehr, seit sich der einzige Schilddrüsenexperte, Kazuo Shimizu, im Oktober 2016 zurückzog und von der Komitee-Meinung distanzierte, wonach die Strahlung für den Krebs nicht verantwortlich sei. Der Arzt, der seit vielen Jahren Schilddrüsenkrebspatienten aus Tschernobyl behandelt, sagte, die hohe Rate widerspreche seiner klinischen Erfahrung.

Atombombenopfer, Quecksilber-Geschädigte aus Minamata, zwangssterilisierte Leprakranke und Angehörige von Blutern, die an HIV-verseuchten Arzneimitteln starben, haben erleben müssen, dass sich der japanische Staat seinen Bürgern gegenüber immer wieder kaltherzig verhält, um sich aus der Verantwortung zu stehlen. Meistens dauerte es viele Jahre, bis die Zahl der Opfer so groß wurde, dass sie sich organisieren und protestieren konnten. Dieser Prozess habe in Fukushima gerade erst begonnen.

Inzwischen sei die Erklärungsnot der staatlichen Behörden so groß geworden, dass sie ihre Strategie geändert haben. Das Aufsichtskomitee beschloss im Februar, einfach ein neues Fachgremium einzusetzen. Dieses kann auf diese Weise herzallerliebst, wissenschaftlich ganz „neutral“ und ein für alle Male feststellen, dass die Krebsfälle eben nicht durch die radioaktive Strahlung verursacht worden seien. Dann hätte man einen Grund, die Zahl der Untersuchungen weiter zu verringern.

Leider kann ich nicht davon ausgehen, dass in Deutschland mit den Gefahren durch Atomkraftwerke für die Bevölkerung verantwortungsvoll umgegangen wird. Verharmlost und abgestritten werden sie meiner Meinung nach in jedem Fall, ein Gewinn der Atomlobby. Aus einer Studie, die das Bundesamt für Strahlenschutz im Dezember 2007 veröffentlicht hat, geht hervor, dass die Häufigkeit von Krebserkrankungen bei Kindern unter fünf Jahren mit der Nähe zum Reaktorstandort deutlich zunimmt. Die Studie mit Daten von über 6.000 Kindern habe bislang die deutlichsten Hinweise auf ein erhöhtes Krebsrisiko bei Kindern in der Nähe von Kernkraftwerken geliefert.

Demnach sei das Risiko im Fünf-Kilometer-Radius für Kinder unter fünf Jahren um 60 Prozent, das Leukämierisiko um etwa 120 Prozent erhöht. Für den Zeitraum von 1980 bis 2003 sei ermittelt worden, dass im Umkreis von fünf Kilometern um die Reaktoren 77 Kinder an Krebs erkrankten, davon 37 Kinder an Leukämie. Dabei wären im statistischen Durchschnitt „nur“ 48 Krebserkrankungen beziehungsweise 17 Leukämiefälle zu erwarten gewesen. Es ist natürlich davon auszugehen, dass Krebs nicht nur bei Kleinkindern auftritt, sondern auch Kinder und Erwachsene betroffen sind.

Praktischerweise wurden deren Erkrankungsraten bisher noch nicht in einer weltweit vergleichbaren Weise systematisch untersucht. Das verwundert mich

nicht: Da es rein zahlenmäßig wohl eine viel größere Anzahl wäre, würde vermutlich den einzelnen Erkrankten persönlich unterstellt, ihre Krankheit individuell durch Rauchen und Ähnliches selbst verursacht zu haben. Methodisch böte es sich förmlich an, mit den Erkrankten ebenso menschenverachtend umzugehen wie mit Erwerbslosen: Auch denen wird ein gesellschaftliches Problem, dass es eben nicht für alle bezahlte Arbeit gibt, massenhaft höchstindividuell als Einzelperson angelastet.

2. Nicht nur im fernen Japan sagen die verantwortlichen Stellen „Keine Ahnung, weiß von nichts“ oder können angeblich keine Zusammenhänge zwischen dem in meinen Augen Offensichtlichen herstellen. Zum Entsetzen der Umweltschützer will die Erdgas-Industrie in Niedersachsen nach Jahren in der „Warteschleife“ nun „in die Vollen“ gehen, die Förderung massiv ankurbeln und ab 2021 auch wieder fracken. Die Umweltschützer befürchten durch **Fracking** noch mehr Erdbeben, Gesundheitsschäden und Krebstote in den Förderregionen.

Der Ingenieur und Umweltaktivist Bernd Ebeling aus dem Wendland hat für eine Dokumentation Speisepilzproben an einer Förderstelle im niedersächsischen Heidekreis sowie an der zentralen Erdgasaufbereitungsstation Steinitz bei Salzwedel in Sachsen-Anhalt entnommen. Die Laboranalyse der Pilze brachte als erschreckendes Ergebnis, dass Butterpilze und Hexenröhrlinge aus Steinitz 14 Mal höhere Quecksilberkonzentrationen aufwiesen als die Mittelwerte aus Sachsen-Anhalt.

An der Erdgasfördersonde „Munster Nord Z1“ im Heidekreis lagen die Werte für Butterpilze sechs- bis zehnfach über den Durchschnittswerten und 23 Mal so hoch wie eine Vergleichsprobe aus dem Kreis Lüchow-Dannenberg. Fast alle Pilzproben überschreiten den EU-Grenzwert von 0,01 Milligramm pro Kilo um ein Vielfaches. Weil Speisepilze mit solch hohen Quecksilberwerten keinesfalls gegessen werden sollten, will Ebeling nun die zuständigen Behörden in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt auffordern, das Pilzesammeln an Erdgasförderanlagen zu verbieten.

Er forderte, auch Heidelbeeren, Sträucher und Bäume in der Umgebung auf ihren Quecksilbergehalt und andere Schadstoffe zu untersuchen. Für Ebeling steht außer Frage, dass das Quecksilber in den Pilzen aus den Erdgasanlagen stammt. Schließlich sei allgemein bekannt, dass Pilze über ihr weitverzweigtes wurzelartiges Myzel Schwermetalle aufnähmen.

Auch an vielen anderen Förderstätten und Bohrplätzen in Niedersachsen wurden teils deutlich erhöhte Quecksilberwerte und Konzentrationen anderer giftiger Metalle festgestellt. Sie sind im rohen Erdgas und Erdöl enthalten und gelangen zum Teil bei der Förderung und Reinigung in Luft, Boden und Grundwasser. Durch geborstene oder undichte Leitungen und beim Abfackeln werden auch radioaktive Nuklide wie der gefährliche Alphastrahler Radium 226 oder das Edelgas Radon 222 teilweise freigesetzt.

Bürgerinitiativen sehen in den Giftstoffen die Ursache für Krebs und andere Erkrankungen. Im Kreis Rotenburg an der Wümme sorgte in den vergangenen Jahren eine Häufung von Krebsfällen für großes Aufsehen. Allein an Leukämie und Lymphomen erkrankten in der Samtgemeinde Bothel, wo seit Jahren Gas gefördert und auch gefrackt wird, neben vielen Frauen doppelt so viele Männer wie statistisch zu erwarten gewesen wäre. Im Dorf Bellen bei Bothel starb in den vergangenen elf Jahren niemand an etwas anderem als an Krebs.

Erhöhte Krebsraten gibt es auch in Rodewald im Kreis Nienburg, wo Erdöl gefördert wird. Ein Statistiker des Epidemiologischen Krebsregisters Niedersachsen sah sich die dortigen Krebserkrankungen im Zeitraum 2003 bis 2012 näher an und kam zu erschreckenden Befunden: In der Gemeinde Bothel mit 8.000 Einwohnern sind 41 Männer an Blut- und Lymphdrüsenkrebs erkrankt, fast doppelt so viele wie „normal“. In der Stadt Rotenburg mit 20.000 Einwohnern sind es 30 Prozent mehr.

Meist erkranken Männer über 60 Jahren. Krebsfachleute fordern, dass „etwas getan“ werden müsse. Leider konnten die Statistiker überhaupt gar nicht sagen, woran das liegt, woher es kommt, was die Ursache ist. Der im Diakonissenklinikum in Rotenburg praktizierende 79-jährige Betriebsarzt Matthias Bantz schrieb Anfang 2016, zusammen mit 212 Kollegen, einen „Brandbrief“ an die niedersächsische Gesundheitsministerin Cornelia Rundt (SPD) und verlangte eine gründliche und unabhängige Untersuchung der Ursachen.

Die Mediziner haben einen Verdacht, aber keine Beweise. Klar ist für Bantz nur: Je dichter die Menschen an der Erdgasförderung wohnen, desto größer ist die Anzahl von Krebsfällen. Er erläutert, dies sei statistisch nachweisbar, und zitiert Untersuchungen aus Kanada und den USA, wo im Bundesstaat New York 240 Ärzte den sofortigen Ausstieg aus dem Gasfracking gefordert haben. Erdgasförderung sei keine „saubere Sache“, weil fünf Prozent aller Bohrungen und Leitungen undicht seien, nach 30 Jahren sogar die Hälfte.

NABU-Präsident Olaf Tschimpke forderte nach dem Bekanntwerden einer erhöhten Krebsrate im niedersächsischen Erdgas-Fördergebiet einen Stopp der Erdgasförderung, bis die Ursachen geklärt sind. Für ihn ist es „grob fahrlässig“ und „absolut inakzeptabel“, jetzt über die Ausbeutung „unkonventioneller“ Lagerstätten mithilfe der Fracking-Technologie nachzudenken, solange die Folgen der konventionellen Förderung nicht kontrolliert werden können.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Fukushima mahnt zur sofortigen Stilllegung aller Atomkraftwerke weltweit

Wenn wir uns heute an die Opfer der Reaktorkatastrophe in Fukushima am 11. März 2011 erinnern, dann geht es nicht nur um die Vergangenheit. Mehr als

18.000 Menschen kamen damals unmittelbar ums Leben, 160.000 verloren im Zuge der Zerstörung und Verstrahlung ihre Heimat und Existenz. Sie leben bis heute entwurzelt teilweise in Containern, viele sind schwer krank. In Japan gedachten viele Menschen in einer Schweigeminute der Opfer. Das war verbunden mit Protestaktionen gegen den Weiterbetrieb atomarer Anlagen und die skrupellose Politik der japanischen Regierung, Menschen in die verseuchte Region um Fukushima zurück zu zwingen.

Der japanische Atomkraftgegner Kazuhiko Kobayashi berichtete in Deutschland über die dramatische Situation vor Ort und klärte über die große Gefahr der Atomtechnologie auf. Im Gespräch mit der „Umweltgewerkschaft“ klagte er an: „Die ganze Präfektur Fukushima ist weit höher radioaktiv kontaminiert als der bisher gültige Sicherheitsgrenzwert von einem Millisievert pro Jahr. Nun nennt die Regierung einfach einen 20-fach höheren Wert als ‚unbedenklich‘.“ Selbst dieser Wert werde in vielen Hot Spots in den genannten Gebieten locker übertroffen.

Man schätzt die Flüchtlinge auf 50.000. Die meisten von ihnen sind junge Mütter, die trotz größter finanzieller, familiärer und gesellschaftlicher Probleme aus Fukushima fliehen, um ihre Kinder zu schützen. Von diesen mutigen und verantwortungsbewussten Müttern sind die meisten hart betroffen und von der Öffentlichkeit in Stich gelassen. Sie leben heute in großer Armut, oft ohne Zukunftsperspektive. Das ist die Folge der verantwortungslosen, verbrecherischen Atompolitik Japans!

Ende März dieses Jahres wird auch die fast einzige Unterstützung eingestellt, die Regierung und Präfektur Fukushima diesen geflohenen Müttern und Kindern bis jetzt gegeben haben, nämlich bestimmte Sozialwohnungen in ihrem Wohnort mietfrei zur Verfügung zu stellen. Sie sagen, Fukushima sei sicher zu bewohnen, gebe also keinen Grund zur Flucht. Wenn sie dennoch weiter im Fluchtort bleiben wollten, sollten sie ab April entweder Miete zahlen oder die Wohnung verlassen. Atomkraftgegner Kobayashi ruft daher zu solidarischen Spenden für die hilflosen Mütter und Kinder auf.

Nach dem Willen der EU-Kommission soll der Bau von Atomreaktoren in Europa mit staatlichen Fördergeldern massiv vorangetrieben werden. Gerechtfertigt werden die Pläne damit, dass man den Kohlendioxidausstoß verringern und die Klimaziele erreichen wolle. Das ist eine durchsichtige Lüge im Interesse der Monopolprofite: Warum wird dann die Förderung erneuerbarer Energien zurückgefahren und der technisch schon lange mögliche Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energie weiter verzögert? Die EU-Kommission tischt der Öffentlichkeit zum tausendsten Mal die Lüge von der „sicheren Atomtechnologie“ auf.

Die Erfahrungen mit Atomkraftwerken aus 60 Jahren belegen, dass eine fehlerfreie Handhabung nicht möglich ist. Super- Atomkatastrophen wie in Harrisburg 1979, Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 sind nur die Höhepunkte der

verheerenden Reaktor- Geschichte. Es ist unvermeidlich, dass bei laufendem Betrieb Reaktoren permanent radioaktive Strahlung freisetzen. Kernspaltungen im Inneren des Reaktors lassen sich nicht absolut von der Außenwelt abschotten. Radioaktives Tritium dringt selbst durch Stahl- und Betonwände. Bei Entnahme, Transport und Wiederaufbereitung von Brennelementen werden radioaktive Stoffe frei.

Bis heute gibt es nirgendwo ein auch nur annähernd akzeptables Modell, was mit dem giftigen Abfall passieren soll, der teils noch Millionen Jahre strahlen wird. Zu den bereits mehr als 300.000 Tonnen hoch strahlenden Abfalls kommen jährlich etwa 12.000 Tonnen hinzu. „Allein in Europa sind über 100 Atomkraftwerke in Betrieb. Im Falle eines Super-GAU kann in kürzester Zeit ein Großteil Europas unbewohnbar werden. Mehr als 500 Millionen Menschen werden direkt mit ihrem Leben gefährdet. Technische Fehler, menschliches Versagen, Terrorangriffe: Es gibt viele Möglichkeiten, die unvorstellbare Katastrophen verursachen“, so Atomkraftgegner Kobayashi.

Aus Profitgier hinterlässt die Atomindustrie der Menschheit auf Zigtausende Jahre eine unglaubliche zerstörerische Last, bis zur Gefahr der Vernichtung der Menschheit. Wenn wir heute hier stehen, verbindet sich unser Gedenken mit einem klaren Nein zum Ausbau der Atomkraftwerke in Europa und einem klaren Ja zu hundertprozentig erneuerbaren Energien. Der Widerstand von Millionen hat die Merkel-Regierung 2011 gezwungen, acht Atomkraftwerke in Deutschland abzuschalten. Dieser Weg ist die einzige Chance, um die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit durchzusetzen!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Spielregeln der Unmenschlichkeit einhalten: Schulz hält fest an Hartz-IV-Sanktionen *(„Neues Deutschland“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

609. Bremer Montagsdemo am 20. 03. 2017

Weiß Martin Schulz, dass er Sanktionen verharmlost?

Parteichef Martin Schulz hat vor dem SPD-Parteitag in Berlin zwar seine Forderung nach zusätzlichen Leistungen für die Qualifizierung von Arbeitslosen bekräftigt, doch will er unbeirrt an den Hartz-IV-Sanktionen festhalten. Schulz behauptet allen Ernstes, dass es bei den Sanktionen „nicht um Schikanen“ gehe und sich „selbstverständlich auch Bezieher von Hartz IV“ an „bestimmte Spielregeln“ wie etwa verabredete Gesprächstermine halten müssten. Daher solle es bei den Sanktionen bleiben, wenn Leistungsbeziehende ihren Verpflichtungen nicht nachkämen.

Damit erteilt er den Forderungen der Linkspartei, die auf ein Ende der Sanktionen drängen, eine klare Absage. Weiß Martin Schulz eigentlich, wovon er da spricht? Normalerweise werden Bürger in Deutschland für Ordnungswidrigkeiten nicht derart hart bestraft, dass ihre Wohnung, ihre Nahrungsaufnahme, schlicht ihre Existenz auf dem Spiel stehen, dass ihnen Obdachlosigkeit mit einem Leben auf der Straße droht und ihre Kinder vom Jugendamt weggenommen werden. Das steht in gar keinem Verhältnis zu dem „Delikt“, hier soll wohl mit zweierlei Maß gemessen werden!

Eine Abkehr von Hartz IV sieht die Spitzenkandidatin der Linkspartei, Sahra Wagenknecht, jedoch als Voraussetzung für eine Beteiligung ihrer Partei an einer Regierung. Offenbar weiß sie im Gegensatz zu Schulz, dass Hartz IV nichts anderes als den völligen Absturz in die Armut bedeutet, und dass die Angst davor prekäre Jobs und niedrige Löhne wesentlich befördert hat. Wer das nicht verändere, könne dieses Land nicht gerechter machen. Deshalb sei das für „Die Linke“ auf jeden Fall eine Bedingung.

Oskar Lafontaine wirft der SPD vor, dass von einer Abkehr der Agenda 2010 keine Rede sein könne, und betrachtet die Aussichten für ein rot-rot-grünes Bündnis im Bund eher skeptisch. Auch Grünen-Sozialexperte Wolfgang Strengmann-Kuhn kritisiert, dass Schulz den Langzeitarbeitslosen und Aufstockern die kalte

Schulter zeigt, und fordert eine Abschaffung der Sanktionen, weil die Gewährung des Existenzminimums ein Grundrecht sei.

Seine Pläne für ein „Arbeitslosengeld Q“, mit dem sich ein paar ganz wenige Erwerbslose ihre Qualifikation verbessern können, die kann Schulz auch gern in der Pfeife rauchen, zumindest nicht das Brimborium darum machen, als ob es sich um ein Heilsversprechen für Erwerbslose handelte. Es ist herzallerliebst niedlich bis eher peinlich zu hören, es gehe ihm darum, dass jemand, der arbeitslos geworden ist, möglichst schnell wieder einen „guten Job“ bekomme. Wo will er den hernehmen? Bei der Leiharbeit, für die Hälfte des Lohns der Festangestellten, oder irgendwo sonst einen Teilzeit- oder Dumpinglohnjob finden auf dem von Altbundeskanzler Schröder anvisierten größten Niedriglohnmarkt Europas?

Das Geplapper, dass die Qualifizierung „präziser auf die individuellen Stärken und Schwächen des einzelnen Arbeitslosen ausgerichtet“ und gleichzeitig der Bedarf des regionalen Arbeitsmarktes im Auge behalten werden müsse, kommt einer Quadratur des Kreises nahe. Wie nett, wenn Schulz das Schonvermögen für Hartz-IV-Empfänger auf 300 Euro pro Lebensjahr verdoppeln und „sachgrundlose“ Befristungen von Einstellungen beenden will!

Solche Vergünstigung kann wiederum nur denjenigen nützen, die überhaupt die Chance bekommen haben, vor dem Absturz in den Abgrund von Hartz IV Geld ansparen zu können. Von Leiharbeit, als Alleinerziehende, als Dumpinglöhner ist dies kaum möglich. Jetzt wird scheinbar für ganz wenige Ausnahmen eine Verbesserung geschaffen und gleichzeitig der Eindruck erweckt, als ob es sich um einen grundlegenden Fortschritt, eine tatsächliche Optimierung handeln würde. Der ganze Hype und Eiertanz, der um diesen Mann gemacht wird, ist überhaupt nicht nachvollziehbar und mir schlicht zuwider.

Laut Sarah Wagenknecht gibt es seit Langem eine Wechselstimmung in dem Sinne, dass sich die Mehrheit eine andere Politik wünscht, die sich mehr um sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit kümmere. Nun hat ausgerechnet Martin Schulz es geschafft, Adressat einer Wechselstimmung zu werden, indem er die Agenda 2010 ein kleines bisschen kritisiert und den Eindruck zu vermitteln sucht, dass er mit der Regierungspolitik der SPD in der Großen Koalition rein gar nichts zu tun habe. Ich finde, dass die SPD vor dem Hype um Schulz verdientermaßen auf ihre geradezu unterirdisch schlechten Umfragewerte gerutscht, aber damit mitnichten wieder bei ihren Wurzeln angekommen ist.

Wagenknecht kritisiert, dass Schulzens Vorschläge den Kern der Agenda nicht infrage stellen und weder die Altersarmut noch den großen Niedriglohnsektor eindämmen würden. Dennoch hätten nahezu alle Medien und die Arbeitgeberverbände die Inszenierung mitgemacht und sie dadurch überzeugend wirken lassen. Wagenknecht befürchtet, dass nach der Wahl das „böse Erwachen“ kommen könnte, wenn „Die Linke“ nicht so stark wird, dass sie eine echte Rücknahme der Agenda durchsetzen könnte. Mit einem „Arbeitslosengeld Q“ und einem Verbot „sachgrundloser“ Befristung werde kein Abschied von der Agenda-Politik

eingeläutet. Ohne den Druck durch eine starke Linke gebe es wahrscheinlich wieder eine Große Koalition, oder die SPD versucht es unter Beteiligung der FDP.

Nur durch ein starkes Abschneiden der „Linken“ erhöhe sich der Druck auf die SPD, den Weg zu gehen, auf den wohl die meisten ihrer Wähler hoffen. Eine Koalition zwischen SPD und „Linken“ könne es aber nur geben, wenn Hartz IV in der heutigen Form abgeschafft werde. „Die Linke“ wolle eine ordentliche Arbeitslosenversicherung wiederherstellen. Der staatliche Zwang, auch untertariflich bezahlte oder Leiharbeit anzunehmen, müsse aufhören. Das kann aber wohl noch nicht alles gewesen sein, Frau Wagenknecht? Wie steht es mindestens mit der Abschaffung der Sanktionen, der Erhöhung der Grundsicherung auf ein auch im wirklichen Leben ausreichendes Existenzminimum und der Heraufsetzung des „löchrigen“ und ebenso viel zu niedrigen Mindestlohns?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Dem widerstehen, was die freie Entfaltung des Lebens bedroht

Heute ist Frühlingsanfang, herzlich willkommen! Mit dem Frühling beginnt in einigen Teilen der Welt auch das neue Jahr. So feiern die Kurden „Newroz“, und das „steht nicht nur für das Erwachen des Frühlings, der ein neues Jahr einläutet, sondern ebenso für die Erneuerung im Kreislauf des Lebens und dem damit verbundenen Widerstand gegen alles, was dieses Leben in seiner freien Entfaltung bedroht“. So heißt es im Aufruf zur Newroz-Demo am Samstag in Frankfurt am Main. Über 30.000 Menschen ließen sich trotz Verbot nicht abhalten, ihre Fahnen der PYD und der YPG-Befreiungsarmee in Rojava (der bisher stärksten Kraft gegen den faschistischen IS) sowie das Portrait des PKK-Vorsitzenden Öcalan zu tragen.

Ich meine, dieser Widerstand, dieses „Frühlingserwachen“ gilt nicht nur für den Freiheitskampf der Kurd(inn)en! Es gilt für uns alle, ob nun durch Hartz-Gesetze, Entlassungen, Überausbeutung oder politische Verfolgung Betroffenen. Es gilt auch für den Kampf gegen die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. In diesem Sinn: Herzlichen Glückwunsch zum Frühlingsbeginn!

Die deutsche Regierung hat sich zum Komplizen des Faschisten Erdogan gemacht und das PKK-Verbot sogar noch verschärft, beispielsweise untersagt,

PYD- oder YPG-Fahnen zu zeigen. Auch die Justiz ist alles andere als neutral. In einem Skandalverfahren wurde Ali Dogan in Berlin zu zwei Jahren und vier Monaten Haft verurteilt als angeblicher Gebietsleiter der PKK in Bremen und Berlin. Dabei wurde ihm keine einzige Straftat vorgeworfen oder gar nachgewiesen!

Die deutsche Regierung unterstützt Erdogan nicht nur wegen des schmutzigen Flüchtlingsdeals, bei dem er ihr die Flüchtlinge vom Hals halten soll, sondern weil deutsche Konzerne wie Rheinmetall mit der Türkei riesige Profite machen. Die Waffen, mit denen das türkische Militär kurdische Siedlungen zusammenschießt, stammen zum größten Teil aus Deutschland. Dass die Bundeswehr dort stationiert ist, dient auch zum Durchsetzen der Interessen des deutschen Großkapitals. Die vorgegebene Empörung über Menschenrechtsverletzungen, Inhaftierungen oder die Ausschaltung der gesamten freien Presse ist nichts als Heuchelei!

Die deutsche Regierung macht in jeder Hinsicht das Geschäft für die Großkapitalisten in Industrie und Landwirtschaft. 5.600 Milchbauern mussten in den letzten zwei Jahren aufgeben, seit dem Sinken der Milchquote und dem nachfolgenden Preisverfall. Die Großmolkereien treiben sie in den Ruin. Massenentlassungen stehen auch im Bremer Raum an: bei LDW 110, bei der Lloyd-Werft 117, bei GHB 600 (137 auf jeden Fall), beim Windmühlenflügelbauer Senvion in Bremerhaven 370. Daimler-Chef Zetsche kündigt an, 50 Prozent der Arbeitsplätze würden in den nächsten 20 Jahren gestrichen.

Es gäbe keine Neueinstellungen mehr, aber immer mehr Leiharbeit und Auslagerung bei steigenden Stückzahlen. Immer mehr würden dadurch in Hartz IV gedrängt. Und was sagt Heilsbringer Schulz, der jetzt mit 100 Prozent Zustimmung auf dem SPD-Parteitag als Vorsitzender Gewählte? Letztes Jahr gab es mehr als eine Million Sanktionen, also Strafen, auch wegen „Ablehnung zumutbarer Arbeit“. Was wollen die uns denn alles zumuten? Der Zwang, unterbezahlte oder Leiharbeit anzunehmen, muss aufhören! Weg mit den Hartz-Gesetzen!

Der „Frühling“ zeigt sich auch beim Ausgang der Wahlen in den Niederlanden: Fast 50 Prozent bekam die Koalition von Ministerpräsident Rütte weniger an Sitzen – und da jubelt dieser Rütte, als ob er einen grandiosen Wahlsieg errungen hätte! Die niederländischen Sozialdemokraten kommen gerade noch auf neun Prozent. Faschist Wilders kommt nur auf 13 Prozent, dabei wurde er noch vor Kurzem in den Medien als großer Wahlsieger und kommender Ministerpräsident gehandelt. Von den jungen Leuten unter 25 Jahren wählten nur drei Prozent Wilders. Glückwunsch, das macht mir Mut!

Eine wirkliche, revolutionäre Alternative gab es nicht zu wählen. Der größte Wahlsieger sind die Links-Grünen – was zeigt, dass es auch in Holland einen Linkstrend gibt. Starten wir den Frühling also gestärkt: Lassen wir uns nichts gefallen! Kämpfen wir für die Abschaffung der Hartz-Gesetze, für den Erhalt unserer Arbeitsplätze, für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, um Millionen Arbeitsplätze zu schaffen! Kämpfen wir gegen die Vernichtung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, gegen die Zerstörung um noch höherer Profite willen – und dafür, dass die verantwortlichen Umweltverbrecher in den Knast kommen!

Wolfgang Lange (MLPD)

Dieses Jahr endet das Schweigen: Entscheiden die Verfassungsrichter noch vor den Wahlen, ob das Existenzminimum wegsanktioniert werden darf?
(„Tacheles Sozialhilfe“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

610. Bremer Montagsdemo
am 27. 03. 2017

Erwerbslose ‚fürsorglich belagern‘?

Detlef Scheele, der neue Chef der Bundesagentur für Arbeit, hat dem „Spiegel“ ein Interview gegeben und erklärt: „Unsere Berater und Vermittler müssen den Arbeitslosen und seine Familie öfter sehen“, „eine fürsorgliche Belagerung finde ich sinnvoll“. Der Begriff ist offenbar dem Titel eines Romans des von mir sehr geschätzten Heinrich Böll entliehen.

Wenn hier aus dem Roman übertragen werden soll, wie ein Netz von Sicherheitsmaßnahmen nicht nur zum Schutz des Protagonisten, sondern auch zur Überwachung seiner selbst und seiner Familie eingerichtet wird, indem der Schutzraum, den der Staat gewährt, Züge eines Gefängnisses trägt, dann darf Erwerbslosen in Erwartung solch einer Behandlung nur speiübel werden.

Menschen, die als Hartz-IV-Berechtigte vegetieren müssen, brauchen keinesfalls noch mehr Verfolgungsbetreuung, gar von der ganzen Familie, sondern Förderung, die ihnen selbst dient und nicht der Euphemisierung der Arbeitslosenstatistik, wenn schon keine normal bezahlte Arbeit vorhanden ist.

SPD-Mitglied Scheele warnt vor einer „Rückabwicklung“ der Arbeitsmarktreformen. Für Scheele hat Vermittlung in Arbeit Vorrang – leider sagt er nicht, aus welchem Hut er die wohl zaubern können, wollte, würde. Bestimmt soll da nur wieder fröhlich in „alten Wein aus herzallerliebst neuen Schläuchen“ vermittelt werden.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Horrorszenario: Nach Schwarz-Rot kommt Rot-Schwarz *(„Spiegel-Online“)*

Schöne Idee: Aber für eine Ampel-Koalition wird es nicht reichen *(„Spiegel“)*

Wir gehen in ein aussichtsloses Wahljahr: Martin Schulz ist bereits im Saarland als Bettvorleger der Kanzlerin gelandet *(„Nachdenkseiten“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

611. Bremer Montagsdemo am 03. 04. 2017

Die Beziehungen zur faschistischen Türkei müssen abgebrochen werden

Am 16. April 2017 findet ein Referendum in der Türkei statt: Staatspräsident Erdogan will seine faschistische Diktatur „vom Volk“ absegnen lassen. Es gibt jeden Tag Kundgebungen in der Türkei, aber nur *für* Erdogan, nur für ein „Ja“. Seine Gegner, fast die gesamte Opposition, auch alle unabhängigen Journalisten sitzen schon lange im Gefängnis. Erdogan hat den Zenit seines Ansehens längst überschritten, deswegen seine Panik.

Die Hälfte der türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter arbeitet illegal und rechtlos, die Jugenderwerbslosigkeit ist seit 2013 um 20 Prozent gestiegen, aber viele der 1,4 Millionen hier wahlberechtigten Türken haben ein ganz anderes Bild der Türkei. Die Bundesregierung unterstützt nach wie vor Erdogan, unter anderem durch das Wegsperren türkischer Revolutionäre ins Gefängnis und das Verbot kurdischer Organisationen und Symbole. Auch wenn Merkel und Gabriel ein bisschen gekränkt tun, wenn Erdogan sie als Nazis beschimpft, haben sie im Prinzip gar nichts gegen ihn.

Jetzt wurden Besuche aus Deutschland bei den in Incirlik stationierten Bundeswehrsoldaten vom Erdogan-Regime verboten, doch die Bundesregierung hält an der Stationierung fest, statt die deutschen Truppen endlich abzuziehen. Wir fordern den Abbruch der diplomatischen, militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei, bis dort wieder halbwegs demokratische Verhältnisse herrschen! Aber nicht nur in der Türkei muss der Kampf gegen den Faschismus geführt werden.

Entgegen breiter Mehrheitsmeinung und obwohl gemäß Grundgesetz das Potsdamer Abkommen in Kraft bleibt, das die Auflösung und Zerschlagung aller Nachfolgeorganisationen der NSDAP fordert, wurde die NPD nicht verboten. Die AfD wird immer mehr hochgepuscht. Letzten Samstag konnte sie sich in einem Acht-Seiten-Dossier im „Weser-Kurier“ als Partei für die Jugend, für Arbeitslose und Rentner darstellen. Dabei ist das alles gelogen!

Die AfD will die Steuern für die Reichen und für die Konzerne senken. Die Jugend kommt in ihrem Programm nur als kriminell vor. Statt Gesamtschulen fordert die AfD ein gegliedertes Schulsystem und Elitenförderung, also keine Chancen für Arbeiterkinder. Der § 218 zum Schwangerschaftsabbruch soll verschärft werden. Die AfD vertritt einen extremen Rassismus: Die Weltkriege seien ein „deutscher Freiheitskampf“ gewesen, hieß es bei der AfD-Jugend in Dresden. Dass die Partei sich als „Alternative“ bezeichnet, ist der größte Beschiss, doch schon die NSDAP musste den Begriff „sozialistisch“ in ihren Namen schreiben, um die Massen zu betrügen. Die AfD ist weder eine Alternative noch eine Protestbewegung, denn Protest ist links!

Die Sparkasse Bremen führt Abhebegebühren ein. Mit 50 Cent fängt es an, aber für Erspartes gibt es weiter keine Zinsen! Das Ganze ist eine Schweinerei: Erst ließen sich die Banken vom Staat „retten“, dann sorgten der Staat und die EU mit ihrer Niedrigzinspolitik für die schleichende Entwertung von Ersparnissen, und jetzt soll auch noch fürs Abheben vom eigenen Konto bezahlt werden. Das muss gesetzlich verboten werden: Ein Konto zu besitzen und darüber frei und ohne Gebühren verfügen zu können, muss ein Grundrecht sein!

Der grüne Bremer Bau- und Umweltsenator Lohse ist bekanntlich auch für Verkehr zuständig. Das hat er wohl falsch verstanden: Inzwischen ist er Senator für Prostitution und setzt sich für den Betrieb eines Großbordells in der Neustadt ein. In 22 Zimmern sollen dort circa 60 Prostituierte in drei Schichten „Freier“ bedienen, nachdem sie sich im „Laufhof“ beglotzen lassen mussten. Für SPD und Grüne ist das nicht zu beanstanden: Sie hatten sich dafür eingesetzt, dass Deutschland das Bordell-Land Nummer 1 in Europa wurde.

Die Prostitution wurde vollständig liberalisiert mit der fadenscheinigen Begründung, es handle sich um einen „Beruf wie jeder andere“, und die Prostituierten seien dann kranken- und sozialversichert. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Nur zwei bis drei Prozent von ihnen sind angemeldet versichert. Der überwiegende Teil sind zwangsprostituierte, verschleppte und vergewaltigte Frauen aus Osteuropa. Die 100 Teilnehmenden einer Demonstration am Samstag gegen das Bordell in der Neustadt forderten das Verbot, Sex kaufen zu können. In Schweden, wo nicht die Prostituierten, sondern die „Freier“ kriminalisiert werden, ging dadurch die Prostitution stark zurück.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat in einem Jahr 68 Lieferungen von Brennstäben an den Schrottreaktor Thiange in Belgien genehmigt und ihn so am Leben gehalten. Der Meiler hat Risse im Druckbehälter und ist der gefährlichste Reaktor Europas! Es ist ein Skandal, wie die Ministerin im Interesse der deutschen Atomwirtschaft gegen den Atomausstieg aktiv ist.

Wolfgang Lange (MLPD)

Paysex

Ab Juli 2017 besteht Anmeldepflicht für gewerblich Tätige in der Branche der sexuellen Dienstleitung (SDL). Vom Grundsatz her: Wenn zwei erwachsene Menschen sich innerhalb geschlossener Räumlichkeiten begegnen, geht es niemanden etwas an, was sie miteinander vereinbaren und miteinander tun. Das geht keinen Sittenwächter etwas an, keinen Polizisten, keinen Moralapostel oder selbsterklärten Frauenrechtler, aber auch erst recht keinen Zuhälter, Kidnapper, Schlepper. Jeder, der für Geld etwas tut, obwohl er eigentlich lieber etwas anderes täte, gibt sich her (*prostituere*, lateinisch: hergeben) und ist meiner Ansicht nach *Nutte*. Da schließe ich mich selber nicht aus. Die meisten Menschen dürften in ähnlicher Lage sein.

Die Prostitutionsgesetze waren und sind ein wichtiger Schritt, die SDL aus der organisierten Kriminalität herauszuziehen. Sie entstanden lange vor dem Beitritt der osteuropäischen Staaten in die EU, aus denen sehr viele sehr junge Frauen nach Deutschland ziehen, um der Armut ihrer Heimatländer zu entkommen. Wer meint, dass Verbote und Strafen die SDL verringern könnten, schaue in die USA, die weltweit der größte Markt für Pornografie und SDL sind. Schweden ist ein Land mit einer ganz anderen Offenheit zur Sexualität und zum Umgang der Geschlechter, in dem seit Kindesbeinen gemischtgeschlechtlich die Sauna besucht oder geduscht wird, was eher dazu beigetragen haben dürfte, den Paysex in den Hintergrund zu rücken.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Werner Schulten ist tot: Nicht nur die Partei „Die Linke“ hat einen ihrer wichtigsten Protagonisten im Kampf gegen die unsägliche Agenda 2010 und das Hartz-IV-Regime verloren *(„BAG Hartz IV“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

612. Bremer Montagsdemo
am 10. 04. 2017

Wir sind gegen jegliche imperialistische Aggression!

1. Vergangene Woche erfolgte ein Militärschlag der USA gegen **Syrien**. Mit 59 Marschflugkörpern wurde ein Militärflughafen bombardiert, angeblich als Vergeltung für einen Giftgasanschlag zwei Tage zuvor, dem über 100 Menschen zum Opfer gefallen waren. Ohne jeden Nachweis der Urheberschaft dieses Anschlags ordnete Trump den Angriff an, während der chinesische Präsident zu Besuch war. Trump will China und der ganzen Welt demonstrieren, dass Amerika das größte und mächtigste Land ist, das alles tun darf!

Dieses Vorgehen ist eine große Gefahr für den Weltfrieden, denn es droht eine unmittelbare Konfrontation mit Russland. Es zeigt sich auch, wie illusionär die Hoffnungen auf eine dem Frieden gedeihliche Zusammenarbeit zwischen den Reaktionären Putin und Trump von Anfang an waren. Solche Hoffnungen werden leider auch von Teilen der alten Friedensbewegung, den „Linken“ und der DKP vertreten. Wir sind gegen jegliche imperialistische Aggression! Kommt zum **Ostermarsch** am **Samstag**, dem **15. April 2017**! Er beginnt um **11 Uhr** am **Hauptbahnhof**. Um **12 Uhr** gibt es eine **Kundgebung** auf dem **Marktplatz**.

2. Vor den Wahlen überschlagen sich die bürgerlichen Parteien darin, ihr „Herz für Familien“ zu entdecken. Familienministerin Schwesig, SPD, will eine „Familienarbeitszeit“ einführen. Was das heißt? Klar ist, dass **Familien** mit kleinen Kindern extrem belastet sind: Die Familie zu versorgen, unterschiedliche Schichten, einen Kita-Platz zu bekommen, das Hinbringen und Abholen der Kinder bedeuten Stress pur. Schwesigs Entwurf sieht nun vor, dass Mütter und Väter, die ihre Arbeitszeit auf 26 bis 36 Stunden verringern, dafür 150 Euro vom Staat erhalten – aber nur für zwei Jahre. Ist die Zerreißprobe dann etwa beendet?

Die „Internationalistische Liste / MLPD“ fordert stattdessen: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich für alle! 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich von Montag bis Freitag! Anhebung des Steuerfreibetrags von 8.650 auf 12.000 Euro (24.000 Euro bei Paaren)! Drastische progressive Erhöhung der Be-

steuerung von Großunternehmern und -verdienern! Hundertprozentige Bezahlung der Sozialversicherungen durch die Kapitalisten!

Eine Sozialsteuer in Höhe von sechs Prozent auf den Umsatz würde für alles reichen, von der Arbeitslosenversicherung über Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Umsätze und Gewinne sind in den letzten Jahren reichlich gestiegen, im Gegensatz zu den Löhnen. Wenn die Arbeitszeit verkürzt wird, müssen auch mehr Arbeitslose eingestellt werden! Das kostet im Gegensatz zum SPD-Vorschlag, der eine Milliarde Euro kosten soll, den Steuerzahler keinen Cent.

3. Bei der letzten Montagsdemonstration habe ich über den Protest gegen den Bau eines Großbordells in der Neustadt berichtet. Die Oelkers-Villa soll – mit Zustimmung von Umweltsenator Lohse – in ein Bordell mit 22 Zimmern umgewandelt werden, wo rund um die Uhr circa 60 Prostituierte ihren Körper verkaufen, besser gesagt: verkauft werden, denn das Wenigste vom Geld erhalten sie selbst. Dazu gab es eine Zuschrift von Frank: „Ich versteh die Aufregung um den Puff in der Neustadt nicht“. Es sei schließlich Privatsache, was hinter geschlossenen Türen passiere.

Weiter: „Jeder, der für Geld etwas tut, obwohl er eigentlich lieber etwas anderes täte, gibt sich her, ist eine Nutte“, womit er ausdrücklich auch sich selbst meine. In einer weiteren internen Zuschrift mokierte er sich darüber, dass ich mich gegen **Prostitution** einsetze: „Die jungen Frauen begegnen mir sehr häufig, wenn sie zum Quick-Markt rüberhuschen. Die sind sehr nett und sympathisch und wirken so gar nicht unterdrückt. Wurde Wolfgang von den Nutten jetzt zum Sprecher gewählt?“

Nein, lieber Frank, ich bin nicht zu ihrem Sprecher gewählt worden, aber im Gegensatz zu dir lässt mich das Elend der ausgebeuteten und versklavten Frauen nicht kalt! Eine Tatsache ist, dass der Großteil der Frauen, die in Deutschland ihren Körper für Geld verkaufen, dies eben *nicht* freiwillig tut, sondern mit brutalsten Methoden gefügig gemacht wird – mit Entführung, Vergewaltigung und Schlägen. Ich kann und will mich auch nicht damit abfinden, dass alles zur Ware gemacht wird! Diese Frauen werden aufs Brutalste ausgebeutet. Nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern ihr ganzer Körper und auch ihre Seele werden ausgenutzt, ausgebeutet und zerstört.

Ich finde es widerwärtig, dass der Kapitalismus alles zur Ware macht. Die schönsten Dinge im Leben, die Liebe, der Mensch selbst werden zur Ware, zu Geld, zur Profitquelle. Das ist ein Grund mehr, mich für den Sturz des Kapitalismus und den Aufbau einer befreiten Gesellschaft einzusetzen. Dann sind die Beziehungen zwischen den Menschen kein Gegenstand des Warenhandels mehr, sondern Beziehungen freier Individuen. Aber auch schon im Kapitalismus sind Erfolge im Kampf gegen die Prostitution möglich: Das Verbot, Sex zu kaufen, führte nachweislich zu einem drastischen Rückgang der Prostitution in Schweden. Das muss in Deutschland auch durchgesetzt werden, gegen die scheinheiligen „Liberalisierer“ von SPD und Grünen!

4. Seit ein paar Wochen findet hier jeden Sonntag eine Demonstration mit bis zu 500 Menschen statt, die sich „Pulse of Europe“ nennt. Dabei geht es den Teilnehmern, jedenfalls der übergroßen Mehrheit, in erster Linie um eine klare Absage an Faschisten und faschistoide Gruppierungen in **Europa**, etwa die AfD in Deutschland, den Front National in Frankreich, die Pis-Partei in Polen und den rassistischen Teil des Brexit-Lagers. Freudestrahlend verkünden sie ihre Zustimmung zu Europa.

Diese Demonstrationen finden auch in anderen Städten statt und werden von den Medien stark hervorgehoben. Das macht mich etwas stutzig. Wenn ich dann noch höre, dass auch Merkel und Schulz sie gut finden, steigt mein Unbehagen. Der Masse der Teilnehmer geht es wohlgemerkt um den Kampf gegen „Rechts“, doch was hier inszeniert wird, ist gleichzeitig eine Demonstration für die EU – und die ist alles andere als ein fröhlicher Zusammenschluss europäischer Bürger.

Die EU war und ist ein imperialistisches Bündnis, gegründet zur Durchsetzung der Interessen der größten Monopole in Industrie und Landwirtschaft. Die EU sorgte und sorgt für ein millionenfaches „Bauernsterben“ zugunsten der Großagrarier. Ziel der EU war es, mächtigster Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Das ist im Vertrag von Lissabon so beschrieben und wurde unter anderem durch die Agenda 2010 forciert und auch erreicht. Die deutschen Monopole sind Hauptprofiteure der EU, die mit dem Brexit in ihre tiefste Krise geriet: Sie fällt hinter den USA und China auf Platz 3 zurück.

Aus gutem Grund haben wir von der Montagsdemonstration gegen die EU-Verfassung gekämpft und uns sehr gefreut, als sie vom französischen und niederländischen Volk abgelehnt wurde und schließlich in der Versenkung verschwand. Mit dem „Pulse of Europe“ soll die EU wieder in ein sympathisches Licht getaucht werden: Statt Kampf gegen die Ausplünderung und Unterdrückung zu führen, sollen sich alle in den Armen liegen. Aber die Realität sieht anders aus. Ich würde es daher sehr begrüßen, wenn die Teilnehmer von „Pulse of Europe“, die gegen Rassismus, Faschismus und Krieg sind, zur Montagsdemo kämen! Da brauchen sie keine Angst haben, vor einen Karren gespannt zu werden, den sie gar nicht ziehen wollen.

5. Ich möchte euch ganz herzlich einladen zur **Gedenkfeier** für unseren am 26. Dezember verstorbenen Mitstreiter **Karl-Heinz Daub**. Sie beginnt am **Sonntag**, dem **23. April 2017**, um **17:30 Uhr** im „**Freizeitheim Buntentor**“, Geschwornenweg 11a, wo auch unsere Weihnachtsfeiern in den letzten Jahren stattfanden.

In einer Rede wird das Leben und Wirken von Karl-Heinz gewürdigt werden. Außerdem gibt es kulturelle Beiträge und anschließend ein Buffet mit leckeren Speisen und Getränken. (Wer möchte, kann auch etwas dazu beitragen.) Es besteht die Möglichkeit, selbst ein paar Worte zu sprechen, etwa über ein besonderes Erlebnis mit Karl-Heinz. Seine Familie wird anwesend sein.

Wolfgang Lange (MLPD)

Kein Deutschkurs, keine Schule, keine Arbeit: „Was für eine Alternative zur Prostitution sollen wir jungen Flüchtlingen anbieten?“ *(„Spiegel-Online“)*

Wahrheit braucht Paten: Zulässig sind nur Bewerbungen, die auch von Nicht-Hartz-IV-Beziehenden stammen könnten *(„Grundrechte-Brandbrief“)*

Die nächste **Bremer Montagsdemonstration** beginnt wegen des Osterfestes erst am **24. April 2017** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Das sollten wir jetzt ernst nehmen: Trump erwägt Präventivschlag gegen Nordkorea *(„Spiegel-Online“)*

Magere Mehrheit: Wer glaubt Erdogan den Sieg bei der Volksabstimmung? *(„Spiegel-Online“)*

Wie groß muss der Hass sein: „Die eigenen Landsleute dazu verurteilt, künftig in einem autoritären Staat zu leben“ *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

613. Bremer Montagsdemo am 24. 04. 2017

Satte Mehrheiten sehen anders aus

1. International hat ein fortschrittlicher Stimmungsumschwung begonnen, auch wenn das nicht immer leicht zu erkennen ist. Ich will ein paar Beispiele nennen. Es gibt riesige Demonstrationen auf der ganzen Welt gegen die aggressive, offen reaktionäre und kriegstreiberische Politik der Trump-Regierung. Tausende hatten bei den Ostermärschen vor allem Trump im Visier, der kürzlich 59 Marschflugkörper auf Syrien abgefeuert hat, angeblich als Vergeltung für einen Giftgasangriff, dessen Urheberschaft nach wie vor nicht bewiesen ist.

Darum ging es Trump auch nicht: Er wollte dem chinesischen Präsidenten, der gerade zum Mittagessen bei ihm weilte, eine Lektion erteilen und gleichzeitig Russland zeigen: Wir können überall auf der Welt zuschlagen. We are the greatest! Als nächstes fiel die „Mutter aller Bomben“ mit zehn Tonnen Sprengstoff auf Afghanistan. Es gab 37 Tote, angeblich Taliban-Kämpfer. Dazu hätte man zwar nicht die größte aller konventionellen Bomben gebraucht, doch auch das sollte der Welt die „Stärke“ Amerikas demonstrieren. Jetzt wird ein US-Flottenverband ins Chinesische Meer gegen Nordkorea beordert, verbunden mit der offenen Drohung, dieses Land nuklear auszulöschen. Das ist vor allem eine **Provokation** Chinas.

In Wirklichkeit sind das alles jedoch nicht Zeichen der Stärke, sondern der Schwäche. Die USA sind wirtschaftlich zurückgefallen und wurden inzwischen von China als größter Wirtschaftsmacht abgelöst. Besonders die Autoindustrie ist ins Hintertreffen geraten, doch ebenso die Ölindustrie, weil durch die gesteigerte Ölförderung Saudi-Arabiens und Russlands der Ölpreis „in den Keller“ gefallen ist. Diese Monopole sind es, die hinter Trump stehen. Er ist kein „durchgeknallter Verrückter“, sondern vertritt die Interessen des aggressivsten und reaktionärsten Teils des amerikanischen Großkapitals.

Die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung und das Aufkommen neuer imperialistischer Konkurrenten wie China, Russland, Türkei oder Südafrika sind die Ursachen der sprunghaft gestiegenen Gefahr eines Dritten Weltkriegs. Aber die Völker der Welt können das verhindern! Am Samstag gab es den „Marsch für die Wissenschaft“: In Washington und über 500 anderen Städten protestieren

Wissenschaftler gegen die Trump'sche Politik, die Mittel für Forschung, insbesondere Klimaforschung, einzuschränken beziehungsweise ganz zu streichen, und gegen das Verbot, Daten zur Klimabeobachtung zu veröffentlichen, aus denen eine Erderwärmung hervorgeht.

2. Noch nie war ein amerikanischer Präsident so schnell so unbeliebt. Aber auch in der Türkei haben nach offiziellen Angaben nur 51 Prozent der Wählenden mit „Ja" für Erdogans Diktatur gestimmt, trotz massiver Wahlmanipulation und obwohl Politiker der Opposition wie auch Journalisten in Haft sind und vielfach keine geheime Wahl stattgefunden hat. Es wurden Millionen ungestempelter Wahlzettel einfach untergeschmuggelt. Trotz Bedrohung und Einschüchterung hat in den Großstädten eine Mehrheit *gegen* Erdogan gestimmt. Am Ostermontag gingen in der Türkei Tausende mit Rufen wie „Dieb, Mörder, Erdogan" auf die Straße.

In Köln waren es am Samstag Zehntausende, die gegen den AfD-Parteitag protestierten. Allein zur Demonstration „Köln gegen rechts" kamen mehr als 15.000. Auch wenn sich die AfD noch so sehr als „Alternative" zu den etablierten Parteien darzustellen versucht, wird das doch von den meisten durchschaut, und sie sagen: Wir wollen keinen **Faschismus**! Auf dem Parteitag ging die AfD dann noch offener in Richtung Faschismus.

Frauke Petrys Antrag, der AfD zumindest den Anschein einer demokratischen Partei zu geben, wurde vom Tisch gefegt, und die Höckes und Gaulands setzten sich durch. Die AfD ist alles andere als eine „Protestpartei": Sie ist auf dem Weg, eine offen faschistische Partei zu werden, die sich bereit hält, die Herrschaft der Monopole mit Gewalt aufrechtzuerhalten, wenn diese durch Krisen und Massenkämpfe in Gefahr gerät. Dazu werden sie vom Kapital gebraucht.

Bei der Präsidentschaftswahl in Frankreich erhielt Sieger Emmanuel Macron, bis vor einem Jahr noch völlig unbekannt, 23,9 Prozent der Stimmen und geht gegen Marine Le Pen (21,7 Prozent) von der französischen AfD-Variante in die Stichwahl. Auch der konservative Kandidat Fillion und Linksreformist Mélenchon erzielten um die 20 Prozent. Satte Mehrheiten sehen anders aus! Am augenscheinlichsten wird das bei den „Sozialisten", die mit François Hollande bisher den Präsidenten stellten und gerade noch auf sechs Prozent kamen.

Hier wie auch in den USA zeigt sich: Eine wirkliche linke Alternative, die voll und ganz auf der Seite der Arbeiterklasse und der Unterdrückten steht, fehlt noch weitgehend! In Deutschland gibt es jetzt mit dem „Internationalistischen Bündnis", das als „Internationalistische Liste/MLPD" antritt, solch eine Alternative. Die MLPD lädt herzlich ein zur **Mai-Feier** am **Sonntag**, dem **30. April 2017**, ab **18 Uhr** in der Gaststätte „**Postillion**", Werderstraße 66.

Am kommenden Montag gibt es wegen des **1. Mai** keine normale Montagsdemo. Ich hoffe aber, alle Montagsdemonstranten und noch viel mehr kommen zur **Mai-Demonstration**! Diese führt ab **Weserstadion**, wo wir uns um **10:15 Uhr** versammeln, zum **Domshof**. Dort beginnt um **12 Uhr** die **Kundgebung**. Wir ha-

ben wieder einen Montagsdemo-Stand in der Nähe des Neptunbrunnens angemeldet und werden Flugblätter verteilen und das Transparent aufhängen.

Im Anschluss an die **Montagsdemonstration** am **22. Mai 2017** findet ab **19 Uhr** eine **Nachbesprechung** im **Seemannsheim** statt. Als Thema vorgeschlagen ist eine Auswertung der letzten Kundgebungen und des 1. Mai. Wie können wir die Montagsdemo attraktiver machen, insbesondere für junge Leute? Gäbe es bei einem 14-tägigen Rhythmus mehr Teilnehmer? Wir brauchen auch ein neues Flugblatt und wollen Sommerfest und Weihnachtsfeier veranstalten. Die Montagsdemo ist zu wichtig, um sie langsam einschlafen zu lassen!

Wolfgang Lange (MLPD)

„Feenstaub überm Güllekanal“: Wenn Unternehmerinnen arme Frauen ausbeuten, um reiche Frauen zu bereichern, dann herrscht „Feminismus“ *(„Spiegel“)*

„Joboffensive treibt in den Wahnsinn“: Bremer Jobcenter braucht sich über den Brandanschlag „nicht zu wundern“ *(„Tageszeitung“)*

Die Montagsdemo muss sich in der Ansprache weiter öffnen

Liebe unermüdliche Montagsdemo-Aktivist(inn)en und Mitstreiter(innen)! „Die Montagsdemo ist zu wichtig, um sie langsam einschlafen zu lassen!“ Wie wahr! Das sehe ich genau so! Heute mehr denn je! Leider habe ich auch kein Patentrezept, wie „junge Leute“ in der Zukunft für die Notwendigkeit des Widerstands gegen die Agenda 2010 und für die aktive Teilnahme an der Bremer Montagsdemo mobilisiert werden könnten.

Wahrscheinlich aber damit, wenn von uns aufzeigt wird, dass Hartz IV nicht nur sozial ungerecht und menschenunwürdig ist, dass Hartz IV scheinbar nur eine „Randgruppe“ der Gesellschaft betrifft, sondern die Subalternen insgesamt, also nicht nur das klassische Proletariat und seine zig Millionen Erwerbslosen, sondern ebenso den immer mehr bröckelnden „Mittelstand“, das „neue Prekariat“ (Leiharbeiter, unfreiwillige Zeitarbeiter, erwerbslose Facharbeiter, Wissenschaftler, Freiberufler, „Scheinselbständige“ et cetera) sowie das „neue Lumpenproletariat“ (Langzeiterwerbslose, Migranten, sozial Stigmatisierte und so weiter).

Das hieße, die Montagsdemo muss sich irgendwie in der Ansprache weiter öffnen. „Junge Leute“ lassen sich nur gewinnen, wenn deutlich wird, dass es bei dem Widerstand der Montagsdemo-Aktivist(inn)en nicht nur um die Abschaffung des unwürdigen Hartz-IV-Regimes geht, sondern vor allem auch um eine grund-

sätzlich andere Gesellschaft – eine Gesellschaft frei von Ausbeutung, frei von sozialer Ungerechtigkeit, frei von Rassismus und Sexismus.

Wenn darüber intern Konsens bestünde, könnte ich mir vorstellen, dass auch wieder mehr Menschen (und vor allem auch Hartz-IV-Betroffene) an der Montagsdemo teilnehmen würden. Mit einem entsprechenden Aufruf wäre ich dabei! Solidarische Grüße.

Manfred Steglich („Die Linke“)

Für fortschrittliche Wissenschaften!

Am letzten Samstag gingen Hunderttausend Menschen in über 500 Städten auf der Welt für die Verteidigung fortschrittlicher Wissenschaften auf die Straße. In Deutschland beteiligten sich in 22 Städten fast 30.000 Menschen. Sogar auf Helgoland fand ein Marsch statt mit 50 Mitarbeitern und Freunden des „Instituts für Meeresforschung“. Sie alle nutzten den von der Unesco ausgerufenen „Tag der Erde“ um für die Freiheit der Wissenschaft und die Rettung der Erde einzutreten.

Im Aufruf des „March for Science“ heißt es unter anderem „Die gründliche Erforschung unserer Welt und die anschließende Einordnung der Erkenntnisse, die dabei gewonnen werden, ist die Aufgabe von Wissenschaft. Wenn wissenschaftlich erwiesene Tatsachen geleugnet, relativiert oder ‚alternativen Fakten‘ als gleichberechtigt gegenübergestellt werden, um daraus politisches Kapital zu schlagen, gefährdet das nicht nur die Existenzberechtigung der Wissenschaft, sondern die Demokratie insgesamt.“

Das Zentrum der Massenproteste war in den USA und richtete sich gegen die umweltfeindliche Politik des neuen Präsidenten. Inzwischen warnen 98 Prozent der Klimaforscher vor der Erderwärmung. Diese Tatsache ist aber für Donald Trump nur ein „Fake“, eine Lüge. Er erklärt immer wieder aufs Neue, dass „die Erwärmung der Erde eine Einbildung von und für die Chinesen ist“. Es ist aber keine chinesische Erfindung, dass die Menschheit immer schneller auf eine drohende globale Umweltkatastrophe zurast!

Die Unterdrückung der wissenschaftlichen Wahrheit steht in enger Verbindung damit, die bisherigen Auflagen für Umweltschutz, Gesundheitswesen und Arbeitsplätze zu streichen. Ganz im Sinne des amerikanischen Kapitals sieht Trump darin nur „Hemmnisse für die Wirtschaft“. Im jetzt vorgelegten Haushaltsentwurf will er der Umweltbehörde EPA kurzerhand 5,7 Milliarden Dollar – das sind 31 Prozent – streichen und 4.000 Mitarbeiter vor die Tür setzen. Er will sechs

Milliarden Dollar weniger an das Nationale Gesundheitsinstitut zahlen und der Klimaforschung bei der Nasa und der Ozeanbehörde komplett den Garaus machen.

Trump und seine Kumpane bezeichnen die Klimaforschung als „weinerlichen Kult“. Deshalb wurde auch der Vorsitzende der Umweltbehörde abgesetzt und der Klimaskeptiker und Ex-Exxon Chef in die Regierung berufen. Diese Maßnahmen sind kein Zeichen der Stärke der neuen Trump-Regierung. Sie zeigen einen Übergang weg von einer sogenannten liberalen Form des Kapitalismus hin zu einer aggressiven, reaktionären und faschistoiden Regierungspolitik gegen viele Menschen und gegen die Natur. Das findet nicht nur in den USA statt, sondern auch in Europa und in anderen Teilen der Welt.

Damit rufen die Herrschenden aber die Kritik und den Widerstand breiter Teile der Bevölkerung hervor. Der vergebliche Versuch, alle Fortschritte von Wissenschaft und Kultur der letzten Jahrhunderte auszulöschen und zur dumpfen wissenschaftsfeindlichen Unwissenheit des Mittelalters zurückzukehren, sind Ausdruck der Krise des Kapitalismus. Das wird die Suche nach einer gesellschaftlichen Perspektive verstärken. Die Zukunft kann nur in einer befreiten und solidarischen Gesellschaft liegen – ohne Ausbeutung und Unterdrückung von Mensch und Natur!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Jedes zweite Bienenvolk tot: In zwei Dritteln der Pollenmasse wurden Pestizide und Herbizide wie Glyphosat entdeckt *(„Tageszeitung“)*

Die nächste **Bremer Montagsdemonstration** beginnt
wegen der Demonstration am „Tag der Arbeit“ erst am
8. Mai 2017 wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

614. Bremer Montagsdemo
am 08. 05. 2017

Zur Leitkultur der Deutschen

Die Deutschen, die Besten,
Die alles so wissen,
Sie sind doch so fleißig,
Die die Ordnung vermissen!

Sie möchten so gerne
Die Erde regieren,
Wo alle zusammen
In Ordnung marschieren

Zum besseren Leben,
Das Merkel uns malt,
Wo jeder die Steuer
Für den Atem bezahlt,

Wo Untere schuften
Wie früher die Pferde!
Die Oberen schwimmen
Im Reichtum und reden

Über gutes hier Leben,
Über Fleiß und Geduld.
Angst verbreiten und Kriege!
Aber immer ist Russland schuld.

Merkt ihr nicht, dass Deutschland – mit der Regierung von Merkel und Schäuble – fast ganz allein steht in der Außenpolitik? Das sind Folgen der Politik der CDU, bei der immer wieder die Äußerung auftaucht, die Deutschen seien die Besten. So war es Schäuble, der die Griechen beschuldigt hat, sie könnten „nicht arbeiten“.

Die spätere Bundeskanzlerin war es, die bei ihren ersten Wahlkampf auf die Frage „Was wollen Sie anders machen als Schröder?“ geantwortet hat: „Er arbeitet zu eng mit Russland zusammen, wir sollten enger bei unseren alten Freunden stehen, den USA“. Die Folgen dieser engeren Zusammenarbeit sehen wir: Krie-

ge und Opfer überall auf der Welt, ganz zu schweigen von den Beziehungen zu Russland!

Die Äußerungen von Thomas de Maizière über „Leitkultur“ finde ich skandalös. Können Sie sich vorstellen, dass in Russland, wo viele Nationen friedlich zusammenleben, die Russen auf einmal über eine „Leitkultur“ reden? Das würde zu Kriegen führen, wie in der Ukraine, wo die neue Regierung versucht hat, die russische Sprache zu verbieten! Dieses Gedicht mit meinen freien Gedanken habe ich schon vor Jahren geschrieben, aber jetzt ist es aktuell wie nie zuvor.

Valentina Schneider (parteilos)

Unser aller Freund Bruno-Karl kommt ins Kino: Am **Mittwoch**, dem **10. Mai 2017** wird der **Film** „**Endlich zu Hause**“ um **20:30 Uhr** im Kino „**City 46**“ gezeigt. Ein Filmemacher hat das Wohnprojekt des „Martinsclubs“ begleitet, bei dem auch Bruno-Karl mitgemacht hat. Die Interviews auf dem Marktplatz bleiben uns in Erinnerung. Ein schöner Spaß für Bruno-Karl und uns von der Montagsdemo, kommt alle!

Zweites SPD-Landtagswahldebakel: Martin Schulz wird eben doch nur der neue Steigbügelhalter der alten Kanzlerin *(„Spiegel-Online“)*

„Rechter Popanz soll die Linke disziplinieren“: Damit wir am Ende glücklich sind über einen neoliberalen Wahlsieger wie Macron *(„Freitag“)*

Vor dem Abschieben aushungern: Bundessozialgericht hält endlose Sanktionen für verfassungsgemäß *(„Junge Welt“)*

„Schulz-Effekt“ hält an: Hanni Kraftlos verliert acht Prozentpunkte bei dritter SPD-Landtagswahlkatastrophe *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

615. Bremer Montagsdemo am 15. 05. 2017

Warum der Schulz-Hype schon wieder vorbei ist

Die SPD/Grünen-Regierung in Nordrhein-Westfalen ist abgewählt worden. Die SPD verlor 7,9 Prozentpunkte, fiel auf einen historischen Tiefstand und steckt nun in einer tiefen Krise. Der „Schulz-Effekt“ ist dahin. Es ist nicht gelungen, die Arbeiter wieder zurückzugewinnen. Für die Grünen ist die Lage ebenfalls katastrophal: Ihr Stimmenergebnis hat sich halbiert. Die CDU jubelt über 33 Prozent, in Wahrheit ist das aber ihr zweitschlechtestes Ergebnis der Geschichte: nur mickrige 21 Prozent der Wahlberechtigten. Wenn es zur Koalition mit der FDP kommt, haben beide Parteien zusammen nur 45 Prozent – und da soll Armin Laschet der strahlende Sieger sein?

Die „Partei der Nichtwähler“ blieb am stärksten, trotz Steigerung der Wahlbeteiligung. Die AfD blieb mit 7,4 Prozent weit unter den Erwartungen. Es war eine Sauerei, wie sie in allen Wahlsendungen hofiert wurde! Aber entgegen den Prognosen, die sie zweistellig sahen, erkennen doch immer mehr Menschen den faschistoiden Kern und dass er mit den Interessen der „Kleinen Leute“ nichts zu tun hat. So will die AfD zum Beispiel die Rente überhaupt erst nach 45 Beitragsjahren zahlen. Das ist für die meisten Frauen gar nicht erreichbar. Aber die sollen ja sowieso das „Heimchen am Herd“ sein und Kinder gebären!

Warum der Schulz-Hype schon wieder vorbei ist? Weil Schulz schon immer ein Befürworter der Agenda 2010 und der Hartz-Armutsgesetze war und ist! Kurz vor der Wahl hielt er vor Industrievertretern eine Rede und versuchte sich als „neuer Schröder“ zu präsentieren. Schade nur, dass die Arbeiter und Angestellten die Rede auch mitbekamen! Bereits als EU-Parlamentspräsident und SPD-Vorstandsmitglied setzte er sich immer für die Armutsgesetze ein und dass zum Beispiel das griechische Volk im Interesse der großen deutschen Banken und Konzerne ausgeblutet wird. Die Agenda 2010 will er jetzt weiterentwickeln, Langzeitarbeitslose und Jugendliche stehen im Visier, aber auch das ist nur frisch verpackter alter Käse.

Schon hat sich sein Parteifreund und Altmeister Peter Hartz – vorbestraft wegen Bestechung und Bestechlichkeit; der Bordellbesuche in Brasilien organisiert hat, um den VW-Betriebsrat „auf Linie“ zu bringen – wieder zu Wort gemeldet. Er ist ja immer noch SPD-Mitglied und hat ebenfalls die über eine Million Langzeitarbeitslosen im Visier, vor allem aber die arbeitslosen Jugendlichen. Sie sollen nun nicht mehr in Ein-Euro-Jobs, aber so etwas Ähnliches gesteckt werden und zu „marktkonformen Löhnen von fünf bis sechs Euro“ arbeiten, die dann vom Staat zum Mindestlohn von 8,83 Euro aufgestockt werden. Das ist also eine Weiterentwicklung der Ein-Euro-Jobs, sonst nichts! So entstehe „kein Wettbewerbsnachteil“ für die Konzerne. Der „totale Markt“ soll Wirklichkeit werden!

Vor Einführung der Hartz-Gesetze gab es 300.000 Leiharbeiter in Deutschland, heute sind es über eine Million. Deutschland wurde das Land mit dem am schnellsten wachsenden Niedriglohnsektor, darauf war Schröder so stolz. Das schwebt auch Schulz und dem neuen französischen Präsidenten Macron vor. Deswegen hat sich Peter Hartz bereits an Macron gewendet, der von der Agenda 2010 sehr begeistert ist. Die SPD wird so jedenfalls nicht die Herzen der Arbeiter und Arbeitslosen zurückerobern. Sie hat sich bereits vor Jahrzehnten zu einer Partei des Monopolkapitals entwickelt!

„Die Linke“ ist mit 4,9 Prozent an der undemokratischen Fünf-Prozent-Hürde gescheitert, trotz völligem Rückfall der „Piraten“. Nichts genutzt hat ihr der Versuch, sich der SPD als Juniorpartner anzudienen. So landet man immer wieder in der Dauerschleife des „kleineren Übels“, das in Wahrheit ein großes Übel ist.

Der „Internationalistischen Liste/MLPD“ gelang mit 7.712 Zweitstimmen zwar noch kein qualitativer Sprung, aber sie wurde stärkste Kraft links von der Linkspartei, weit vor der DKP. Unübersehbar waren die 45.000 Wahlplakate für eine grundsätzliche Alternative zu den bürgerlichen Parteien. Der Kampf um jeden Arbeitsplatz, die Solidarität mit dem Kampf des kurdischen und palästinensischen Volkes für Freiheit und Demokratie und mit den türkischen Revolutionären gegen das faschistische Erdogan-Regime, die strafrechtliche Verfolgung der Umweltverbrecher und der Kampf gegen die Hartz-Armutsgesetze wurden zu ihrem Markenzeichen.

Wolfgang Lange (MLPD)

Die nächste **Bremer Montagsdemonstration** beginnt am **22. Mai 2017** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Im Anschluss findet ab **19 Uhr** eine **Nachbesprechung** im **Seemannsheim** statt. Als Thema vorgeschlagen ist eine Auswertung der letzten Kundgebungen und des 1. Mai. Wie können wir die Montagsdemo attraktiver machen, insbesondere für junge Leute? Gäbe es bei einem 14-tägigen Rhythmus mehr Teilnehmer? Wir brauchen auch ein neues Flugblatt und wollen Sommerfest und Weihnachtsfeier veranstalten. Die Montagsdemo ist zu wichtig, um sie langsam einschlafen zu lassen!

„Das gesamte Willy-Brandt-Haus ausräuchern“: Die Berater haben der SPD immer das Falsche empfohlen *(„Stern“)*

„Weh dir, Land, dessen König ein Kind ist“: Das Weiße Haus kann nicht vier Jahre lang ein Kindergarten bleiben *(Prediger 10:16)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

616. Bremer Montagsdemo am 22. 05. 2017

„Die Bundesregierung betreibt Schönfärberei“

So beurteilt der Kölner Armutsforscher Christoph Butterwege den neuen „Armuts- und Reichtumsbericht“ der Bundesregierung. Die Regierung behauptet, dieser Bericht gebe die soziale Lage der Menschen in Deutschland zutreffend wieder. Tatsächlich jedoch verharmlost der Bericht die wachsende Armut großer Teile der Bevölkerung und verschleiert den Zusammenhang zur gleichzeitigen sprunghaften Zunahme des Reichtums in den Händen weniger. Viele Passagen wurden vor der Herausgabe wieder gestrichen. „Armutsbericht zensiert und geschönt“, titelte treffend die „Zeit“.

Der Bericht soll die Behauptung von Bundeskanzlerin Angela Merkel stützen, dass es den Menschen in Deutschland „noch nie so gut ging wie heute“. Sie begründet das in erster Linie mit der gesunkenen offiziellen Arbeitslosenzahl und einem Beschäftigungshöchststand von 43,8 Millionen. Die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse sagt aber nichts aus über die Entlohnung. Die Zahl der Vollerwerbsarbeitsplätze sank seit 2000 von 25,3 auf 23 Millionen, während jene der Teilzeit- und Minijobs von 10,6 auf über 15 Millionen angestiegen ist. So hat sich zum Beispiel die Leiharbeit an den Bremer Schulen in den letzten sechs Jahren verzehnfacht: von 114 auf 1.198 Beschäftigte. Mit den Hartz-Gesetzen entstand in Deutschland der größte Billiglohnsektor in Europa. Fast ein Viertel der Beschäftigten ist heute im Niedriglohnsektor tätig. Das bedeutet ein Leben in oder am Rande der Armut.

Insbesondere beschönigt der Bericht die zunehmende Kinderarmut. Während real die Zahl der von Hartz IV betroffenen Kinder auf über zwei Millionen gestiegen ist, wird in dem Bericht so getan, als ob sie durch das sogenannte Bildungspaket gleiche Chancen hätten. Dabei ist das eine einzige Mogelpackung: Der erbärmlich niedrige Satz für Bildungsangebote reicht nicht einmal dafür, ein Musikinstrument zu lernen. Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) hatte noch im Februar erklärt: „Die Kluft zwischen Arm und Reich nimmt nicht weiter zu“. Schließlich

wirft die Wirklichkeit ein schlechtes Licht auf die dafür maßgeblich mitverantwortliche Regierungspartei SPD. Nachdem SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz sein Herz wieder für vage Versprechungen von „mehr sozialer Gerechtigkeit“ entdeckt hat, gibt auch Nahles zu: „Die unteren 40 Prozent der Beschäftigten haben 2015 real weniger verdient als Mitte der 90er Jahre“.

Bei der Entwicklung des Reichtums verwischt der Bericht gezielt die Spuren. Demnach gilt schon als reich, wer doppelt so viel verdient wie der Durchschnittsverdiener, also 3.500 Euro im Monat. Mit solchen Definitionen lässt sich natürlich leicht belegen, dass in Deutschland der Reichtum grassiert. Ausgeblendet wird, dass die steigende Ausbeutung der großen Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter und Angestellten die Quelle des gigantischen Reichtums einer kleinen Minderheit von Kapitalbesitzern und Großspekulanten ist. Der Reichtum kommt im Bericht fast gar nicht vor. Über Hartz-IV-Empfänger weiß man alles – sogar wie viele Zahnbürsten in ihrem Bad stehen. Die Vermögensstatistiken der Superreichen sind so lückenhaft, dass Billionen Euro im Nirwana verschwinden. Dennoch kann der Bericht nicht leugnen, dass die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung fast 51,9 Prozent des Nettogesamtvermögens besitzen, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung gerade mal auf ein Prozent kommt.

Damit werden wir uns nie abfinden! Deshalb fordert die Montagsdemo unter anderem: Weg mit den Hartz-Armutsgesetzen! Erhöhung des Arbeitslosengeldes I und unbegrenzte Bezahlung für die Dauer der Arbeitslosigkeit! Erhöhung von Sozialhilfe und Grundsicherung über die Armutsgrenze (derzeit 1.100 Euro netto)! Wir nehmen unsere Interessen selbst in die Hand und setzen uns für fortschrittliche Alternativen ein. Wir diskutieren dabei auch über eine andere Gesellschaft, in der der gesellschaftliche Reichtum den arbeitenden Menschen umfassend zugute kommt. Dann wird es keine Ausbeutung, keine Arbeitslosigkeit und keine Armut mehr geben. Macht mit – damit sich wirklich etwas ändert!

Harald Braun

7,7 Prozent Eingliederungsquote von Arbeitsgelegenheiten: Die Arbeitsmarktsituation von langzeitarbeitslosen Menschen 2016 *(Arbeitsagentur)*

Agentur für Sanktionen: Fallmanager sorgen dreieinhalb Mal häufiger für Bestrafung als für Vermittlung in „Arbeit“ *(„Junge Welt“)*

„Herrschsucht und Zerstörungslust unter Muslimen“: „An der christlichen Gewaltgeschichte kann nur der heutige Umgang mit ihr interessant sein“ *(„Die Welt“)*

Leitkultur Kampfquetschen: Sei froh, wer diesem Macron niemals die Hand reichen muss *(„Spiegel-Online“)*

617. Bremer Montagsdemo
am 29. 05. 2017

Größere Gruppen in Bremer Kitas

In „meiner“ Kita müssen jetzt schon 20 Kinder auf nur 50 Quadratmetern eingepfercht spielen. Dabei stehen jedem Kind eigentlich drei Quadratmeter pro Nase zu, mit dem dazugehörigen Mobiliar inklusive. Wir Erzieherinnen tauchen wie immer in dieser Rechnung gar nicht erst auf, schweben sozusagen vollkommen selbstlos oben drüber.

Bisher konnten wir die Beengtheit des Hauses mit einem wunderschönen großen Garten mit vielen anregenden Spielmöglichkeiten halbwegs ausgleichen. Doch nun sollen dort vier Container für weitere 80 Kinder hingepflanzt werden. Statt entweder angemessenen Platz für die drei zusätzlichen Kinder zu schaffen beziehungsweise die Gruppen zu verkleinern, kommt der Bremer Senat auf die haarsträubende Idee, die Kita-Gruppen zu vergrößern!

Auch das 21. Kind soll noch irgendwie hineingepresst werden. Nun wollen uns unsere tatsächlich nichtsahnenden Politiker weismachen, sie hätten unmöglich vorausahnen können, dass und wann sich aus den neugeborenen, statistisch erfassten Babys Kleinkinder mit Anspruch auf Kinderbetreuung entwickeln würden. Mit 600 Kindergartenplätzen mehr würden 600 Elternpaare weniger ihren berechtigten Betreuungsplatz mit Bildungsanspruch einklagen. Nur darum geht es.

Es scheint sich im Rathaus leider noch nicht herumgesprochen zu haben, dass Kitas keine Parkhäuser sind, Kinder keine Autos und Erzieherinnen keine Parkscheinautomaten oder Roboter! In unserer Ausbildung war bisher auch kein Gabelstaplerschein vorgesehen, um den neuen Ansprüchen einer Sardinenbüchsenpädagogik gerecht werden zu können. Wenn nur die 56 als benachteiligt eingestuften Einrichtungen mit einem zusätzlichen Sozialpädagogen rechnen können, es aber rund 400 gibt, könnte also nur jede sechste bis siebte Kita davon profitieren.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) –
Leserbrief an den „Weser-Kurier“ (17. Mai 2017)

Mit deutschen Waffen „das Schicksal in die eigenen Hände nehmen“?

Beim G7-Gipfel in Taormina auf Sizilien zeigten sich die politischen Führer tief zerstritten, aber beim Brüsseler Nato-Treffen waren sie sich einig, dass die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung erhöht werden müssten. Für Deutschland bedeutet das eine Steigerung um 25 Milliarden Euro jährlich! Das ist eine Menge Geld, mit der man viel machen könnte. Zum Beispiel ließe sich der Regelsatz für sieben Millionen Hartz-IV-Beziehende locker mal eben von 409 Euro fast auf das Doppelte erhöhen!

Aber die Regierungen stehen alle im Dienst des internationalen Finanzkapitals, und da spielen die großen Rüstungskonzerne eine dominierende Rolle. US-Präsident Trump hat deshalb einen Riesendeal mit Saudi-Arabien abgeschlossen, das in den nächsten zehn Jahren für 350 Milliarden Dollar amerikanische Waffen kaufen will. Dagegen regt sich erster Widerstand: Weil das Königreich Krieg gegen den Jemen führt und den faschistischen „Islamischen Staat“ unterstützt hat, wollen republikanische und demokratische Senatoren eine Abstimmung in der Kongresskammer erzwingen.

Und Deutschland? Merkel gibt sich „konsequent“ gegen die Türkei: Wenn Abgeordnete kein Besuchsrecht in Incirlik erhielten, müssten die dort stationierten deutschen Soldaten und „Awacs“-Aufklärungsflugzeuge abgezogen werden. Aber im Mai fand in Istanbul eine Rüstungsmesse mit 43 deutschen Firmen statt, darunter Rheinmetall. Genau dieser Konzern plant jetzt ein Waffengeschäft mit der Türkei. „Altay“ heißt ein Panzer aus südkoreanischer Produktion, der mit einer Kanone von Rheinmetall (vom „Leopard I“) und einem Motor von Daimler-Tochter MTU ausgerüstet wird. Die Lizenzfertigung des Motors soll später in der Türkei bei der Firma Albayrak erfolgen, die eng mit Staatspräsident Erdogan verbunden ist. Die Herstellung des ganzen Panzers soll die Rüstungsschmiede Otokar übernehmen, die zum Koc-Konzern gehört, dem mächtigsten türkischen Konzern und einem der 500 Übermonopole weltweit. Dadurch wird die Rüstungsausfuhrbeschränkung umgangen.

Auch Katar soll Panzer erhalten. Saudi-Arabien, Katar und die Türkei sind aber Hauptunterstützer des faschistischen Terrors durch den „IS“. Merkels scheinbar konsequente Haltung gegenüber Erdogan ist deshalb nichts als Theaterdonner! Ex-Verteidigungsminister Jung zieht jetzt in den Aufsichtsrat von Rheinmetall ein, Ex-Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel von der FDP ist schon dort. Minister werden Teil des Finanzkapitals und umgekehrt: So funktioniert der staatsmonopolistische Kapitalismus!

Mit diesen Panzern will die Türkei Krieg gegen Rojava, die freie kurdische Region in Syrien, führen. Das dortige Bündnis der „Demokratischen Kräfte Syriens“ mit den kurdischen Verteidigungseinheiten YPG und YPJ ist die Hauptkraft im Kampf gegen den faschistischen „IS“. Letzte Woche wurden zwei Dörfer befreit. Jetzt steht das Bündnis zwei Kilometer vor Raqqa, der „Hauptstadt“ des „IS“. Aber in Deutschland lässt die Merkel-Regierung das Zeigen von YPG-Fahnen unter Strafe stellen!

Am **Dienstag** dieser Woche beginnt in Bremen eine **Rüstungsmesse** mit dem Schwerpunkt U-Boote und Unterwasser-Kriegsführung. Natürlich sind auch Rheinmetall – der Konzern hat ein Werk in Bremen – und Atlas Elektronik, eine Tochter von Thyssen-Krupp, stark vertreten. Ist das die im Koalitionsvertrag beschworene „Rüstungskonversion“? Dagegen beginnt am **30. Mai 2017** um **17 Uhr** eine **Demonstration** vor den **Messehallen** auf der Bürgerweide.

Die Bundeswehr will bewaffnete Drohnen vom Typ „Heron TP“ von Israel kaufen, auch dies ein Schritt zur Kriegsvorbereitung. So wächst weltweit die Kriegsgefahr – nicht nur durch die extrem aggressive Politik Donald Trumps, sondern auch durch das Streben nach Weltherrschaft des deutschen Imperialismus. Die imperialistischen Staaten entwickeln sich unterschiedlich: Neue, wie die Türkei, kommen dazu, während die alten, wie die USA, zurück an die Weltspitze wollen. Aus alldem erwächst die Gefahr eines Dritten Weltkrieges – der aber beschwört das Ende der menschlichen Zivilisation herauf.

Schaffen wir dieses weltweite System ab, in dem nur der Profit zählt! Über 50 Prozent der Auslerner in Deutschland erhalten nach der Lehre keinen festen Arbeitsvertrag. Patrick Maier, Chef von Adecco, der weltgrößten Leiharbeitsfirma, mitgegründet vom Bremer „Kaffeekönig“ Klaus Johann Jacobs, sagt dazu: „Junge Menschen finden es spannend, keinen festen Arbeitsvertrag zu haben“. Spannend ist es, wie man mit solch prekären Arbeitsverhältnissen über die Runden kommen soll! Weg mit den Hartz-Gesetzen, die Zeit- und Leiharbeit grenzenlos freigegeben haben!

Wolfgang Lange (MLPD)

Wir reden ungern von Zwangsarbeit: Aber das ist Zwangsarbeit *(„Tageszeitung“)*

„Hyäne des Sozialsystems“: Bremer Unfallopfer kämpft jahrzehntelang um angemessene Rente *(„Unfallmann“)*

„Europa muss sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen“: „Mutti“ hat eine unglaublich gute Presse in England und den USA *(„The Guardian“)*

„How Trump could get fired“: „The most plausible bases for an impeachment are corruption and abuse of power“ *(„The New Yorker“)*

„Qualitätsmedien“ verschweigen anstehende Grundgesetzänderung: Große Koalition will Autobahn- und Schulbau privatisieren *(„Nachdenkseiten“)*

Keine Ehe für alle, keine Vollzeitrückkehr für Frauen: Ungerechtigkeit kann die SPD nicht bewegen, die Große Koalition zu kündigen *(„Spiegel-Online“)*

Am **Freitag**, dem **2. Juni 2017**, wird um **19 Uhr** in der **Sankt-Markus-Gemeinde**, Arsterdamm 12-18, der **Film „All inclusive**“ von Eike Besuden gezeigt. In ihm spielen Menschen mit und ohne Handicap mit, unter anderem unser Mitstreiter Jürgen. Der Eintritt ist frei.

Die nächste **Bremer Montagsdemonstration** beginnt wegen des Pfingstfestes erst am **12. Juni 2017** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Wahlerfolg mit sozialdemokratischem Programm: May braucht für „stabile“ Rechts-Regierung die schnatternden Moorhühner *(„Der Postillon“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

618. Bremer Montagsdemo am 12. 06. 2017

Hohe Stimmengewinne für einen, der als „Linker“ gilt

1. Bei den Unterhauswahlen in Großbritannien hat die erzreaktionäre Regierung von Theresa May ihre absolute Mehrheit verloren. Hohe Stimmengewinne gab es für Labour-Chef Jeremy Corbyn, weil er als „Linker“ gilt. In Großbritannien gibt es einen fortschrittlichen Stimmungsumschwung. Die Behauptung, die Brexit-Befürworter seien alle rechts, wurde Lügen gestraft: An der EU, die nur den Monopolen dient, gibt es auch linke, berechtigte Kritik. Der Haupt-Brexit-Befürworter Ukip ist um elf Prozentpunkte abgestürzt und aus dem Parlament geflogen. Auch Corbyn steht nicht gegen das Profitsystem insgesamt, sondern für Reformen. Es gab keine revolutionäre Alternative zu wählen.

An diesem Sonntag waren auch in Frankreich **Parlamentswahlen**, die neue Partei von Emmanuel Macron ist große Gewinnerin. Aber warum blieb die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent? Macrons „République en marche“ hat 32 Prozent der Stimmen erhalten, aber bei 49 Prozent Wahlbeteiligung eben nur jene von 15 Prozent der Wahlberechtigten. Damit bekommt er jetzt die absolute Mehrheit, vielleicht sogar zwei Drittel der Sitze im Parlament! Auch hier gab es keine revolutionäre Alternative bei der Wahl. Die Mehrheit blieb lieber zu Hause und ließ die bisherigen Mehrheitsparteien – Republikaner und „Sozialisten“ – weit abgeschlagen und in desolatem Zustand zurück.

2. In Deutschland gibt es Revolutionäre, ein Teil davon ist zusammengeschlossen im „Internationalistischen Bündnis“. Zehn türkische Revolutionäre stehen nun, ausschließlich wegen ihrer Gesinnung, in München vor Gericht. Am 17. Juni 2016 hat dort der größte **Staatsschutzprozess** seit den sechziger Jahren in Deutschland begonnen. Mitgliedschaft in TKP/ML lautet der Vorwurf – aber die ist in Deutschland noch nicht einmal verboten! Ein solches Staatsschutzverfahren ist nur durch eine sogenannte Verfolgungsermächtigung möglich, die das Bundesjustizministerium ausgibt. Damit ist klar, dass der Prozess politischen Charakter hat und Teil des Rechtsrucks der Regierung ist, in enger Zusammenarbeit mit

dem faschistischen Erdogan-Regime in der Türkei. Dort waren die Gefangenen zum Teil schon im Gefängnis und wurden schwer gefoltert. Unter dem neuen faschistischen Regime droht ihnen sogar die Todesstrafe.

Mehmet Yesilkati war seit über zwei Jahren in Untersuchungshaft und ist inzwischen schwer erkrankt. Das Gericht wollte einen „Deal“ einfädeln: Er bekennt sich „schuldig“, denunziert seine Mitgefangenen und kommt dafür frei. Diese widerliche versuchte Erpressung haben er und die anderen empört zurückgewiesen. Die Anwälte beantragten, eine Befangenheit aller Richter festzustellen. Sie sagen, der Prozess sei eine Auftragsarbeit der deutschen Regierung für den türkischen Präsidenten Erdogan. Das ist richtig, aber auch einseitig, denn die deutsche Regierung hat aktives Interesse an der Unterdrückung jeglicher revolutionärer Strömung in Deutschland und anderswo. Zwei der inhaftierten Revolutionäre kandidieren für die „Internationalistische Liste / MLPD“ zur Bundestagswahl. Freiheit für alle politischen Gefangenen! Schluss mit der Unterstützung des Erdogan-Regimes!

3. Letzte Woche knallten bei Eon, RWE und EnBW die Sektkorken: Das Bundesverfassungsgericht erklärte die **Brennelementesteuer** für rechtswidrig und verurteilte die Regierung, den Stromkonzernen 6,3 Milliarden Euro plus sechs Prozent Zinsen zu bezahlen. Die Aktienkurse schossen gleich in den Himmel. Ein nettes Geschenk für Energiekonzerne! Die Brennelementesteuer war beschlossen worden, um den Protest gegen die von der Merkel-Regierung beschlossene Laufzeitverlängerung abzudämpfen; nach Fukushima und der Kehrtwende mit dem Ausstiegsbeschluss wurde sie dann nicht aufgehoben. Das Urteil ist eine Sauerei: Für lächerliche 23 Milliarden Euro haben sich die Stromkonzerne freigekauft von allen Risiken und Lasten bei der Stilllegung und Endlagerung.

Die wirklichen Kosten werden weit über 100 Milliarden betragen, das Risiko ist noch viel höher. Das Verursacherprinzip wurde auf den Kopf gestellt, und jetzt schmeißt man ihnen 6,3 Milliarden extra in den Rachen plus sechs Prozent Zinsen. Komisch, unsere Zinsen sind null, wenn wir etwas zur Bank bringen! Nach wie vor wirft jeder abgeschriebene Atommeiler pro Tag einen Reingewinn von einer Million Euro ab, auch wenn die Energiemonopole Krokodilstränen vergießen, wie schlecht es ihnen inzwischen gehe. Dabei haben sie die betreffenden Unternehmensteile längst in eine Art „Bad Bank“ ausgelagert, um die Profite nicht zu gefährden. Stilllegung aller Atomkraftwerke, sofort, weltweit, für alle Zeit – und auf Kosten der Verursacher!

Wolfgang Lange (MLPD)

„Kein Entrinnen aus der Armutsfalle“: Dutzende Menschen sterben in Londoner Hochhausfeuer, weil Regierung und Bauherren beim Brandschutz gespart haben *(„Spiegel-Online“)*

„Blühende Landschaften“: Was gibt es Gutes über Kohl zu sagen? *(„Tageszeitung“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

619. Bremer Montagsdemo am 19. 06. 2017

Die Tories in England und die Massenverbundenheit

1. Am Freitag ist der frühere Bundeskanzler **Helmut Kohl** mit 87 Jahren gestorben. Die bürgerlichen Politiker von Merkel über Gabriel bis zu Juncker und Trump würdigen den großen Staatsmann, Europäer und Wiedervereiniger. Auch Gorbatschow stimmt dem zu. Die meisten Linken und auch wir von der Montagsdemo haben keinen Grund, in diese Beweihräucherung mit einzustimmen. Natürlich sprechen wir den Angehörigen unsere Anteilnahme aus, aber es spricht schon für sich, wenn ein Sohn bekundet, dass es auch im Familiären nicht zu einer Aussöhnung gekommen sei.

Kohl war ein absoluter Machtmensch, der in enger Verbindung zum deutschen Monopolkapital stand und stets dessen Interessen durchzusetzen suchte. In der Frage der Durchsetzung der sogenannten Wiederverneigung hat er einen „guten Riecher“ gehabt und die Sache angepackt – aber nicht in erster Linie für die Menschen, sondern für das Kapital. Die Menschen in der ehemaligen DDR haben mit ihren Demonstrationen und ihrem Zusammenhalt ihr Regime, das schon längst den Anspruch verwirkt hatte, das Volk zu vertreten, ins Wanken und dann zu Fall gebracht.

Kohl hat sich auf die Bewegung oben drauf gesetzt und von künftig „blühenden Landschaften“ gefaselt, die nun kommen sollten. Real hat jedoch seine „Treuhand“ alles zerschlagen und zum Schrottpreis weiterverkaufbar gemacht, wovon seine CDU/CSU auch noch so manche Summe als Parteispenden für Wegbereiter verbuchen durfte. Da hat er mitgeteilt, dass er per Ehrenwort die Spender nicht preisgeben werde. Das hat er durchgehalten bis zu seinem Tode.

Mit der Arbeiterschaft und den Arbeitslosen hatte er es schon früh verscherzt. Er wollte unter anderem die lange erkämpfte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall rückgängig machen – zur Erhöhung des Gewinns der Unternehmer. Manch älterer Kollege wird sich noch erinnern, wie hier in Bremen bei Mercedes „die Tassen

hoch gingen“ und es zu einem selbständigen Streik kam. Kurze Zeit später waren es die Bergleute im Ruhrgebiet, die der weitverbreiteten Forderung „Der Dicke muss weg!“ einen wesentlichen Schub gaben. Kohl hatte in der Bremer CDU starken Rückhalt, aber sonst hatte die CDU ja auch kaum etwas zu bieten.

Kurz und gut, die reaktionäre „Vaterlandsfreundschaft“ auf den Gräbern der Toten in Sachen Frieden, die Fortsetzung der Atomraketenstationierung, die reaktionäre Familienpolitik, das sind alles Punkte, die bei vielen Menschen die Ablehnung von Kohl verfestigt haben. Seine pfälzische „Saumagen“-Volksfestfröhlichkeit hat hier im Norden sowieso nicht verfangen. Getoppt wurden später die Angriffe von Schröder mit seiner „Curry-Wurst mit Hartz-IV-Auflage“, aber dafür steht die Abrechnung noch aus!

2. Die englischen Kapitalisten und Investoren sind so wenig an den Menschen interessiert, dass sie gar nicht merken, welche Verbrechen sie in ihrer Geldgierigkeit alle begehen werden. Das britische Klima hat nach alten Wärmeschutzanforderungen fast keine Gebäude-Isolierung erfordert. Dann aber, oh böse EU, wurden deren Dämmvorschriften auch in Großbritannien fällig. Deshalb sollte nachgerüstet werden, so billig wie möglich, um die EU-Normen einzuhalten.

Also nehme man Styropor statt Steinwolle. Die Sandwich-Elemente sind ähnlich, nur dass bei Styropor entsetzliche Brände entstehen können, wie jetzt in einem Hochhaus in London. Die gesamte Verkleidung des Grenfell-Towers mit feuerfesten Platten wäre nur etwa 5.700 Euro teurer geworden. Baumaterialprüfungen scheint es nicht zu geben, oder sie werden so lax gehandhabt, dass sie umgangen oder unterlaufen werden können.

Melderegister gibt es anscheinend auch nicht. So kann niemand sagen, wie viele Tote es bei dem **Hochhausbrand** gewesen sein werden, weil niemand weiß, wer da alles gewohnt hat – Hauptsache, die gigantischen Mieten werden bezahlt. Bisher war England dafür bekannt, dass die Menschen alles mit Ruhe und Fassung hinnehmen. Das hat schon Friedrich Engels in seiner Studie über die Lage der arbeitenden Klassen festgestellt. Nun haben aber erstmals die Bürger von Kensington ihr Bezirksrathaus gestürmt.

Frau May hat es nicht für nötig gehalten, auf die Menschen zuzugehen. Das durfte mit ihren 91 Jahren die Queen tun, die ein Krankenhaus besuchte. Da sind die „Edel-Staatsmänner und -frauen“ wie May oder George W. Bush, der die Hochwassergebiete von New Orleans nicht besuchte und nur darüber hinwegflog, sich gleich: nur nicht den Massen und ihren Problemen zu nahe kommen. „Man muss global denken und lieber Kriege vom Zaun brechen.“ Stärken wir die Kräfte, die einen Zusammenschluss mit anderen anstreben und den Weg der Selbstbefreiung gehen wollen!

Jobst Roselius

„Mehr Zeit für Gerechtigkeit“: Schulz, wenn er nicht weiter weiß, gründet einen Arbeitskreis *(„General-Anzeiger Bonn“)*

Der kriminelle Betrug darf nicht durchgehen!

Wir fordern die strafrechtliche Verurteilung der Verantwortlichen in den Vorständen der Autokonzerne! Die Dokumentation des ZDF „Geheimakte VW – Wie die Regierung den Konzern schützt“ von Hans Koberstein vor zwei Wochen war äußerst aufschlussreich. Der Autor hat Hunderttausende Seiten geheimer Akten und Unterlagen von VW und staatlichen Behörden ausgewertet. Umweltrechtler Professor Martin Führ von der Hochschule Darmstadt ist entsetzt: „Eine solche Strategie, konsequent das Recht zu missachten, ist mir in dieser Deutlichkeit noch nicht begegnet“.

Statt den Volkswagen-Konzern für seinen kriminellen Betrug zur Verantwortung zu ziehen und die betrogenen Käuferinnen und Käufer zu entschädigen, ließ sich Verkehrsminister Alexander Dobrindt im Interesse von VW darauf ein, dass die 2,4 Millionen betroffenen Fahrzeuge bei einer Rückrufaktion eine neue Software aufgespielt bekommen. Das Ganze kostet VW nicht mehr als circa 60 Euro pro Auto. Die Dokumentation enthüllt, dass VW gar nicht die Absicht hat, mit dem neuen Update die Stickoxidemissionen drastisch zu senken: Als „Zielwert“ wird das Drei- bis Fünffache des Grenzwertes von 180 Milligramm Stickoxid pro Kilometer angegeben.

In einem weiteren Dokument stellt VW selbst fest, es gebe „keine ernsthaften Unterschiede bei der Straßenmessung beim Audi A4 zwischen den beiden Softwarebeständen“. Das Kraftfahrtbundesamt genehmigte das Update trotzdem. Ein Verantwortlicher der Qualitätssicherung bei VW bricht in einer E-Mail vom 27. April 2017 in Jubel aus: „Halleluja, danke, ich gebe einen aus!“. Mit den neuen Enthüllungen vertieft sich die VW-Krise. Wie unter einem Brennglas spiegeln sich hier die Diktatur der internationalen Monopole wie VW und die vollständige Unterordnung der Regierung unter die Interessen der Konzerne wider.

Dabei steht VW längst nicht mehr allein da. Am 30. Mai 2017 hat eine Großrazzia des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg mit 230 Kräften bei Mercedes stattgefunden. Es ist zu begrüßen, wenn die Staatsanwaltschaft endlich in Richtung strafrechtlicher Verfolgung der Umweltverbrecher tätig werden will, doch laut „Stuttgarter Zeitung“ vom 1. Juni richten sich sämtliche Ermittlungen

„nicht gegen Vorstände des Autokonzerns“. Es waren jedoch der Vorstand und seine Hauptaktionäre, die auf die Dieselkampagne gesetzt haben, um Mercedes zur Nummer 1 im internationalen Premium-Pkw-Bereich und bei den Profiten zu machen.

Dazu mussten allerdings Öffentlichkeit und Belegschaft mit falschen Abgasemissionswerten getäuscht werden. Diese „feinen Herren“ waren und sind es, die bis heute Strafvereitelung betreiben, wenn sie kritische Stimmen in der Belegschaft oder bei den Kräften der Umweltbewegung einschüchtern und kaputtmachen wollen. Sie sind die Hauptverursacher der kriminellen Abgasmanipulation! Ihre Anweisungen an Ingenieure oder Marketingleute müssen im Zentrum der Ermittlungen stehen.

Sie müssen für die Verbrechen an der Umwelt und der Gesundheit der Menschen sowie den angerichteten gesellschaftlichen Schaden persönlich haften und von der Justiz zur Rechenschaft gezogen werden! Das kann jedoch nur unter dem Druck der Arbeiter- und Umweltbewegung und durch die demokratische Öffentlichkeit durchgesetzt werden. Deshalb werden auch wir als bundesweite Montagsdemo immer wieder die Umweltverbrecher beim Namen nennen und die Bestrafung nach dem Verursacherprinzip einfordern.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Eine **Menschenkette** von über 90 Kilometern Länge, die sich noch dazu über drei Länder erstreckt und für deren Gelingen sich mehrere Zehntausend Menschen zeitgleich die Hand geben müssen, ist eine gewagte Aktion. Doch wie kaum ein anderer steht der Rissreaktor Tihange 2 symbolisch für die vielen maroden Atomkraftwerke in Deutschland, Belgien, den Niederlanden und Frankreich und bewegt die Menschen weit über die Region des Dreiländerecks hinaus. Die Gefahr, die von solch einem Meiler ausgeht, kennt keine Ländergrenzen! Zusammen zeigen wir am **25. Juni 2017** mit der Menschenkette von **Aachen** über **Maastricht** und **Lüttich** bis nach **Tihange**, dass auch der **Anti-Atom-Protest** sie nicht kennt.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

620. Bremer Montagsdemo am 26. 06. 2017

Schluss mit Sanktionen: Unser aktuelles Flugblatt *(Entwürfe)*

So geht Realsatire: Gerhard Schröder am Redepult mit Aufschrift „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ *(„Der Postillon“)*

So geht Fortschritt: Als SPD zusammen mit Grünen und Linkspartei stimmen – auch wenn es mal was kostet *(„Spiegel-Online“)*

G20-Protestcamp in Hamburg wird doch nicht verboten: Man kann doch nicht einfach „in der Öffentlichkeit bumsen, urinieren und Wasserpfeife rauchen“ *(„Tageszeitung“)*

Kein Rederecht für Erdogan in Hamburg: Es ist nicht mit freundschaftlichen Beziehungen vereinbar, Konflikte in ein anderes Land zu bringen *(„Spiegel-Online“)*

„Warnschuss aus London endlich ernst nehmen“: Entgegen Behauptungen aus Industrie und Politik sind Wärmedämmverbundsysteme auch in Deutschland „nicht sicher“ *(„Spiegel-Online“)*

Tiefes Nachdenken: “Watson, what’s a meringue harangue?” *(„MIT Technology Review“)*

Die nächste **Bremer Montagsdemonstration** beginnt am **3. Juli 2017** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

621. Bremer Montagsdemo
am 03. 07. 2017

Grenzenlose Solidarität statt „G20“!

Es läuft etwas gehörig falsch auf der Welt. Kriege und bewaffnete Konflikte wie in Syrien, in Kurdistan, im Irak oder in der Ukraine scheinen kein Ende zu nehmen. 1,8 Billionen Euro werden jährlich für Rüstung und Krieg ausgegeben. Gleichzeitig steigen die Rüstungsexporte. Über 65 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Die Grenzen Europas und Deutschlands sind wieder abgeschottet. Auf der Suche nach Sicherheit ertrinken Tausende Menschen im Mittelmeer, das zur tödlichsten Grenze der Welt geworden ist.

Rassismus und offener Hass nehmen in vielen Ländern der Welt zu, auch in Deutschland. Die Wahrheit ist kein Kriterium mehr; alles wird behauptet und herbeigelogen, wenn es nur Ängste und Vorurteile schürt. Die herrschende Politik gibt diesen Stimmungen nach und befeuert sie noch. Inzwischen werden Geflüchtete sogar in Kriegsgebiete wie nach Afghanistan abgeschoben.

Der menschengemachte Klimawandel ist eine unbestreitbare und bedrohliche Realität. Seine Auswirkungen sind schon heute spürbar und treffen vor allem diejenigen Menschen und Länder, die ihn am wenigsten verursacht haben. Dennoch passte die Bundesregierung ihren Klimaschutzplan den Interessen der Braunkohle-Industrie an. Im Weißen Haus sitzt mit Donald Trump sogar ein Präsident, der den Klimawandel für eine Lüge hält.

Die soziale Spaltung hat dramatische Ausmaße erreicht. Gerade einmal acht Männer haben mehr Vermögen als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Diese Spaltung gibt es nicht nur im globalen Maßstab, sie durchzieht nahezu alle Gesellschaften, auch die deutsche. Millionen Menschen müssen sich mit Niedriglöhnen durchschlagen, haben keinerlei Aussicht auf eine existenzsichernde Rente, müssen um die wenigen bezahlbaren Wohnungen konkurrieren. Anstatt diese Probleme anzugehen, werden sie mit Freihandelsabkommen wie Epa, Ceta, Tisa oder TTIP noch verschärft.

Am 7. und 8. Juli wollen sich die politisch Verantwortlichen für dieses menschliche und soziale Desaster in Hamburg treffen. Auf ihrem jährlichen Gipfel reden die Staats- und Regierungschefs der „G20- Staaten“ über „Bekämpfung von

Fluchtursachen“, aber keines der großen Herkunftsländer sitzt am Tisch. Sie reden über „Partnerschaft mit Afrika“, aber es fehlt fast der gesamte Kontinent. Sie reden über den Klimawandel, vertreten aber die Interessen der Erdöl-, Kohle- und Autoindustrie. Sie reden über Frieden, sind aber selbst die größten kriegführenden und rüstungsproduzierenden Staaten.

Inmitten dieser illustren Gäste wollen sich Merkel und die Bundesregierung als Hort der Vernunft und des Ausgleichs präsentieren. Gleichzeitig machen sie die Grenzen der Festung Europa dicht, diktieren Griechenland und anderen Staaten eine neoliberale Verarmungspolitik und wirken weltweit an nicht legitimierten Regimewechseln mit. Deutschlands Rolle in den weltweiten Verteilungskämpfen um Märkte und Ressourcen soll ausgebaut werden. Dem dienen auch die zunehmenden Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die deutsche Regierung paktiert sogar mit Diktatoren wie Erdogan und unterstützt dessen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung, um eigene Interessen in der Region zu verfolgen und damit die Türkei flüchtenden Menschen den Weg nach Europa versperrt.

Der „G20-Gipfel“ wird Hamburg über Tage hinweg lahmlegen und die Stadt als Kulisse für ein inszeniertes Schauspiel der Macht missbrauchen, während die dort lebenden Menschen an den Rand gedrängt werden sollen. Aber dieser Plan wird nicht aufgehen! Mögen sich die Staatsgäste und ihre Delegationen in den Messehallen verbarrikadieren: Die Straßen werden den Menschen gehören, die den Gipfel nicht eingeladen haben.

Unsere Kritik richtet sich nicht nur gegen einzelne Personen und Repräsentanten, sondern gegen die Verhältnisse und Strukturen, die diese hervorbringen. Wir werden unsere Ablehnung der kalten und grausamen Welt des globalen Kapitalismus deutlich machen, wie sie von den „G20“ repräsentiert und organisiert wird. Wir werden unsere Solidarität mit all jenen zum Ausdruck bringen, die weltweit durch Proteste, Streiks oder Aufstände der Politik der „G20“ entgegentreten. Unser Verlangen nach einer Welt des Friedens, der globalen Gerechtigkeit und der grenzenlosen Solidarität wird unüberhörbar sein.

Wir laden alle Menschen ein, die unsere Empörung und unsere Hoffnung teilen, mit uns gemeinsam am **8. Juli 2017** in **Hamburg** zu einer lauten, bunten und vielfältigen **Demonstration** gegen das **„G20“-Gipfeltreffen** auf die Straße zu gehen. Beginn ist um 11 Uhr. Dieser Aufruf wurde inzwischen von über 140 Organisationen unterschrieben und verbreitet, darunter auch von der „Umweltgewerkschaft“. Wer mit uns auf Niedersachsenticket nach Hamburg mitfahren möchte, trifft uns am **Samstag**, dem **8. Juli 2017**, um **8:15 Uhr** am „Infopoint“ im **Hauptbahnhof Bremen**. Kommt zahlreich!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Unser aktuelles Flugblatt *(Entwurf A, Entwurf C):*

Montags auf die Straße !

Seit 13 Jahren gibt es in Bremen die Montagsdemo. Begonnen hat alles mit den Hartz-Gesetzen - dem größten Angriff auf die soziale Lage der Bevölkerung in Deutschland. Mit der Kürzung der maximalen Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf ein Jahr und der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurden Millionen Menschen um die Früchte ihrer Arbeit gebracht. Auch wer jahrzehntelang gearbeitet hat, bekommt nach einem Jahr nur noch das armselige „ALG II“ in Höhe von derzeit 409 € im Monat.

Inzwischen leben in Deutschland 16 Millionen Menschen, darunter ein Viertel Kinder, unter der Armutsgrenze. Ein Skandal in diesem reichen Land! In Bremen ist die Quote noch viel höher. Und wer keinen Anspruch auf ALG I erwerben konnte, kommt gleich in „Hartz IV“. Das ist von Staats wegen verordnete Armut. Ein Leben in Würde und Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben ist damit nicht möglich.

Dazu kommt die erniedrigende Behandlung in den „Jobcentern“. Bis in die intimsten Details wird ausgeforscht, unter welchen Lebensbedingungen gelebt wird, wo vielleicht noch eine zweite Zahnbürste im Bad steht und damit eine „Bedarfsgemeinschaft“ existiert und ob nicht vielleicht ein "Geschenk der Oma" zuerst verbraucht werden muss. Mit diesem unsozialen Gesetz haben wir uns nie abgefunden und werden es nie tun!

Hartz IV muss weg!

Erhöhung des Arbeitslosengelds I und Zahlung für die Dauer der Arbeitslosigkeit! Erhöhung der Grundsicherung über die Armutsgrenze (derzeit 1100 € Netto).

Beihilfen bei Mehrbedarf !

Schluss mit Sanktionen!

Schon mit Hartz I wurde die Grundlage gelegt für die schrankenlose Ausdehnung von Zeit- und Leiharbeit, Minijobs, Werkverträgen und Niedriglöhnen. Wer diese Jobs ablehnt, bekommt das Arbeitslosengeld gesperrt! So entstand der größte Billiglohnsektor in Europa. Und der Druck auf die Löhne stieg ständig.

Weg mit den Hartz-Armutsgesetzen!

Für höhere Löhne und Gehälter!

Für die 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich um Millionen Arbeitsplätze zu schaffen und der Arbeitshetze entgegenzuwirken!

Weg mit Rente 67 – für die Herabsetzung des Rentenalters auf 60 für Männer und 55 für Frauen!

Die Hartzgesetze auf den Weg gebracht hat vor 13 Jahren die damalige Bundesregierung von Schröder (SPD) und Fischer (GRÜNE) – natürlich unterstützt von CDU/CSU und der FDP. Allen gemeinsam war dabei: Gesetze zu machen im Interesse des deutschen Finanzkapitals. Dieses hatte sich nämlich vorgenommen, die EU zum größten und mächtigsten Wirtschaftsblock der Welt, mit Deutschland an der Spitze, zu machen. Und inzwischen ist es ihnen auch gelungen, die USA und Japan von der Spitze zu verdrängen – auf Kosten der Arbeiter, Angestellten und Bauern und natürlich der Arbeitslosen.

Peter Hartz, Namens- und Ideengeber dieser Gesetze, war damals Arbeitsdirektor bei VW. Er wurde weiter bekannt, durch die von ihm gezahlten Schmiergeldzahlungen an den VW-Betriebsrat – u.a. durch Luxusreisen in Bordelle. Dafür wurde er zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt – leider nur auf Bewährung!

Seit 2004 gab es immer mehr Gründe dazu, Montags auf die Straße zu gehen:

2011 explodierten in Fukushima, Japan, drei Reaktorblöcke. Es kam zur Kernschmelze und ungeheure Mengen an Radioaktivität wurden frei. Die Montagsdemo war sofort zur Stelle und forderte die Stillegung aller Atomanlagen

– weltweit – sofort – für alle Zeit! Die Abschaltung der Hälfte aller deutschen AKWs und der Stillegungsplan für die restlichen ist auch ein Erfolg der Montagsdemos zusammen mit der Umweltbewegung. Seither sprechen wir davon, dass **Montag Widerstandstag ist**! Wir wollen nicht in der globalen Umweltkatastrophe enden.

Die Montagsdemo steht besonders auch auf der Seite der Jugend und der Frauen. Vor allem die Jugend Europas ist von Arbeits- und Rechtlosigkeit betroffen – ihr wird durch die Unterordnung unter die Interessen der Profitwirtschaft die Zukunft genommen. Und die Frauen auf der ganzen Welt leiden nach wie vor unter doppelter Ausbeutung und Unterdrückung und sind am meisten von Armut und Altersarmut betroffen.

Ein wichtiges Thema ist auch in all den Jahren immer der Kampf gegen Faschismus und Kriegstreiberei – für Frieden und Völkerverständigung gewesen. Besonders in letzter Zeit aktuell gegen den Rechtsruck der Regierung, das Aufkommen der AfD als Wegbereiter für den Faschismus, die aggressiv reaktionäre rassistische und faschistoide Politik des neuen US-Präsidenten Donald Trump und des türkischen Präsidenten Erdogan.

Aber die Montagsdemo greift auch die Politik der Bundesregierung an, die mit ihrem schmutzigen Deal und Waffenlieferungen an die Türkei das Erdogan Regime unterstützt. Wir stehen auf der Seite aller Unterdrückten dieser Welt, die durch die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und imperialistische Kriege immer häufiger zur Flucht gezwungen werden.

Die Montagsdemo lebt und ist so wichtig wie vor 13 Jahren! Es gibt sie als bundesweite Bewegung in über 80 Städten. Hier gibt es ein Offenes Mikrofon – jeder kann seine Meinung sagen – außer Faschisten, die bei uns nichts verloren haben.

Die Montagsdemo ist überparteilich und offen für eine befreite Gesellschaft.

Alle Beschlüsse werden basisdemokratisch gefasst. Unterschiedliche Standpunkte, wie etwa zum "bedingungslosen Grundeinkommen" werden solidarisch diskutiert. Die Montagsdemo ist eine soziale Bewegung, die weit über den jeweils konkreten Anlass hinausgeht. Sie ist ein Vorwegnahme, wie Menschen selbstbestimmt und gleichberechtigt in einer befreiten Gesellschaft leben werden.

INITIATIVE BREMER MONTAGS DEMO

Montagsdemo Bremen: Jeden Montag um 17.30 Uhr auf dem Marktplatz!

www.bremer- montagsdemo.de

V.i.S.d.P.: Wolfgang Lange, Biebricher Str. 30, 28199 Bremen

Schluss mit Sanktionen

Seit 13 Jahren gibt es in Bremen die Montagsdemo. Begonnen hat sie mit den Hartz-Gesetzen, dem bisher größten Angriff auf die soziale Lage der Bevölkerung in Deutschland. Mit der Kürzung der maximalen Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf ein Jahr und der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurden Millionen Menschen um die Früchte ihrer Arbeit gebracht: Auch wer jahrzehntelang gearbeitet hat, bekommt nach zwölf Monaten nur noch das armselige ALG II in Höhe von derzeit 409 Euro im Monat.

Inzwischen leben in Deutschland 16 Millionen Menschen, darunter ein Viertel Kinder, unter der Armutsgrenze – ein Skandal in diesem reichen Land, und in Bremen ist die Quote sogar noch höher. Wer keinen Anspruch auf ALG I erwerben konnte, kommt gleich in „Hartz IV". Das ist von Staats wegen verordnete Armut – ein Leben in Würde und eine Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben sind damit nicht möglich.

Dazu kommt die erniedrigende Behandlung in den „Jobcentern". Bis in die intimsten Details wird ausgeforscht, unter welchen Bedingungen gelebt wird: Wo steht eine zweite Zahnbürste im Bad und existiert somit eine „Bedarfsgemeinschaft"? Muss nicht das „Geschenk der Oma" zuerst verbraucht werden? Mit diesen unsozialen Gesetzen haben wir uns nie abgefunden und werden es nie tun!

Keine Armutsgesetze! Erhöhung des Arbeitslosengeldes I und Zahlung für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit! Erhöhung der Grundsicherung über die Armutsgrenze von derzeit 1.100 Euro netto! Hilfen bei Mehrbedarf, Schluss mit Sanktionen! Hartz IV muss weg!

Schon mit Hartz I wurde die Grundlage gelegt für eine schrankenlose Ausdehnung von Zeit- und Leiharbeit, Minijobs, Werkverträgen und Niedriglöhnen. Wer diese Jobs ablehnt, bekommt das Arbeitslosengeld gesperrt. Unter Sanktionsdrohung entstand der größte Billiglohnsektor in Europa, und der Druck auf die Löhne stieg seither ständig.

Für höhere Löhne und Gehälter! Für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, um Millionen Arbeitsplätze zu schaffen und der Arbeitshetze entgegenzuwirken! Rente nicht erst mit 67, sondern für Männer ab 60, für Frauen ab 55 Jahren!

Die Hartz-Gesetze auf den Weg gebracht hat im Jahr 2004 die damalige Bundesregierung von Gerhard Schröder und Joschka Fischer. Unterstützt von CDU/CSU und FDP haben SPD und Grüne gemeinsam Gesetze im Interesse des deutschen Finanzkapitals beschlossen, das die EU zum größten und mächtigsten Wirtschaftsblock der Welt machen wollte, mit Deutschland an der Spitze.

Heute hat der EU-Block die USA und Japan von der Spitze verdrängt – auf Kosten der Arbeiter, Angestellten, Bauern und natürlich der Arbeitslosen. Peter Hartz, Namens- und Ideengeber dieser Gesetze, zuvor Arbeitsdirektor bei Volkswagen, dessen Betriebs-

rat er mit Schmiergeld und Bordellbesuchen bestach, wurde später zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt, berät inzwischen aber den französischen Präsidenten.

Im Jahre 2011 explodierten im japanischen Ort Fukushima drei Reaktorblöcke. Es kam zur Kernschmelze, ungeheure Mengen an Radioaktivität wurden frei. Die Montagsdemo fordert: **Alle Atomanlagen stilllegen – weltweit, sofort, für alle Zeit!** Die Abschaltung der Hälfte aller deutschen Kernkraftwerke und der Stilllegungsplan für die restlichen ist auch ein Erfolg der Montagsdemos zusammen mit der Umweltbewegung. Wir wollen nicht in globaler Umweltkatastrophe enden! **Montag ist Widerstandstag!**

Schon in Bremen fordert uns der Senat zum Protest heraus. Am Neustädter Deich sind ihm **131 Platanen** keine Rettung wert, aber wir brauchen keine zweite „Schlachte“. An den Schulen herrscht Bildungsnotstand, immer wieder flammen Schülerproteste auf. Kita-Gruppen sollen vergrößert werden, statt **neue Erzieher/innen** einzustellen.

Besonders die Jugend Europas ist von Arbeits- und Rechtlosigkeit betroffen; ihr wird durch die Unterordnung unter die Interessen der Profitwirtschaft die Zukunft genommen. Frauen auf der ganzen Welt leiden doppelt unter Ausbeutung und Unterdrückung, dazu besonders im Alter unter Armut. **Die Montagsdemo steht auf Seite der Jugend und der Frauen!**

In allen Jahren muss immer **für Frieden und Völkerverständigung** gekämpft werden, gegen Faschismus und Kriegstreiberei. Die Regierung ruckt nach rechts, die AfD kommt auf und bereitet den Weg für einen neuen Faschismus. US-Präsident Donald Trump und der türkische Präsident Erdogan betreiben aggressiv reaktionäre rassistische und faschistoide Politik. Merkels Bundesregierung unterstützt Erdogans Regime mit schmutzigen Deals und Waffenlieferungen. Durch imperialistische Kriege und Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen werden weltweit immer häufiger unterdrückte **Menschen zur Flucht gezwungen**, aber **wir stehen auf ihrer Seite!**

Die Montagsdemo mit ihrem Offenen Mikrofon gibt es als bundesweite Bewegung in über 80 Städten. Jeder Mensch kann hier seine Meinung sagen, nur Faschisten haben bei uns nichts verloren. Die Montagsdemo ist **überparteilich** und jetzt so wichtig wie vor 13 Jahren. Wir fassen alle Beschlüsse **basisdemokratisch** und diskutieren unterschiedliche Standpunkte **solidarisch**, etwa zum bedingungslosen Grundeinkommen.

Über konkrete Anlässe hinaus nimmt die Montagsdemo als soziale Bewegung vorweg, wie Menschen **selbstbestimmt und gleichberechtigt in einer befreiten Gesellschaft leben**. In Bremen beginnt die Montagsdemo **jede Woche** um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Ihr Moderator ist Wolfgang Lange, Biebricher Straße 30, 28199 Bremen, ihre Webseite www.Bremer-Montagsdemo.de.

INITIATIVE BREMER MONTAGS DEMO

Montags auf die Straße!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

622. Bremer Montagsdemo am 10. 07. 2017

Die „Freude schöner Götterfunken“

Die letzte Woche und das Wochenende waren die erfolglosesten und desillusioniertesten der letzten Jahre: ein „G20“-Gipfel, der nichts ergibt außer zerstrittenen Imperialisten und leeren Formeln, die dieses Machtgerangel verkleistern sollen. Daneben, eigentlich am Rande, aber nun zum Hauptthema erhoben: die brutale Zerstörungswut wildgewordener kleinbürgerlicher Elemente aus verschiedenen Ländern, die, statt sich mit Argumenten auseinanderzusetzen, mit der Polizei Krieg spielten. Das waren keine Linken, das war isolierter faschistischer Mob. Man kann ihn und sein Handeln nur ablehnen!

Einzig Mut machend war die Großdemonstration „Grenzenlose Solidarität gegen „G20“ mit 76.000 Teilnehmern, darunter auch einige von der Bremer Montagsdemo. Schon da kochte Möchtegern-Großmann Olaf Scholz als Hamburger Bürgermeister sein eigenes Süppchen mit seiner Demo „Haltung zeigen“. Wenn Frau Merkel und Herr Scholz ihre Vorgaben für „G20“ noch immer als richtig ansehen, kann man nur feststellen, dass sie abgehoben sind und andere Interessen haben als die Menschen dieser Welt. Die Hamburger haben zu Recht die Olympischen Spiele abgelehnt.

Jetzt hat Scholz die Hamburger gar nicht erst gefragt, sondern ohne Rückhalt Frau Merkel zugesagt, um dazustehen als der große Hamburg-Mann. Dieses Manöver ist gescheitert. Scholz sollte zurücktreten. Auf der Welt geht es heute bei Hunger und Krieg um etwas ganz anderes: um Solidarität auf der Welt! Davon wollen die Ausbeuter und imperialistischen Zerstörer aber nichts wissen. Die Steuerer der Medienwelten sind darum sehr dankbar, dass sie jetzt die schrecklichen Vorkommnisse im Schanzenviertel in Hamburg hochspielen und die Verhältnisse auf der Welt, die an vielen Stellen mit Krieg und Gewalt viel schlimmer sind als an zwei Abenden im Schanzenviertel, verdecken und in den Hintergrund drücken können.

Diese Gewalt und dieser Umgang unter Menschen haben aber auch ihren Hintergrund. Da alles zur Ware wird und der Markt alles regeln soll, gegebenenfalls auch mit Gewalt und Krieg, werden Kampf, Übervorteilung, Betrug und alle erdenklichen Hilfsmittel zum Wesensmerkmal des kapitalistischen Handelns und der kapitalistischen Denkweise. Keine Sportnachricht mehr, in der nicht Kampf und Vorteilgewinnen für den eigenen „Stall“ im Vordergrund stehen. Das strahlt auf alle Lebensbereiche aus und führt zur allgemeinen Verrohung des Alltags unter den Menschen. Doping, Betrug, Steuerhinterziehung, Mafia-Methoden und Gewalt sind Ausdruck dieser unsolidarischen Welt.

Menschen mit ihren natürlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten haben da keine Chance. Und was im Kleinen gilt, das gilt auch im Großen: Der frühere UN-Kommissar und weitsichtige Entwicklungskritiker Jean Ziegler fordert deshalb das Ende von „G20“ und dafür ein Sprechen und Verhandeln im Rahmen der Uno unter gleichen Bedingungen und Kontrolle der Völker. 150 Millionen Euro für nichts und wieder nichts: Das können und wollen wir uns nicht leisten! Afrika war auf „G20“ außer Südafrika nicht vertreten. Auf einem Schild stand: „Und was ist mit Gaza?“ Über all das wird nur gesprochen, wenn die Imperialisten ihren Vorteil sehen und ihre neuen Einflussfelder abgleichen wollen. Dann haben sie Streit untereinander und bedrohen damit die ganze Welt. Die Masse der Völker und Menschen kommen darin nicht vor.

Welch ein Zynismus, wenn diese weltweiten Großmänner und -frauen sich dann in der Elbphilharmonie „Freude schöner Götterfunken“ anhören und völlig losgelöst davon sind, von „mit allen Brüdern eins werden“ zu wollen! Nein und nochmals nein dazu! Die Bremer Montagsdemo als Teil der grenzenlosen Solidarität steht für eine andere Lebens- und Kampfkultur. Wir werden uns bemühen, immer mehr Menschen für einen gemeinsamen Kampf und gegen die zersetzende kapitalistische Denkweise zu gewinnen und alle Formen der Großmannssucht und der imperialistischen Übertölpelung und Kriegsgefahr zu kritisieren und zu bekämpfen. Auch wenn wir jetzt ganz klein erscheinen: Solidarischer, helfender Mut und die Tat dazu werden die Welt verändern und gewinnen.

Jobst Roselius

Scholz „schämt sich“: Wasserwerfer gegen friedliche Demonstranten, freie Bahn für brandschatzende Krawallmacher *(„Spiegel-Online“)*

„‚G20‘-Polizei-Einsatzleiter entlassen“: Gewalttäter und Polizei schaukelten sich gegenseitig hoch, um wirkungsvolles, kreatives und von der breiten Öffentlichkeit wahrnehmbares Demonstrieren unmöglich zu machen *(„Change“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

623. Bremer Montagsdemo am 17. 07. 2017

Von wem ging die Gewalt beim „G20“-Gipfel aus?

Die Medien sind voll von Bildern der Zerstörung durch Hooligans und Chaoten im Schanzenviertel. Diese Zerstörungswut und der Vandalismus haben nichts mit dem Anliegen der über 100.000 Demonstranten zu tun, die während des „G20“-Gipfels die herrschende Politik von Trump, Erdogan, Merkel und Konsorten im Interesse des internationalen Finanzkapitals kritisiert haben und für gesellschaftliche Veränderungen auf der Straße waren.

Mit diesen Bildern sollen der Bankrott der „G20“ verdeckt, der massive Abbau demokratischer Rechte, die Bürgerkriegsübung und der Polizeiterror gerechtfertigt und das massive Vorgehen gegen die linke Bewegung vorbereitet werden. Die Provokation und die Gewalt gingen von der „Null-Toleranz“-Strategie der Regierungen Merkel und Scholz aus. Dafür gibt es viele Erfahrungen. Ein Beispiel ist ein Bericht von Jugendlichen des „Internationalistischen Bündnisses“, die beim Camp dabei waren:

„Am Freitagvormittag wurde der Demo-Zug der ‚G20‘-Camper im Altonaer Volkspark auf dem Weg in die Innenstadt von mehreren Polizeihundertschaften mit großer Brutalität überfallen. Es gab etliche verletzte ‚G20‘-Gegner, auch mit Knochenbrüchen. Elf von uns wurden verhaftet, dabei waren wir weder schwarz gekleidet noch vermummt. Wir wurden in die Gefangenensammelstelle nach Harburg verfrachtet und in Gemeinschaftszellen eingesperrt. Es dauert bis zu zwölf Stunden, bis wir zu Anwälten Kontakt bekamen.

Vom Schnellgericht wurde uns zunächst ‚schwerer Landfriedensbruch‘ vorgeworfen. Weil die Beweise dafür fehlten, wurde vom Gericht keine U-Haft gegen uns verhängt, sehr wohl aber eine Ingewahrsamnahme für drei Tage. Begründung: ‚Behinderung der Polizei bei der Durchführung ihrer Aufgaben‘, als hätten wir die Polizisten überfallen. Es war umgekehrt! Danach wurden wir nach Billwerder und Hannöversand verfrachtet. In Einzelhaft haben wir uns aber durch Luftschlitze und laute Rufe verständigt, gemeinsam Lieder gesungen und Parolen

gerufen. Bei unserer Entlassung wurden wir vor dem Gefängnistor von unseren Freunden empfangen. Es war eine herzliche und kämpferische Atmosphäre.“

Harald Braun

Die nächste **Bremer Montagsdemonstration** beginnt am **24. Juli 2017** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Im Anschluss, etwa ab **19:15 Uhr**, findet im **Seemannsheim** eine **Besprechung** statt, bei der über das neue Flugblatt entschieden und unser **Sommerfest** vorbereitet werden soll. Wir haben vom Umweltbetrieb Bremen die Bestätigung bekommen, dass wir es wie geplant am **Samstag**, dem **5. August 2017**, von **16** bis **21 Uhr** am Rondell in den Parkanlagen am **Hallenbad Süd** machen können.

„Linksterror“ soll Faschisierung des Staatsapparats begründen

1. Bereits 27 Polizeibeamte sind wegen Körperverletzung im Amt angeklagt worden. Sieben davon wurden sogar von der Polizei selbst angezeigt. Es stimmt einfach nicht, dass die Gewalt während der Proteste gegen den „G20“-Gipfel hauptsächlich von den Demonstranten ausging: Von der Polizei gab es zum Teil wahre **Gewaltorgien**.

Natürlich ist es nicht zu akzeptieren, wenn marodierende, oft betrunkene Leute Autos anzünden und Geschäfte zerstören. Das hat mit „Linkssein“ nichts zu tun. Bei manchen sich autonom Nennenden war es eine völlige Unterschätzung des Staates zu meinen, mit solchen Scharmützeln könne „G20“ verhindert oder gar die Staatsmacht gebrochen werden.

Ich würde aber gern auch mal wissen, wie viele staatliche Provokateure dabei waren. Die „Hamburger Morgenpost“ hat aufgedeckt, dass Bilder von werfenden „Demonstranten“ vom Dach gemacht wurden, als die Beschuldigten sich bereits seit einer Viertelstunde in Polizeigewahrsam befanden. Die Anfrage „Wer war auf dem Dach?“ hat die Polizei nicht beantwortet. Zuvor war Journalisten willkürlich die Akkreditierung entzogen worden, darunter dem „Weser-Kurier“-Fotografen Heygster und dem „Junge-Welt“-Reporter Effenberger. Erdogan lässt grüßen!

Während jedoch Kipping („Linke“) und Ströbele (Grüne) völlig zu Recht den bewusst brutalen Polizeieinsatz kritisieren, dessen Ziel es war, alle Linken zu kriminalisieren, indem nun von „Linksterror“ gesprochen wird, um die zunehmende

Faschisierung des Staatsapparats zu begründen, da faselt Wagenknecht („Linke“) davon, die Polizei verteidigen zu müssen.

Fazit von „G20“: Die Krise der Imperialisten hat sich vertieft, herausgekommen ist nichts, die Widersprüche untereinander sind kaum mehr zu kaschieren – und die Taktik der Kriminalisierung der „G20“-Gegner ist auch nur zum kleinen Teil aufgegangen. So haben sich zum Beispiel zahlreiche Ladenbesitzer im Schanzenviertel mit den „G20“-Gegendemonstranten solidarisiert und den brutalen Knüppeleinsatz der Polizei kritisiert – und das trotz zum Teil erheblicher Schäden an ihrem Eigentum.

2. Beim „G20“-Gipfel ist herausgekommen, dass nicht nur die USA unter Trump, sondern auch andere Länder wie die Türkei das Pariser Klimaabkommen nicht anerkennen wollen. Es ist Zeit, die **Umweltverbrecher** an den Pranger zu stellen und zu bekämpfen! So hat sich die VW-Krise inzwischen auf die meisten Autokonzerne ausgedehnt, darunter auch Daimler. Nachweislich wurde von 2008 bis 2016 eine betrügerische Abschaltsoftware eingesetzt: Auf dem Prüfstand wurde vorgegaukelt, die Abgaswerte einzuhalten, aber in Wirklichkeit waren sie bis zu 40 Mal höher, und das bei Millionen von Autos.

Zetsche wurde der Lüge überführt. „Wir betrügen nicht“, hatte er behauptet, aber nicht er als Hauptverantwortlicher wird vor Gericht gestellt, sondern zwei Manager werden es, und nicht wegen Betrug und Körperverletzung mit Todesfolge in Tausenden von Fällen, sondern wegen „irreführender Werbung“. Ich bin sicher, das ist erst der Beginn der Krise. Bis über die Ohren steckt die Regierung mit drin. Von Dobrindt bis Merkel verteidigen alle die „deutschen Diesel“, aber in Wirklichkeit die Profitherrschaft der Monopole, die über Leichen geht. Für den 2. August wurde ein „Dieselgipfel“ geplant. Was dabei wohl herauskommt?

Die Krisenlasten werden voll auf die Bevölkerung versucht abzuwälzen. So machte Volkswagen in Wolfsburg 16 Milliarden Euro Rückstellungen für Schadenersatzansprüche als Verlust geltend und senkte entsprechend die Steuerzahlungen, was zur Folge hatte, dass unter anderem Kita-Gebühren und Hundesteuer drastisch angehoben wurden. Daimler nutzt die geplante Umstellung auf E-Mobilität zur Vernichtung Zehntausender Arbeitsplätze und will die noch viel totalere Flexibilisierung: rollierende Pause, noch mehr Leih- und Ferienarbeiter. Dagegen gibt es Widerstand: In Untertürkheim streikten die Kollegen in den letzten Wochen mehrmals.

3. Es ist eine neue Broschüre des „Internationalistischen Bündnisses“ erschienen mit dem Titel: „Die VW-Krise offenbart die Diktatur der Monopole – dem Übel an die Wurzel gehen“. Um das zu erreichen, müssen die kleinen und großen Kämpfe zusammenkommen und offensiv gegen die kriminellen Umweltzerstörer in Regierung und Konzernspitzen geführt werden.

Letzte Woche brach in der Antarktis ein Eisberg in der doppelten Größe des Saarlandes ab. Das Schelfeis droht zu verschwinden und damit die Barriere für

das Inlandeis. Wenn das über die Jahre ins Meer treibt und abschmilzt, würde der Meeresspiegel um 1,2 Meter steigen – nicht eingerechnet die anderen Ursachen für den Anstieg des Meeresspiegels.

Hunderte Millionen Menschen müssten ihr Land verlassen und fliehen. Dagegen ist die heutige Fluchtwelle mit 65 Millionen Menschen erst ein Vorgeplänkel. Es hilft also nichts: Ein System, das Mensch und Natur um kurzfristiger Profite willen die Lebensgrundlage raubt, muss abgeschafft werden! Dafür lohnt es sich zu kämpfen und sich zusammenzuschließen.

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

624. Bremer Montagsdemo am 24. 07. 2017

Einladung zum Sommerfest der Bremer Montagsdemo

Liebe Freundinnen und Freunde, Mitstreiterinnen und Mitstreiter, Genossinnen und Genossen! Am **Samstag**, dem **5. August 2017**, beginnt um **16 Uhr** das diesjährige **Sommerfest** der **Bremer Montagsdemo**. Dazu wollen wir euch herzlich einladen. Wie schon in den Vorjahren findet es in den **Neustadtswallanlagen** statt, in der Nähe des Parkeingangs am Ende der Delmestraße, Ecke Neustadtscontrescarpe, beim **Rondell** hinter dem Südbad. Man kann auch vom Leibnizplatz dort hingelangen.

Am kommenden **Montag**, dem **31. Juli 2017**, machen wir nach der Montagsdemonstration, die wie immer um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz beginnt, anschließend die genaue **Planung** im **Seemannsheim** (ab circa **19 Uhr**). Es wäre schön, wenn dazu möglichst viele kommen und auch Ideen mitbringen. Es muss dort alles geklärt werden, Programmpunkte und wer was mitbringt.

Alle Menschen, Initiativen, Parteien, Gewerkschaften, die den Zielen der Montagsdemo (Weg mit den Hartz-Gesetzen!) positiv gegenüberstehen, können sich gern am Sommerfest mit einem kleinen Stand beteiligen. Auch Grußworte sind willkommen – und natürlich Kuchen- und Salatspenden. Weiterhin werden Helfer beim Kaffee- und Kuchenausschank sowie Grillen gebraucht. Natürlich freuen wir uns über kleine oder große kulturelle Einlagen, Lieder, Gedichte! Mit herzlichen Grüßen.

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

625. Bremer Montagsdemo am 31. 07. 2017

Die Abgasverbrecherkrise weitet sich aus

1. Inzwischen gibt es Selbstanzeigen von Daimler, BMW und VW, gemeinsame Absprachen getroffen zu haben, wie in verbrecherischer Weise die Abgasmessungen manipuliert, Käufer und Öffentlichkeit getäuscht und, viel schlimmer noch, Hunderttausende Tote bewusst in Kauf genommen werden, als Folge des um bis zu 40 Mal höheren Stickoxid-Ausstoßes von Dieselfahrzeugen gegenüber dem Grenzwert. Das Rattenrennen hat begonnen: 100 Prozent Strafnachlass gibt es für den ersten, 50 Prozent für den zweiten, aber den letzten beißen die Hunde. So ist BMW sauer auf Daimler, die sich als erste anzeigten, danach VW. Es muss Schluss gemacht werden mit dieser Kronzeugenregelung! Volle Bestrafung der Konzerne und verantwortlichen Leiter sowie Politiker!

Jeden Tag sterben in Deutschland 30 Menschen an den Folgen von Feinstaub und Stickoxid, hunderttausend pro Jahr in Europa. Die Strafe für die **Abgasbetrüger** beläuft sich auf maximal zehn Prozent vom Jahresumsatz, und die sollen sie auch bezahlen! Davon könnten der gesamte öffentliche Nahverkehr finanziert werden und die Menschen zum Nulltarif fahren – das wäre tatsächlich ein Beitrag zum Umweltschutz! Die verantwortlichen Konzernlenker und ihre Helfer in der Regierung müssen ins Gefängnis, statt weiter Boni und fürstliche Renten zu kassieren!

Siegmar Herrlinger, seit 39 Jahren Arbeiter bei Porsche, hat auf Betriebsversammlungen den verbrecherischen Betrug angeprangert – dafür bekam er Hausverbot. Man versuchte, ihn mundtot zu machen, nicht nur seitens der Geschäftsführung, sondern auch vom Betriebsratsvorsitzenden Hück. Aber Siggi ließ sich nicht einschüchtern: Jetzt kandidiert er auf der „Internationalistischen Liste/MLPD“ und bekam große Unterstützung der Kollegen von Porsche, Daimler und Bosch in Stuttgart. Vor Gericht erzwang er in einer einstweiligen Verfügung, dass er wieder im Betrieb ist.

In der Zwischenzeit bestätigte sich alles, was er schon seit Monaten gesagt hat: Auch Porsche steckt tief mittendrin in der Abgasverbrecherkrise, inzwischen ermittelt die Polizei. Die betrogenen Käufer sollten sich nicht zufrieden geben mit einem Austausch der Software, sie müssen völlige Entschädigung erhalten! Ich bin auch nicht einverstanden, wenn hier gesagt wurde, die Leute seien selbst schuld, sie hätten doch gewusst, dass der Dieselantrieb umweltschädlich ist. Das stimmt so nicht: Bis vor Kurzem wurde scheinbar „wissenschaftlich“ behauptet, ein mit Rußfilter ausgestatteter Dieselmotor sei umweltfreundlicher als ein „Benziner“, da er weniger Kraftstoff verbrauche und deshalb weniger Kohlendioxid ausstoße.

Die ganze giftige, ja tödliche Wirkung des Stickoxids aber wurde verschwiegen beziehungsweise behauptet, mit „AdBlue“ (Harnstoff) neutralisieren zu können. Die Verantwortlichen in den Autokonzernen ließen aber bewusst eine betrügerische Software entwickeln, die den Harnstoff nur auf dem Prüfstand einspritzt. Dann werden die Grenzwerte eingehalten, aber sobald das Auto im Verkehr ist, wird die Einspritzung abgeschaltet. Sonst müsste man mindestens zehnmal so viel „AdBlue“ einsetzen, was technisch ohne weiteres möglich, aber profitschmälernd wäre. Weg mit diesem System, in dem alles dem Profit untergeordnet ist – für echten Sozialismus!

2. Die faschistische „Identitäre Bewegung“ hat ein 40-Meter-Schiff gechartert, mit dem sie aktiv gegen Flüchtlinge im Mittelmeer vorgehen wollen. Die AfD duldet Faschisten in ihren Reihen und ist Wegbereiter für den Faschismus. Für das Verbot aller faschistischen Organisationen und deren Propaganda! In diesem Sinn hat sich auch der Vertreter der „Internationalistischen Liste/MLPD“ am letzten Freitag, als der Landeswahlausschuss tagte, als einziger klar gegen die Zulassung der NPD zur **Bundestagswahl** ausgesprochen.

Die USA bereiten einen Präventivschlag gegen Nordkorea vor: „Strategische Mittel“ wurden in der Nacht auf Samstag in Südkorea an der Grenze stationiert. Bisher hatte Südkorea das abgelehnt, aus Angst vor einem nordkoreanischen Militärschlag. Droht jetzt der Atomkrieg? Trumps Vorgehen richtet sich in Wirklichkeit gegen China. Trump ist der Vertreter des aggressivsten und reaktionärsten Teils des amerikanischen Großkapitals, das wirtschaftlich gegenüber China zurückgefallen ist, vor allem in der Erdöl- und Autoindustrie. Er ist nicht nur ein durchgeknallter Idiot! Die Gefahr ist real und darf nicht unterschätzt werden. „Gegen jede imperialistische Aggression“ steht auf einigen Wahlplakaten der „Internationalistischen Liste/MLPD“, die seit Sonntag im Stadtgebiet aufgehängt werden. Sie wurde am Freitag in allen 16 Bundesländern und 113 Kreisen zur Wahl zugelassen.

3. Am **Samstag**, dem **5. August 2017**, beginnt um **16 Uhr** unser **Sommerfest** am Rondell in den **Neustadtswallanlagen**, beim Hallenbad Süd. Getränke und Grillwürstchen sind organisiert, aber bitte beteiligt euch an der Vorbereitung und bringt Kaffeekannen, Kuchen und Salate mit! Wir beginnen um 15:30 Uhr mit

dem Aufbau der Pavillons und Biertischgarnituren. Auch dazu werden noch Helfer benötigt.

Wolfgang Lange (MLPD)

Die nächste **Bremer Montagsdemonstration** beginnt am **7. August 2017** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Anschließend lädt der DGB ein zur **Veranstaltung** mit **Christoph Butterwegge** unter dem Titel „**Armut in einem reichen Land**. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird“ um **19:30 Uhr** im **DGB-Haus** am Bahnhofsvorplatz.

Auch das Eis am Südpol schmilzt immer schneller

Am Rand der antarktischen Halbinsel hat sich einer der größten je beobachteten Eisberge gelöst. Wissenschaftler des Forschungsprojekts „Midas“ melden, der gewaltige Eisberg sei vollständig vom Larsen-C-Schelfeis abgebrochen. Damit verliert die Eisplatte auf einen Schlag mehr als ein Zehntel ihrer Fläche. Die abgebrochene Eisinsel hat eine gigantische Größe von 185 mal 50 Kilometern. Sie ist damit sieben Mal so groß wie die Fläche von Berlin.

„Das könnte letztlich zum Zerfall des Schelfeises führen“, sagt die Gletscher-Expertin Daniela Jansen vom Alfred-Wegener-Institut für Polarforschung in Bremerhaven. Für den Meeresspiegel hat der Abbruch zwar keine unmittelbaren Konsequenzen, aber langfristig könnte das Ereignis nach Ansicht zahlreicher Forscher den Anstieg des Meeresspiegels dennoch beschleunigen. „Für uns ist das Spannende, was nach dem Abbruch mit dem Rest des Schelfeises passiert“, sagt Daniela Jansen. Ohne das Schelfeis, das bisher wie ein Korken auf der Flasche sitzt, könnten die Gletscher viel schneller ins Meer fließen. Genau das haben Forscher nach dem Ende von Larsen A und Larsen B beobachtet.

Wenn die ganze Westantarktis taut, könnte sich der Meeresspiegel um drei Meter heben. Bereits jetzt rechnen Forscher damit, dass der Pegel bis 2100 um einen Meter steigt. 70 bis 80 Millionen Menschen leben heute auf Landflächen, die bis zu einem Meter unter dem Meeresspiegel liegen. Sie alle würden in die Flucht getrieben oder müssten umgesiedelt werden. Der riesige Eisberg ist eine Warnung an die gesamte Menschheit! Er zeigt, dass die Erderwärmung immer dramatischere Folgen hat und das Klimasystem der Erde droht, in absehbarer

Zeit lebensfeindlich umzukippen. Die Erwärmung der Erde heizt die Meere auf. Jedes Jahrzehnt wird die Westantarktis um 0,5 Grad wärmer.

Und was macht die selbsternannte „Weltregierung“ der „G20“-Staaten angesichts dieser Entwicklung? Der US-Präsident verabschiedet sich aus der völlig unverbindlichen Erklärung der Weltklimakonferenz von Paris, weil die globale Erwärmung sowieso „eine Erfindung der Chinesen“ sei. Frau Merkel spielt sich als „Retterin des Klimas“ auf – in Wirklichkeit verteidigt sie die Dieseltechnologie und den Braunkohle-Tagebau. Ihr „G20“-Gipfel fällt noch weit hinter die Pariser Konferenz zurück, denn er stellt einen Freifahrtschein aus für das umweltvergiftende Fracking und den Ausbau der tödlichen Atomenergie. Den USA und anderen Ländern wird ausdrücklich erlaubt, weiterhin klimazerstörende fossile Energieträger auszubeuten. Damit beschleunigen die „G20“ mutwillig den Übergang in eine globale Umweltkatastrophe. Was für ein Bankrott!

„G20“ unterstreicht, wie notwendig ein weltweiter aktiver Widerstand zur Rettung der Umwelt ist. Dafür setzt sich die „Umweltgewerkschaft“ mit ganzer Kraft ein. Wir haben bereits begonnen, ein breites Bündnis für eine **Großdemonstration** aufzubauen zur 23. **Weltklimakonferenz** in **Bonn** am **11. November 2017**. Im Mittelpunkt unserer Hauptforderungen steht dabei: Drastische Sofortmaßnahmen für den Klimaschutz! Der Ausstoß von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen muss radikal reduziert werden! Rasche und vollständige Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien! Wir freuen uns über alle, die mitmachen, gemeinsam die Erde vor dem Kollaps zu retten. Das nächste Treffen in Bremen ist die **AG Ernährung** am **6. August 2017** um **15 Uhr** im **Gemeindezentrum Zion** (Kornstraße 31). Thema ist die Kennzeichnung von Nahrungs- und Lebensmitteln.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Niedersächsische Landesregierung geplatzt: Grüne Abgeordnete verlässt ihre Partei, die sie nicht mehr als Landtagskandidatin aufgestellt hat *(„Spiegel“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

626. Bremer Montagsdemo am 07. 08. 2017

Massensanktionierung als Vorbedingung der Niedriglohnarbeit

Die Bremer Montagsdemo schwächelt. Die Arbeit am neuen Flugblatt kommt nicht voran. Schmerzlich fehlen nicht nur auf dem Marktplatz die Beiträge der langjährigen Vielredner Elisabeth Graf (parteilos) und Hans-Dieter Binder („Die Linke“): Mit der geringen aktiven Beteiligung an der Montagsdemo zerbröselt allmählich auch mein Konzept für die Homepage. Wenn die bisher regelmäßig eingereichten Beiträge dauerhaft wegfallen, lässt sich die Überparteilichkeit der Montagsdemo nicht mehr wie bisher darstellen. Ein inoffizielles MLPD-Organ, als das sich die Homepage mit Verweis auf einige der letzten Wochenseiten nun bezeichnen ließe, will und kann ich als parteiloser Webmaster aber nicht betreiben. Das hält auch unser Moderator Wolfgang Lange nicht für sinnvoll.

Nur acht Teilnehmende hatte die Bremer Montagsdemonstration in dieser Woche, erfahre ich von Wolfgang; letztes Mal seien es etwa 15 gewesen. Zuhörende in den Cafés habe es wegen des guten Wetters zwar viel mehr gegeben, sodass sich schon noch Interesse an der Montagsdemo feststellen lasse, doch zum Sommerfest kamen nur zehn Personen, von der Linkspartei wenigstens Peter Erlanson. Der Aufwand stehe dazu in keinem Verhältnis, zumal wieder 53,92 Euro an die Umweltbetriebe Bremen zu bezahlen sind. „So geht es jedenfalls nicht weiter“, schreibt mir Wolfgang. Deswegen schicke er mir diese Woche auch keinen Beitrag, vermutlich wäre es wieder nur der einzige. Ohne analysierende und bilanzierende Schlussworte unseres Moderators kann die Dokumentation auf der Homepage allerdings nicht würdevoll enden.

Nachdem wir in den vergangenen Jahren alle den Mund ziemlich voll genommen haben, möchte ich natürlich lieber einen würdigen Abschluss dokumentieren als ein wimmerndes Absaufen und Verstummen. Freilich entspricht solch ein Wunsch eher einem „literarisch-didaktischen“ Bedürfnis, wohingegen die Situation ein dialektisches Herangehen erfordert. Die Bremer Homepage erweist sich hier als unerbittlich, weil ihr vergrößerte Bedeutung zukommt – man kann sie sehr

leicht im Internet finden, während die Montagsdemonstrationsbewegung gegen Hartz IV insgesamt nicht besonders gut dokumentiert ist. Prompt kam diese Woche eine Anfrage des ZDF: Der „Länderspiegel“ wolle für kommenden Samstag, den 12. August 2017, einen Beitrag zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit machen. Gesucht werde ein Interviewpartner mit „multiplen Vermittlungshemmnissen“, der darüber aus eigener Erfahrung berichten möchte und kurzfristig Zeit für den Dreh habe.

Wir wollten also demonstrieren, bis Hartz IV vom Tisch ist – aber womöglich ist es ja bald so weit. Unsere Schwäche tritt nämlich ausgerechnet drei oder vier Monate vor einem möglichen Erfolg in der Hauptsache ein, wenn das Verfassungsgericht wie angekündigt über die Zulässigkeit von Sanktionen urteilt. Nach dem ersten Regelsatz-Urteil von 2010, wonach das Existenzminimum jederzeit sichergestellt sein muss, und dem zweiten Urteil von 2014, demzufolge der Regelsatz gerade noch ausreicht, haben die Richter zumindest die notwendige Vorarbeit geleistet, um nun die Schlussfolgerung ziehen zu können, dass von diesem Regelsatz nicht noch sanktionshalber irgendetwas abgezwackt werden darf. Der Gesetzgeber hätte die Möglichkeit, von seiner Schwarzen Pädagogik abzurücken und stattdessen wünschenswertes Verhalten wie Bewerbungen oder Weiterbildungen durch Regelsatzzuschüsse zu fördern. Die Sanktionen treffen tatsächlich vor allem jene, die Hilfe bräuchten, weil sie nicht einmal Amtstermine wahrnehmen können, was bereits auf Depression und Überforderung hindeutet.

„Bestrafe einen, erziehe hundert“: Die meisten Menschen sind so geschmeidig, dass sie einer Bestrafung entgehen können. Dafür nehmen sie Niedriglohn und Verleiharbeit hin und fühlen sich entwürdigt. Ohne Hartz-IV-Sanktionen kein Niedriglohnsektor: Die Montagsdemo hat das nicht als zentral erkannt und herausgestellt, um in den vergangenen Jahren Arbeitslose und Niedriglöhner zu mobilisieren. Im individuellen Recht, nein sagen zu dürfen, zeigt sich die Würde des Menschen. Wenn der schöne erste Satz der Verfassung nicht zum Bullshit verkommen soll, sobald ein Sklavenjob angeboten wird, werden die Richter dem Sanktionieren ein Ende bereiten müssen. Das ließe sich seitens der Montagsdemo als Erfolg des langjährigen Protests bewerten, und die Bewegung könnte würdevoll abgeschlossen werden. Wenn die Richter hingegen die Menschenwürde dem Recht auf Unternehmensgewinn unterordnen, geht es in Richtung Faschismus, und es müsste zu einem Neubeginn vereinten Widerstands aufgerufen werden, der dann keine Montagsdemo mehr zu sein hätte. Nach 13 Jahren kann man auch einfach zu alt, zu schwach und zu krank geworden sein.

Als meine Mutter ihr Gedächtnis verlor, war Nein das letzte Wort, das ihr blieb. Nein, sie wollte das künstliche Gebiss nicht mehr einsetzen. Als eine Wunde am Bein nicht mehr verheilte, sie sich schließlich noch die Hüfte gebrochen hatte, wahnsinnige Schmerzen haben musste und nicht mehr sprechen konnte, presste sie an ihrem letzten Tag stumm die Lippen zusammen, sobald meine Schwester ihr ein Glas Wasser an die Lippen hielt. Man hätte ihr noch etwas einflößen können, aber es wäre erkennbar gegen ihren Willen gewesen. Sie wollte nicht mehr.

Das Nein war der letzte Rest an Persönlichkeit, der meiner Mutter geblieben war, ihre letzte Würde. Ich habe immer von der Montagsdemo hören wollen, dass ich trotzdem leben darf, auch wenn ich irgendeinen Job, den man mir vorwirft, nicht machen will, weil ich meine Kraft für etwas anderes brauche, damit mein Leben einen Sinn hat. Sonst habe auch ich vor Depression keine Kraft mehr, einen Amtstermin wahrzunehmen, bei dem man mir Vorwürfe macht. Oder einen wöchentlichen Protesttermin, bei dem ich über Jahre erklärt bekomme, ich hätte immer noch nicht verstanden, dass es ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht geben dürfe, und bei dem es auch immer wieder um ganz andere Themen geht.

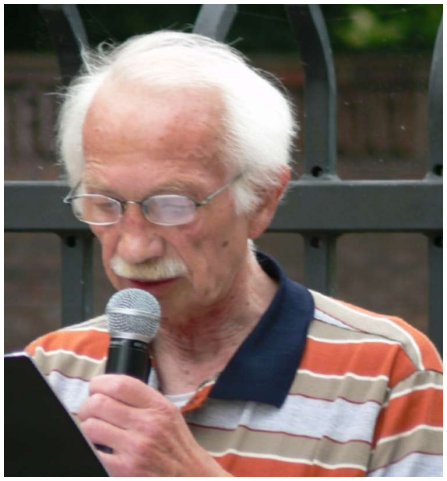
Zum Beispiel heißt es auf „Rote Fahne News“, der Abgas-Kartell-Skandal liefere eine Steilvorlage für den Bundestagswahlkampf. In seinem Flugblattentwurf schreibt Wolfgang, es seien immer wieder neue Gründe hinzugekommen, „montags auf die Straße“ zu gehen; das nimmt er sogar zur Überschrift. Das Montagsdemonstrieren wird damit aber zum Selbstzweck. Es entwickelt Gewohnheiten wie Sommerfest, Herbstdemo und Weihnachtsfeier, selbstorganisiert als Schule der befreiten Gesellschaft. Das ist stimmig und sinnvoll unter einer sozialistischen Perspektive. Der Themenwechsel rechtfertigt sich durch die immer neuen Auswüchse des Kapitalismus; die Umweltfrage, der Internationalismus wurden vernachlässigt; und die soziale Frage, das Existenzproblem stellen sich außerhalb Deutschlands noch viel gravierender, wie die Vielzahl der hierher Flüchtenden zeigt. Das erfasse ich mit dem Verstand. Was mich als Erwerbslosen zur Montagsdemo gebracht hatte, waren aber die Probleme, die mich selbst existenziell und emotional erfasst hatten. Die Ritualisierung der Montagsdemo ist nicht sinnstiftend genug für eine Teilnahme. Was als Höherentwicklung gesehen wurde, erscheint mir als ein Aus-den-Augen-Verlieren des ursprünglichen Ziels, zumal in der Formulierung „Weg mit Hartz IV“ nicht das Kernproblem benannt wurde: die Massensanktionierung als Vorbedingung der Niedriglohnarbeit zu überwinden.

Beim bevorstehenden Verfassungsgerichtsurteil geht es um Beschneidung oder Bestand von Grundrechten. Man kann das als Zäsur für eine Veränderung des sozialen Kampfes nutzen, denn eine neue Bündnisbildung strahlt mehr Kraft aus als das gegenwärtige Modell. Während die Montagsdemo bei Hartz IV auf dessen Abschaffung zielte und ihre angestrebte Lebenszeit somit begrenzt sein sollte, ergibt sich aus all den anderen den Kapitalismus betreffenden Themen, dass die Montagsdemo unbegrenzt weitergehen muss – nicht nur bis zur Einführung des Sozialismus, sondern sogar darüber hinaus, damit der Sozialismus nicht gleich wieder entartet. Damit steckt im Konzept der „höher entwickelten“, für andere Themen geöffneten, „immerwährenden“ Montagsdemo aber schon drin, dass irgendwann nur noch Sozialisten mitmachen. Andere Menschen verengen den Blick auf kleinere Ziele, um zu ihrer Lebenszeit Erfolge sehen zu können. Ich würde die „anderen Themen“ nicht ausschließen wollen, es sind nur halt nicht jene, deretwegen die Montagsdemo ins Leben gerufen wurde und ich mich ihr angeschlossen habe. Deshalb meine ich, dass die Montagsdemo nach Erreichen eines Etappenziels oder Erleiden einer bedeutsamen Niederlage im Bereich die-

ses ursprünglichen Themas beendet werden muss, um Bilanz ziehen zu können. Es gilt festzustellen, ob die Montagsdemo überhaupt ein sinnvolles Mittel politischer Kämpfe ist. Um ein positives Lehrbeispiel zu liefern, darf die Bremer Montagsdemo nicht um jeden Preis von wenigen unermüdlichen Genossen weiterbeatmet werden und in Belanglosigkeit verläppern.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos) – siehe auch „Die Linke“ und „Scharf links“

Ächtet die Atomwaffen!



Auch in diesem Jahr fand am 6. August – wie jedes Jahr – auf dem Bremer Marktplatz der Hiroshima-Gedenktag bei strahlendem Sonnenschein statt. Etwa 200 Menschen waren gekommen und hatten mit Blumen das Peace-Zeichen ausgelegt. 130 Staaten, die Mehrheit der in der Uno zusammengeschlossenen Nationen, haben kürzlich beschlossen, dass alle Nuklearwaffen abgerüstet werden sollen. Dr. med. Lars Pohlmeier, Mitglied der IPPNW, der die Rede hielt, hat die Nichtteilnahme Deutschlands bedauert und gesagt, dass große Anstrengungen notwendig seien, damit unsere Nation sich diesem Vertrag der Uno-Konferenz anschließt.

An zweiter Stelle sprach der IPPNW-Mediziner Joachim Streicher. Er berichtete von seiner Teilnahme an den Protestwochen gegen die im Militärstützpunkt Büchel lagernden US-Atomwaffen. Ein Höhepunkt der Mahnwache war der Friedensreigen, der um das Peace-Zeichen herum getanzt wurde. Japanerinnen, die in Bremen leben, hatten eine Stellwand aufgerichtet, die auch über die Folgen von Hiroshima informierten. Es konnten Kinder und Erwachsene Friedenskraniche basteln, die in Japan unseren Friedenstauben entsprechen. Jens-Volker Riechmann las Friedensgedichte unter anderem von Ringelnatz und Gerd Semmer. Von Letzterem stammt das passende Lied: „Gott hat die Bombe nicht gemacht“. Die Moderation der Veranstaltung machte Eva Böller vom „Bremer Friedensforum“.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“)

„Psychologisch wichtig“: Infolge der Atomkriegsgefahr wegen Nordkorea fällt der Deutsche Aktienindex unter 12.000 Punkte, jedoch Rekordhoch für „Rüstungswerte“ *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

627. Bremer Montagsdemo
am 14. 08. 2017

Die Leiharbeit ist auf dem Vormarsch

Dies ergibt eine Auswertung der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion „Die Linke“: „Im Dezember 2016 gab es mit 993.000 fast eine Million Leiharbeitskräfte. Im Vergleich zu 2013 sind das 16,4 Prozent mehr, im Vergleich zu 2003 hat sich die Zahl sogar verdreifacht. Besonders hoch sind die Anteile von Leiharbeitskräften an allen Beschäftigten in Bremen und Thüringen. Während der Anteil bundesweit bei 2,7 Prozent liegt, wird er hier mit 4,7 bzw. 3,9 Prozent ausgewiesen.“

Die Leiharbeitskräfte sind überwiegend kurzfristig und mit geringem Entgelt tätig: „Der Durchschnittslohn in der Leiharbeit liegt bei gerade einmal 58 Prozent des allgemeinen Durchschnittslohns. In Zahlen heißt das 1.816 Euro gegenüber 3.133 Euro pro Monat bei Vollzeittätigkeit... Die Betrachtung der Abgänge aus Arbeitslosigkeit bestätigt den problematischen Stellenwert der Leiharbeit auf dem Arbeitsmarkt: 19 Prozent derjenigen, die aus der Arbeitslosigkeit in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis gehen, landen in einem Leiharbeitsverhältnis.“

Warum ist die Leiharbeit so stark angestiegen? Einige Faktoren: Leiharbeit wurde früher zum Abfedern von Auftragsspitzen eingesetzt, heute hat Leiharbeit oftmals auch die Funktion der Probearbeitsverhältnisse übernommen. Die Erlaubnis, Leiharbeiter(innen) auch von verbundenen Unternehmen zu entleihen, hat das Volumen beflügelt. Unternehmen mit eigenen Leiharbeitsfirmen haben ihre Personalabteilung umstrukturiert: Neue Mitarbeiter(innen) werden grundsätzlich nur über die Leiharbeitsfirmen eingestellt.

Wer sich zum Beispiel bei Volkswagen bewerben will, findet im Konzern nur bei den Leiharbeitsfirmen Ansprechpartner. In diesen Betrieben werden Leiharbeitskräfte benutzt, um die Verminderung der Stammbelegschaft auszugleichen. Verminderungen der Stammbelegschaft werden mit Leiharbeiter(inne)n aufgefüllt. Aber auch kleinere Unternehmen haben die Personalabteilung verkleinert

und suchen Personal nur noch über Leiharbeitsfirmen. Auftragsspitzen werden dabei nebensächlich.

Warum arbeiten die Menschen zu diesen Bedingungen? Wenn Unternehmen Personal nur über Leiharbeitsfirmen einstellen, bleibt den Bewerbern keine Alternative. Die Sendung „Die Anstalt“ des ZDF vom 16. Mai 2017 hat den „modernen Arbeitnehmer“ hinterfragt und das Problem gut abgehandelt. Wer ALG II (Hartz IV) bezieht, muss jede „zumutbare“ Arbeit annehmen!

Warum endet Leiharbeit so kurzfristig – ist dies nicht doch ein Indiz für Auftragsspitzen? Diese werden zwar gedeckt, aber überwiegend sind die drei Monate Kurzzeit-Beschäftigung durch den bewussten Austausch der Leiharbeitnehmer verursacht. Unternehmen, die tatsächlich Nachwuchs erproben, belassen Leiharbeitnehmer länger im Hause. Die Jobcenter zahlen den Arbeitgebern Lohnzuschüsse. Diese sind verhandelbar, werden befristet gewährt und sind für drei Monate am sichersten zu erlangen.

Verhandlungspartner für die Leiharbeitsfirmen sind die Mitarbeiter der Jobcenter. In jeder Vermittlungsakte der Erwerbslosen finden sich „Vermittlungshemmnisse“ und damit Begründungen für eine gezielte Förderung. Dass Erwerbslose mit Vermittlungshemmnissen nur in Leiharbeitsfirmen eine Chance hätten, stimmt somit nicht, denn diese Förderungen kann jeder Arbeitgeber erlangen. „Normale“ Arbeitgeber scheuen solch ein Risiko jedoch und sind auch für Vermittlungsgutscheine wenig empfänglich.

Fazit: Die Leiharbeitsfirmen haben es einfach gut. Es gibt ausreichend ALG-II-Betroffene, einen Tarifvertrag, der die geringen Verdienste und die ausgefallenen Rahmenbedingungen deckt, und dann noch Lohnkostenzuschüsse oben drauf!

Die „Arbeitnehmerkammer Bremen“ hat sich ausgiebig mit Leiharbeit auseinandergesetzt. Sie berät auch Leiharbeiter, die nicht in einer Gewerkschaft sind. Zu Zeiten der Vollbeschäftigung haben Verleiher Mitarbeiter(innen) nur durch *übertarifliche* Entlohnung gefunden, und es hat geklappt! Die übertarifliche Entlohnung und die wechselnden Einsatzstellen waren ein Plus der Leiharbeit. Heute ist dies für Mitarbeiter(innen) in Mangelberufen durchsetzbar. Die Verleiher verdienen trotzdem hervorragend.

In einem Beitrag der „Anstalt“ wurden auch Werklohn-Arbeiter erwähnt. Werkverträge sind altbewährt und neu verkommen. Sie haben zum Beispiel zur Schließung von Schlachthöfen in Dänemark und Produktionsverlagerung nach Deutschland geführt. Total daneben, aber es geht noch toller: Auftragsportale im Netz bieten Tätigkeiten an. Ein berechtigter Nutzer gibt seinen Preis für diesen Auftrag ab. Wenn er Glück hat, erhält er den Auftrag, erledigt die Arbeit und erhält den vereinbarten Betrag; ich habe extra nicht „Lohn“ geschrieben. Noch ist diese Form der Beschäftigung bei uns selten. Zur Lage in London siehe 586. Bremer Montagsdemonstration.

Wer als Zeit- oder Werkvertragsarbeiter oder abhängig vom Auftragsportal arbeitet, kann selten von seinem Einkommen leben und hängt weiter am Jobcenter. Bitte den Antrag tatsächlich stellen! Das Arbeitseinkommen wird um die Frei-

beträge vermindert, und der verminderte Betrag wird angerechnet. Leider lohnt sich dieser Antrag. Ausreichender Lohn wäre besser!

In der Statistik über die Lohn- und Gehaltsentwicklung in Europa, die im erwähnten Beitrag der „Anstalt“ eingeblendet wird, ist für Deutschland eine Lohnreduzierung ausgewiesen. Natürlich kann die Gewerkschaft auf Tariferhöhungen verweisen, aber insgesamt ist die Lohnentwicklung negativ. Heute brauchen Arbeitgeberverbände keine Tarifbindung mehr einzugehen. Einen Aufschrei gibt es nicht, einen Streik auch nicht: Das Gesetz gibt es nicht her.

Sozialrechtsexperte Harald Thomé schreibt in seinem Newsletter: „Tacheles hat alle Stellungnahmen der sachverständigen Dritten im Bundesverfassungsgerichtsverfahren zu den Sanktionen im SGB II veröffentlicht. Der DGB hat darum gebeten, dass seine Stellungnahme bei uns aus dem Netz genommen wird. Dieser Aufforderung sind wir nachgekommen. Die Kollegen von ‚Labournet‘ haben nunmehr die Stellungnahme mit einer scharfen, aber klaren Einschätzung dazu veröffentlicht.“ Über den Link sind auch weitere Informationen zu den Sanktionen nachzulesen. Die DGB-Stellungnahme kommt auf Seite 22 zur Feststellung, dass die Sanktionen nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind.

Auf Seite 23 steht der Vorschlag, positive Beträge für eine Arbeitsaufnahme an die Erwerbslosen auszukehren, aber davor steht die Vertröstung, die Forschungslage sei unzureichend, daher müsse ein Sanktionsmoratorium erfolgen. Meine Anmerkung: Die Lage ist ausgeforscht, Vertröstungen sind unangebracht. Es liegt ein klarer Rechtsbruch vor, der sofort und rückwirkend zu beenden ist! Zur Erinnerung: ALG II wurde für eine kurzfristige Verweildauer ermittelt. Genau diese Verweildauer ist aber gestiegen.

Zur Berichterstattung über Langzeitarbeitslose mit Vermittlungshemmnissen hat das ZDF bei uns angefragt, aber wir waren zu langsam. Der Beitrag lief im „Länderspiegel“ vom 12. August 2017 ab Minute 9:47. Einfach mal reinhören und die Aussage des Beitrags hinterfragen! Eure Meinung interessiert mich.

Zu den Kosten der Unterkunft im ALG II (Hartz IV) schreibt Harald Thomé eine Mietkaution werd auf Antrag vom Jobcenter bewilligt und in Raten von zehn Prozent der Regelleistung bei der monatlichen Überweisung gekürzt: „Der 7. Senat des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen (Urteil vom 29. Juni 2017, Aktenzeichen L7 AS 607/17) hält die Aufrechnung von Kautionsdarlehen für rechtswidrig. Es gebe keinen finanziellen Spielraum in den Regelleistungen für KdU-Bedarfe. Die Aufrechnung sei eine Kann-Entscheidung. Entscheidend *gegen* die Anwendung der Aufrechnungsermächtigung auf Mietkautionsdarlehen sprächen systematische und teleologische Erwägungen unter Berücksichtigung einer verfassungskonformen Interpretation. Damit hat das erste Landessozialgerichts eine ganz klare Position gegen die Aufrechnung von Wohnungsbeschaffungskosten abgegeben.“

Auf der „Tacheles“-Seite stehen weitere Argumente, zu verwenden bei jeder Unterschreitung des Regelsatzes, im „Vorschlag einer bundesweiten Kampagne gegen verfassungswidrige Aufrechnung unterhalb des Existenzminimums“, na-

türlich auch nutzbar zur Klage gegen erlittene Sanktionen. Wer sanktioniert wurde, sollte dies und die anstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Anlass nehmen, seine Sanktion zu überprüfen. Wie dies geht? Zur Beratungsstelle oder einfach vorbeikommen! Zur Motivation die Bundestagsdrucksachen 16/13577 (Seite 4) und 17/9335 (Seite 12) lesen.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Wer Flüchtlinge rettet, wird dafür bestraft!

Die italienische Polizei hat Anfang August vor Lampedusa das Rettungsschiff „Iuventa“ der deutschen Hilfsorganisation „Jugend rettet“ beschlagnahmt. Mit diesem Schiff kreuzen Aktivisten der nur aus Spenden finanzierten Organisation im Mittelmeer, um vom Ertrinken bedrohte Flüchtlinge zu retten und in italienische Häfen zu bringen. Der Beschlagnahmung war eine Hetzkampagne gegen Hilfs- und Nichtregierungsorganisationen sowie massiver politischer Druck vorausgegangen. Mit einem reaktionären Knebelvertrag, genannt „Verhaltenskodex“, wollen Italien und EU die Rettung von Flüchtlingen aus dem Mittelmeer be- und verhindern. Knapp 100.000 Menschen sind in diesem Jahr im Mittelmeer gerettet und nach Italien gebracht worden – etwa 40 Prozent davon durch „Jugend rettet“, „Ärzte ohne Grenzen“ und vier weitere NGO. Sie alle weigern sich, den Knebelvertrag zu unterschreiben.

„Ärzte-ohne-Grenzen“-Geschäftsführer Florian Westphal erklärt hierzu: „Bisher war es so, dass kleinere NGO-Schiffe gerettete Menschen an größere Schiffe übergeben haben, die sie dann in einen italienischen Hafen brachten. Das war von den italienischen Behörden so koordiniert und steht auch im Einklang mit den internationalen Regeln der Seenotrettung. Jetzt soll damit Schluss sein: Die NGO sollen sich verpflichten, gerettete Menschen selbst direkt in den nächsten Hafen zu bringen. Dieses Hin- und Herpendeln zwischen einer Such- und Rettungszone außerhalb der libyschen Territorialgewässer und den Häfen in Italien wäre völ-

lig ineffizient.“ Die Hetzjagd gegen Flüchtlingshilfsorganisationen auf dem Mittelmeer wurde auch durch die Stimmungsmache von Innenminister Lothar de Maizière angestoßen.

Ein neuer Höhepunkt der Kriminalisierung von Flüchtlingshelfern sind die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft von Sizilien gegen den katholischen Priester Don Mussie Zerai, der vor vielen Jahren selbst aus Eritrea geflüchtet ist. Vor zwei Jahren war der „Schutzengel der Flüchtlinge“ noch Kandidat für den Friedensnobelpreis. Wenn er angerufen wird, weil Boote vor der nordafrikanischen Küste in Seenot geraten, verständigt Mussie Zerai die Küstenwache und informiert die Seenotretter zum Beispiel von „Ärzte ohne Grenzen“. Er kritisiert die italienischen Behörden scharf: „Die NGO sind unbequeme Zeugen im Mittelmeer. Ihre Kriminalisierung dient dazu, dass Europa sich weiter abschotten und seine Grenzen nach Süden verschieben kann“, schreibt er auf seinem Internet-Blog. Jetzt wird gegen ihn wegen angeblicher „Beihilfe zur illegalen Einwanderung“ ermittelt.

In ganz Afrika schwellen die Flüchtlingsströme ununterbrochen an. Dadaab in Kenia ist inzwischen das größte Flüchtlingscamp der Welt. Mehr als 600.000 Menschen aus vielen afrikanischen Ländern sind hier nach ihrer Flucht gestrandet. Sie fliehen vor der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch Kriege, Hunger- und Umweltkatastrophen, vor verheerender Armut und faschistischem Terror. Offene Grenzen für das internationale Finanzkapital, aber Stacheldraht und Unterdrückung für Flüchtlinge: Das ist die Haltung der EU einschließlich der Bundeskanzlerin. Da kann Frau Merkel noch so viel Betroffenheit heucheln: Sie hat den Deal mit dem faschistischen Erdogan-Regime geschlossen, um Millionen Flüchtlinge abzuhalten. Notwendig sind das Recht auf Flucht und ein uneingeschränktes Asylrecht auf antifaschistischer Grundlage. Die Kriminalisierung der Flüchtlingshilfsorganisationen muss beendet, die Ermittlungen gegen Don Mussie Zerai und die deutsche Hilfsorganisation „Jugend rettet“ müssen sofort eingestellt und das beschlagnahmte Rettungsschiff „Iuventa“ unverzüglich herausgegeben werden!

Harald Braun

Am **Dienstag**, dem **15. August 2017**, absolviert **Angela Merkel**
um **19 Uhr** einen **Wahlkampfauftritt** auf dem **Marktplatz**.
Wir wollen sie mit unseren Schildern begrüßen.

Muttis „besondere Fürsorge“

Der verregnete Merkel-Auftritt hier in Bremen war auch dank unserer Hilfe von deutlichem Protest gegen ihre Politik gezeichnet. Es wäre auch ein ganz schlimmes Zeichen gewesen, wenn nicht! Wir hatten mal wieder Probleme, alle elf vorbereiteten Schilder unter die Leute zu bringen. Insgesamt sieben waren dann

doch auf der Demo zu sehen gewesen, zwei weitere standen immer noch gut sichtbar an den Bögen vor dem Rathaus.

Merkel hatte wenige Stunden, bevor sie nach Bremen kam, einen eher gut besuchten Auftritt in Cuxhaven. Hier wurde artig geklatscht, von Protest war in der schönen Urlauberstadt nichts zu hören oder zu sehen. Das kann man auf einem kleinen Video bei „Youtube“ gut erkennen. Dort gab es weniger als 24 Stunden nach dem Auftritt auch erste Videos von ihrem Bremer Gastspiel als Kontrast zum Cuxhavener Auftritt zu sehen, zum Beispiel vom „Weser-Kurier“ und von „Buten un binnen“. Bei den meisten dieser Videos sind unsere Schilder und Forderungen gut erkennbar.

Frau Merkel ging sogar direkt auf unsere Schilder „Weg mit Hartz IV“ ein. Leider habe ich bisher kein Video im Internet finden können, auf dem das Ganze komplett dokumentiert ist, nur ein Teil davon. Ich versuche es mal aus dem Gedächtnis wiederzugeben. Merkel: „Ich sehe gerade die Schilder ‚Weg mit Hartz IV‘. Ich finde, gerade die Langzeit-Arbeitslosen müssen unsere besondere Fürsorge bekommen. Ihnen müssen wir neue Chancen eröffnen. Wir müssen den Menschen in Deutschland eine Chance geben, gerade den jüngeren.“ Der blanke Hohn!

Wenn wir ein Video im Internet finden, auf dem diese Passage komplett drauf ist, könnte man darauf öffentlich antworten, auf unserer Homepage. Eigentlich hat sie uns, mit unseren Schildern, auch direkt angesprochen. Da wäre eine Antwort nur folgerichtig. Ihre Aussage, dass gerade die Langzeit-Arbeitslosen ihre „besondere Fürsorge“ bekommen, ist ein Schlag ins Gesicht aller Betroffener in diesem Land, eine derartige Provakation, dass sie eine klare Antwort verdient.

Im „Weser-Report“ von Mittwoch steht auf Seite 2 ein Artikel über den Merkel-Auftritt. Selbst in diesem der CDU mindestens nahestehendem Blatt kann man lesen, dass ihr Bremer Auftritt von deutlichem Protest begleitet wurde. Im Schlussteil des Textes heißt es: „‚Ich möchte auch nicht, dass Menschen lange in Arbeitslosigkeit festsitzen‘, sagte sie mit Blick auf ein Plakat, das ‚Weg mit Hartz IV!‘ forderte. Deshalb sei sie dafür, insbesondere Langzeitarbeitslose zu qualifizieren.“ Ich kann mir nur zu gut ausmalen, wie dieses Blatt es ausgeschlachtet hätte, wenn alle kritischen Geister in dieser Stadt an diesem Tage zu Hause geblieben wären.

Marcus (parteilos)

Martin Schulz spricht am **Montag**, dem **21. August 2017**, um **17 Uhr** auf dem **Bremer Marktplatz**. Für einige Beiträge am Offenen Mikrofon versammeln wir uns bereits um **16:30 Uhr** vor dem **Konzerthaus Glocke**. Da wir seit 13 Jahren, seit dem 16. August 2004, jeden Montag auf dem Marktplatz sind (außer zur Freimarkt- oder Weihnachtsmarktzeit), werden wir auch nächsten Montag dort sein. Gegebenenfalls wird es dann eben eine Demonstration gegen

Schulz, der persönlich große Verantwortung für die Hartz-Armutsgesetze und das rigorose Vorgehen der EU zum Beispiel gegen das griechische Volk trägt.

Putin-Freunde verlassen revolutionäres Parteienbündnis: Ist der Gegenspieler des Imperialisten ein Anti-Imperialist? *(„Rote Fahne News“)*

Egal, was die Industrie an Gift produziert: Irgendwann wird es immer an Hühner verfüttert *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

628. Bremer Montagsdemo am 21. 08. 2017

Keine Mietkürzung bis zur Räumungsklage: Anforderungen an Gründe, mit denen Hartz-IV-Empfänger ihre Notlage glaubhaft machen müssen, dürfen nicht *überspannt* werden *(„Die Zeit“)*

„Arm trotz Arbeit“: Die gelben Plakate der Montagsdemonstranten sind trotzdem da, auch beim Wahlkampfauftakt von Martin Schulz auf dem Bremer Marktplatz am 21. August 2017 *(um 17:48 Uhr, Webcam Bankhaus Neelmeyer)* – Wir danken dem Hoffnungsträger der SPD für seinen etwas längeren Redebeitrag!

SPD-Wahlkampfauftakt zur Montagsdemo-Stunde

„Mehr Zeit für Gerechtigkeit“ – ein Motto, das den Nerv trifft. Aber Zeit wird diese Wunden nicht schließen: „Mehr Mut für Gerechtigkeit“ wäre treffender. Der Kanzlerkandidat hat überzeugende Argumente gegen eine Wiederwahl der CDU/CSU angeführt. Dabei hat Martin Schulz naturgemäß noch nicht einmal alle Fehlentscheidungen und Unterlassungen der Bundesregierung angesprochen. Näheres ist im Netz nachlesbar und nachhörbar.

Herr Schulz hat die Wahrung der Würde des Menschen als unverzichtbar bezeichnet, für alle. Einfach treffend! Erfolg wird dieser Appell für Menschenwürde und Gerechtigkeit aber erst entfalten, wenn die Hartz-Gesetze zurückgenommen oder zumindest entschärft worden sind. Insgesamt hat mich dieser Auftritt an Herrn Müntefering erinnert. Der hat damals die SPD neu erfunden und zu den eigenen Wurzeln geführt, mit den bekannten Folgen.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Im Anschluss an die **Montagsdemo** am **28. August 2017** wollen wir ab **19 Uhr** im **Seemannsheim** eine **Besprechung** über die Zukunft der Montagsdemo und das neue Flugblatt abhalten.

Testballon „Linksunten Indymedia“: Durch *überspannte* Auslegung des Vereinsrechts könnte künftig jeder linke Zusammenschluss verboten werden *(„Rote Fahne News“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

629. Bremer Montagsdemo am 28. 08. 2017

Sozial- und Rentensystem sind nicht ausschließlich auf Erwerbsarbeit abstellbar

1. In Deutschland sind im Jahr 2016 rund 800.000 neue reguläre **Arbeitsplätze** entstanden, wie das Statistische Bundesamt mitgeteilt hat, so der „Weser-Kurier“ vom 17. August 2017 (Seite 17). Außerdem erhöht sich die Zahl der atypisch Beschäftigten um 121.000. Im Artikel „Krank zur Arbeit“ vom gleichen Tag (Seite 15) werden die Überbelastung im Job, der Verlust des Vertrauens in die gesetzliche Rente, die Anhebung des Renteneintrittsalters, die Forderung nach einer auskömmlichen Rente sowie die Unterbeschäftigung thematisiert: 18 Prozent der Beschäftigten hätten gern einen Arbeitsvertrag mit mehr Stunden.

Die „Arbeitnehmerkammer“ hat dies und weitere Fakten per Umfrage erfahren. „Der Trend zum Zweitjob hält in Bremen an“, so der „Weser-Kurier“ am Vortag auf der Titelseite. Das ist sicher eine Folge dieser unerfüllten Wünsche nach mehr Arbeitsstunden und mehr Lohn. 24.520 Menschen hatten im Dezember 2016 einen Zweitjob. Im Dezember 2003 waren es knapp 9.800 Personen. „Mehr Erwerbstätige – weniger Arbeit“, betitelt der „Weser-Kurier“ am 18. August 2017 einen Artikel auf Seite 18. Das Statistische Bundesamt meldet 44,2 Millionen Erwerbstätige in Deutschland, so viele wie nie zuvor: „Die vorhandene Arbeit, das sogenannte gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen, wird in der Folge immer stärker aufgeteilt, auch mit einem hohen Teilzeit-Anteil“. Die vorstehenden Fakten werden von den Wahlkämpfern gern vereinnahmt, daher nun ein Quellenwechsel.

Politikberater Stefan L. Eichner schreibt: „Trotz 5,430 Millionen mehr an Erwerbstätigen seit 1991 liegt die gesamte geleistete Zahl der Arbeitsstunden immer noch knapp unter dem Niveau von 1991. Die gesamte Zahl der geleisteten saisonbereinigten Arbeitsstunden sank seit 15,091 Milliarden Stunden im Jahr 1991 um 0,6 Prozent bis zum 2. Quartal 2017 auf 15,031 Milliarden Arbeitsstunden... Während also seit 1991 das insgesamt geleistete Arbeitsvolumen in Stun-

den um 0,6 Prozent bis zum 2. Quartal 2017 sank, stieg das nominale Bruttoinlandsprodukt im selben Zeitraum um knapp über 100 Prozent, was den Einfluss von Produktivitäts- und Preissteigerungen auf das nominale Bruttoinlandsprodukts dokumentiert, aber auch den stark gewachsenen Außenbeitrag (Nettoexporte) reflektiert."

Fast nebenbei fällt die Feststellung: „Ein geleistetes Arbeitsvolumen im 2. Quartal 2017 unterhalb von 1991 verdeutlicht auch den irgendwann zum Scheitern verurteilten Versuch, ein Sozial- und Rentensystem ausschließlich auf Erwerbsarbeit abzustellen". Trotz der Mehrbeschäftigung nach Köpfen liegt die Zahl der Arbeitsstunden insgesamt unter jener im Jahr 1991, daher das Fazit: Alle Umsatz- und Produktionssteigerungen von 1991 bis zum 2. Quartal 2017 haben keinen Mehrbedarf an Arbeitsstunden ausgelöst, aber während das Bruttoinlandsprodukt um fast 100 Prozent gestiegen ist, sind Löhne und Gehälter gesunken! Wo ist das Geld geblieben? Jede(r) Politiker(in) müsste jetzt zusammenzucken und an die ungelösten Folgen der Automatisierung denken!

Gibt es nun ein „Jobwunder durch Hartz IV und Konsorten?", fragte „Monitor" am 24. August 2017: „Und jetzt rein in den Wahlkampf. Bei allen Unterschieden zwischen Angela Merkel und Martin Schulz gibt es da ein Thema, wo die beiden sich erstaunlich einig sind. Wenn es um die Bewertung der sogenannten Agenda-Politik von Altkanzler Gerhard Schröder geht. Riesenerfolg, sagen beide, auch wenn es hier und da Kritik gibt. Aber immerhin, durch die Hartz-Reformen hätte sich die Arbeitslosenzahl in Deutschland schließlich halbiert. Supergeschichte – mit einem Schönheitsfehler. Sie stimmt so nicht, jedenfalls dann, wenn man ehrlich rechnet...

Birgit Runge ist sozusagen ein Paradebeispiel für das neue deutsche Jobwunder. Immer wieder schafft sie es, doch noch Arbeit zu finden und nicht in Hartz IV zu landen. Ein Wunder, das die Politik gerne als Folge der Hartz-Reformen von Ex-Kanzler Schröder verkauft. Seine Nachfolgerin feiert sie auch im jetzigen Wahlkampf. Angela Merkel (CDU), 25. Februar 2017, Bundeskanzlerin: ‚Das war das Konzept, das den Menschen mehr Zugang zum Arbeitsmarkt verschafft hat, das es möglich gemacht hat, dass mehr Menschen Arbeit bekommen haben. Und das Ergebnis dieser Politik ist ja bekannt: Die Arbeitslosigkeit ist halbiert.'

Halbierung der Arbeitslosigkeit? Ja. 2005 gab es in Deutschland eine Rekordarbeitslosigkeit von 4,9 Millionen Arbeitslosen, heute sind es offiziell gerade noch zweieinhalb Millionen. Aber hat das wirklich mit der Agenda 2010 und ihren Hartz-Reformen zu tun? Peter Bofinger ist einer der profiliertesten deutschen Wirtschaftswissenschaftler. Einer der fünf sogenannten Wirtschaftsweisen, die die Bundesregierung beraten. Er hat jetzt untersucht, welchen Einfluss die Hartz-Reformen wirklich auf den Arbeitsmarkt hatten, und kommt zu dem Schluss: Viel weniger als allgemein angenommen!

Professor Bofinger vergleicht deshalb die aktuellen Zahlen mit dem Jahr 2001, vor den Hartz-Reformen. 2001 war die Auslastung der Wirtschaft ähnlich gut - die Konjunktur brummte. Das Ergebnis ist erstaunlich: In Westdeutschland sank

die Zahl der Arbeitslosen statt um rund 1,3 Millionen von 2005 zu 2016 nur um 340.000, wenn man 2001 als Vergleichsjahr nimmt. Und in Ostdeutschland verschwand ein Riesenheer von Arbeitslosen in die Rente.“ Weiter werden das persönliche Empfinden, die Sorge, die Spaltung der Gesellschaft und die Armut gut aufbereitet. Bitte nachlesen und ansehen!

Anzumerken ist noch die Wandlung und Veränderung der Begriffe. In der Arbeitslosenstatistik wurden vor den Hartz-Gesetzen die Teilzeitbeschäftigten nicht erfasst und mitgerechnet. Als Vollzeittätigkeit galt eine Beschäftigung mit mindestens 35 Stunden pro Woche. Heute gelten bereits 20 Stunden pro Woche als „Vollzeittätigkeit“. Die Menschen haben schlechte Arbeitsverträge, geringere Entlohnung, Befristung, Verlust des tarifvertraglichen Schutzes und Weiteres akzeptiert, weil die Bestimmungen des ALG II keinerlei Bestandsschutz enthalten. Die Arbeitgeber, insbesondere die Leiharbeitsfirmen (siehe 627. Bremer Montagsdemonstration), haben dies zur umfassenden Absenkung der Löhne und Gehälter und der anderen Rahmenbedingungen genutzt. Hartz IV ist der Turbo der Umverteilung von unten nach oben!

2. Das Bundesverfassungsgericht hat am 1. August 2017 entschieden, dass Jobcenter nicht einfach das Bestehen einer Bedarfgemeinschaft unterstellen und eine **Mietkürzung** vornehmen dürfen, bis es zur Räumungsklage kommt (Aktenzeichen 1BVR 1910/12). Die Anforderungen an Gründe, mit denen Hartz-IV-Empfänger ihre Notlage glaubhaft machen müssen, dürfen nicht *überspannt* werden. Diese Entscheidung ist richtungweisend.

Die Ausführungen der Richter sind gut verständlich und lesenswert; sie gehen über den Kommentar der „Zeit“ hinaus. Wer als Leistungsempfänger um seine Wohnung fürchten muss, findet hier Argumente und seine eigenen Ängste. Das Bundesverfassungsgericht bestätigt den Wert der eigenen Wohnung und begründet, warum es diese Wohnung bleiben muss und weshalb das Amt nicht erst nach einer Räumungsklage tätig werden darf. Der Nachteil ist die Zeitspanne: Die Verfassungsbeschwerde wurde 2012 erhoben und erst jetzt entschieden!

Anwendbar sind diese Argumente und Begründungen auch bei ähnlichen Sachverhalten. Mir fallen die Kostensenkungsaufforderungen oder andere belastende Ankündigungen ein, denn sie alle beunruhigen und belasten bereits mit der Ankündigung. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist eine weitere Stärkung zur Rechtsklärung bereits bei der Androhung oder Ankündigung, auch wenn diese für den Betroffenen zu spät kommt. Wer diese Entscheidung zitiert muss wie immer die eigene Betroffenheit darlegen.

Diese Entscheidung, die Fürsprache für Einstweilige Rechtsschutzverfahren, ist hilfreich bei der Erlangung einer Wohnung. Gerade in Bremen hat der Verein „so:leb“ zusammen mit anderen mehrfach bewiesen, dass die Mietobergrenzen zu niedrig angesetzt wurden. Die Zahlen wurden falsch ermittelt und viel zu spät angepasst. Heute werden diese Mietobergrenzen zwar Richtwerte genannt, aber leider unverändert wie Obergrenzen gehandhabt. Aktuell werden noch im-

mer rund 400.000 Euro monatliche Kosten der Unterkunft der ALG-II-Betroffenen nicht vom Jobcenter erstattet. Dazu kommt die Minderleistung bei anderen Leistungsbetroffenen. Dieses Geld fehlt dem Bremer Einzelhandel in der Ladenkasse!

3. Das Jahr neigt sich dem Ende zu. Wer seine Sozialleistung nicht vollständig oder nur gekürzt erhält, sollte nochmals genau hinsehen. In diesem Jahr kann dies noch rückwirkend zum 1. Januar 2016 beseitigt werden. Wie dies geht? Einfach in den Vorjahren nachlesen, jedoch die aktuellen Begründungen berücksichtigen. Unterstützung gibt es bei den Beratungsvereinen – oder einfach zur Montagsdemo kommen!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Braunkohlekraftwerke gehören zu den größten Dreckschleudern

„Unsere Umwelt und damit unsere Zukunft sind in Gefahr“, so heißt es im Aufruf zum Bonner Klimacamp, das letzte Woche stattgefunden hat. Dieses Klimacamp war etwas Neues. Es fand bewusst mitten in der Bonner Innenstadt statt, wendete sich an die Masse der Bevölkerung und hat Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen mit Aktionstraining und Kultur verbunden. Ab dem 24. August 2017 verbündeten sich drei Klimacamps zur Aktion „Ende Gelände“ gegen die Braunkohleverfeuerung im Rheinland. Braunkohlekraftwerke gehören zu den größten Dreckschleudern in Deutschland. In einem Flyer des Bonner Camps heißt es: „Etwa 55 Prozent der jährlichen Treibhausgas-Emissionen stammen von Konzernen wie RWE oder Eon“.

„Ende Gelände“ hat völlig berechtigt den Protest mit Aktionen des zivilen Ungehorsams und aktiven Widerstands wie Blockaden verbunden. Die Aktivistinnen und Aktivisten hatten dazu RWE ein Ultimatum für den Stopp des Tagebaus in Garzweiler bis zum 23. August 2017 gestellt. RWE ging darauf mit keiner Silbe ein.

Stattdessen hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalens ihren Polizeiapparat gegen die Umweltschützer aufgefahren und vor „Gewalt“ gewarnt. „G20“ in Hamburg lässt grüßen! Scheinbar ist es „legal“ und „keine Gewalt“, wenn aus Profitgründen an der Kohleverbrennung festgehalten wird und die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit systematisch zerstört werden. Doch die Umweltaktivisten ließen sich nicht kriminalisieren und nicht aufhalten.

Tausende Kohlegegner blockierten im Rheinland erfolgreich Züge und Bagger. So besetzten sie zum Beispiel die Schienen vor dem Kohlekraftwerk Neurath. Daraufhin stauten sich 13 Züge mit jeweils 1.400 Tonnen Kohle, und der Nachschub konnte unterbrochen werden. Eine Sprecherin von RWE gab zu, dass die Produktion „vorsorglich gedrosselt“ werden musste. Natürlich ist es nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“ der gigantischen Kohlendioxid-Verpestung, aber eben auch ein Zeichen des Widerstands, der Mut macht. In einer aktuellen Emnid-Umfrage im Auftrag des BUND sprachen sich 59 Prozent der Bevölkerung dafür aus, Kohlekraftwerke in Deutschland bald stillzulegen. 72 Prozent fordern von der nächsten Bundesregierung einen Fahrplan zum Kohleausstieg.

Dazu wird es aber nur kommen, wenn sich der Widerstand zu einem Massenprotest ausweitet, der Regierung und Energiekonzerne zum Kohleausstieg zwingt. CDU/CSU, SPD und FDP sind mit den Interessen der Kohlekonzerne aufs Engste verbunden und haben sich schon mehrfach schützend vor sie gestellt. Es ist bedauerlich, dass sich Teile der Linkspartei ebenfalls pro Braunkohle entscheiden. So stimmte ihre Fraktion im Landtag von Brandenburg für die Abschwächung der „Klimaziele“ des Landes: Die Emissionen der Lausitzer Braunkohlekraftwerke ließen sich nicht wie geplant senken. In Sachsen-Anhalt spielt sich Ähnliches bei den Grünen ab, die dort mit CDU und SPD die Landesregierung stellen.

Aber es gibt eine linke Alternative: die „Internationalistische Liste/MLPD“. Sie vertritt eine konsequente Politik gegen die Umweltverbrecher in den Monopolzentralen. Sie ruft zum Kampf gegen die drohende Umweltkatastrophe auf und fordert die schnellstmögliche und vollständige Umstellung auf erneuerbare Energie. Eines ihrer Markenzeichen ist der Kampf um die Einheit von Umweltschutz und Arbeitsplätzen. Deshalb fordert sie auch Ersatzarbeitsplätze für den Braunkohletagebau auf Kosten der Profite. Das „Internationalistische Bündnis“ hat sich dem Aufruf des Bonner Klimacamps angeschlossen: „Wir wollen gemeinsam eine Alternative aufzeigen, in der wir auch in 50 Jahren noch saubere Luft einatmen und die Vögel im Wald zwitschern hören. Wir wollen für eine Welt aufstehen, die nicht von Profitgier und Umweltzerstörung, sondern von Solidarität und Umweltbewusstsein geprägt ist!“

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

630. Bremer Montagsdemo am 04. 09. 2017

Wie Arbeitnehmer durch einen Tarifvertrag *schlechter* gestellt werden

Als ich mir vergangene Woche die Sendung „Kontraste“ ansah, da glaubte ich, nicht richtig zu hören und dass zu wenig Leute von diesen Verdrehungen und Machenschaften, ja von diesem *Verrat*, ausgerechnet von *Spezialdemokraten* und Gewerkschaften an den Arbeitnehmern, jetzt vor der Wahl wissen und wo sie ihr Kreuzchen lieber nicht hinsetzen sollten. Lange galt: Wer nach Tarif bezahlt wird, bekomme eine gut gefüllte Lohntüte mit Urlaubs- und Weihnachtsgeld – anders als bei den Betrieben, die sich dem Tarif verweigern. Doch der gut bezahlte Tarifvertrag wird plötzlich von Arbeitgebern dazu genutzt, um gesetzliche Mindeststandards zum Schutz der Arbeitnehmer zu unterlaufen, und die Gewerkschaften machen dabei sogar mit. Als Beschäftigte im Einzelhandel bundesweit auf die Straße gehen, liegt die Masse bei der Bezahlung aufgrund ihrer geringen Stundenzahl bei unter tausend Euro, wovon niemand leben könne, weswegen viele einen Zweit- oder Drittjob annehmen müssen.

Doch der Streit um mehr Geld ist nur das Eine. Kaum einer wisse, dass es hinter den Kulissen ans Eingemachte gehe. Viele Arbeitgeber stellen inzwischen traditionelle Regeln der Arbeitswelt grundsätzlich in Frage. Zum Beispiel sei das Festhalten am Achtstundentag im digitalen Zeitalter kein Zukunftsmodell. Entgelte und Arbeitszeiten sollen flexibel auf der Betriebsebene gestaltet werden. Inzwischen ist nur noch eine Minderheit von gerade einmal 30 Prozent der Beschäftigten im Einzelhandel tarifgebunden.

Diese Tarifflucht bereitete der Bundesarbeitsministerin Sorge. Deshalb setze sie seit einiger Zeit auf Anreize für Arbeitgeber, wieder in die Tarifbindung zurückzukehren. Im Bundestag präsentierte sie ihr Konzept, nach dem starre Regeln, die den Arbeitgebern nicht gefielen, mit sogenannten Öffnungsklauseln beispielsweise bei der Leiharbeit umgangen werden können: „Die Sozialpartnerschaft ist für mich Herzstück unserer sozialen Marktwirtschaft. Darum geben wir den Sozialpartnern auch Spielraum, durch den Tarifvertrag. Zusammen, nicht alleine, können sie den Einsatz von Leiharbeitern abweichend von den Grundregeln des Ge-

setzes gestalten und aushandeln. Das setzt einen neuen Anreiz, sich tariflich zu binden.“

Diese Öffnungsklauseln beträfen auch die gesetzlichen Mindeststandards für Löhne, Arbeitszeit und Befristungen. In den Gesetzen, die eigentlich die Arbeitnehmer schützen sollen, tauchen nun vermehrt Sätze auf wie: „Abweichende Regelungen können durch Tarifvertrag verändert werden“. Im Wahlkampf verkaufe SPD-Kanzlerkandidat Schulz das Unterlaufen der Regeln als Fortschritt. Andrea Nahles habe erfolgreich die Weichen für Tarifbindungen gestellt. Es gebe Flexibilität nur in tarifgebundenen Betrieben, denn es gehe um die Sicherheit für die Arbeitnehmer. Wie soll das gehen? Arbeiter und Angestellte schützen, indem man ihre Rechte aufweicht?

Nicht nur Arbeitsmarktexperte Professor Sell meint, dass hier das Prinzip des Tarifvertrags auf den Kopf gestellt wird. Es gebe eine einfache Regelung: dass es einem Arbeitnehmer mit gesetzlichem Tarifvertrag besser gehe als ohne. Nun würden jedoch tarifliche Öffnungsklauseln ermöglicht, mit denen von der gesetzlichen Regelung abgewichen werden könne. Jetzt säßen Tarifpartner am Tisch, die nicht nur behandelten, was oberhalb der gesetzlichen Tarifgrenzen machbar sei, also mehr Geld, bessere Arbeitszeiten, mehr Sicherheiten. Nein, nun könne auch nach unten verhandelt werden, befristet sogar weniger als der Mindestlohn oder weniger Ruhepausen. Hier sei nun eine Schlechterstellung für Arbeitnehmer durch einen Tarifvertrag entstanden.

Das Arbeitsministerium behauptet hingegen, die Arbeitnehmer hätten nichts zu befürchten. Mehr Schutz für Arbeitnehmer gebe es nur, wenn dies sozialpartnerschaftlich vereinbart werde. Die Grundannahme der Tariföffnungsklauseln, dass sich zwei gleich starke Partner gegenübersäßen und ein vernünftiges Ergebnis ausbaldowern könnten, stimme schon bei so einer starken Gewerkschaft wie der IG Metall nicht mehr. Diese Prämisse sei völlig unsinnig und funktioniere nicht, spiegele auch nicht die Realität in den Unternehmen wider. Tatsächlich habe die IG Metall kürzlich per Tarifvertrag akzeptiert, dass der Arbeitgeber Mindeststandards für Leiharbeiter unterläuft. Leiharbeiter in der Autoindustrie bekämen nun zwar etwas mehr Geld, doch dürfen sie im Gegenzug doppelt so lange ausgeliehen werden wie im Gesetz vorgesehen, obwohl erst im Frühjahr das Leiharbeitergesetz verschärft wurde. Da hieß es: 18 Monate maximal, Schluss mit der Ausbeutung.

Beim Treffen mit einem Leiharbeiter vor dem BMW-Werk in Dingolfing erfährt ein Betroffener, dass die Tarifpartner die Verleihdauer verdoppelt haben: 36 Monate mit Option auf 48 Monate. Eine Öffnungsklausel im Gesetz mache es möglich. Er wusste von dieser Regelung nichts und wollte lieber nicht erkannt werden. Er war über diese Vereinbarung weder von der Zeitarbeitsfirma noch von BMW selbst informiert worden. Weil dies natürlich bei vielen zu großem Unmut geführt hätte, wurde offensichtlich lieber erst mal „der Deckel darüber gehalten“. Der interviewte Leiharbeiter ist inzwischen seit vier Jahren bei dem BMW-Werk

und hoffte eigentlich übernommen zu werden. Doch durch die neue Öffnungsklausel sieht seine Zukunft für ihn düster aus.

Leiharbeit sei Teil des Sklavenlohnsektors, weil diese Leute praktisch in prekären Verhältnissen gehalten würden. Es gebe keinerlei Planungssicherheit mehr. Man könne sich auf keinerlei Kredit einlassen, weil niemand wisse, wie lange er den Job noch besitze. Als Arbeitgeber profitiere davon BMW. Aber warum schließt die mächtige IG Metall einen solchen Vertrag ab? Für ein Interview ist die Gewerkschaft nicht zu haben.

Der „Linken"-Bundestagsabgeordnete Klaus Ernst war jahrelang Gewerkschaftsfunktionär bei der IG Metall. Für ihn ist dieser Tarifvertrag ein Offenbarungseid. Ziel müsse es sein, möglichst wenig Menschen in solchen prekären Arbeitsverhältnissen zu haben. Dies laufe dem jetzt natürlich zuwider. Ernst weiß, dass Konzerne schnell mit Auslagerungen ins Ausland drohten, wenn die Gewerkschaft „zu frech" werde, vermutet aber auch, dass die IG Metall die Arbeitnehmer aus der gut situierten Stammbelegschaft absichern wolle: Je mehr Leiharbeiter es gebe, desto unwahrscheinlicher sei es, dass bei einer Krise jemandem von der Stammbelegschaft gekündigt werde. Ernst sieht die Leiharbeitnehmer als die „Angeschissenen" in dieser Situation.

Ähnlich laufe es bei den Ärzten. Auch hier sei ein Mindeststandard wegverhandelt worden. Eigentlich dürften sie nach dem Gesetz „nur" maximal nur 48 Stunden in der Woche arbeiten, doch uneigentlich seien nach dem Tarifvertrag 58 Stunden erlaubt. Der Marburger Bund, die Gewerkschaft der Ärzte, mache hier mit, obwohl die eigenen Mitglieder ein Ende dieser extremen Regelung forderten. Begründet werde das mit dem Ärztemangel. Dabei werde seit Jahren gefordert, dass mehr Medizinstudenten zugelassen und mehr Stellen in den Krankenhäusern geschaffen würden. Dann würden keine Öffnungsklauseln nach außen gebraucht. Wenn die Gewerkschaft so mitspiele, müsse die Politik nicht handeln. Mindeststandards als Verhandlungsmasse zu nehmen, sei eine gefährliche Strategie. Schließlich seien die Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes nicht vom Himmel gefallen oder von irgendwelchen Spinnern ausgedacht worden: Der gesetzlichen Angabe von Ruhezeiten liegen bestimmte medizinische Gründe vor, die Unfälle verhüten und verhindern, dass die Leute krank werden.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke"

„Manipulative Eingriffe in die statistischen Berechnungen": Der Hartz-IV-Regelsatz müsste bei korrekter Herleitung nicht um sieben, sondern um 120 Euro erhöht werden *(„Neues Deutschland")*

„Wir werden die Hartz-Reformen korrigieren": Bremer SPD schickt Sanktionsgegner in den Bundestag *(„Radio Bremen")*

Nur selten erhöhte Anpassungsbereitschaft durch Sanktionen

1. Obwohl die Löhne in Deutschland zuletzt insgesamt stiegen, kommt das Wirtschaftswachstum nicht bei allen an: Wer ein niedriges Einkommen hat, profitiert kaum von der guten Gesamtlage. Das Wirtschaftsministerium warnte nun in einem internen Papier davor, diese Entwicklung gefährde den Zusammenhalt in Deutschland. Die **Lohnungleichheit** war prompt Thema bei „Heute plus“. Die Sendung steht nicht mehr im Netz, die Darstellungen wurden relativiert. Die Unterschiede wurden nicht begründet, nicht benannt.

Der Beitrag stellte auf das Nettoeinkommen ab. Die Behauptung lautete, Menschen mit niedrigem Einkommen hätten netto wesentlich mehr in der Haushaltskasse. Mitgerechnet wurden das Kindergeld und eventuelle weitere Sozialleistungen, jedoch ohne Zahlen. Abgesehen davon, dass niedrige Löhne politisch gewollt waren und sind, ist es nicht sachgerecht, das Kindergeld für einen Vergleich von Lohnunterschieden heranzuziehen, weil es keinerlei Bezug zum Bruttolohn hat. Dass von Kindergeld allein kein Kind versorgt werden, kann ist allseits bekannt.

Auch die reichen Menschen in Deutschland erhalten Kindergeld. Aufstockendes ALG II erhalten die Bedürftigen. Der Preis dafür ist hoch, daher wird der Antrag leider oftmals nicht gestellt. Unterstützung gibt es bei den Beratungsvereinen – oder bei uns vorbeikommen! Selbstverständliches Ziel sollte ein Arbeitseinkommen zum Auskommen sein, doch heute müssen Arbeitssuchende häufig hören: 20 Stunden mehr geht nicht, den Rest gibt es vom Amt! Bei der Frage „Arm oder nicht arm?“ werden Kindergeld und Transferleistungen einbezogen.

In einem Artikel der „Süddeutschen“ wird die Lohnentwicklung nur angerissen. Zur Beurteilung sollte berücksichtigt werden, dass die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer(innen) mit geringen Einkommen seit Jahren gesunken sind. Die Lohnentwicklung in Deutschland ist für Geringverdiener negativ; nachzuempfinden in den Beiträgen über die Leiharbeit sowie über das Arbeitsvolumen. Die Lösung gegen Armut sind auskömmliche Löhne!

Bremen ist wieder einmal Spitzenreiter im Negativen: Die Hansestadt hat im Verhältnis zur Einwohnerzahl die meisten armen Menschen in Deutschland – und die meisten Millionäre. Das ist nichts Überraschendes. Ist es aussichtslos? Ja, bis die Menschen mit geringen Einnahmen montags ab 17:30 Uhr den Marktplatz entdecken!

In Bremen lässt es sich gut leben, obwohl die Hansestadt seit Jahrzehnten unterfinanziert ist und aktuell keinen „Speck“ mehr auf den Rippen hat. Eine Bilanzierung der „sozialen Schulden“ sowie der unterlassenen Investitionen in Beton wurde bisher unterlassen. Nur Stückwerk mit teilweise unklaren Ansätzen wurde erstellt. Bremen hat kaum eine Dienststelle, die ordentlich und zeitgenau arbeiten kann. Zum Haushalt gehört die verspätete Besetzung der vakanten Positionen. So werden Personalkosten gespart, aber die Arbeitsqualität leidet. Nebenbei verfallen Bußgelder für Verstöße im Straßenverkehr. Totenscheine, Geburtsurkunden, Elterngeld, Wohngeld – alles kommt später. Diese Zeitverzögerung bei Anträgen belastet die Armen.

In einem NDR-Bericht heißt es, die insgesamt gute Wirtschaftsentwicklung habe sich nicht in einem Abbau der Armut niedergeschlagen, im Gegenteil: „Gemessen an der Armutsquote geht der zunehmende gesamtgesellschaftliche Reichtum mit zunehmender Ungleichheit und der Abkopplung einer immer größeren Zahl von Menschen vom allgemeinen Wohlstand einher.“ Dazu passe, dass der Anstieg der Armutsquote im Jahr 2015 mit einem weiteren Rückgang der Arbeitslosen- und der Hartz-IV-Quote einhergegangen sei. Offensichtlich bedürfe es verteilungspolitischer Korrekturen seitens des Staates, „sei es durch eine deutliche Anhebung von unteren Löhnen und insbesondere des Mindestlohnes oder aber bessere Transferleistungen für das untere Einkommenssegment“.

Ich habe den Bericht vom Jahresanfang mit den Zahlen für 2015 genommen. „Damals war alles besser“ stimmt nur bedingt, vor zehn Jahren war Bremen ebenfalls negativer Spitzenreiter: „Betrachtet man die Entwicklung der vergangenen zehn Jahre, die in dem Bericht erstmals erfasst wurde, konnten vor allem die ostdeutschen Bundesländer ihre Armut signifikant abbauen – Mecklenburg-Vorpommern von 24,1 auf 21,7 Prozent. In Hamburg blieb die Quote stabil, in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bremen stieg sie an.“

„Der Deutsche Städte- und Gemeindebund kritisierte den Armutsbericht als zu pauschal. Personen, die weniger als 60 Prozent des Durchschnitts aller Deutschen zur Verfügung hätten, würden darin generell als arm bezeichnet, sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg der ‚Neuen Osnabrücker Zeitung‘. Die Bewertung sage nichts aus über die tatsächliche Situation eines Menschen und bedeutete schon gar nicht, dass die Betroffenen gesellschaftlich abgehängt seien.“

Die Kritik des Städte- und Gemeindebundes kann ich nicht nachvollziehen. Über die Reglungen zur Unterkunft beim ALG II sind die Sachbearbeiter zumindest teilweise mit der Armut vertraut. Die Regelsätze sind nicht auskömmlich! Menschen, die von Sozialleitungen leben müssen, sind einfach arm. Wie wenig hilfreich das Jobcenter bei der Vermeidung von Obdachlosigkeit ist, geht aus diesem Beitrag unter Position 5 hervor. In der Dokumentation wurde auch festgestellt, dass Teilhabe nur bedingt gelebt wird.

2. Wo ist das Geld geblieben? Seit Jahren gesunkene Löhne und die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um fast 100 Prozent waren mein Ansatz (siehe Vorwo-

che). Hier geht es um die Exportüberschüsse. Die „Tagesschau“ hat festgestellt: „Die Nachfrage nach ‚Made in Germany‘ boomt ungebrochen. Die deutschen Exportunternehmen haben das dritte Mal in Folge ein Rekordjahr hingelegt, trotz der Schwäche des Welthandels.“ Im Video werden die Zusammenhänge gut dargestellt, auch der Export der Arbeitslosigkeit und die mögliche Gefahr durch Abschottung der anderen Staaten.

In dem Beitrag wird festgestellt, dass die Anhebung von Löhnen und Gehältern den Druck auf die anderen Staaten reduzieren würde. Deutschland hat ab 2000 bis heute einen Exportüberschuss von rund 2,5 Billionen Euro erwirtschaftet. Wo ist dieses Geld geblieben? Auf den Banken, in den Tresoren müssten diese Billionen liegen, aber es fehlt rund eine Billion Euro. Begründet wurde dies mit Forderungsausfällen der Exporteure, aber ohne Quellenangaben.

Der Schwund von einer Billion Euro ist sicherlich nicht auf eine Ursache festzulegen. Eine Billion Euro von 2,5 Billionen ergeben einen **Forderungsverlust** von 40 Prozent. Um die Größenordnung greifbarer zu machen: Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte beläuft sich auf rund 2,5 Billionen Euro. Ich habe mich schon länger gefragt, woher eigentlich das Geld in den Steuerparadiesen kommt. Jetzt ist es für mich erklärt.

Wie viele Euro hat der Finanzminister davon erhalten? Gibt es Steuerklärungen mit Kapitalerträgen in den Steuerparadiesen? Über eine Billion Euro müsste sich doch der Finanzminister Klarheit verschaffen. Ich drücke uns die Daumen, ich hoffe – allerdings kenne ich Milliarden, die der Bundesfinanzminister scheinbar nicht wiederhaben will, und Vorgänge, bei denen die Mehrwertsteuer nicht entrichtet wird.

3. Zu den Arbeitsplätzen und Arbeitsstunden siehe die vorherige Bremer Montagsdemonstration. „Arbeit war das halbe Leben“, heißt eine Dokumentation der ARD. Menschen erinnern sich an ihre Arbeit. Ein Rentner kehrt 77-jährig an seinen **Arbeitsplatz** zurück. Statt vieler Hände sieht er dort Roboter, keine Menschen: „So war es auch für seinen Bruder und seinen Vater, sie alle arbeiteten bei Opel. Heute ist es eher eine Ausnahme, wenn jemand von seiner Hände Arbeit eine Familie ernähren kann. An den Bändern und Ständen, wo früher Hunderte Menschen im Einsatz waren, stehen heute fast nur noch Roboter.“ Das Bild der „tanzenden Maschinen“ ist sehr eindrucksvoll. Die „Gesellschaft 4.0“ wird auch hier noch Einsparmöglichkeiten aufzeigen.

Es geisterte kurz die Meldung von einer neuen Auftragsforschung für die Bundesregierung über den Bildschirm: Es herrsche wieder Fachkräftemangel. Die Schlagzeilen sind verschwunden. Der Bericht wird im Bundeskanzleramt verwahrt. Das IAB-Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit hat umgehend dementiert. Dessen Meinung war Frau Merkel vorher bekannt. Scheinbar sollte etwas Neues mit eben dieser Forderung her. Bereits aus der Eingangsbemerkung der verschwundenen Forschungsarbeit ist erkennbar, dass der Punkt „Ge-

sellschaft 4.0“ nicht entsprechend berücksichtigt wurde. „Fachkräftemangel“ ist gut für die Stimmung: Es werden Menschen gebraucht!

4. Wie werde ich „ungebildet“ oder „ungelernt“? Ich hole etwas weiter aus: Ein junger Mensch geht zur Schule und absolviert eine **Ausbildung** mit Abschlussprüfung vor der Handelskammer. Nun ist er gelernter Arbeitssuchender. Der junge Mensch, der keinen Ausbildungsplatz ergattern kann, wird in Arbeitsstellen ohne Abschluss oder andere Schulungsmaßnahmen geparkt. Er ist dann ungelernter Arbeitssuchender. Die Zeit geht ins Land. Der Mensch mit der abgeschlossenen Berufsausbildung ist arbeitssuchend. Er hat seinen Anspruch auf ALG I verbraucht und bezieht jetzt bereits länger ALG II.

Auf der „Einladung“ zum Gespräch steht jetzt ein anderes Team, ein anderer Ansprechpartner. Auf Nachfrage erfährt er, das sei kein Versehen: „Sie sind jetzt als ungelernter Arbeitssuchender eingestuft. Ihr Wissen und Können ist veraltet und wird daher gelöscht.“ So wird Mensch „ungelernt“, trotz abgeschlossener Berufsausbildung. Damit stimmt dann wieder die Aussage, Langzeitarbeitslose seien die Ungelernten. Natürlich ist Gegenwehr möglich, aber wer will das schon. Akademische Titel bleiben dem jetzt „Ungelernten“ immerhin erhalten. Besser wären die Abklärung der tatsächlichen Fähigkeiten und des Wissen und dann eine auffrischende Unterstützung, aber dies ist aber im SGB II nicht vorgesehen.

5. Hartz IV hat viele Macken. Auf unseren Seiten steht vieles darüber, wie sich Erwerbslose fühlen, wie es ihnen ergeht. „Die nicht betroffene Öffentlichkeit erhält ein falsches Bild über die Situation der Erwerbslosen“, heißt etwa mein Beitrag zur 285. Bremer Montagsdemonstration. „Scharf links“ hat in einer Rundmail folgende Meldung des „Gewerkschaftsforums Dortmund“ verschickt:

„Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages: **Sanktionen** bei Hartz IV sind nicht nur grundrechtswidrig, sondern auch kontraproduktiv. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit wurden im Jahr 2015 insgesamt 980.100 Sanktionen gegenüber erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in der Grundsicherung ausgesprochen. Die Zahl der Sanktionen sei damit das erste Mal seit 2011 wieder unter die Marke von einer Million gesunken. Der überwiegende Teil, nämlich 76 Prozent aller Sanktionen, komme durch Meldeversäumnisse zustande. Im Rahmen der Dokumentation des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages zu den Sanktionen bei Hartz IV werden wissenschaftliche Studien ausgewertet, die die nicht intendierten Effekte von Sanktionen untersuchen.“ Diese lesenswerte Dokumentation ist sehr detailliert und zielgenau. Hier stehen einige Ausschnitte:

> 2.1. Ergebnisse. In „einigen Fällen“ hatten die Sanktionen „schwerwiegende negative Folgen für die Lebenslagen“ der Sanktionierten. Es trat häufig eine „lähmende Wirkung“ ein; nur in seltenen Fällen hatten die Sanktionen eine erhöhte Anpassungsbereitschaft zur Folge. Die „erzieherischen“ Wirkungen von Sanktionen auf das Verhalten und die Verhal-

tensdispositionen ließen sich nicht als „Aktivierung“ oder als Stärkung von „Eigenverantwortung“ interpretieren.

2.1.1. Finanzielle Auswirkungen. Die Einbußen an Leistungen zur Existenzsicherung konnten laut Studie nur sehr begrenzt durch alternative Einkommen oder Subsistenzmittel kompensiert werden. Knapp ein Drittel der Befragten nutzte Lebensmittelgutscheine. Fast alle der Betroffenen gaben aber an, dass diese Variante für sie demütigend war und sie sich oftmals bloßgestellt fühlten. Des Weiteren fanden sechs Personen aus der Studie Unterstützung bei Familie oder Freunden (drei Personen).

Drei Sanktionierte nutzten ihre Ersparnisse komplett oder zumindest größtenteils, um den Lebensunterhalt weiterhin bestreiten zu können. Unabhängig von der Sanktionierung gaben drei Betroffene an, ihr Budget wie gewohnt durch Flaschenpfand aufzubessern. Als weitere Varianten der Verdienstmöglichkeiten wurden kurzfristige Beschäftigungen, aber auch illegale Tätigkeiten genannt.

Der Großteil der Interviewpartner hatte keine Möglichkeit, das Einkommen auf alternativen Wegen aufzubessern. In acht Fällen konnten deshalb Rechnungen oder die Miete nicht bezahlt werden. In Verbindung mit der finanziellen Belastung nannten einige Befragte, dass sie sich deshalb auch stärker aus dem sozialen Leben zurückgezogen haben. Weiterhin wurden Einsparungen beim Lebensmittelkauf genannt, der notwendige Verzicht auf Arztbesuche und Medikamente sowie der Verzicht auf Tickets für die öffentlichen Verkehrsmittel.

Zwangsräumungen und die Krise des Hilfesystems. Die in verschiedenen Berliner Stadtteilen durchgeführte Fallstudie der Humboldt-Universität zu Berlin widmete sich insbesondere der ansteigenden Zahl von Zwangsräumungen in Verbindung mit dem sozialstaatlichen Hilfesystem in Deutschland. Dabei wurde auch der Einfluss von Sanktionen untersucht.

4.1. Ergebnisse. Entstandene Mietrückstände konnten von Arbeitslosengeld-II-Beziehern kaum ausgeglichen werden. Die Jobcenter, die bei der Lösung der Probleme mithelfen sollten, wurden in der Studie eher als Verursacher dieser Schwierigkeiten betitelt: Sie förderten die Entstehung von Wohnungsnotlagen durch eine repressive Auslegung der „Angemessenheitsgrenzen“ der Miete, systematische Fehler, Verschleppung bei der Antragsbearbeitung und Sanktionen.

Sie waren laut Studie in vielen Fällen direkt verantwortlich für durch Mietrückstände entstandene Kündigungen, erzwungene Umzüge und Zwangsräumungen. Dadurch erübrigte sich aus der Sicht der Betroffenen die Möglichkeit der Beratung und Unterstützung durch die Jobcenter. Die in der Studie befragten „Sozialen Wohnhilfen“ berichteten, dass sie ihre Klienten vorzugsweise zu Terminen des Jobcenters bezüglich

der Wohnungssituation begleiten. Ohne diese Unterstützung würden es viele Menschen nicht schaffen, ihre Ansprüche geltend zu machen.

Bei dieser Dokumentation bekommt das Jobcenter den Spiegel vorgehalten. Leider stimmt sie mit unseren Erfahrungen überein. Es gibt aber auch korrekte Mitarbeiter(innen). Dann bleibt der Streit um falsche unlogische Gesetzauslegung, Mietobergrenzen oder Bearbeitungszeiten. Wer zum Jobcenter geht, scheut sich oft, jemanden mitzunehmen, oder steht aus anderen Gründen plötzlich allein vor dem Jobcenter. Dann einfach Folgendes beachten: Nichts unterschreiben! Sie können alles mitnehmen, in Ruhe lesen und auch einen Beratungsverein fragen.

Danach können Sie entweder unterschreiben oder weitere Informationen einfordern, wenn etwa in der „Eingliederungsvereinbarung“ der „Bildungsgutschein“ fehlt oder die Zahl der Bewerbungen zu hoch ist. Auch beim Folgebesuch nichts sofort unterschreiben! Wer ALG II beantragen will, erhält oft die Auskunft: „Sie haben keinen Leistungsanspruch“. Das Jobcenter Braunschweig hat so 30 Prozent aller Leistungsanträge „erledigt“. Die Lösung lautet: „Ich hätte es gerne schriftlich“, also per Bescheid. Falls es nicht läuft, zum Beratungsverein gehen oder bei uns vorbeischauen!

6. Nun zum gemeinsamen Auftritt der Kanzlerin und ihres Herausforderers bei einer Plauderstunde im Fernsehen. Vier Journalisten, mitten im Wettbewerb stehend, und ein Rivale sind eigentlich gute Voraussetzungen für die Wahrheit.

Aufgefallen ist mir die Täuschung der Dieselbesitzer: Die Fahrzeughersteller haben die Schummelsoftware bewusst eingesetzt. Es handelt sich somit nicht um eine „mangelhafte Ausführung“ oder einen ähnlichen Fehler und folglich nicht um einen Gewährleistungsfall, sondern es geht um vorsätzlichen Betrug. Dafür gelten die Haftungseinschränkungen der Hersteller nicht. Die Nachbesserung muss der Hersteller vornehmen, bis der zugesagte Zustand erreicht ist. Mit der Nachbesserung lebt die Gewährleistung wieder auf. Der Wertverlust der Autos ist nur eine Seite. Die Umweltschädigung nimmt keiner gerne hin. Umweltbewusstes Handeln war gerade der Antrieb zum Kauf eines Diesels.

Aufgefallen ist mir, dass die Fingerabdrücke der Neubürger nicht verwendbar waren aufgrund von Bedienungsfehler, nicht kompatiblen IT-Anlagen oder Programmfehlern, und dass niemand gesagt hat, dass die Neubürger teilweise über zwölf Monate auf ihren Termin warten müssen und sie in dieser Zeit weder einen Sprach- noch einen Integrationskurs besuchen können. „Natürlich“ dürfen diese Menschen auch nicht arbeiten. Zur „Zukunft 4.0“ kam nichts, beim Thema Ausbildung zu wenig. Die Sendung war insgesamt zu steif und hatte zu wenig Fragenqualität. Herr Schulz sagt, an ihm liege es nicht. Frau Merkel wollte auch keine Änderung des Ablaufs. Sie hat einige Fernsehauftritte hinter sich. Gesprächsbewerber mussten ihre Fragen mit der Bewerbung einreichen. Frau Merkel konnte so Fachwissen demonstrieren. Ich habe sie für sattelfester gehalten. Diese Verweigerung zeigt, dass Frau Merkel scheinbar Angst vor Herrn Schulz hat. Auf der Strecke bleibt der Wähler.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Wo bleiben die Unterschiede?

Das Fernseh-„Duett“ von Merkel und Schulz am Sonntag war zum Gähnen. Wo blieben eigentlich die Unterschiede? Was für ein grandioser „Fortschritt“: Beide sind für die Rente mit 67 statt für eine Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre für Männer und 55 für Frauen! Immer weniger schaffen es überhaupt bis 63 oder 65 – und da soll es ein Fortschritt sein, auf die Rente mit 70 zu verzichten? Merkel brüstet sich, die Arbeitslosenzahlen „halbiert“ zu haben. Aber was für Jobs sind das denn? Ein Großteil entfällt auf Leih- und Zeitarbeit oder eben Minijobs. Vor allem sind Millionen Frauen im Minijob – aber nicht weil sie sich das wünschen, sondern weil sie nichts anderes finden! Wer heute einen Minijob hat oder auch zwei, für den ist Altersarmut schon vorprogrammiert, denn der bekommt nur solch eine kümmerliche Rente, dass er sie mit Hartz-IV-artiger Grundsicherung aufstocken muss, um nicht zu verhungern.

Bei den Hartz-Gesetzen soll ohnehin alles beim Alten bleiben. Mit einem bisschen mehr „Gerechtigkeit“ werden Schulz und seine SPD weiter nicht punkten können. Beim „Duett“ gab es auch keine Distanzierung von Kriegseinsätzen der Bundeswehr in mittlerweile 21 Staaten. Die Türkei soll nach mehreren Verhaftungen deutscher Staatsbürger nicht in die EU, aber die Geschäfte sollen lustig weiter gehen. So gibt es Waffenlieferungen ohne Ende, allen voran durch Rheinmetall, bekanntlich auch in Bremen aktiv. Auch der widerwärtige Flüchtlingsdeal mit Erdogan wurde von beiden nicht in Frage gestellt. Diese Kanzlerin, dieser Kandidat und ihre Parteien sind nichts für uns!

Aber es gibt noch Schlimmeres. Letzte Woche kam wieder deutlich zum Vorschein, welch ekelerregend braune Brut in der AfD sitzt: Ihr Spitzenkandidat Gauland wollte die Integrationsbeauftragte „in Anatolien entsorgen“, eine widerlich rassistische Hetze. Holger Arppe, bis letzte Woche Fraktionsvize im Schweriner Landtag, wurde nicht etwa entlassen, weil er Faschist ist, sondern musste zurücktreten, weil 10.000 Seiten Chat-Protokolle mit widerwärtigster rassistisch-

faschistischer Sauce ans Licht kamen, darunter kinderpornografische Gewaltfantasien oder Formulierungen wie „rot-grünes Geschmeiß“, „alle Linken unters Schafott und runter damit“.

Schon immer richtete sich der Faschismus in erster Linie gegen alle Linken und gegen die Arbeiterbewegung. Hitlers Auftrag, den er vom herrschenden Monopolkapital erhalten hatte, war die Zerschlagung der kommunistischen und der Arbeiterbewegung. Erst in zweiter Linie trieb ihn sein Judenhass, den er von der Kirche gelernt hat, denn Judenpogrome gab es schon seit dem 15. Jahrhundert. Bei allen Faschisten – ob Hitler, die AfDler, Erdogan oder Trump – sollen Religion und Rassenhetze immer nur den eigentlichen Kern verdecken, die brutalste Durchsetzung der Interessen des Finanzkapitals. Es gilt, dessen Herrschaft aufrecht zu erhalten, koste es, was es wolle, und gegen jegliche Freiheitsbewegung, vor allem die Arbeiterbewegung, aufs Rücksichtsloseste vorzugehen.

Frauke Petry von der AFD fordert das Verbot der „Internationalistischen Liste / MLPD“ als „kriminellem marxistisch-leninistischem Auswuchs“ mit der Begründung, dass im Bündnis auch eine palästinensische Freiheitsbewegung mitmache. Da kann sie sich mit dem Grünen Volker Beck die Hand reichen, der selbiges fordert. Jegliche Kritik an der brutalen Politik der israelischen Regierung und der grausamen Unterdrückung des palästinensischen Volkes wird als antisemitisch zu verunglimpfen versucht, aber wir lassen uns die Solidarität mit den Freiheitskämpfen der Kurden und Palästinenser nicht verbieten!

Die von der kurdischen YPG geführte demokratische Bewegung SDF hat inzwischen Raqqas Altstadt vom faschistischen IS befreit. Inzwischen sind 70 Prozent der Stadt frei. Rojava in Nordsyrien zeigt einen Weg für den ganzen Nahen und Mittleren Osten auf: Hier leben die Menschen frei und selbstbestimmt, gleich welcher Religion oder Ethnie sie zugehören, ob Kurden, Araber, Aramäer, Drusen oder sonstigen Volksgruppen. Männer und Frauen sind nicht nur auf dem Papier gleichberechtigt, und der Schutz der Umwelt steht in der Verfassung. Wir müssen uns noch viel mehr gegen jeglichen imperialistischen Terror zusammenschließen. Beim Antikriegstag am Freitag wurde deutlich, dass Teile der alten Friedensbewegung das noch nicht begreifen, wenn sie auf Putin als „Friedensfreund“ bauen oder das faschistoide Assad-Regime in Syrien, das von Russland am Leben gehalten wird, als „demokratisch vom Volk gewählt“ bezeichnen wie in der Rede von B. Heller am Freitag.

Eine neue Friedensbewegung brauchen wir, denn die Gefahr eines atomaren Dritten Weltkriegs war noch nie so groß wie heute. Momentan sind die USA mit Präsident Trump sicher die Hauptkriegstreiber. Seine Drohung, Nordkorea mit seinem ganzen Volk von der Landkarte zu streichen, ist mehr als nur Säbelrasseln, auch wenn Kim Jong-un mit Raketentests und Atombombenbau provoziert. Wer sich auf die eine oder andere Seite des Imperialismus schlägt, sei es nun Russland oder Deutschland, wird immer im Chauvinismus enden und keinen Krieg verhindern können, sondern macht sich zum Spielball der Mächtigen. Gegen jegli-

che imperialistische Aggression! Verbot und Vernichtung aller ABC-Waffen durchsetzen! Abzug aller ABC-Waffen aus Deutschland!

Bei den letzten Wahlen war oft die „Partei der Nichtwähler“ die größte Partei. Das kann man verstehen, wenn es keine Alternative gibt. Aber es gibt eine: Die „**Internationalistischen Liste / MLPD**“ nutzt die Wahl, um ein Bündnis internationalistischer, antifaschistischer und revolutionärer Kräfte aufzubauen. Aktive Vertreter der Arbeiterbewegung, Vertrauensleute und Betriebsräte, Vertreter der Umwelt- und der kämpferischen Frauen- und Jugendbewegung gehören dazu und nicht zuletzt viele Montagsdemonstranten. Wir gehen dem Übel an die Wurzel, damit sich wirklich etwas ändert! Ich lade euch herzlich ein zu unserer **Kundgebung** am **Samstag**, dem **9. September 2017**, um **13 Uhr** auf dem **Hanseatenhof** mit Reden, Musik, Kaffee und Kuchen. Hier besteht auch die Möglichkeit, alle Kandidaten der Landesliste Bremen und die Direktkandidaten kennenzulernen.

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

631. Bremer Montagsdemo am 11. 09. 2017

Hurra, die Armut ist abgeschafft!

1. Gibt es bei uns heutzutage denn überhaupt noch Armut? Leben wir nicht in einem goldenen Zeitalter? Weil bei uns schließlich niemand mehr in Wellblechverschlägen wohnen oder sich Lebensmittel aus dem Abfall fischen muss? Nein, das gibt es in Deutschland doch gar nicht mehr! Der Begriff **Armut** scheint sozusagen aus der Mode gekommen, weil der heutige Wohlstand der Armut gar keinen Spielraum mehr lasse. Wer bitteschön würde denn ernstlich hungern müssen? Hurra, die Armut ist abgeschafft!

Deutschland macht weiter so. Immerhin hält es seit Jahren den Sparkurs der „Schwarzen Null“ und schiebt jede Kritik an der ungerechten Verteilung der Einfachheit halber in die Ecke der Verschwörungstheoretiker. Der Armut wird schlicht und ergreifend ihre Existenz abgesprochen, weil ihr die typischen Merkmale fehlten. Mit der oft satten und überheblichen Arroganz der Wohlhabenden wird einfach der Maßstab einer absoluten Armut angelegt, mit dem unsere relative Armut gar nicht erfasst werden kann. Praktischerweise soll so die Politik entlastet werden, sich überhaupt mit der Armuts- beziehungsweise Verteilungsfrage beschäftigen zu müssen.

Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des „Paritätischen Wohlfahrtsverbands“, spricht in dem von ihm herausgegebenen Buch „Kampf um die Armut“ vom Phänomen der Vertuschung. Er berichtet, ihm werde unterstellt, er wolle die Armut aufbauschen, um sich ein Betätigungsfeld zu sichern. Nur weil die Kritiker von Armutsberichten verlautbaren lassen, sie könnten nirgendwo die klassischen Slums oder Favelas erkennen, meinen sie damit wohl das Thema Armut vom Tisch wischen zu dürfen. Dabei wird bei uns von relativer Armut gesprochen, die eine andere Form des allgemeinen Armutsbegriffs ausmacht. Diese Armut ist gerade dabei, sich in Deutschland zu manifestieren und einzurichten.

Relative Armut zeigt sich durch soziale Ausgrenzung von klein auf, durch Zurückstehen vom öffentlichen Leben. Relative Armut sei ein oft schleichender Prozess, ein Abgleiten in einen entbehrungsreichen Alltag, ein Leben von letzten Ersparnissen, letztlich ein Einstellen sozio-ökonomischer Teilhabe. Durch den Vergleich mit der absoluten Armut in Entwicklungsländern soll die hiesige Armut

kleingeredet werden. Vornehm braucht niemand von Geld zu sprechen, das man hat, oder gar von der Armut, die man eben nicht hat. Mit der Anerkennung dessen, dass nicht nur absolute Armut etwas ist, was es zu bekämpfen gilt, sondern auch mit der bei uns vorherrschenden relativen Variante, werde der sozialen Gerechtigkeit nähergekommen.

Ich glaube, den an der „Tafel“ für abgelaufene Lebensmittel Anstehenden oder jenen, die sich nur schwer überhaupt eine Wohnung mit schimmelnden Wänden am Stadtrand leisten können, die nicht wissen, wovon sie ihre Strom- oder Wassergeldrechnung in normaler Höhe bezahlen sollen, die den Kindern die Teilnahme an einem Ausflug verweigern müssen, ihnen allen ist eine „amtliche Definition“, ob sie aus klassischer oder relativer Armut zu wenig Geld zum Vegetieren, geschweige denn Leben mit gesellschaftlicher Teilhabe haben, völlig schnurz.

2. Wo steht geschrieben, dass in Bremer **Kindergärten** 7,5 Kinder und in den Krippen der Hansestadt drei Kinder auf eine Fachkraft kämen? In der handschriftlichen Urfassung bei den schönsten „Kinder- und Hausmärchen“ der Gebrüder Grimm möglicherweise? Nein, so ist es bei der „Bertelsmann-Stiftung“ nachzulesen. Wenn Erzieher(innen) und Kinder jedoch aus den mit Rosen umrankten Seiten der Studie herauspurzeln, landen sie eher unsanft und finden sich auf dem Boden der Realität mit 20 Kindern und 1,5 Betreuer(inne)n in zu kleinen Räumen wieder. So „gut“ sind sie jedoch nur ausgestattet, wenn der Krankenstand der oft überlasteten Erzieher(innen) nicht zu hoch ansteigt.

Nun muss allerdings unser Augenmerk auch darauf gelenkt werden, wie die große Lücke bei den Kitaplätzen schnell geschlossen werden kann, ohne dabei die Qualität zu verschlechtern. Die Politik will beim „sozialen Gedöns“ natürlich alles so billig haben wie irgend möglich und schielt immer wieder offen nach dem 21. und 22. Kind in den Gruppen. Wenn vom Betreuungsschlüssel die Rede ist, wird ständig nur geguckt, wie viele Kinder auf eine Erzieherin kommen. Auch Schlüssel müssen gewartet und gepflegt werden, manchmal geölt, damit sie nicht so schnell rosten oder im Schloss klemmen. Ich wünsche mir mehr Achtsamkeit für die Erzieher(innen).

In den Gruppen für die Drei- bis Sechsjährigen sollten keine sogenannten Viertquartalskinder untergebracht werden, also Zweijährige, die erst Ende des Kalenderjahres drei Jahre alt werden, oft noch gewickelt werden müssen und Mittagsschlaf brauchen. Auf diese Weise werden den Allerjüngsten mehr Krippenplätze zur Verfügung gestellt, aber die regulären Kitagruppen müssen sehen, wie sie diese Herausforderungen auch noch irgendwie lösen können. Während in den meisten Betrieben geregelte Pausen und Mitarbeiterzimmer eine Selbstverständlichkeit sind, können wir in der überwiegenden Zahl der Bremer Kindergärten davon nur träumen. Mit einer Prise Euphemismus und einem Löffelchen Honig um den Bart geschmiert ist es nicht getan.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Die AfD ist keine Partei des „kleinen Mannes“

Am Samstag gab es eine ganzseitige Werbung für die AfD im „Weser-Kurier“, diesen Montag wieder. Auch bei jeder Talkrunde sind ihre Vertreter dabei. Keine andere Partei, die nicht im Bundestag sitzt, bekommt solche Berichterstattung und Werbung in den Medien. Die AfD präsentiert sich als „Anwalt der kleinen Leute“, aber das Gegenteil ist der Fall: Die AfD ist Wegbereiter für den Faschismus. Auch wenn sie selbst als Ganzes nicht offen faschistisch in Erscheinung tritt, tun einige Spitzenfunktionäre dies durchaus. Alexander Gauland will die Integrationsbeauftragte „in Anatolien entsorgen“, er betrachtet Menschen demnach als Müll.

Alice Weidel hat offenbar folgende Mail geschrieben: „Der Grund, warum wir von kulturfremden Voelkern wie Arabern, Sinti und Roma etc. ueberschwemmt werden, ist die systematische Zerstoerung der buergerlichen Gesellschaft als moegliches Gegengewicht von Verfassungsfeinden, von denen wir regiert werden.“ Und zur Merkel-Regierung: „Diese Schweine sind nichts anderes als Marionetten der Siegermaechte des 2. WK und haben die Aufgabe, das dt. Volk klein zu halten, indem molekulare Buergerkriege in den Ballungszentren durch Ueberfremdung induziert werden sollen.“ Der Empfänger hat dies eidesstattlich versichert, wie die „Welt am Sonntag“ aufdeckte.

Wie schon „Pegida“ und vor drei Jahren die Querfront-Leute von der „Friedensmahnwache“, auch hier in Bremen, versuchen die Faschisten, die berechtigte Kritik und Wut über die Politik der bürgerlichen Parteien auf ihre Mühlen zu lenken. Deswegen genau hinschauen, mit wem man bei Merkel-Wahlauftritten zusammensteht, wer da pfeift und „Merkel raus“ schreit! Alice Weidel war vor ihrem Eintritt in die AfD als Unternehmensberaterin und in der Vermögensverwaltung der Allianz tätig. Davor war sie Mitarbeiterin bei Goldmann Sachs. Sie vertritt nicht die „kleinen Leute“! Ihr Auftrag ist ein ganz anderer: der AfD ein scheinbar freundliches Gesicht zu geben.

Die AfD vertritt massiv die Interessen der Monopole. Sie fordert die Abschaffung der Erbschafts- und Vermögenssteuer sowie den Aufbau sogenannter gelber Gewerkschaften im Stil der „Deutschen Arbeitsfront“ im Dritten Reich. Damals wurden die Gewerkschaften zerschlagen und Millionen Mitglieder versklavt, ins KZ gesteckt, gefoltert und ermordet. Heute fordert die AfD die Einführung eines Arbeitsdienstes für Langzeitarbeitslose. Sie nennt das „Bürgerarbeit“. Die Strafmündigkeit soll auf zwölf Jahre herabgesetzt werden, das Erwachsenenstrafrecht

ausnahmslos ab 18 Jahre angewandt werden. Wie Trump in den USA greift die AfD vor allem die Jugend an.

Das brutale Vorgehen der Polizei beim „G20“-Gipfel in Hamburg war Christel Weißig, Landtagsabgeordnete in Mecklenburg-Vorpommern, zu mild. Sie fragt: „Warum werden bei uns Plünderer nicht sofort erschossen?“ Armin-Paul Hampel, niedersächsischer AfD-Landesvorsitzender, nennt die VW-Abgasbetrugskrise ein „Hollywood-Schmierentheater, um den zweitgrößten Autohersteller der Welt zu zerschlagen“. Von ihm kommt keinerlei Kritik an den kriminellen Betrügern in der Chefetage. Die AfD fordert auch ein Weiterlaufen der Atomkraftwerke und der fossilen Verbrennung. Deutschland soll – wie von Trump für die USA angekündigt – aus dem Klimaabkommen aussteigen. Die jetzigen Wirbelstürme in der Karibik und die Überschwemmung Floridas zeigen, was los ist mit dem Klima!

In ihrem Wahlprogramm hetzt die AfD gegen Flüchtlinge, denen angeblich „alles gegeben“ wird, während „die Deutschen“ leer ausgehen. Waren früher „die Juden“ Zielscheibe der Faschisten, so sind es heute „die Flüchtlinge“. Aber woher kommen denn 65 Millionen Flüchtlinge? Wer ist verantwortlich, dass so viele Menschen ihre Heimat verlassen müssen, weil sie sonst verhungern, ermordet oder in die Dienste faschistischer Banden gezwungen werden? Dazu gibt es kein Wort bei der AfD. Sie betreibt nur einmal mehr das perfide Spiel der Spaltung und nimmt die verantwortlichen Imperialisten, Großkonzerne und ihre Regierungen aus der Schusslinie.

Abgesehen davon, dass es gerade in Ostdeutschland, wo die AfD am stärksten ist, fast keine Flüchtlinge gibt, ist das auch von CDU, SPD und Grünen gern gebrauchte Argument, „das Boot“ sei „voll“, absolut falsch. So hat Libanon mit sechs Millionen Einwohnern über eine Million Flüchtlinge, Deutschland mit 82 Millionen Einwohnern nur geringfügig mehr, nämlich 1,2 Millionen. Ein Flüchtling bekommt in Deutschland zwischen 76 und 135 Euro Taschengeld im Monat. Maximal erhält er 352 Euro, einschließlich aller Sachleistungen, weniger als Hartz IV!

Wir müssen der AfD die Maske vom Gesicht reißen! Sie ist absolut keine Partei des „kleinen Mannes“ und schon gar keine Protestpartei. Frauke Petry fordert im Einklang mit Volker Beck von den Grünen das Verbot der „Internationalistischen Liste / MLPD“, die für die Freiheit des palästinensischen und kurdischen Volkes eintritt. Beide bezeichnen den Freiheitskampf der Palästinenser als „Terrorismus“. Dabei sind es Petry und ihre AfD, die für ein faschistisches Terrorregime stehen, und Beck nimmt den israelischen Staatsterror gegenüber den Palästinensern in Schutz. Wir lassen uns die Solidarität mit dem weltweiten Kampf für Befreiung nicht verbieten! Hoch die internationale Solidarität! Keinen Fußbreit den Faschisten!

Wir laden herzlich ein zur **Filmvorführung** am **Freitag**, dem **15. September 2017**, um **19 Uhr** im **Freizeitheim Buntentor**, Geschwornenweg 11a. Der Film heißt „**Lenin, genialer Führer des Kampfes gegen Imperialismus und für Sozialismus**“. Noch nie war die Gefahr eines atomaren Dritten Weltkriegs so groß wie heute. Vor 100 Jahren hat die Oktoberrevolution den Ersten Weltkrieg been-

det. In der Diskussion nach dem Film wird es daher auch um die Oktoberrevolution und die Lehren daraus für heute gehen.

Wolfgang Lange (MLPD)

„Kognitive Dissonanz“: Wie Sozialdemokraten den Blick in den Spiegel ertragen *(„Der Freitag“)*

Springer-Kampagne

Nun hat es die AfD endlich geschafft: Sie ist zum Ziel einer Springer-Kampagne geworden. Eine bisher mutmaßliche E-Mail aus dem Jahre 2013 aus der Tastatur der Spitzenkandidatin hievt die umstrittene AfD ein weiteres Mal in die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Mir erscheint dies sehr wohl als inszeniert.

In einem als vertraulich deklarierten Strategiepapier der AfD für das Wahljahr 2017 heißt es: „Die AfD muss ... ganz bewusst und ganz gezielt immer wieder politisch inkorrekt sein, zu klaren Worten greifen und auch vor sorgfältig geplanten Provokationen nicht zurückschrecken“.

Die AfD skandalisiert sich ganz bewusst durch Hetzäußerungen, wie bisher unter anderem durch Herrn Gauland oder Frau von Storch, um, mediale Aufmerksamkeit erheischend, durch anschließende Empörungsausbrüche ihrer Kontrahenten in die Talk-Shows zu gelangen und so Tagesgespräch zu werden. Ohne diese Strategie wäre die AfD eine kleine Partei, die auf der Bekanntheitsskala abfiele. Als rechte bis äußerst rechtsneoliberale Partei wildert sie dabei vor allen Dingen in der bisherigen Wählerschaft von CDU/CSU/FDP.

Nun veröffentlicht die Springer-Presse diese E-Mail, die von Frau Dr. Alice Weidel stammen soll. Erst einmal möchte ich klarstellen, dass bei Springer keine eidesstattliche Versicherung oder dergleichen abgegeben werden kann. Da Frau Dr. Weidel bestreitet, Verfasserin dieser E-Mail zu sein, dürfte sich die Erbringung der Beweislast als äußerst schwierig, wenn nicht gar aussichtslos erweisen.

Allein schon deshalb dürfte die AfD neue Sympathien erringen, da Frau Dr. Weidel sich hier als Springer-Opfer profilieren kann. Somit passt dieser neueste AfD-Skandal ins bisherige Bild. Ich kann hier nur Vermutungen anstellen, aber es würde mich nicht wundern, wenn die AfD selbst der Springer-Presse diese E-Mail

zugespielt hätte, was von taktischer Klugheit zeugte, oder es sich gar um eine von Springer induzierte Kampagne handelte. Holzauge, sei wachsam!

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Saubere Verbrennungsmotoren gesucht

Das Zeitalter von Plastikmüll und Verbrennungsmotoren muss vorbei sein! Es hat Jahrzehnte gedauert, bis wir überhaupt etwas davon gemerkt haben. Jetzt endlich, da die Meere im Plastikmüll absaufen und wir selbst in Atemnot geraten, suchen wir nach Schuldigen und Verursachern. Weder Politiker noch die Petrochemie oder gar die Autoindustrie werden uns helfen. Wir müssen schon selbst etwas unternehmen!

Vor diesem Hintergrund ist es absurd, Volksbetrügern die Interviewfrage zu stellen: „Lohnt es sich noch, einen neuen Diesel zu kaufen?“ Hier zwei typische Antworten von „Fachleuten“, die schon lange nichts mehr dazugelernt haben. Eckehart Rotter, Pressesprecher des Verbands der Automobilindustrie, sagt: „Natürlich lohnt es sich heute noch, einen neuen Diesel zu kaufen. Insbesondere dann, wenn die Jahreslaufleistung höher ist“. Ebenso Karl-Heinz Bley, Präsident des Landesverbandes Niedersachsen-Bremen des Deutschen Kfz-Gewerbes: „Es lohnt sich für Vielfahrer. Es gilt die Faustformel: Ab 20.000 km Jahreslaufleistung rechnet sich ein Diesel.“

Dass Menschen in vielen deutschen Städten seit Jahren unter überhöhten Autoabgasen, daraus folgenden Krankheiten und geringerer Lebenserwartung leiden, wird von unverantwortlichen Ignoranten gegen das Sparen von etwas Geld aufgerechnet, unter Empfehlung von hohen Laufleistungen! Ich frage mich: Wie geisteskrank dürfen Menschen eigentlich sein, bevor sie in geschlossene Anstalten eingewiesen werden müssen?

Das Erlauben von Schadstoffen durch Menschen, die andere Mitmenschen erzeugen dürfen und wieder andere oder sie selbst „einnehmen dürfen“, ist nicht akzeptabel. Selbst Betroffene scheinen diese Zusammenhänge nicht zu erkennen: Sie sind Opfer und Täter zugleich, aus eigener Bequemlichkeit. Diskussionen über Grenzwerte werden sinnlos, denn Schadstoffe gehören weder ins Trinkwasser noch in die Atemluft. Es ist hirnrissig, wirtschafskriminellen Produzenten

Schadstoffausstoß jeder Art zu erlauben, sich selbst daran zu beteiligen und sich dann betrogen zu fühlen, mit Anspruch auf Schadenersatz.

Grenzwerte werden sowieso nicht eingehalten. Skrupellose Anwälte im Auftrag der Autolobby versuchen Gesundheitsschäden wegzuklagen. Die „Deutsche Umwelthilfe“ klagt gegen das Kraftfahrtbundesamt und erhält Recht. Das Kraftfahrtbundesamt fühlt sich unrecht behandelt und legt Widerspruch ein. Eine Bundesumweltministerin wagt erste klägliche Schritte, die Autoindustrie in die Pflicht zu nehmen. Ihr Parteikollege und Möchtegern-Kanzler fällt ihr in den Rücken, indem er die Automobil-Mafia dabei unterstützt, noch möglichst lange Dieselfahrzeuge auf dem Markt zu halten.

Von „hoch spezialisierten“ Softwarefreaks werden auf Anweisung ihrer höchsten Vorgesetzten hohe Schadstoffausstöße gesundgerechnet. Das ist aber kein Thema für IT-Spezialisten und Anti-Virus-Programmierer, denn Automotoren sind noch immer typische Produkte des Maschinenbaus vor hundert Jahren. Daran hat sich bis heute grundsätzlich nicht viel verändert, egal ob ein Auto mit Diesel, Benzin, Gas, Holz oder Kohle angetrieben wird. Die Naturgesetze der Verbrennung können weder von Juristen oder Politikern noch durch Softwareupdates außer Kraft gesetzt werden.

Für mich hört sich die ganze Automobil-Thematik mitsamt ihren Abgasen und Skandalen so an, als würde der alte Fred Feuerstein mit seinem Nachbarn Barni Geröllheimer über die Zucht moderner Saurier diskutieren. Dieses Zeitalter ist längst beendet! Verantwortungslose Geschäftemacher, Betrügerbanden, ihre Helfer und auch die Betrogenen können es nicht mehr zurückholen. Sie haben es selbst noch nicht wahrgenommen und können so immer weiter betrogen werden.

Helmut Minkus (parteilos)

Am Willen zur gerechten Besteuerung ist zu zweifeln

1. „Zeit für Gerechtigkeit“, „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – was für „Blüten“ durch Hartz IV! Die „Arte“-Dokumentation „Arm sein in Deutschland“ zeigt die Armut dank Hartz IV, die Hoffnungslosigkeit, die Ignoranz, die Behinderung der Kinder bei der Bildung, den Verlust des sozialen Umfelds: „Soziale Gerechtigkeit sollte das zentrale Thema im Wahlkampf sein, vor allem für SPD-Kanzlerkandidat Schulz. Doch so richtig scheint er mit dem Thema nicht durchzu-

starten. Dabei sprechen die Zahlen für sich: Laut Statistischem Bundesamt sind 20 Prozent der Deutschen von Armut bedroht. Jedes fünfte Kind in Deutschland ist arm.“

Wie schnell das Armutsrisiko vor allem bei Arbeitslosen wächst, zeigt die Reportage von Andrea Fies. In Berlin hat sie eine Familie getroffen, deren Leben nach dem Jobverlust der Eltern komplett aus den Fugen geraten ist, Mutter, Vater und drei Kinder. Die Mutter hat ihre Arbeit verloren, der Vater kurz darauf einen schweren Unfall gehabt. Das Jobcenter hat die Kosten der **Unterkunft** nicht gezahlt, die Wohnung ging verloren. Die Familie lebt jetzt in einem Hostel auf 55 Quadratmetern für 3.780 Euro monatlich. Das ist viel Geld für eine Unterkunft, die kein Zuhause sein kann, mit Etagenbetten, ohne Schrank und Platz, um Schularbeiten zu machen, ein Leben aus dem Koffer.

Die Mutter hat einen Vermieter gefunden und ist mit dem Wohnungsangebot zum Jobcenter gegangen. Es dauert 15 Minuten bis zur Ablehnung, denn die angebotene Wohnung ist mit 860 Euro zu teuer. Angemessen wären 815 Euro. Die Mutter hat sich bei einer Beratungsstelle Hilfe holen wollen, doch für die „Wohnungshilfe“ ist solch eine Unterbringung akzeptabel, weil sie keine entsprechende Wohnung verfügbar hat. So heißt es: „Wir können da nichts machen. Allein in dieser Beratungsstelle haben wir circa 2.800 bis 3.000 Menschen mit solcher Wohnungsnot.“

Die Sachbearbeitung des Jobcenters hätte die Wohnung bewilligen können. Gegenwehr ist möglich: vom Vermieter die Wohnung reservieren lassen, mit Überredung und festem Datum, dann die Hilfe des Gerichts einholen, vorher noch Widerspruch gegen die Ablehnung einlegen, dem Gericht ausführlich und detailliert die aktuelle Lage und die Entstehung der Not schildern, den Link zum Film mitliefern. Speziell für Berlin ist die Wohnungsnot nachzulesen im Gutachten des Deutschen Bundestages über die Wohnungssituation in Berlin mit Einbeziehung der Fachstudie der Humboldt-Universität Berlin, vergleiche vorherige Bremer Montagsdemonstration. Sieht so ein Land aus, in dem wir gut leben können?

2. Einzahlen oder warten: Die „Stiftung Warentest“ berichtet über die Änderungen der **Betriebsrente** (Heft September 2017, Seite 82). Der Arbeitgeber muss sich ab 2018 an den Beiträgen beteiligen. Er spart weiterhin den Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und muss nicht mehr für den Ertrag der Betriebsrente geradestehen. Das Risiko, dass die Anlage den gewünschten oder in Aussicht gestellten Ertrag tatsächlich verwirklicht, liegt nunmehr beim Arbeitnehmer. Auch die Anbieter werden geschützt, weil für diese Verträge keine Rentenhöhe garantiert werden darf, und können erfolgsorientierter oder risikoreicher anlegen. Ob damit auch die Kostendeckelung aufgeweicht ist, geht aus dem Artikel nicht hervor. Aus meiner Sicht ist das ein Rückschritt, denn gerade die Altersicherung von Arbeitnehmern muss besonders „wetterfest“ sein.

Sehen Sie sich den Vertrag genau an! Ab 2018 muss der Arbeitgeber auch für bereits bestehende Verträge zahlen, und Betriebsrenten werden wie Riester-

Renten nicht mehr komplett bei der Grundsicherung angerechnet. Und noch ein verwirrender Hinweis: Wer (nicht freiwillig) gesetzlich versichert ist, kann eine Betriebsrente bis 148 Euro beitragsfrei beziehen, aber bitte rechtzeitig sicherstellen, dass es nicht 149 Euro werden, denn mit 148,01 Euro ist der Gesamtbetrag beitragspflichtig. Die „Stiftung Warentest“ eine betriebliche Altervorsorge und eine ungeförderte private Rentenversicherung miteinander verglichen (Seite 83). Ergebnis: Nach Abzügen verbleibt bei beiden Verträgen ungefähr der gleiche Betrag.

Nicht eingegangen ist die „Stiftung Warentest“ auf die Auswirkung auf die gesetzliche Rentenversicherung. Bei der privaten Rentenversicherung bleibt die gesetzliche ungeschmälert bestehen. Auch eventuelle Lohnersatzleistungen werden durch die private Rentenversicherung nicht geschmälert. Wer eine Betriebsrente abschließt, sollte auch immer die Auswirkung auf die gesetzliche Rente erfragen. Allerdings fällt der Deutschen Rentenversicherung die Antwort schwer, weil die Höhe der Betriebsrente nicht mehr garantiert ist. Bitte trotzdem einen Gesprächstermin vereinbaren!

Über Minderleistungen der Betriebsrente und auch der privaten Rentenversicherung hat sich die „Arbeitnehmerkammer Bremen“ Gedanken gemacht, vergleiche 536. Bremer Montagsdemonstration. „Die Illusion von der Lebensstandardsicherung“ heißt ihre „Analyse der Leistungsfähigkeit des Drei-Säulen-Modells“ von August 2015. Wenn Sie mehr über die Reduzierung der Rentenanwartschaften erfahren wollen, können Sie bei der „Arbeitnehmerkammer“ über eine Suche nach dem Stichwort Lebensleistung herausfinden, warum die Neurenten bei gleicher Lebensleistung rund 25 Prozent niedriger sind.

3. Der **Unterhaltsvorschuss** für Kinder, wenn der andere Elternteil nicht zahlt, wurde endlich verbessert: Der Anspruch ist nicht mehr auf 72 Monate begrenzt und besteht jetzt bis zum Alter von 18 Jahren. Aber: „Für Kinder nach Vollendung des zwölften Lebensjahres ist zusätzlich Voraussetzung, dass sie selbst nicht auf Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch angewiesen sind oder dass der alleinerziehende Elternteil im SGB-II-Bezug eigene Einkünfte in Höhe von mindestens 600 Euro brutto monatlich erzielt.“

Der Antrag kann bis Ende September rückwirkend ab 1. Juli 2017 gestellt werden. Wer sich mit Hartz IV auskennt, hat hier sicher gestutzt, denn auf diese Weise werden Rahmenbedingungen der Bedarfsgemeinschaft des SGB II geändert. Dies ist auch unterhalb der Altersgrenze anwendbar: Wenn ein Kind mit Unterhalt und Kindergeld die Höhe des Regelsatzes erreicht, kann die Bedarfgemeinschaft geteilt werden. Wer dadurch besser gestellt wird, sollte einen Beratungsverein aufsuchen, um alle Wechselwirkungen abzuklopfen.

4. Die Milliarden, die der Bundesfinanzminister scheinbar nicht wiederhaben will, sind beim Cum-Ex-Betrug ergaunert worden. Akteure waren viele Wohlhabende, unterstützt vom vielen Banken. Die Gauner stammen auch aus den Zirkeln der Regierenden. Eigentlich war es eine einfache Sache: Die Steuer einmal zahlen,

aber mehrfach erstatten lassen – darauf kommt kein vernünftiger Mensch! Der Untersuchungsausschuss hat leider berücksichtigt, dass Herr Schäuble der letzte Akteur war. Bereits seine beiden Vorgänger im Amt hätten diesen Betrug beenden können. Nachfragen der Finanzämter, ob sie wirklich erstatten sollen, haben keine Änderung erwirkt. Die genannte Schadenssumme von zwölf Milliarden ist viel zu gering: Unter Einbeziehung der ausländischen Großbanken wird der Schaden auf rund 65 Milliarden Euro geschätzt.

Das „Manager-Magazin“ schreibt zum Debakel: „Minister vor Untersuchungsausschuss. Schäuble wurde vor **Aktientricks** bei Deka-Bank gewarnt. Mit umstrittenen Dividendengeschäften unterschlugen Geldinstitute dem Fiskus jahrelang Milliarden. Finanzminister Schäuble (CDU) wurde früh auf Deals der Deka-Bank hingewiesen. Als Chefaufseher hatte er besondere Verantwortung. Er wurde frühzeitig auf Steuertricks bei der Deka-Bank hingewiesen, über die er selbst die Aufsicht hat. Das zeigen E-Mails, die dem ‚Spiegel‘ vorliegen.“ Die Warnung soll 2011 erfolgt sein. „Damals war ein Gesetz zur endgültigen Unterbindung sogenannter Cum-Ex-Geschäfte zwar bereits auf dem Weg, es trat aber erst 2012 in Kraft. Zum Verbot ähnlich angelegter Cum-Cum-Geschäfte kam es sogar erst 2016. Allein durch sie entgingen dem Fiskus jährlich bis zu sechs Milliarden Euro.“

Über den Cum-Ex-Steuerbetrug sowie die Nichterhebung von Steuern steht einiges auf unseren Seiten. Jedem Normalbürger sträuben sich da die Nackenhaare! Schon bei der 80. Bremer Montagsdemonstration können nachlesen Sie, wie über lange Zeit Steuerbetrug ausgeführt wurde, ohne diese Schwachstelle per Gesetz zu versiegeln. Heute laufen die Luxusjachten „über Malta“, und es wird mit einen anderen Konstrukt die Mehrwertsteuer vermieden, mit dem „Segen“ der EU. Ob Betriebsprüfer, Steuerprüfungen, -betrug, -vermeidung, bei der Deutschen Bank, in der Schweiz: „Geld regiert die Welt“. Wolfgang Schäuble hat „Verständnis, wenn Unternehmen versuchen, wenig Steuern zu zahlen“. Steuerhinterziehung ist für ihn ein Relikt aus den sechziger Jahren – aber doch kein Delikt von heute!

Die Änderung der Steuerabzugsfähigkeit von Lizenzgebühren wurde geändert, mit langem Vorlauf. Der Steuerzahler hat erneut auf Geld verzichtet. Die SPD hat vor Einführung der Agenda 2010 und zur Erhöhung der Akzeptanz der Hartz-Gesetze die Haushaltskassen geleert. Alle Kapitalgesellschaften konnten die Senkung der Körperschaftsteuer im Halbwertverfahren zehn Jahre rückwirkend geltend machen. 2001 wurde die Körperschaftsteuer sogar zum Kostenfaktor, 2008 wurde sie von 25 auf 15 Prozent gesenkt.

Wer diese Informationen liest, zweifelt am Willen zur gerechten Besteuerung. Die aktuelle Bundesregierung und auch die vorherige SPD-geführte Regierung haben nachhaltig bewiesen, dass sie das Geld der Reichen nicht haben wollen. Bereits aus diesem Grund muss der Wechsel her! Es geht: einfach wegkreuzen! Alle Bürger, die zur Wahl gehen, mindern den Einfluss der extremen Parteien. Ich mag keine Nazis, insbesondere nicht als Abgeordnete. Ihr Vorgehen ist wie

damals hoffentlich nicht erfolgreich. Außerdem ist das AfD-Programm nichts für Menschen mit wenig Geld. Einfach kritisch hinschauen!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Übrigens: Der Kassenfehlbetrag von einer Billion Euro ist noch ungeklärt. Panama, Malta und die Steueroasen lassen grüßen! In Tallin wollen die EU Finanzminister nun ein wirksames Mittel zur Erhebung von Unternehmenssteuern finden. Allmählich reicht es! Mein Vorschlag lautet: Wenn Schwarzgeld gefunden wird, fällt es an den Staat. 100 Prozent Abschöpfung, wie bei anderen Kriminellen auch!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

632. Bremer Montagsdemo
am 18. 09. 2017

Wählen Sie selbst, von wem Sie betrogen werden wollen!

Wieder einmal dürfen im demokratisch regierten Deutschland 61,5 Millionen Berechtigte die Verbesserer ihres Lebens und der Nation wählen. Doch die Probleme, die unsere Erde und ihre Menschen haben, sind nicht durch ein paar halbherzige Politiker zu lösen, deren wichtigstes Ziel der möglichst große Stimmengewinn zu sein scheint, um noch möglichst lange im Amt zu bleiben. Hier ein paar bekannte Beispiele, wie die eigentlichen Probleme der Menschen gemacht werden, die bisher noch kein Politiker unter Kontrolle gebracht hat, denn leider stehen hinter ihnen mächtigere Interessenten, von denen sie sich betrügen lassen oder mit denen sie kooperieren (müssen).

Fangen wir bei den Fipronil-verseuchten Frühstückseiern an, die in halb Europa verteilt sind. Ich frage mich: Wie gelangt ein Insektengift in ein Nahrungsmittel? Ein kleiner, unbedeutender Produzent will mit möglichst vielen Hühnern möglichst wirtschaftlich möglichst großen Gewinn erzielen. Das ist normal und legal, doch einige von uns Kunden sind bedauerlicherweise betroffen, indem sie das Kotzen kriegen oder Schlimmeres. Vielleicht war es nur ein „Versehen“ des Produzenten. Alle großen deutschen Pharmakonzerne (kleine gibt es nicht mehr) haben ihre Produktion von Antibiotika nach Indien und China verlegt. Warum?

Der Konkurrenzdruck sei zu groß, das Produkt werde zu teuer für die Kunden, ist eine übliche Lüge. Die Wahrheit ist: Wirtschaftskriminelle haben genau ausgerechnet, um wie viel der Profit am Produkt steigt, bei den dortigen niedrigeren Lohnkosten, wie viel günstiger der Grunderwerb ist, und welche steuerlichen Vorteile es gibt. Kriminelle Anwälte der Konzerne prüfen ständig, welche Umweltstandards es in welchen Ländern gibt oder am besten gar nicht gibt, damit jeder Dreck produziert werden kann, ohne Rücksicht auf Schädigungen von Mensch und Natur.

Alles wird genau berechnet, bevor eine Produktionsstätte in den entlegensten Gebieten der Erde gebaut wird. Kommt es zu einem Massensterben von ir-

gendetwas, oder tauchen plötzlich mysteriöse Krankheiten, Resistenzen, Vergiftungen auf, muss dem Produzenten ein Zusammenhang erst nachgewiesen werden. Eine übliche, verlogene Rechtfertigung ist dann: „Wir haben uns an die Vorschriften und Gesetze des Landes gehalten.“ Richtig ist: Es gibt dort gar keine Gesetze, und wenn, dann kontrolliert sie niemand.

Industrieabgase werden beliebig in die Luft geblasen oder verseuchte Abwässer in Flüsse geleitet, ganz zum Wohle von Aktionären, zur Maximierung von Gewinnen und zur sinnlosen Kapitalanhäufung. Edelholzbäume werden für Deutschland zu Grillkohle verbrannt. Möbel aus Edelhölzern müssen gekennzeichnet werden, Grillkohle nicht. Die Hersteller wissen das zwar alles, aber es bringt „Kohle“. Wenn der Gesetzgeber es nicht genau vorschreibt und der Kunde es nicht weiß, kann es nur legal sein.

Kleider für den Weltmarkt werden zu geringsten Kosten unter unmenschlichen Bedingungen hergestellt und gefärbt und bei uns „teuer“ verkauft. Alte verdreckte Schiffe werden in den entlegensten Ecken der Erde von den ärmsten Menschen der Welt mit primitivsten Mitteln zerlegt, Reste zur weiteren Verrottung liegengelassen, auch als Kinderspielplätze. Solche menschenverachtenden Wirtschaftsstrategien sind seit Jahrzehnten bekannt. Beispiele gibt es für jedes Produkt überall auf der Welt.

Ein jahrzehntealtes Thema, das aus aktuellem Anlass auch wieder mal in Deutschland besonders hochgekocht wird, ist der Autoabgas-Skandal. Details sind Ihnen bekannt durch alle Medien. Nicht irgendwelche Arbeiter(innen) in China, Indonesien oder in Bangladesch sind betroffen: Diesmal sind es viele Bewohner(innen) in allen deutschen Städten. Seit es Verbrennungsmotoren gibt, schädigen sich Menschen gegenseitig und wissentlich aus den Abgasrohren ihrer Autos. Dabei gerne behilflich sind ihre Händler und teilweise ihre Arbeitgeber.

Wehren Sie sich, liebe Betroffene! Hoffentlich haben Sie eine gute Rechtsschutzversicherung. Schalten Sie Ihre Anwälte ein, schließen Sie sich Sammelklagen an, bestehen Sie auf Ihrem Recht, verlangen Sie Schadenersatz für Ihre Dreckschleuder! Fordern Sie Knast statt Boni für die Verursacher! Lassen Sie sich nicht mit einer Softwarelösung abspeisen, die bringt gar nichts. Fordern Sie gleiches Recht für alle, am besten ein neues Auto für sich, wie in den USA üblich!

Weltweit besitzt jeder achte Mensch einen privaten Pkw. In Deutschland und auch in Bremen sieht das etwas vornehmer aus, da besitzt jeder zweite Bürger ein Auto. Gerechterweise soll natürlich jeder Mensch der Welt eins haben und mit jedem Liter Sprit, den er damit verbrennt, nicht nur drei Kilogramm Kohlendioxid in seine eigene Atemluft blasen, sondern vor allem noch Kohlenmonoxid und Stickstoffoxid, Ozon, Benzol, Aldehyde, Blei, Quecksilber. Mir fällt es in diesem Fall nicht leicht zu unterscheiden, wer durch wen betrogen wird. Das größte Problem, das ich bei derart skrupellos geplanten Betrugsskandalen sehe: Wir selbst merken es in den meisten Fällen erst dann, wenn es für uns fast zu spät ist, noch etwas dagegen zu tun.

Beim Auto wissen wir es aber schon lange. Wachen wir also auf aus unseren Träumen von unbegrenzter Freiheit und Bequemlichkeit und tun wir selbst etwas, oder vertrauen wir weiterhin unseren Lebensmittelproduzenten, Auto- und Bombenbauern, Atomstromern, Kredit- und Arbeitgebern? Verlassen wir uns weiterhin auf unsere Versicherungen, Anwälte, Werbepsychologen, Ärzte und Apotheker, Gesetzgeber und Politiker? Für noch immer Unentschlossene gibt es eine Entscheidungshilfe von „Greenpeace“. Oder wählen Sie sich selbst als klare Alternative!

Helmut Minkus (parteilos)

„Mutti der AfD“: Es ist kein Zeichen politischer Reife, sich immer wieder fürs „kleinere Übel“ zu entscheiden *(„Spiegel-Online“)*

Nach welchem Leitsatz entscheide ich diesmal? Zweitens: „Von den voraussichtlich ins Parlament einziehenden Parteien so links wie möglich.“ Und erstens: „Hat der voraussichtliche Wahlkreisgewinner ein gutes Ergebnis verdient?“ Wenn er sich gegen Hartz-IV-Sanktionen ausspricht, hat er das. – *Gerolf D. Brettschneider (parteilos)*

Am **Donnerstag**, dem **21. September 2017**, findet um **9:30 Uhr** vor dem **Landessozialgericht** der **Prozess** unseres Montagsdemo-Mitstreiters Harald Braun gegen die **Rentenversicherung** wegen **Altersdiskriminierung** statt (Am Wall 198, Saal 11, 1. Obergeschoss). Sie fordert seine Rente für die Zeit seiner Arbeitslosigkeit zurück. Es geht um 4.169,65 Euro für die Zeit vom 1. März 2011 bis zum 31. Mai 2012. Die Rentenversicherung verlangt die Rente zurück, obwohl Harald deutlich unter der Hinzuverdienstgrenze lag.

Dem liegt eine ungerechte Auslegung des § 96a SGB VI zugrunde, die arbeitslose Menschen benachteiligt. Darin wird nicht der reale Betrag des Arbeitslosengeldes (hier 740 Euro) zur Bemessungsgrundlage genommen, sondern das Bruttogehalt drei Jahre zuvor. Der Prozess hat dadurch einen grundlegenden Charakter für zahlreiche Arbeitslose. Die Auslegung des § 96a SGB VI ist durch die wachsende Altersarmut nicht mehr zeitgemäß und bedarf einer Erweiterung durch eine Einzelfallprüfung, die von der realen Lebenssituation arbeitsloser Rentner(innen) ausgeht. Wie in den beiden ersten Instanzen würde sich Harald über zahlreiche Unterstützung freuen!

Rechtsruck herbeigetalkt: Warum bevorzugen Fernsehsender die Stimme von Stumpfsinn und Hass? *(„Spiegel-Online“)*

Große Koalition abgestürzt: Merkel muss „nach Jamaika“ *(„Stern“)*

Demokratie ist der Stachel im Fleisch der Superreichen

Es ist Wahlk(r)ampf. Auch wenn die Parteien nicht gerade überzeugend wirken: Wählen ist ein Recht, das Fundament unserer Demokratie. Nachstehend benenne ich Fehlentwicklung, Schieflagen und weitere Gründe, zur Wahl zu gehen. Es gibt eine Partei, die bereits dem jetzigen Bundestag angehört. Deren Aussage ist einfach: einfach sozial! Die Demokratie ist der Stachel im Fleisch der Superreichen. Sie ist Mitbestimmung und steht gegen das Schalten und Walten nach Gutsherrenart. Die Demokratie in Deutschland war bereits wieder verschwunden. Passen wir darauf auf! Wählen gehen ist die beste Gegenwehr!

Die nachstehende Aufstellung ist natürlich unvollständig – wie die Handlungen der noch aktuellen Regierung. Zum Geld und zur Rente steht einiges auf den Seiten der vorherigen Bremer Montagsdemonstrationen. Am 25. November 2013 ging es um den damaligen Koalitionsvertrag. Die FDP war draußen! Die Gewinnaufschlüsselung nach Ländern, wie in der Rohstoffindustrie vereinbart und bereits von Finanzminister Eichel durchgedrückt, konnte jetzt auf alle Wirtschaftszweige übertragen werden. FDP-Vizekanzler Philipp Rösler hatte dies dem Bundesfinanzminister per Weisung untersagt. Was wird aus den vielen FDP-Mitarbeitern, die Dirk Niebel ins Entwicklungshilfeministerium geholt hat? Wird die Steuervergünstigung für Hotels zurückgenommen, und werden diese ihre Spenden zurückfordern? Es ist nichts dergleichen passiert!

Wollte die CDU/CSU für eine Rückkehr der FDP vorsorgen? Oder hat die FDP einfach all diese Klientelpolitik in Absprache mit der CDU/CSU gemacht und die CDU/CSU vor diesen Aktionen bewahrt? Bei den Hotels hat die CSU parallel zur FDP Spenden erhalten. Einfach mal die Seiten der Bremer Montagsdemo rund um den Wahltermin 2013 nachlesen und sacken lassen! Komischerweise haben die Koalitionsvertragsparteien wesentliche Wahlversprechen überhaupt nicht angefasst beziehungsweise nur dahingeschleppt. Anstelle der Konzernerträge nach Ländern soll jetzt der Umsatz nach Ländern zur Besteuerung herangezogen werden. Durch den „Wechsel der Pferde“ ist einer weiterer Verschleppung Tür und Tor geöffnet! Die Bildung ist nach wie vor in Schieflage. Die Schulsysteme sorgen für eine Beibehaltung der „Kasten“. Ausgrenzung wird mit vielen Details erreicht. Gleiche Chancen für alle Kinder, wirklich!

Die Energiewende hat eine Rolle rückwärts gemacht: Braunkohle schlägt Erdgas! Windräder werden angehalten, Solaranlagen abgeschaltet. Einfach unverständlich! Die Förderung der Wind- und Sonnenenergie wurde vermindert, die

Erlaubnis zur Stromlieferung der Anlagen auf See verzögert und teilweise reduziert. Der Bau von Stromtrassen in den Süden wurde nicht rechtzeitig begonnen. Die CSU hat die Planungsmitwirkung verweigert oder verzögert. Die Bundesregierung hat dies nicht geahndet, nicht einmal kritisiert. Fast stillschweigend wurde vereinbart, dass die Zusatzkosten der Netze den Verbrauchern aufgebürdet werden.

Eine Minderung der Energiekosten für Unternehmen wurde umfangreicher ermöglicht. Auf der Zugspitze wird der Permafrost dokumentiert: Er geht zurück. Permafrost hält die Felsen zusammen. Die Forscher auf der Zugspitze befürchten weitere Geröllabgänge und Felsstürze. Wirksamste Bremse wäre der Ausstieg aus der Braunkohle. Dies würde die Luftbelastung insgesamt messbar reduzieren. Die Umsteuerung von Braunkohleverstromung auf alternative Energien ist kurzfristig machbar.

Obwohl die damalige Entscheidung der Bundesregierung zur kurzfristigen Abschaltung sehr gut gedacht war, wurde der Atomausstieg schlecht umgesetzt. Bei den Begleitumständen zum Verbot kommen Zweifel an dem tatsächlichen Willen, dies ohne Entschädigung durchzusetzen. Durch Nebenabsprachen ist das Risiko eines Störfalls in den laufenden Atommeilern erheblich gestiegen, denn die Sicherheitsanforderungen, etwa beim Umfang der Wartung und bei den Prüfungsintervallen, wurden reduziert. Halbherzig war es außerdem, weil der Forschungsreaktor mitten in Berlin weiterläuft. Auch die Aufbereitung der Brennstäbe läuft weiter, mit allen Nebenwirkungen und Risiken. Geht hier Gewinn vor Sicherheit?

Selbst wenn bei der Produktion von Atomstrom nichts schief geht, bleibt das Entsorgungsproblem der „Reste“. Da sind wir schon wieder bei der Bundesregierung: Gorleben wurde erforscht, doch das Ergebnis gefiel Bundeskanzler Kohl nicht. Er veranlasste Änderungen, Umweltministerin Merkel setzte sie um. Im Gorlebener Salzstock war es auf DDR-Seite zu einer Gasexplosion gekommen, doch dieses Risiko ist im Forschungsergebnis nicht mal zu erahnen. Heute soll eine „neue“ Kommission ein Endlager finden Jetzt tatsächlich? Ob diese „Fachleute“ die Urfassung der damaligen Erkundung von Gorleben zu lesen bekommen?

Unsere Landwirtschaft soll für den Weltmarkt produzieren: Dieser Leitsatz erschlägt die Vernunft! Mensch und Tier, Äcker und Pflanzen müssen es aushalten. Glyphosat steht im Verdacht, Krebs zu verursachen. Auf unseren Seiten stehen gravierende Auswirkungen: Menschen sind krank geworden, Kinder bereits im Mutterbauch geschädigt. In den USA hat Unkraut die Äcker erobert, es ist resistent gegen Unkrautvernichter. Forschungsergebnisse zeigen die Veränderung der Wurzelstrukturen. In Deutschland sind Mitarbeiter der genehmigenden Behörde „nebenberuflich“ in leitender Position beim Hersteller von Glyphosat tätig. Die jetzt erstellten Gutachten wurden von den als Verfasser genannten Wissenschaftlern unterschrieben, Forschungen haben sie aber nicht selbst betrieben.

Unverständlicherweise hat die Bundeskanzlerin auf einer Bauerntagung den Landwirten aktuell die weitere Verwendung von Glyphosat zugesagt. Im „Deutschlandfunk“ kam eine Reportage mit der Aussage: Teilweise sind Betriebe nur noch

mit Glyphosat wirtschaftlich. Diese Betriebe brauchen ganz klar Unterstützung! Die Gegenleistung: Wirtschaften *ohne* Umweltzerstörung. Glyphosat im Boden hat Langzeitwirkung und kommt auch im Grundwasser an, so wie Nitrat. Brunnentrinkwasser werden gemischt, um die Grenzwerte einzuhalten. Beim Mais ist eine Überdüngung nicht zu sehen, denn er lässt den überschüssigen Dünger einfach vorbei, aber bei Getreidefeldern ist sie zu sehen: Das Getreide nimmt alles auf und fällt um. Massentierhaltung erzeugt mehr Gülle, als für die Felder verträglich ist. Das Ausbringen der Gülle wird jetzt stärker überwacht. Dies reicht aber nicht!

Fracking wird „versuchsweise“ durchgeführt. Es wird weiterhin hochgiftige Flüssigkeit in die Bohrlöcher verpresst. Das Risiko für die Umwelt ist unbeherrschbar! Warum wird Fracking nicht verboten, bis die Lösungsmittel ungiftig und umweltverträglich sind? Der Zusammenhang der Erdbeben mit dem Fracking wurde inzwischen von den Betreibern zugestanden.

Biogasanlagen sind gut, aber ebenfalls nur in umweltverträglichem Umfang. Mais wird ohne vorherige Ernte der Kolben für die Biogasanlage abgemäht. Die Größe der Felder zerstört den Lebensraum der Bienen und anderer Insekten. Diese Ackerflächen stehen fürs Erzeugen von Nahrungsmitteln nicht zur Verfügung. Für die Befüllung der Biogasanlagen und das Verbringen der Reste auf den Acker gibt es keine Vorschriften. Das soll erst jetzt untersucht werden. Hoffentlich sehen die Forscher möglichst früh die nach dem Genuss der Reste aus der Biogasanlage torkelnden Rehe.

Auch Bio Eier sind ein guter Gedanke. Geplant und genehmigt werden kleinere Ställe. In der Umsetzung werden diese Rahmenbedingungen berücksichtigt, aber nun sind viele kleinere Ställe *in einem Gebäude* zulässig. Bio-Eier sollen mit 300.000 Hühnern in einem Stallkomplex produziert werden. Die Lobby hat gewonnen, Anwohner und Umwelt haben verloren, und die Verbraucher merken es nicht. Eier – da war doch etwas? Ja, Bayer hat sich gefreut: Der Umsatz ist stark gestiegen. Eine Nachforschung ergab: Die Chemie wurde unzulässigerweise in den Großkäfigen eingesetzt. Bayer hat die Produktion reduziert und schaut sich die Kunden genauer an.

Kaum ein Mensch in Deutschland war für Gentechnik. Die Abstimmung in der EU lief bereits. Das Telefon klingelt, und der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland wird angewiesen, sich bei der Abstimmung zu enthalten. Weisungsberechtigt ist das Bundeskanzleramt. Vereinbart war die Ablehnung der Gentechnik. Ein Nein statt einer Enthaltung hätte für die gesamte EU zum Verbot der Gentechnik geführt. Nun kann die Gentechnik sich ausbreiten, jedes Land und in Deutschland jedes Bundesland kann sie nun erlauben. Wer glaubt, Gentechnik sei kleinteilig einzugrenzen, ist einfach auf dem Holzweg: Die Genveränderung wird einfach weiterverbreitet. Die Auswirkung auf Mensch und Tier ist unbekannt und unerforscht.

In der Massentierhaltung bekommen Sauen ein von Mutterstuten gewonnenes Mittel, um die Geburtsumstände einfacher zu planen. Dieses Mittel wird durch

barbarischen Umgang mit den Pferden gewonnen. Die Stuten werden gequält. Der Schweinezüchter ist inzwischen informiert. Eine weitere Nebenwirkung: Es werden mehr Ferkel pro Sau geboren, mehr als das Muttertier ernähren kann. Die „überschüssigen“ Ferkel werden einfach erschlagen.

Schafft Massentierhaltung Arbeitsplätze? Jemand hat einen Stall für 2.000 Schweine bauen lassen und modern ausgestattet. Die Maschinen laufen, er überwacht den Ablauf auf dem Bildschirm. Er hat keine Mitarbeiter, es läuft alles ohne manuelle Arbeit. Dieser „Bauer“ plant die Erweiterung mit einem baugleich weiteren Stall. Personal ist nicht nötig, auch der neue Stall läuft automatisch. Über die Auswirkung auf die Umwelt wurde nicht berichtet.

Die Landwirtschaft muss sich einfach auf den Schutz der Natur besinnen! Überproduktion führt zur Preisreduzierung, zu verdorbenen Böden und verdorbenem Grundwasser, die schwer zu entgiften sind. Viele Bauern haben aufgegeben. Ackerflächen sind stark begehrt, hier wird scheinbar auf Engpass spekuliert. Gegensteuern ist längst überfällig!

Als Hilfe für Afrika hat die Bundeskanzlerin den Bau einer Agrarfabrik angeschoben. Sie soll Menschen von der Flucht abhalten, damit sie in der Heimat arbeiten und Geld verdienen könnten. Nicht erwähnt wurde die Zahl der Arbeitsplätze. Über eine Agrarfabrik in Afrika wurde Folgendes berichtet: Das Land wurde den Kleinbauern abgenommen. „Ihr werdet bei uns arbeiten“, lautete der Trost. Die Produktion lief, und es wurden immer weniger Arbeitsstunden benötigt. Die ansässigen Menschen können dies nicht ausgleichen, weil sie ihr Land verloren haben.

Die Agrarfabrik ist auf dem Weltmarkt erfolgreich. Lebensmittel für Afrika gibt es nicht, leider jedoch Geld für die ausländischen Investoren. Für diese „Entwicklungshilfe“ will die Bundesregierung eine Gesellschaft im „Steuerparadies“ gründen. Die Vertragsentwürfe wurden unabhängig geprüft und für mangelhaft erachtet, denn falls etwas schiefgeht, zahlt zuerst der Steuerzahler. Der Investor ist am Ertrag beteiligt; ob er auch am Verlust beteiligt ist, wird bezweifelt. Denkbar ist auch ein Ertrag für den Investor bei gleichzeitigem Verlust für den Steuerzahler. Fazit: Alles daneben! Auch der Anspruch auf ehrliche Steuerzahlung wird so insgesamt unglaubwürdig. Die Steuerparadiese wurden von der öffentlichen Hand bereits in der Finanzkrise mit den „Bad Banks“ bedacht.

Der Autobahnbau wird im Public-Private-Partnership-Modell durchgeführt und zentralisiert. Die Versicherungen werden per Rahmenvertrag in die Finanzierung einbezogen. Wenn sie den Bedarf decken, kommt kein anderer Kreditgeber zum Zug. Sie erhalten einen Garantiezins von drei Prozent. Aktuell zahlt die Bundesregierung nicht nur null Euro für eine Verschuldung, sondern der Bund verdient an jeder Verschuldung durch Minuszinsen. Umso unverständlicher ist diese Zinszusage. Die Rahmenbedingungen sind insgesamt zweifelhaft. Das Grundgesetz wurde zielgerichtet geändert. Die weitere Entwicklung bedarf einer strengeren Kontrolle!

Der Bundesverkehrsminister wusste bereits während der Verhandlungen, dass die Bewirtschaftungsgesellschaft für die A1 in Schwierigkeiten war und noch ist. Es wurde nichts gesagt, alles verheimlicht. Die Betreibergesellschaft will zusätzliches Geld vom Bund und beruft sich auf die Verträge. Der Bundesverkehrsminister bestreitet diesen Anspruch. Der Mautvertrag ist nicht öffentlich, auch nicht dessen Erweiterung. Beides wurde auch nicht öffentlich ausgeschrieben.

Der „Diesel“ wird noch viel Staub aufwirbeln. Die Prüfung für die Zulassung neuer Automodelle soll auf der Straße erfolgen. Das Gesetz ist in Kraft, die Gerätschaften sind vorhanden, aber noch kein Autobauer hat bisher eine neue Typzulassung beantragt! Warum werden die Geräte nicht einfach für die Kontrolle der jetzigen Nachrüstung benutzt? Minuszinsen zahlt der Gesundheitsfonds als Zwischenlager für die die Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherung. Warum? Darf Herr Gröhe das? Es geht sicher anders!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

PS. Wie bereits erwähnt, die voranstehenden Themen sind Bruchstücke von Handlungsversagen oder Unterlassung. Wie auch immer, es geht einfach sozialer! Nach der Wahl und noch während der Verhandlungen werden wir die Suche nach dem Fehlbetrag von rund einer Billion Euro fortsetzen, die wir bei der 630. Bremer Montagsdemonstration begonnen haben. Und unbedingt die Bundestagswahl aus Sicht der „Anstalt“ ansehen! „Die Anstalt“ hat’s mal wieder getroffen. Nächster Sendetermin ist am Samstag um 20:15 Uhr auf „3sat“. Die Wahlempfehlung am Ende der Sendung ist klasse! „Die Linke“ wirkt – einfach sozial.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Hamburger und Bremer Montagsdemo zeigen gemeinsam Protest gegen Merkel

Die Hamburger und die Bremer Montagsdemo zeigten am Mittwochabend dieser Woche erstmalig gemeinsam Protest gegen Hartz IV vor der Fischauktionshalle beim Wahlkampfauftritt von Angela Merkel in Hamburg. Zwar wäre unser Auftritt beinahe in letzter Minute gescheitert, denn sehr kurzfristig sagte ein Teil unserer Mitfahrer nach Hamburg überraschend ab. Wir fuhren trotzdem, konnten aber auf-

grund der geringeren Teilnehmerzahl leider nur einen Teil unserer Demo-Schilder mitnehmen.

Am Ziel mussten wir nicht lange warten, bis auch die Hamburger eintrafen und wir gemeinsam unsere auffälligen Schilder zusammenbauten. Dadurch aufmerksam geworden, sprachen uns neben einigen Passanten, die es toll fanden, dass wir hier Protest zeigen, auch mehrere Pressevertreter an. Das erleben wir bei unserer allmontäglichen Demo auf dem Marktplatz leider nur sehr selten, aber die Hamburger Mitstreiter machen mit der Presse vor Ort kaum andere Erfahrungen.

Ein vom NDR produziertes Video zeigt die Ankunft von Angela Merkels Limousinenkolonne. Auf der rechten Straßenseite sieht man unsere Protestschilder gegen die Hartz-Gesetze, auf der linken Seite „Greenpeace“-Aktivisten. In einem anderen Video sieht man uns gemeinsam mit unseren Hamburger Mitstreitern direkt neben der Fischauktionshalle. Wie in vielen Städten der Republik, in denen Angela Merkel in diesem Jahr auf Wahlkampftour war, wurde sie auch in Hamburg mit sehr deutlichem hörbaren und sichtbaren Protest begleitet.

Auch wenn man es in vielen Reportagen in den öffentlichen Medien kaum oder gar nicht wahrgenommen hat: Wer persönlich vor Ort gewesen ist, konnte den aufgestauten Frust und die Wut vieler Bürger bei Angela Merkels Wahlkampfauftritten sehr unmittelbar spüren. Hierzu gibt es einige interessante Videos bei „Youtube“ zu sehen. Allein die Tatsache, dass Leiharbeiter in Deutschland (viele Arbeitssuchende finden nur noch solch eine Anstellung) mittlerweile nur noch grob die Hälfte des Lohnes der Stammbelegschaft verdienen (viele sind deshalb arm trotz Arbeit) und die Nachricht, dass fast die Hälfte aller versicherungspflichtigen Neueinstellungen nur noch befristet erfolgt, ist ein unglaublicher Skandal in Deutschland!

Das bedeutet konkret für die meisten, die heute oder in nächster Zeit eine neue Arbeit annehmen, entweder quälende Unsicherheit wegen befristeter Arbeitsverhältnisse oder nur Arbeit, von der man nicht in Würde leben kann. Es ist zwar noch nicht Weihnachten, aber ich wünsche mir, dass Frau Merkel für ihre menschenverachtende Verarmungspolitik, voran den Hartz-Gesetzen, diesen Sonntag, nach zwölf schlimmen Jahren für uns, endlich vom Wähler abgestraft wird!

Marcus (parteilos)

Die „Internationalistische Liste / MLPD“ lädt herzlich ein zur **Wahlfete** am **24. September 2017** ab **17 Uhr** in der Gaststätte „**Postillion**“, Werderstraße 66. Vor über einem Jahr haben wir die Entscheidung getroffen, in Bremen zur Bundestagswahl 2017 zu kandidieren. Seitdem hatten wir nicht nur viele undemokratische Hürden zu nehmen. Wir haben gemeinsam einen Berg an Arbeit geleistet, neue Freundinnen und Freunde gefunden, mit viel Engagement gemeinsam gekämpft und unseren Forderungen Nachdruck verliehen. Das wollen wir gebührend feiern, herzlich willkommen! Wir möchten die Einla-

dung mit einem Spendenaufruf für unseren Wahlkampf verbinden. Bringt außerdem bitte kulturelle Beiträge mit. Vielen Dank! – *Wolfgang Lange (MLPD)*

Linkspartei in der Hansestadt auf Platz drei: Bremer(innen) wollen nicht ein Viertel seltener mitbestimmen *(„Weser-Kurier“)*

Spaltung der AfD hat schon begonnen: Frauke Petry geht mit ihrem Direktmandat als Fraktionslose in den Bundestag *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

633. Bremer Montagsdemo am 25. 09. 2017

„Ganz Bremen hasst die AfD“

So lautete heute eine der zahlreichen immer wieder gerufenen Parolen bei der Demonstration gegen die AfD. Circa 5.000 Menschen waren dem Aufruf gefolgt, hauptsächlich jüngere Leute. Lautstark machten sie deutlich, was sie von dem braunen Pack halten. Eigentlich hätte um diese Zeit die Montagsdemonstration stattgefunden. Wir fanden aber, dass es wichtig ist, sich dem Protestzug durch die Stadt anzuschließen.

An unserer Lautsprecheranlage wurden zahlreiche Kurzreden gehalten gegen die AfD als Wegbereiterin des Faschismus und gegen die nach rechts gerückte Bundesregierung, die sie hochgepuscht hat. Jetzt will die CDU/CSU „die Flanke nach rechts abdichten“, was nichts anderes heißt, als noch weiter nach rechts zu rücken, noch offener reaktionäre Politik zu machen, noch mehr gegen Flüchtlinge zu hetzen. Deswegen muss der Kampf gegen die AfD und den Faschismus verbunden sein mit dem Kampf gegen die Regierung und die Faschisierung des Staatsapparats, die nach dem „G20“-Gipfel immer mehr zugenommen hat.

Der AfD muss das Tarnmäntelchen abgerissen werden: Sie ist keine Protestpartei und schon gar keine „Alternative“. Protest ist links! Es wurde deutlich, dass der Kampf gegen die AfD von unten, auf der Straße, in den Betrieben, Schulen und Hochschulen geführt werden muss und dass jede Hoffnung, „das“ erledige sich schon „von selbst“, trügerisch und gefährlich ist. Den Tausenden Demonstranten machte diese Aktion Mut – nach dem Entsetzen am Wahlabend.

Wolfgang Lange (MLPD)

„Sonstige“ ziehen in den Bundestag ein: SPD-Führung übernimmt Verantwortung für Wahl-Desaster und tritt geschlossen zurück *(„Der Postillon“)*

„...doch da fehlte bisschen Mut“

Es ist gut, dass 5.000 Leute so spontan auf die Straße gingen. Ich sehe hier jedoch keinen Rechtsruck in der Gesellschaft. Ich bin in diesen rechtskonservativen Kreisen unter anderem einiger Schützenvereine als getarnter SS-Kameradschaften aufgewachsen. Mein Vater hat immer gesagt, er würde ja CDU wählen, wenn die nicht „so weit links“ stünden. Natürlich hat er das ironisch gemeint. Er war Kleinunternehmer mit drei Filialen und CDU-Wähler. Im Osten sieht die Lage ja etwas anders aus, aber was den Westen angeht, sind es die CDU-Wähler, die schon immer AfD gewählt hätten, wenn es sie gegeben hätte.

Heinz Rudolf Kunze hat dieses Lager in seinem Lied „Wunderkinder“ ganz gut mit seiner Zeile „Insgeheim war man noch Nazi, doch da fehlte bisschen Mut“ getroffen. Ich sehe das konservative Lager mit einiger Genugtuung als gespalten. Die Grünen werden „in Jamaika“ keinen Rechtsruck mitmachen. Sie wissen genau, dass sie ihre Wählerstimmen dann wieder verlieren würden. Auch die FDP, die sich ein Image der Modernität gegeben hat, würde stimmenanteilig zumindest etwas an Federn lassen müssen.

Die AfD wird sich jetzt erst einmal an ihrem unsinnigen Rechtsbeugungsausschuss gegen Merkel hoffentlich verausgaben. Frau Dr. Weidel scheint ja ganz gierig zu sein, gleich damit loszulegen. Angenommen, dieser ominöse Ausschuss würde tatsächlich zu dem Ergebnis kommen, dass Frau Merkel persönlich rechtswidrig gehandelt hätte. Dies hätte keinerlei Folgen und würde per se noch keine Strafbarkeit nach dem Strafgesetzbuch beinhalten.

Nehmen wir weiter an, Frau Merkel hätte strafbar gehandelt, dann müsste zur Strafverfolgung der Bundestag die Immunität der Abgeordneten Angela Merkel aufheben. Das wird nicht passieren. Letztendlich stehen wichtigere Probleme für unser Parlament an, als sich um so einen Quatsch zu kümmern, der zu keinerlei konstruktivem Ergebnis führen kann und pure Verschwendung von Zeit und Energie ist. Die AfD-Wählerinnen und Wähler werden schon bald sehen, wen sie sich da eingebrockt haben.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

Solidarität mit den Stahlarbeitern – Kampf um jeden Arbeitsplatz!

Über 7.000 Stahlarbeiter haben letzten Freitag in Bochum ein starkes Zeichen dafür gesetzt, dass sie die geplante Arbeitsplatzvernichtung von Thyssen-Krupp und Tata Steel nicht akzeptieren. Die Fusion des deutschen Konzerns mit dem indischen zielt auf verschärfte Ausbeutung und Arbeitsplatzvernichtung: Nichts anderes verbirgt sich hinter den sogenannten Synergien von 400 bis 600 Millionen Euro im Jahr und dem angekündigten „Wegfall“ von insgesamt 4.000 Stellen.

Jeder weiß, dass es dabei nicht bleiben wird. In der Vergangenheit waren Fusionen immer mit der Vernichtung von circa 30 Prozent der Arbeitsplätze verbunden – das wären in diesem Fall 15.000! An jedem Stahl-Arbeitsplatz hängen vier bis fünf Arbeitsplätze von Zulieferbetrieben. Es handelt sich also um eine gigantische Vernichtung von Zehntausenden Arbeitsplätzen, wenn der Vorstand mit seinen Plänen durchkommt.

Die Fusion hat einzig und allein den Zweck, Maximalprofite zu erhöhen und im Kampf um eine weltmarktbeherrschende Stellung an vorderster Stelle mitzumischen. Die internationalen Monopole konzentrieren sich heute nur noch auf Bereiche, in denen sie auf Platz eins bis drei kommen. Nach Bekanntgabe der Fusionsvereinbarung stieg der Aktienkurs von Thyssen-Krupp um 5,3 Prozent.

Nach den Schließungen von Schlecker, Nokia und Opel wissen die Menschen gerade im Ruhrgebiet, was das bedeutet: Arbeitslosigkeit, Hartz IV und wachsende Kinderarmut. Davon haben die Herren in den Konzernetagen und auch die Politiker in Bundes- und Landesregierung keine Ahnung! Arbeitsministerin Nahles (SPD) stellt sich nicht etwa gegen die Fusion, nein: Sie will nur, dass der Firmensitz in Deutschland bleibt. Was ist denn besser daran, wenn die Kündigungen aus der Zentrale in Deutschland kommen? Das ist nur ein Manöver, um die Stahlarbeiter zu verwirren und zu lähmen!

Ein Blick in die Geschichte des Kampfs um Arbeitsplätze zeigt: 1997 hat der Streik der Bergarbeiter die Zechenschließungen zum Teil um Jahrzehnte verhindert. 2004 hat der siebentägige selbständige Streik das Bochumer Opelwerk für zehn Jahre bewahrt. Deutschland ist gepflastert mit Werken, deren Belegschaften die IG-Metall-Spitze empfohlen hat, *nicht* selbständig zu streiken. Allzu oft hat die Gewerkschaftsführung sogar massiv dagegen gearbeitet, wie jetzt bei den Stahlbelegschaften.

Ein Stahlarbeiter aus Dortmund sagt zum selbstständigen Streik: „Viele meiner Kollegen denken immer noch, andere müssten die Kohlen für sie aus dem

Feuer holen. Die machen nur was, wenn der Betriebsrat oder die IG Metall dazu aufrufen. Die haben regelrecht verlernt, in einer harten Auseinandersetzung was durchzusetzen oder standen nie vor solch einer Situation.“

Der harte, selbständige Streik ist der einzige erfolgreiche Weg im Kampf um jeden Arbeitsplatz. Wir akzeptieren nicht, dass Arbeiterinteressen auf dem Altar des Maximalprofits geopfert werden und das Heer der Arbeitslosen, Leiharbeiter und Unterbeschäftigten weiter wächst. Wir müssen unsere Interessen selbst in die Hand nehmen, damit sich wirklich etwas ändert! Wenn die Stahlarbeiter streiken, werden wir solidarisch sein.

Harald Braun

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

634. Bremer Montagsdemo am 02. 10. 2017

„Wirtschaftsweise“ für Rentenkürzung trotz Produktivitätssteigerung

1. Der Montag nach der Wahl war ein besonderer Tag. Auf dem Marktplatz versammelten sich die Mitbürger mit kurdischen Wurzeln. Am Brill startete eine Demonstration gegen den Einzug der Rechten in den Deutschen Bundestag, ebenfalls mit einer starken Beteiligung. Die vielen jungen Menschen haben sehr deutlich gezeigt: **Nazis** sind nicht willkommen! Die AfD ist in allen Satire-Beiträgen und in vielen anderen Sendungen Thema. „Lob und Freude“ über diese AfD habe ich nur von Christian Ehring gehört – in „Extra 3“ am 27. September 2017. Verständlich.

Aktuell will die AfD einen Kandidaten für das Amt des Bundestagsvizepräsidenten durchbringen, der dem Islam die Religionsfreiheit verweigert. Auch hier gibt es wieder eine verdrehende Argumentation. Wenn der Vorschlag keine Mehrheit findet, ist es der AfD unbenommen, einen aussichtsreichen Kandidaten zu benennen. Die Stärkung der AfD erfolgt augenblicklich durch CDU und CSU: Führende Politiker hetzen gegen die Flüchtlinge.

Es wird ohne Fakten einfach pauschal veurteilt – „typisch AfD“? Wie sehr die Politik Achterbahn fährt und sich kritischen Nachfragen entzieht ist aus einem Beitrag von Kai Loewenbrück aus dem Vorjahr ersichtlich: „Herr Tillich, feiern Sie ohne mich!“ Sachsens Ministerpräsident hat ehrenamtliche Flüchtlingshelfer zum Fest geladen, mit Musik, aber ohne Dialog. Dabei wäre der bitter nötig.

2. Die „führenden“ Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Einschätzung der Lage und Entwicklung kundgetan, so der „Weser-Kurier“ vom 29. September 2017. Gefordert wird von ihnen die Rente mit 70 oder eine Rentenkürzung, um weitere Steigerungen der Sozialabgaben zu vermeiden. Wissen diese „Weisen“, dass die **Renten** Jahr für Jahr *sinken*? Jeweils bei der Erstbewilligung werden die reduzierten Werte ermittelt, still und leise. Seit der sogenannten Rentenreform sind die Renten um mindestens 25 Prozent *gesunken*, bei gleicher Lebensleistung.

Warum haben diese „Weisen“ die Produktivitätssteigerungen nicht berücksichtigt? Das Verhältnis der Beitragzahler zu den Rentnern ändert sich unbestritten, aber die Produktivitätssteigerung gleicht dies aus. „Die Anstalt“ vom 11. März 2014 erklärt die Einbeziehung der Produktivität sehr anschaulich. Am 4. April 2017 hat sie sich nochmals mit der Rente beschäftigt. Nach der Rentenreform von 1998, der Riester-Rente bis zu den damals noch geplanten Änderungen der Betriebsrente wird die Sinnlosigkeit der Rentenzersplitterung greifbar. Inzwischen haben sich die Befürchtungen erfüllt, siehe 631. Bremer Montagsdemonstration. Die „Arbeitnehmerkammer“ hat sich ebenfalls dazu geäußert.

Die Produktivitätssteigerung muss allerdings „in der Lohntüte“ ankommen. Deutschlands Lohnentwicklung ist negativ: Die Lohnsenkungen haben die Lohnerhöhungen neutralisiert und insgesamt ins Negative gedreht, siehe 630. Bremer Montagsdemonstration. Warum heben diese „Weisen“ nicht eine Beteiligung der Lohnabhängigen an den Produktivitätssteigerungen gefordert? Die CDU bezeichnet die so von Schwindsucht geplagte Rente als „Garantierente“ und will erst 2030 nachdenken über eine Garantierente *ohne* Garantiebetrag.

Vermeldet werden „25 Milliarden Euro Überschuss“; es gebe „Spielräume, um die Bürger zu entlasten“. Im Haushalt fehlt die Verpflichtung, für die unterlassenden Instandhaltungen jedweder Art aufzukommen. Dafür sind 25 Milliarden leider nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die „sozialen Schulden“ wurden nirgendwo realistisch beziffert. Steuererhöhungen für sehr gute Einkommen oberhalb von 70.000 Euro wären dringend erforderlich. Ergänzend würden der Verzicht auf Steuerverkürzung und Nutzung von Sonderverträgen zur Steuervermeidung sowie die Ausmerzung von Steuerbetrug alle Haushalte der EU sanieren. Es sollten einfach der gesunde Menschenverstand und der Anstand wieder die Oberhand gewinnen!

Mehr Reformen hätte ich mir auch gewünscht, insbesondere die bessere Vorbereitung der „Gesellschaft 4.0“ aus Sicht der Lohnabhängigen. Damit wären wir wieder bei der Wertschöpfung. Die Ertragssteigerungen durch den „Einsatz 4.0“ müssen angemessen bei den Lohnabhängigen ankommen. Leider steht dies alles nicht im Gutachten dieser „Weisen“. Es kann aber nachgebessert werden, ansonsten ist es schade um das Geld. Oder hat die Ausgrenzung von Fachleuten, weil diese Institute nicht die Regierungsmeinung getroffen haben, hier Nachwirkungen?

„Die Grenze des Zumutbaren“ – das ist wirklich eine treffende Überschrift, aber anders als gedacht. Tatsächlich haben diese „Weisen“ auch den Schwund von rund einer Billion Euro nicht festgestellt oder einfach ignoriert. Dabei ist diese Billion sicherlich ein wesentlicher Baustein zur Beurteilung der Entwicklung.

Um die Entstehung der Riester- und Rürup-Renten, um die Steuererstattung der Finanzämter bei Aktiengeschäften, beginnend mit Überlegungen zur Nachfolge als Bundeskanzler, ging es im „Neo Magazin Royale“ vom 28. September 2017. Jan Böhmermann sucht jetzt „die vier echten und einzigen Internetfans von Carsten Maschmeyer“.

3. Zucker ist süß. Zum 1. Oktober 2017 wurden dafür Rahmenbedingungen geändert: Es fallen die EU-Handelsbeschränkungen für preiswerteren Isoglukosesirup, der vorrangig aus den USA kommt und zumeist aus Maisstärke hergestellt wird. Bislang durfte der Anteil des Flüssigsüßers am EU-Zuckermarkt nicht über fünf Prozent liegen. Isoglukose ist wegen des hohen Gehalts an Fruchtzucker umstritten. Wer viel aufnimmt, speichert ihn in der Leber als Fett – das Risiko für Fettleber und Diabetes kann steigen. Ob die Industrie Rezepturen ändert, bleibt abzuwarten. Maiszucker hat mit dem **Freihandelsabkommen** Nafta das Land Mexiko „erobert“. Die Menschen sind unaufgeklärt in diese Falle gegangen. Auswirkung: dick und krank für den Rest des Lebens! Vertrauen in die Weitsicht unserer Lebensmittelhersteller habe ich nicht mehr. Passt bitte auf!

Es war gerade noch Wahlk(r)ampf, da hat, am 21. September 2017, die EU das Freihandelsabkommen mit Kanada vorläufig in Kraft gesetzt. Der SPD-Kanzlerkandidat agierte als Wegbereiter, meint „Russia Today“: „Damit entfallen Zölle auf 98 Prozent aller bilateral gehandelten Produktgruppen. Kritiker bemängeln eine Umgehung demokratischer Prinzipien im Vorfeld des Deals.“ Diese Handlung erfolgte gegen die Mehrheit der Deutschen! Nicht einmal Bundestag oder Bundesrat haben zuvor über Ceta beraten.

Die Vorhersagen positiver Auswirkungen sind geschönt wie damals bei Nafta. Die Zusammenfassungen der Änderungen enthalten nichts zur Einschränkung der Handlungsspielräume insbesondere der Staaten, aber auch der EU insgesamt. Dies ist dem Interview mit einer Gewerkschafterin aus den USA zu entnehmen. Die Konzerne gewinnen durch jedes Freihandelsabkommen! Solche Abkommen richten sich gegen die Staaten, damit hebeln Konzerne Demokratie aus.

4. „Bildungsbehörde schlägt Alarm“, meldet der „Weser-Report“ am 27. September 2017: „Immer weniger Bremer Drittklässler können sich im Schwimmbecken sicher bewegen“. Zur hohen Zahl der Nichtschwimmer und auch der Schüler, die noch nie ein Schwimmbad betreten haben, soll Anette Kremp aus der Pressestelle der Senatorin für Kinder und Bildung gesagt haben: „Die Kultur der Eltern, mit ihren Kindern schwimmen zu gehen, ist einfach nicht überall verbreitet.“ Geldmangel wurde nur vom Zentralelternbeirat als Grund angeführt.

Komisch, wenn es nicht so dramatisch wäre: Bremen hat über ein Drittel aller Kinder im ALG-II-Leistungsbezug. Wie soll mit ALG II ein Schwimmkurs, die Badekleidung und der Eintritt bezahlt werden? Es geht gar nicht, weil immer zu viele Dinge auf der Warteliste stehen. Warum ist diese Schwachstelle nicht längst positiv beseitigt worden? Die **Kinderarmut** wurde bereits durch die Einführung von ALG II sprunghaft erhöht! Dies ist stadtbekannt. Welche Gegenmaßnahmen gibt es von der Senatorin für Bildung und Kinder?

5. Zum ALG II wurden wichtige Gerichtsentscheidungen gefällt. So ordnete das Sozialgericht Speyer die Bewilligung vorläufiger Leistungen nach dem SGB II an, mit ausführlicher Begründung. Dies ist eine weitere leistungsbewilligende Ent-

scheidung und auch für andere Menschen (EU-Bürger) nutzbar. In einer Infomail arbeitet Claudius Voigt den Kontext heraus:

„Angemessene finanzielle Vorsorge für den Todesfall unterliegt dem **Vermögensschutz** des § 90 Absatz 3 SGB XII. Das Sozialgericht Gießen hat mit Urteil vom 25. Juli 2017 (Aktenzeichen S18 SO 160/16) festgestellt, dass eine angemessene finanzielle Vorsorge in einem geschützten Bestattungsvorsorgevertrag für den Todesfall, wobei 5.000 Euro in jedem Fall angemessen sind, dem Vermögensschutz unterliegt. Dies ist ein klares, richtiges Urteil, welches nunmehr auch von anderen Sozialverwaltungen oder vom Gesetzgeber mit einem zusätzlichen normierten Schonvermögen umgesetzt werden sollte. Ein anderes Sozialgericht hat bereits die Nichtanrechenbarkeit einer Sterbegeldversicherung bei der Grundsicherung festgestellt. Insgesamt sind diese Gerichtsentscheidungen eventuell auch auf andere Notlagen übertragbar."

Schmerzensgeld ist auch bei rechtmäßigen Behördenmaßnahmen möglich. Mit einem sehr wichtigen Urteil hat der Bundesgeruchtshof entschieden, dass der Anspruch auf Entschädigung für hoheitliche Eingriffe in Leben, körperliche Unversehrtheit oder Freiheit (sogenannte Aufopferung) auch einen Schmerzensgeldanspruch umfasst. Bisher hat der BGH die Ersatzpflicht bei Eingriffen in immaterielle Rechtsgüter grundsätzlich auf daraus folgende Vermögensschäden beschränkt. Hier gibt es jetzt eine deutliche Rechtspositionsänderung.

Damit hat der BGH grundsätzlich den Weg freigemacht, bei Eingriffen in immaterielle Rechtsgüter, zum Beispiel durch Jobcenter, Schadensersatzansprüche gegen diese geltend machen zu können. Wahrscheinlich wäre eine Klage gegen das Jobcenter auch in diesem Fall beim Sozialgericht einzureichen. Die Zugestehung von Schadenersatz bei durch das Jobcenter verursachten Räumungsklagen für die Aufwendungen in Euro liegt bereits vor.

Sozialrechtler Harald Thomé schreibt in einer Rundmail: „Die Bundesagentur hat neue fachliche Hinweise zum Vermittlungsbudget herausgegeben. Ich möchte folgenden Passus hervorheben: ‚Bei Unterstützung der Anbahnung einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung oder einer betrieblichen oder schulischen Ausbildung kann das Jobcenter Kosten übernehmen, die die Vermittlungssituation der leistungsberechtigten Person allgemein verbessern, ohne dass ein konkretes Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzangebot vorliegt.' Oft sagen die Jobcenter, solche Leistungen gebe es nur im Kontext der Aufnahme einer Arbeit oder Ausbildung. Hier sagt die Bundesagentur nun deutlich, dass die Anbahnung schon ausreichend sei."

Leistungen des Jobcenters bereits aufgrund einer Vertragsanbahnung sind ein Durchbruch, auch wenn hier ein „Kann" steht, denn das wurde bereits in anderen Fällen als „Muss" ausgelegt. Die Ausführungen gehen von einer Vermittlungsstrategie aus, also lesen und einfordern! Wer Darlehn vom Jobcenter erhalten oder aus anderem Grund Schulden beim Jobcenter hat, sollte sich diese Hinweise ansehen. Insbesondere Punkt 7.1 dürfte bei Erwerbslosen ohne Vermittlungsmöglichkeiten angemessen sein, aber ohne Antrag läuft es nicht. Wichtig ist auch

die neue Dienstanweisung zum Umgang mit Forderungen der Bundesagentur, die alte war deutlich umfangreicher. Dann gibt es noch eine wichtige Weisung zu den Aufbewahrungsfristen von Akten im Bereich des SGB II.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

„Ganz Bremen hasst die AfD“, aber Armut scheint ihnen egal zu sein

„Ganz Bremen hasst die AfD“ ist natürlich Unsinn, schon weil die AfD rund zehn Prozent geholt hat. Viele haben sie nicht wegen Gauland’scher und Storch’scher Unsinnsaussagen gewählt, sondern *trotz* dieser Aussagen, weil ansonsten die Stimmen wieder unter der viel zu hohen Fünf-Prozent-Sperrklausel verschwinden. Genauso war es bei mir auch. Dazu kam noch, dass die „Freien Wähler“ hier in Bremen Etikettenschwindel sind, weil sie wegen Rechtslastigkeit vor Jahren aus dem Bundesverband der „Freien Wähler“ ausgeschlossen worden sind.

Da kann ich gleich die AfD wählen. Oder wegen des völlig absurden Rundfunkbeitrags, wo mithilfe von Gerichtsvollziehern Beiträge und absurde Mahngebühren eingetrieben werden, obwohl man nachweislich weder TV, Radio noch Internetanschluss in seiner Wohnung hat! Eine Kontopfändung und eventuell Lohnpfändung bedeutet für viele das berufliche Aus, Kündigung oder als Selbständiger keine Kredite mehr zu bekommen. Ich kann mich nicht erinnern, dass dies mal Thema auf der Montagsdemo war.

Ob es jetzt 5.000 oder „nur“ 1.700 Demonstranten waren, sei mal dahingestellt, aber die Montagsdemo sollte sich fragen, weshalb meist höchstens nur 20 Leute gegen Armut, Streichungen im Gesundheitssystem, Zeit- und Leiharbeit protestieren – das sind ja drakonische Maßnahmen, von denen fast jeder betroffen ist –, aber mehr als 1.700 gegen eine Partei, die gar keine politische Gestaltungskraft hat und sie wahrscheinlich auch nie bekommen wird.

Die FDP, die weitere Privatisierungen im Gesundheitssystem will, oder die SPD/CDU/Grünen, denen die Massenverarmung unter der Agenda 2010 nicht nur egal ist, sondern die sie bisher als „neues Wirtschaftswunder“ begrüßt haben, sind da viel gefährlicher. Warum wird gegen die nicht demonstriert? Warum ist so

vielen jungen Menschen, besonders in Deutschland, die eigene Verarmung und Niedriglohnperspektivlosigkeit völlig egal?

Zuschrift von Christian König

Hallo Christian, du hast dich dazu bekannt, AfD gewählt zu haben – „nicht wegen, sondern *trotz* Gauland'scher und Storch'scher Unsinnsaussagen". Wenn du mit „Unsinn" die rassistischen und faschistischen Äußerungen dieser beiden führenden AfDler meinst, ist das eine völlige Verharmlosung und in keiner Weise zu akzeptieren, denn was ist es anderes, wenn Storch die Erschießung von Flüchtlingen fordert, Gauland „stolz" ist auf die Deutsche Wehrmacht in zwei Weltkriegen oder Weißig sich fragt, warum es in Deutschland keine standrechtliche Erschießung von „Plünderern" gebe, womit sie die „G20"-Protestierer meinte?

Mit deiner Aussage, „trotz" dieser Dinge AfD gewählt zu haben, stellst du dich auch gegen die Grundsätze der Montagsdemo, die überparteilich auf antifaschistischer Grundlage arbeitet. Die führenden Köpfe der AfD sind aufs Engste mit offen faschistischen Bewegungen wie den „Identitären", der NPD und „Pegida" verbunden. Mit ihrer rassistischen Hetze betätigen sie sich als geistige Brandstifter. Auch wenn die AfD noch nicht als Ganzes offen faschistisch ist, so ist sie doch die Wegbereiterin des Faschismus. Das sollte jeder, der sie wählt, auch wissen.

Du sagst, dass die AfD „keine politische Gestaltungskraft hat und sie wahrscheinlich auch nie bekommen wird" und dass SPD, CDU, Grüne und FDP, „denen die Massenverarmung unter der Agenda 2010 nicht nur egal ist, sonder die sie bisher als ‚neues Wirtschaftswunder' begrüßt haben, „viel gefährlicher" seien. Die AfD also als „kleineres Übel", aus Protest? Meinst du denn im Ernst, die AfD würde etwas gegen die Massenverarmung tun? In ihrem Wahlprogramm fordert die AfD die Abschaffung der Erbschaftsteuer und keine Einführung der Vermögensteuer. Wem kommt das denn zugute? Doch nur den Superreichen!

Die AfD ist gegen die rückhaltlose Aufklärung der Abgasbetrügereien der Autokonzerne. Ihr Landesvorsitzender in Niedersachsen, Hampel, behauptet, die VW-Krise sei nur „ein von den USA inszeniertes Hollywood-Schmierentheater, um VW zu zerschlagen". Die AfD fordert die Zerschlagung der Gewerkschaften und will stattdessen „gelbe" Spaltergewerkschaften wie den „Alternativen Arbeitnehmerverband Mitteldeutschlands". Arbeitslose sollen zu „Bürgerarbeit" zwangsverpflichtet werden. Bei den Nazis vor '45 hieß das Arbeitsdienst.

Die AfD ist auch keine Partei der „kleinen Leute" oder gar eine Arbeiterpartei, ganz im Gegenteil: Die führenden Köpfe sind größtenteils Anwälte, Richter oder Polizisten. Alice Weidel kommt aus der Vermögensverwaltung der Allianz, war vorher bei Goldmann- Sachs und ist jetzt Unternehmensberaterin. Der Bremer AfDler Magnitz, der jetzt in den Bundestag einzieht, arbeitet offen mit den Faschisten der „Identitären" zusammen. Diese haben vor Kurzem ein Schiff gechartert, um Flüchtlinge auf dem Mittelmeer abfangen zu können. Oder meinst du, die Herabsetzung der Strafmündigkeit auf zwölf Jahre würde etwas gegen die Armut aus-

richten oder das Verbot von Abtreibung „der Schrumpfung unserer angestammten Bevölkerung entgegenwirken“?

Nein, Christian. Die AfD zu wählen, bringt absolut nichts im Kampf gegen die Verarmung zum Beispiel durch die Hartz-Armutsgesetze. Sie ist auch keine Protestpartei. Sie wird aufgebaut im Interesse des Finanzkapitals, um bereitzustehen es zu verteidigen, wenn seine Herrschaft ins Wanken gerät und um heute schon die Unterdrückten gegenseitig aufzuhetzen und auszuspielen. Das war in den 1930er Jahren die Aufgabe der NSDAP, und diese wird heute von der AfD übernommen. Wenn du – zu Recht – von CDU/SPD/FDP und Grünen nichts hältst, warum schließt du dich dann nicht dem *linken* Protest an? Die Losung, die Karl Marx vor über 150 Jahren ausgab – „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ –, hat nichts an Aktualität verloren.

Wolfgang Lange

Die AfD ist erst durch den Rechtsruck der Regierung stark geworden

1. Erst durch den Rechtsruck der Regierung sind offen faschistische Positionen, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit „hoffähig“ geworden. Im Frühjahr war die AfD in den Umfragen auf circa sieben Prozent gesunken, doch dann kamen der „G20“-Gipfel und die systematische Hetze gegen den „Linksextremismus“. Die Regierung rückte nach rechts, schrie nach mehr Polizei und verschärfte die Asylpolitik. Die faschistischen und rassistischen Hetzer von der AfD konnten immer offener ihr Gift verspritzen. In jeder Talkshow und zunehmend im Wahlkampf erhielt die AfD eine riesige Plattform und wurde immer mehr hochgepuscht.

Jetzt fordern CDU- und CSU-Politiker, noch weiter nach rechts zu rücken: Sachsens Ministerpräsident Tillich hat „Pegida“ schon Türen geöffnet und Räume zur Verfügung gestellt, sein bayerischer Kollege Seehofer will die „Flanke nach rechts schließen“. Dieser **Rechtsruck** macht bei der CDU/CSU nicht halt. Die neue SPD-Fraktionsvorsitzende Nahles verkündet: „Ab morgen kriegen sie in die Fresse!“. Offensichtlich meint sie damit aber nicht die CDU-geführte Regierung, sondern die Flüchtlinge, denn sie will „Grenzschließungen nicht ausschließen“.

Oskar Lafontaine von der Linkspartei fordert mehr Sozialpolitik auf Kosten der Flüchtlinge – Katja Kipping, auch Linkspartei, lehnt das völlig zu Recht ab. Zu meinen, man gehe nach rechts, um den Wegbereitern des Faschismus den

Wind aus den Segeln zu nehmen, ist völlig falsch – im Gegenteil schafft man ihnen dadurch noch mehr Wind in die Segel. Zu hoffen, „das erledigt sich schon von selber“ oder die Wähler „werden schon sehen, was sie sich da eingebrockt haben“ (siehe Beitrag von Frank zur 633. Montagsdemo) funktioniert auch nicht.

Die AfD erledigt sich nicht von selbst, sie muss bekämpft werden. Aber Kundgebungen und Demonstrationen dagegen reichen nicht. Wichtig sind vor allem Aufklärung und mit den „Protestwählern“ das Gespräch zu suchen, denn die AfD ist alles andere als eine Protestpartei. Schon ihre Zusammensetzung macht das deutlich: Arbeiter wird man da wohl vergeblich suchen, die meisten sind Juristen und Polizisten. Und ihr Programm ist extrem gegen die Arbeiter – ob mit oder ohne Arbeitsplatz – gerichtet, gegen die Jugend, gegen die Natur.

2. Es drohen **Massenentlassungen**, allein die Fusion Tata-Thyssen-Krupp bedroht 15.000 Arbeitsplätze. Die „Beschäftigungsgarantie“ von Siemens-Alstom gilt nur für vier Jahre. Nach Air Berlin ist diese Woche die britische Fluggesellschaft Monarch bankrott gegangen und hat ihren Betrieb sofort eingestellt. 100.000 Urlauber müssen zurückgeholt werden. Bei Opel Eisenach sind 1.800 Arbeitsplätze in Gefahr, das Modell „Mokka“ wird eingestellt. Die Fusion mit Peugeot-Citroën kann insgesamt über 10.000 Stellen kosten.

Kampf um jeden Arbeitsplatz: Das galt schon bei Beginn der Montagsdemonstrationen vor 13 Jahren. Es gab einen Zusammenschluss der Montagsdemo mit dem Kampf der Opelaner und der Daimler-Kollegen. Im Betrieb und auf der Straße gemeinsam kämpfen, gegen den Rechtsruck der Regierung, gegen die AfD, gegen die Unterordnung unserer Interessen und unseres Lebens unter die Profitinteressen der Monopole, Kampf um jeden Arbeitsplatz, Kampf gegen die Hartz-Gesetze!

Die nächsten **Montagsdemonstrationen** im **Oktober** finden wegen des Freimarkts auf dem **Hanseatenhof** statt. Die erste Montagsdemo im November beginnt am **6. November 2017** dann wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**, zusammen mit „Ausgestrahlt“ und der „Umweltgewerkschaft“.

Wolfgang Lange (MLPD)

Die leidige Rundfunkgebühr

Eigentlich halte ich dieses Thema für nebensächlich. Da jedoch in Kreisen der „Reichsbürger“ und der AfD dieses Thema immer wieder hochgepuscht wird, möchte ich es hier gerne mal sachlich abarbeiten. Die Rundfunkgebühr muss seit einiger Zeit von jedem Haushalt, unabhängig von der Anzahl der Geräte, die die Angebote empfangen können, gezahlt werden. Dies schafft einerseits Vereinfachung, weil nicht mehr jedes Gerät angemeldet werden muss, aber meines Er-

achtens auch Ungerechtigkeit, da auch Haushalte zahlen müssen, die keine Geräte betreiben. Die AfD schlägt hier ein Konzept vor, das den Abruf öffentlich-rechtlicher Angebote per Smartcard vorsieht und so die Zahlung von der Häufigkeit der Nutzung abhängig macht, ein marktkonformes Konzept für öffentlich-rechtliche Sender also.

Nach Artikel 5 Grundgesetz hat unter anderem jeder das Recht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen zu unterrichten. In Anwendung des Artikels 5 steht der Staat nun in der Verpflichtung, allgemein zugängliche Quellen zur Verfügung zu stellen. Dies geschieht auf städtischer Ebene mit der Einrichtung von Stadtbibliotheken, auf Landesebene mit den Universitätsbibliotheken und auf Landes- und Bundesebene eben auch mit der Einrichtung von Rundfunkanstalten. Der Staat steht hier also vom Grundgesetz her in der Verpflichtung der Grundversorgung. Dies dem Markt zu überlassen, wäre also verfassungswidrig und würde spätestens in Karlsruhe gekippt werden. Die Vorstellungen der AfD sind hier also gar nicht umsetzbar.

Es gibt auf jeden Fall eine Menge gerechtfertigter Kritik an der Qualität oder der Ausgewogenheit der Inhalte öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten und an der Höhe der Beiträge. Es ärgert mich auch, wenn aus Rundfunkgebühren die Karrieren von GEZ-Millionären wie Kerner oder Gottschalk finanziert werden. Hier herrscht eindeutig Reform- und Verbesserungsbedarf. Jedoch lässt sich an dem Prinzip nicht rütteln, dass eine Vermarktung öffentlich-rechtlicher Angebote ein absolutes No-Go ist.

Wolfgangs Antwort auf Christians Zuschrift ist ja nicht schlecht. Es ärgert mich aber, wenn inhaltlich nicht darauf eingegangen wird: Dann wird aneinander vorbeigeredet, jeder zieht sein Ding durch. Jetzt habe ich mir die Rundfunkgebühr herausgepickt, um das auch mal abgearbeitet zu haben. Das ist alles nicht so, wie Klein-Fritzchen sich das vorstellt, weshalb die AfD bei Klein-Fritzchen oder Klein-Erna punkten kann. Und nein, Wolfgang: Ich bin nicht der Meinung, dass sich die AfD von selbst erledigt. Darum schreibe ich hier Beiträge.

Frank Kleinschmidt (parteilos)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

635. Bremer Montagsdemo
am 09. 10. 2017

Hat Merkel gewonnen?

Aus dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 65:
„Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik
und trägt dafür die Verantwortung.“

Dieses Land ist wieder krank:
In der Luft steht ein Gestank,
Ein Gestank von Hass und Gier,
Und der Mensch, er wird zum Tier,

So wie Ratten oder Geier.
Und hier helfen keine Schleier,
Keine Burkas, sondern List:
Mit der verstecken sie den Mist,

Den Mist, der hier schon lange stinkt,
Dem der Nazismus fröhlich winkt.
Menschenrechte sind vergessen,
Hartz-IV-Kinder haben nichts zu essen,

Menschen leben unter Brücken,
Die ganze Habe auf dem Rücken,
In Krankenhäusern Killerkeime,
Für die Alten schlechte Heime!

Schlechte Schulen, schlechte Straßen,
Viele Dörfer sind verlassen,
Keine Arbeit, schlechte Bildung,
Zwischen Menschen keine Bindung.

Nur den „Merkels“ geht es gut,
Aber Bürger sind in Wut,
Und wenn er kocht, der Nazitopf,
Wissen wir: Fisch stinkt vom Kopf.

Das hat die Bundeskanzlerin Frau Merkel nach ihrer Amtszeit hinterlassen. Hat sie überhaupt das Recht zu bleiben, nach dem, was in diesem Land passiert?

Valentina Schneider

Mit Schulz durch das Jammertal: „Wer wählt den Bürgermeister von Weselen?“ *(„Nachdenkseiten“)*

Pendel-Rückschlag: Jubelt sich die SPD in die nächste Große Koalition? *(„Sprengsatz“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

636. Bremer Montagsdemo am 16. 10. 2017

Der Rechtsruck ist nicht in der Bevölkerung

Die Landtagswahl in Niedersachsen war eine weitere Klatsche für die CDU. Die bestehende rot-grüne Regierung hat keine neue Mehrheit erlangt, auch die FDP hat verloren. Das erfreulichste am Wahlergebnis war, dass der Höhenflug der AfD nun ein Ende gefunden hat. Zwar sind auch 6,2 Prozent immer noch viel zu viel, aber nicht zu vergleichen mit dem Ergebnis der Bundestagswahl vor drei Wochen. Seither wurden vielen die Augen geöffnet über die AfD; dazu trugen auch zahlreiche Demonstrationen bei.

Der Kampf gegen die AfD als Wegbereiter des Faschismus muss weitergehen, denn die Partei erhält in den kommenden vier Jahren insgesamt rund 400 Millionen Euro vom Staat, mit denen sie ihre widerwärtigen Kampagnen bestreiten können. Auch wenn die meisten „Protestwähler“ und keine ausgesprochenen Neonazis sind, so wissen sie dennoch ganz genau, dass in den Reihen der AfD Faschisten sitzen. „Ich wollte ja nur protestieren“ taugt also nicht als Entschuldigung.

Dennoch ist der Rechtsruck nicht in der Bevölkerung, sondern in der Regierung. Er zeigt sich in der Zusammenarbeit mit dem Erdogan-Regime. In Deutschland sind massenhaft faschistische Erdogan-Spitzel aktiv, sogar im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Dort wurden dieses Jahr 15 Dolmetscher gefeuert. Sie haben offensichtlich Daten von Asylbewerbern aus der Türkei direkt an türkische Stellen weitergeleitet, mit Ortsangabe und Bezeichnung der Betroffenen als „Terroristen“.

Das syrische Raqqa wurde fast vollständig vom faschistischen IS befreit. Kurdische, christliche, turkmenische und arabische Milizen haben bewusst gewartet, bis ihr Bündnis geschmiedet war. Der Schutz der Bevölkerung hatte oberste Priorität. Die Zusammenarbeit all dieser verschiedenen ethnischen Gruppen ist beispielhaft für den ganzen Nahen und Mittleren Osten. Mehr als 200.000 Flüchtlinge aus Raqqa wurden in Rojava aufgenommen, trotz der dortigen Knappheit an Lebensmitteln und Wohnraum. Das ist wahrhaft internationale Solidarität! Merkel setzt aber ihre Unterstützung Erdogans fort.

Ein weiterer Rechtsruck der Regierung ist zu erwarten, wenn eine „Jamaika“-Koalition gebildet wird. Die von der CSU geforderte „Obergrenze“ wird mit dem Satz getarnt, eine Zahl von 200.000 solle „nicht überschritten“ werden. Es erfolgt eine Anpassung an die Bedürfnis der Industriemonopole: Facharbeiter, Spezialisten, Akademiker dürfen rein, wenn sie politisch genehm sind, aber arme Bauern, Ungelernte oder gar Freiheitskämpfer müssen draußen bleiben.

Am **11. November 2017** beginnt um **12:30 Uhr** eine **Demonstration** in **Bonn** unter dem Motto: „**Unsere Umwelt – unsere Zukunft – unser Widerstand**“. Busse fahren auch ab Bremen. Auch am Montag, dem 6. November 2017, steht der Weltumwelttag im Mittelpunkt. Nach dem Ende des Freimarkts sehen wir uns auf dem Marktplatz wieder, zusammen mit der „Umweltgewerkschaft“ und „Ausgestrahlt“.

Wolfgang Lange (MLPD)

Deutschland hat die armen Rentner

1. Das ZDF hat die **Renten** für Menschen mit geringem Einkommen in Deutschland, Holland und Österreich verglichen. Der Befund lautet: Deutschland hat die armen Rentner!

> „Arme Rentner – reiche Rentner. Immer mehr Deutsche fürchten sich vor Armut im Alter. Doch dagegen könnte die Politik etwas tun. In Holland und Österreich geht es den Rentnern besser. Was machen diese Länder anders? In Österreich zahlen auch die Beamten und Selbständigen in die Rentenversicherung ein. Im Schnitt hat jeder Rentner dort 500 Euro mehr als in Deutschland. Auch in Holland liegt die Grundrente für alle weit über 1.000 Euro im Monat.
>
> Von solchen Renten kann Werner Huhnstein aus Gelsenkirchen nur träumen. Seit einem Jahr befindet er sich im Ruhestand, doch genießen kann er den nicht. Mit 545 Euro Regelrente und einer Hinterbliebenenrente von 187 Euro zusätzlich kommt er kaum über die Runden. So jobbt der ehemalige Fernfahrer noch nebenbei als Sargträger, spart an allen Ecken und Enden.
>
> Huhnstein ist keine Ausnahme. Immer mehr deutsche Senioren verarmen. Nach einer Studie der ‚Bertelsmann-Stiftung‘ könnte bald jeder fünfte deutsche Rentner von Altersarmut bedroht sein. Hauptsächlich betroffen: Menschen, die zeitweise wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder der Erziehung ihrer Kinder nicht in die Rentenversicherung einzahlen konnten – aber auch Niedrigverdiener, die viele Jahrzehnte gearbeitet haben.

Nur wenige Kilometer von der deutschen Grenze entfernt, in dem Dörfchen Alphen aan de Maas, lebt die Rentnerin Mariet van der Broeck. Insgesamt hat sie heute mehr Geld zur Verfügung als früher. Während sie als Krankenpflegerin zuletzt auf 950 Euro Monatsverdienst kam, erhält sie heute insgesamt fast 1.500 Euro monatlich. Der Grund: das niederländische Rentensystem, Cappuccino-Modell genannt. Als Basis erhält jeder, der mindestens 50 Jahre lang in Holland gelebt hat, eine Grundrente von 1.098 Euro, dazu kommen Betriebsrenten und eine private Altersvorsorge.

Auch in Österreich kennen die Senioren die Probleme ihrer deutschen Nachbarn nicht. So kann die ehemalige Hilfsarbeiterin Renate Kauscheder von ihrer Rente gut leben und sogar zweimal im Jahr in Urlaub fahren. 1.009 Euro bekommt sie, und das 14 Mal im Jahr. Wie kann das gehen? Österreicher zahlen mehr in die Versicherung ein, der Arbeitnehmeranteil ist größer. Und in Österreich muss sich jeder an der Finanzierung der Renten beteiligen, in Deutschland gibt es viele Ausnahmen. – Holland und Österreich zeigen: Es gibt einen Weg aus der Armutsfalle für Rentner, einen Weg, von dem Deutschland lernen kann.“

In den Beitrag wird nicht auf den Antrag auf Grundsicherung eingegangen. Leider wollte der Rentner keine Hilfe vom Staat. Grundsicherung ist aber kein Almosen, sondern ein Rechtsanspruch wie die Rente! Grundsicherung ist leider mit viel Antragsaufwand verbunden. Vor der Grundsicherung steht der Vermögensverzehr. Für Leistungen der Grundsicherung können die Angehörigen nicht in Regress genommen werden. Armut fängt auch nicht mit der Rente an! Es gibt geringes Einkommen trotz Mindestlohn, wegen Teilzeitbeschäftigung oder sogar bei Vollzeitbeschäftigung, denn mit 20 Stunden pro Woche ist es eine „Vollzeittätigkeit“.

Die Meinung „Ich will nichts vom Amt, ich gehe nicht zum Amt“ ist falsch und wird oftmals mit dem Verlust von Lebensqualität bezahlt. Nicht abwimmeln lassen und vom Amt einen schriftlichen Bescheid einfordern! Wer Probleme mit dem Antrag auf Grundsicherung hat, sollte zu einem Beratungsverein gehen oder einfach vorbeikommen! In dem Beitrag wird festgestellt, dass auch ein Mensch, der Mindestlohn erhält und 45 Jahre lang 40 Stunden je Woche arbeitet, eine Rente unterhalb der Grundsicherung bekommt. Die Politik wird dies erst ändern, wenn die Armen sichtbar werden, zum Beispiel auf dem Marktplatz zur Bremer Montagsdemo.

Die in den Nachrichten präsente durchschnittliche Rente wird unter Einbeziehung aller Renten ermittelt. Der rapide Sinkflug der aktuellen Rentenhöhe fällt dadurch nicht auf. Dieser Sinkflug geht weiter. Jedes Jahr wird die Lebensleistung schlechter bewertet. Auch die persönliche Biografie enthält geringere oder weniger Einzahlungen in die Rentenkasse, denn Löhne und Gehälter sind gesunken, die Stellen oftmals nur Teilzeitarbeit. ALG II wird bei der Rentenermittlung nicht berücksichtigt, Arbeitslosigkeit und auch Krankheit ergeben geringere An-

wartschaften. Die durchschnittliche Rentenhöhe der in 2016 begonnenen Renten ist nicht präsent.

2. Diesen Dienstag hat „Arte“ die **Glyphosat**-Dokumentation „Roundup, der Prozess“ gezeigt. Das Video ist bis zum 16. Dezember 2017 verfügbar.

> „Roundup ist unter diesem und anderen Markennamen das weltweit am meisten gespritzte Pflanzenschutzmittel. Vierzig Jahre nach dessen Markteinführung wurde sein Wirkstoff Glyphosat als wahrscheinlich krebserregend für den Menschen eingestuft. Vor dem Hintergrund der in der Europäischen Union anstehenden Entscheidung über ein Glyphosat-Verbot geht die Doku dem Skandal auf den Grund.
>
> Allein 2014 wurden 825.000 Tonnen des starken Unkrautvernichters Glyphosat auf Feldern und in Gärten ausgebracht. Die Besorgnis hinsichtlich der Gefahren, die von dem weltweit meistgespritzten Pflanzenschutzmittel ausgehen, ist groß. Zumal die Internationale Agentur für Krebsforschung Glyphosat im März 2015 als wahrscheinlich krebserregend für den Menschen einstufte und damit zu einem ganz anderen Schluss kam als die großen amerikanischen und europäischen Gesundheitsbehörden, die Monsantos Roundup und dessen Wirkstoff Glyphosat als ungefährlich bezeichneten.
>
> Anknüpfend an ihren investigativen Dokumentarfilm ‚Monsanto, mit Gift und Genen‘ aus dem Jahr 2008, zeigt die Autorin Marie-Monique Robin in ihrem neuen Film, dass Roundup noch gefährlicher ist als bisher befürchtet: Der ‚Allestöter‘ – so der Beiname des Produkts im Spanischen – macht krank und vergiftet Böden, Pflanzen, Tiere und Menschen, denn er ist überall anzutreffen: im Wasser, in der Luft, im Regen, in der Erde und in Lebensmitteln. Außerdem ist Glyphosat nicht nur krebserregend, sondern auch eine hormonaktive Substanz, ein starkes Antibiotikum und ein Chelatbildner, der Spurenelemente bindet.
>
> Der Film enthüllt die katastrophalen Folgen dieser Eigenschaften und zeigt aufwühlende Bilder von Opfern in den USA, Argentinien, Frankreich und Sri Lanka; auch zahlreiche Wissenschaftler kommen zu Wort. Roter Faden des Dokumentarfilms ist der symbolische Prozess vom Oktober 2016 in Den Haag: Beim internationalen Monsanto-Tribunal klagte eine Bürgerinitiative den Saatgut-Multi in dessen Abwesenheit auf Ökozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit an. Ergebnis des Prozesses ist ein hieb- und stichfestes Rechtsgutachten, das möglicherweise dazu führen wird, dass , Ökozid‘ als Tatbestand im internationalen Recht Anerkennung findet.“

Der Chemieriese Bayer Leberkusen hat in leitender Verantwortung Mitarbeiter(innnen) der zuständigen Aufsichtsbehörde beschäftigt. Deutschland wollte die Zulassung für weitere zehn Jahre, Frankreich hat dies erst einmal verhindert. Dan-

ke! Auch auf unseren Seiten steht viel über Glyphosat und über das Leid von Mensch und Natur.

3. Noch etwas über den Umgang mit Geld. „Deutschlands **Immobilienmarkt** ist ein Paradies für Geldwäsche“, hieß es bei „Monitor“ am 12. Oktober 2017:

„Georg Restle: ‚Wissen Sie eigentlich, wer Ihr Vermieter ist? Könnte eine ziemlich knifflige Frage sein, denn in Deutschland wird es zunehmend schwieriger, genau das herauszufinden. Immer häufiger sind Immobilien nämlich im Eigentum unübersichtlicher Unternehmenskonstruktionen, und nicht selten befindet sich der Eigentümer in einer fernen Steueroase. Der Immobilienmarkt in Deutschland sei zu einem Eldorado für Geldwäscher und organisierte Kriminalität geworden, warnen Experten. Ausgerechnet die deutsche Bundesregierung habe einiges dafür getan, dass dies auch so bleibt. Federführend der Mann, der acht Jahre lang Finanzminister in Deutschland war, Wolfgang Schäuble.‘

Vielleicht schon eines der letzten Konzerte hier. Für Bassist Lars ist der Jugendclub Potse so etwas wie sein zweites Zuhause. Seit zehn Jahren engagiert er sich hier ehrenamtlich. Aber jetzt steht Berlins ältester Jugendclub vor dem Aus. Das Gebäude im Bezirk Schöneberg gehört einem privaten Investor, und der will die Jugendlichen gern loswerden. Gerüchten zufolge soll hier stattdessen eine Business-School, ein Hostel oder ein schickes Bistro einziehen.

Christoph Trautvetter, Europäisches Zentrum für Anti-Korruption: ‚Die Eigentümerstruktur dehnt sich auf den Ebenen aus Deutschland nach Luxemburg bis hin nach Zypern, zu der offiziellen Firma aus. Die Suche nach den Eigentümern in Deutschland ist besonders schwierig, weil die Landregister und die Grundbuchämter in Deutschland sehr zersplittert sind. In Deutschland muss der wahre Eigentümer im Grundbuch gar nicht verzeichnet sein. Auch eine Briefkastenfirma kann als Käufer auftreten.‘

Oliver Huth, Bund Deutscher Kriminalbeamter: ‚Ich erinnere mich an einen konkreten Fall in Münster. Da haben wir gegen ein Mitglied der Mafia ermittelt. Diese Person war verdächtig, mit Kokain Handel zu treiben. Wir haben bei dieser Person viele Immobilien festgestellt, die allerdings Briefkastenfirmen gehörten, und uns fehlte letztendlich der Nachweis, dass diese Immobilien dieser Person zuzuordnen sind, sodass wir sie nicht einziehen konnten.‘

Professor Kai Bussmann, Economic Crime Recearch Center, Uni Halle- Wittenberg: ‚Das Geld strömt nach Deutschland rein, und wir beteiligen uns an der Geldwäsche und damit an der Kriminalität dieser Erde. Wir haben eine Mitschuld, wenn man das moralisch auf den Punkt bringt.‘

Anders in Italien: Großrazzia gegen die Mafia Ende Juni in Rom. Bilder der italienischen Ermittlungsbehörden dokumentieren: Die Fahnder kommen Geldwäschern hier häufiger auf die Schliche, auch dank eines zentralen Immobilienregisters. Carabinieri nehmen 23 Mafiosi fest und beschlagnahmen 262 Immobilien im Wert von fast 300 Millionen Euro. Im italienischen Immobilienregister sind die wahren Eigentümer leicht zu finden. Ein solches Register hätte die italienische Abgeordnete Laura Garavini gern auch in Deutschland. Denn oft waschen Mafiosi ihr illegal erworbenes Geld außerhalb der Landesgrenze, häufig in deutschen Immobilien.

Laura Garavini, italienische Parlamentsabgeordnete: ‚Wir haben dieses Immobilien-Register schon seit Jahrzehnten eingeführt. Das hat die Steuerhinterziehung eingedämmt und bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität enormen Gewinn gebracht. Inzwischen ist dieses Instrument glücklicherweise zum Standard bei den Ermittlungen geworden. Deshalb würden wir uns wünschen, dass auch Deutschland ein solches nationales Immobilien-Register einführt.‘

Aus dem Europaparlament kommt jetzt dieselbe Forderung: Jeder Staat soll ein nationales Immobilienregister aufbauen. Die Abgeordneten wollen damit die Geldwäsche-Richtlinie der EU ergänzen, um diese Form der Kriminalität effektiver bekämpfen zu können. Von den 28 Mitgliedsstaaten haben bereits mehr als die Hälfe wie etwa Spanien, Schweden und England ein solches Immobilienregister oder bauen entsprechende Zentraldateien gerade auf. Noch-Bundesfinanzminister Schäuble präsentierte sich gern als Vorreiter im Kampf gegen Schwarzgeld-Geschäfte. Aber ausgerechnet bei der Einführung eines nationalen Immobilienregisters stellte sich der Finanzminister quer.

Schriftlich teilt uns das Bundesfinanzministerium mit: ‚Die Einführung eines Registers wäre mit erheblichen Kosten und zusätzlichem bürokratischen Aufwand verbunden, und es hat bislang noch keinerlei Folgenabschätzung dazu gegeben.‘ Sven Giegold, Bundnis 90/Grüne, Europaabgeordneter: ‚Das Argument der Bundesregierung ist vorgeschoben. Es ist klar: Die Bundesregierung möchte keine nationalen Immobilienregister. Und auch gerade nicht in Deutschland.

4. Auch ein „Monitor“-Interview am 12. Oktober 2017 ist sehr eindringlich. Inhaltlich lässt es sich (leider) auch auf Afghanistan und andere Länder übertragen. Jan Egeland, UN-Berater für den Syrien- Konflikt und Generalsekretär des norwegischen Flüchtlingsrats, spricht über die Lage im Bürgerkriegsland und die Angriffe der US-geführten Koalition. Herr Egeland zweifelt: Ist dies wirklich eine Befreiung? Das Haus zerbombt, die Stadt zerstört, viele Menschen, meist Zivilisten, getötet oder verwundet, dazu eine Armeeführung, die diese Opfer anzweifelt. Ist dies der Weg zur Aussöhnung und zum Frieden? Herr Egeland wirkt überzeu-

gend und eindrucksvoll. Kürzlich wurde Rakka zerstört. Fotos mit nur einem Monat Unterscheid zeigen die Wucht und den Umfang der Vernichtung und anschließenden Befreiung.

Die USA haben mehr **Rüstung** gefordert. Auch Deutschland hat sich dem Ansinnen leider gebeugt. Die Rüstungsfirmen können Kurssprünge verzeichnen. Die UN hat mehr Geld für Lebensmittel gefordert, aber weniger erhalten, obwohl weitere Notlagen produziert wurden. Die Menschen verhungern oder werden durch Hunger lebenslang geschädigt sein. Wie deutsche Waffenhersteller am amerikanischen Markt verankert sind, ist auch im Beitrag von „Monitor“ zu sehen Mit Spenden aus Deutschland werden die Gegner der Entwaffnung unterstützt.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

637. Bremer Montagsdemo am 23. 10. 2017

Kein Jamaika mit Glyphosat!

„Kanzlerin Merkel könnte am Mittwoch in Brüssel noch schnell Glyphosat durchwinken, bevor die Grünen mit am Kabinettstisch sitzen“, warnt „Campact“ und ruft auf zur Unterzeichnung eines Eil-Appells, denn: „Dann landet das Ackergift für weitere zehn Jahre auf unseren Feldern. Die Jamaika-Parteien könnten bei Merkel ein Nein zu Glyphosat durchsetzen.“ Ja, es ist sehr wichtig!

„In Deutschland verschwinden die Insekten“, so eine aktuelle Meldung: „Neue Studie stellt einen dramatischen Rückgang der Gesamtmasse an Insekten in den vergangenen 27 Jahren fest.“ Auch die Vögel sind weniger geworden: „Insektenschwund hat Folgen. ‚Nabu‘ registriert Vogelsterben in Deutschland. Stare, Spatzen, Buchfinken: Die ‚Allerweltsvögel‘ haben es in landwirtschaftlichen Gebieten schwer zu überleben. Auch finden sie für ihre Jungen immer weniger Nahrung. Der ‚Naturschutzbund‘ ist alarmiert: Die Zahl der Vögel sinkt deutlich.“

Der Rückgang der Insekten hat sicher viele Ursachen, ebenso der Rückgang der Vögel. Aber wer die auf „Arte“ gezeigte Dokumentation gesehen hat (siehe Vorwoche), kann nicht überrascht sein. Reisbauern beklagen, dass nicht einmal in den Bewässerungsgräben noch Lebewesen zu finden sind: „Damals, als kleiner Junge, waren da sogar Fische“. Die Kaffeeplantage ist wie sauber gefegt und leblos, die Menschen dort sind schwer krank oder nicht mehr da. Die Reisbauern sterben wahrscheinlich innerhalb von vier Jahren nach der Krebsdiagnose. Die Kaffeeplantagenbesitzerin lebt mit einem sehr geschwächten Immunsystem.

Der Tierarzt stellt ein anfälligere Gesundheit und eine verkürzte Lebenszeit bei Rindern fest. Der Schweinezüchter bemerkt einen Zuwachs an Missbildungen bei Ferkeln und Beeinträchtigungen, die es früher nicht gegeben hat. Die Ferkel wurden untersucht: Glyphosat wurde in allen wichtigen Organen gefunden. Eine Mutter dachte bei den gezeigten Missbildungen an die Missbildungen, unter denen ihr Kind leidet. Eine Lehrerin hat die Sprühaktion per Flugzeug gefilmt und musste danach umgehend die Reaktion der Kinder behandeln. Studenten sammeln Fakten über Krankheit, Fehl- und Totgeburten. Farmer stellen fest, dass der Ertrag rapide zurückgegangen ist. Bis zum 16. Dezember 2017 ist der Film noch

bei „Arte“ in der Mediathek. Glyphosat beschäftigt uns schon länger, einfach die Suchmaschine benutzen!

Die Verflechtung der Genehmigungsbehörde in den USA kann auf die Genehmigungsbehörde in Deutschland übertragen werden. Bestritten wird immer jedwede Beeinträchtigung, Schädigung oder Verursachung durch die Anwendung von Glyphosat. Überwiegend sind die Beiträge über die Trinkwasser-Vergiftung durch Glyphosat positiv. Einige Brunnen sind aber schon heute vergiftet, geschützt durch den Grenzwert. Das Gift wurde im Bier und in der Muttermilch nachgewiesen: „alles ungefährlich“. Es hat schließlich noch niemand das Gegenteil bewiesen! Der Dokumentarfilm auf müsste für sich allein schon zur Versagung der Verlängerung ausreichen. Bitte unterschreiben, verbreiten und Daumen drücken!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Sanktionsurteil verzögert sich: Muss erst eine neue Regierung gebildet werden? *(„Junge Welt“)*

Unsere Umwelt ist in Gefahr!

In den letzten Wochen und Monaten häufen sich extreme Wetterereignisse mit verheerenden Folgen für die Menschen auf der ganzen Welt. Sie sind Vorboten dafür, dass sich der Übergang in eine globale Umweltkatastrophe immer schneller beschleunigt. In Afrika gibt es Hungerkatastrophen für Millionen Menschen, hervorgerufen vor allem durch die Erwärmung der Erde. Jahrelang hat es dort gar nicht oder kaum geregnet. Dürre und Verwüstung breiten sich massiv aus und treiben immer mehr Menschen zur Flucht, um nicht erbärmlich zu verhungern und zu verdursten.

Wirbelstürme wie „Maria“ oder „Irma“ häufen sich und nehmen an Zerstörungsgewalt zu. Sie haben Puerto Rico, Kuba, die Bahamas, die Karibik und Teile Floridas verwüstet. Die Erwärmung der Weltmeere führt zu immer gigantischeren Stürmen und zu regionalen Umweltkatastrophen. In Norddeutschland tobte vor zwei Wochen der Orkan „Xavier“, entwurzelte Tausende Bäume und führte zu

sieben Toten. Was wird hier los sein, wenn künftige Orkane mit 300 statt mit 180 Stundenkilometern toben?

Das Artensterben nimmt bedrohliche Ausmaße an. Eine neue Studie stellt einen dramatischen Insektenrückgang in Deutschland fest: Um 75 Prozent ist die Biomasse fliegender Insekten in den letzten 27 Jahren zurückgegangen. „Wir befinden uns mitten in einem Albtraum, da Insekten eine zentrale Rolle für das Funktionieren unserer Ökosysteme spielen“, warnt Prof. Dr. Steidle von der Universität Hohenheim. Vor allem Bienen sind unverzichtbar für die Bestäubung von Nutzpflanzen.

50 Prozent der Bienenvölker in Deutschland haben den letzten Winter nicht überlebt. Als Ursache für das Insektensterben nennen die Wissenschaftler die Zunahme der massiven Ackernutzung mit Stickstoff-Überdüngung, Pestiziden und Glyphosat. Die Bundesregierung und die EU-Kommission betreiben dennoch die Zulassungsverlängerung für dieses Ackergift Es macht Bienen unfruchtbar und ist von der Weltgesundheitsorganisation als krebserregend eingestuft.

Schmutzige Luft, dreckiges Wasser und verseuchte Böden machen weltweit Millionen Menschen krank. Fast jeder sechste Mensch, der seine durchschnittliche Lebenserwartung nicht erreicht, fällt der Umweltverschmutzung zum Opfer. Das berichtet die renommierte medizinische Fachzeitschrift „Lancet“ in ihrer jüngsten Ausgabe. Sie stützt sich dabei auf eine zweijährige globale Langzeitstudie der Universität Washington. Doch was machen die Regierungen angesichts dieser bedrohlichen Entwicklung?

Viele Regierungen nehmen Umweltschutzmaßnahmen, die oftmals noch längst nicht ausreichen, wieder zurück. Die Trump-Regierung ist dabei Vorreiter, aber die Bundesregierung segelt in demselben Fahrwasser: Sie behindert den Ausbau erneuerbarer Energien, fördert die Kohleverstromung, entlastet die Atomindustrie, stellt sich schützend vor die kriminellen Machenschaften der Autokonzerne beim Abgasbetrug und verteidigt die Dieseltechnologie. Immer mehr Menschen wird klar, dass sie die Rettung des Planeten selbst in die Hand nehmen müssen.

Unter dem Motto „**Unsere Umwelt, unsere Zukunft, unser Widerstand**“ gibt es nun während der „**Weltklimakonferenz**“ in Bonn am **11. November 2017** eine **Großdemonstration**. Im Aufruf heißt es dazu: „Wir wollen gemeinsam eine Alternative aufzeigen, in der wir auch in 50 Jahren noch saubere Luft einatmen und die Vögel im Wald zwitschern hören. Wir wollen für eine Welt aufstehen, die nicht von Profitwirtschaft und Umweltzerstörung, sondern von Solidarität, Umweltbewusstsein und der Einheit von Mensch und Natur geprägt ist. Ein sofortiger Kurswechsel ist nötig!“

Kommt mit zur Großdemonstration am 11. November 2017 in Bonn! Auch die Montagsdemo-Bewegung wird sich daran beteiligen. Die „Umweltgewerkschaft“ hat einen Bus angemietet und bietet günstige Preise an (Soli-Preis 15 Euro, Spendenpreis ab 25 Euro). **Abfahrt** ist um **7:30** Uhr am **ZOB Bremen** (anmelden unter unweltgewerkschaft-bremen@cloudmail.de). Macht mit bei der **Klima-Aktion**

am **Montag**, dem **6. November 2017**, ab **17:30 Uhr** auf dem Bremer Marktplatz! Montagsdemo, „Umweltgewerkschaft“ und „Ausgestrahlt“ laden herzlich ein.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Nicht spalten lassen in Deutsche und Ausländer, Arbeitslose und Arbeitende!

1. In Tschechien wurde jetzt ein ultrarechter Rassist, der Multimilliardär Andrej Babis zum Wahlsieger. Auch die faschistische tschechische „SPD“ bekam über elf Prozent der Stimmen. In Ungarn und Polen gibt es mehr oder weniger offen faschistische Regierungen. Österreich bekommt mit einer starken FPÖ in der kommenden Regierung einen reaktionären Kanzler Kurz. Es werden immer mehr offen rassistisch-faschistoide Regierungen, auch in anderen Ländern, siehe Trump in den USA. Als besonders brutal erwies sich jetzt Rajoy in Spanien. Die Polarisierung nimmt zu: Während die Regierungen nach rechts rücken, wachsen das linke Lager und der fortschrittliche Widerstand.

In Katalonien gingen vorgestern 500.000 Menschen auf der Straße. Sie waren nicht alle für eine staatliche Trennung von Spanien, aber protestierten alle gemeinsam gegen die brutale Unterdrückung. Diese Proteste sind fortschrittlich und verdienen Unterstützung als Teil des weltweiten Kampfs um Befreiung. Spaniens Produktion liegt nur bei 76 Prozent des Vorkrisenstandes, doch Katalonien hat eine hohe Wirtschaftsleistung. Rajoy lässt die Krisenlasten aufs Volk abwälzen, die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 50 Prozent. Dagegen erhebt sich die Bevölkerung; es geht nicht um ein Zurück zur Kleinstaaterei.

Der **Rechtsruck** darf nicht tatenlos hingenommen werden, nirgendwo! Nicht spalten lassen, auch nicht in Deutschland! Nach dem ultrareaktionären sächsischen Ministerpräsidenten Tillich, der das Handtuch wirft, soll jetzt Kretschmer sein Amt übernehmen, der noch viel offener reaktionär ist und die AfD rechts überholen will. Dass wir uns nicht spalten lassen dürfen, in Deutsche und Ausländer oder in Arbeitslose und Arbeitende, wird auch bei den angekündigten Massenentlassungen deutlich.

Air-Berlin-Chef Winkelmann bekommt 4,5 Millionen Abfindung. Vorher war er jahrelang bei Lufthansa. In ihrem Auftrag hat er offensichtlich jetzt den Deal eingefädelt: Zerschlagung von Air Berlin, Filetstücke an die Lufthansa. Minister

Dobrindt mischt dabei kräftig mit, aber der Großteil der 8.000 Beschäftigten bekommt nichts. Die von der Lufthansa-Tochter Eurowings Übernommenen erhalten 40 Prozent weniger Gehalt. Deshalb gemeinsam kämpfen! Bei Peugeot-Citroën-Opel gilt die Beschäftigungsgarantie nur bis Ende 2018, und selbst die ist eine Luftnummer: In England sollen 400 von 1.600 bei der Schwestermarke Vauxhall gehen, in Eisenach steht gleich das ganze Opel-Werk auf der Kippe. Letzte Woche wurde mit Pausenversammlungen auf den Kampf vorbereitet.

2. Vor der Montagsdemo fand vor der Bürgerschaft eine Demonstration statt zum Erhalt der 134 Platanen am linken Weserufer. In der Bürgerschaft findet momentan eine Veranstaltung zur **Stadtentwicklung** statt, mit hochrangigen Vertretern der Bauindustrie. Die Bremer Milliardäre Zech und Jacobs planen eine völlige Umgestaltung der Innenstadt. Nachdem er sein Kaffeeimperium verkauft hatte, machte Herr Jacobs seine Profite mit der Verleihung von Menschen, indem er den weltgrößten Arbeitskräfteverleiher Adecco gründete. Doch den Sklavenhandel hat er wieder abgestoßen, jetzt verheißen Immobilien die höchsten Profite.

Deshalb wurde das „Mondelez“-Verwaltungsgebäude an der Langemarckstraße zurückgekauft. Dort und daneben plant er gewaltige Baumaßnahmen: Wohnungen, Luxushäuser, Büros. Da stehen natürlich die Platanen im Weg! Es soll eine neue „Schlachte“ entstehen, mit „Erlebnisgastronomie“ und Trallala. Die Behauptung von Umweltsenator Lohse, die Platanen seien krank und nicht mehr standfest, ist eine dreiste Lüge: Beim Orkan „Xavier“ vor zwei Wochen fielen im Bürgerpark 40 Bäume um. Auch am Werdersee stürzten riesige Bäume, aber keine einzige der Platanen an der Weser!

Die stehen wie die Eins. Deshalb war schon die Ausschreibung an renommierte Architekturbüros eine Sauerei, denn die Vorgabe für alle dreizehn eingereichten Entwürfe war: Die Platanen müssen weg! Dabei gibt es ausgereifte Entwürfe, die bestätigen, dass der Hochwasserschutz einschließlich Deicherhöhung sehr gut mit den Platanen machbar ist, sodass diese noch lange leben und mit ihrem Grün für Sauerstoff in der Stadt sorgen können. Das interessiert den „Grünen“ Lohse wohl nicht! Um die Pläne besser verwirklichen zu können, soll jetzt die Alte Neustadt der Innenstadt zugeschlagen werden. Der heutige Protest ist nicht der letzte: Die Initative „Rettet die Platanen“ bereitet ein Volksbegehren vor. Lohses Tage als Umweltsenator sind hoffentlich gezählt!

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

638. Bremer Montagsdemo am 30. 10. 2017

Der Sturz des kapitalistischen Weltsystems ist notwendig

Es gibt mal wieder eine „Bertelsmann“-Studie zum Thema Armut. Diese ist weiter gestiegen, allerdings auch der Reichtum. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren in Hartz IV ist so hoch wie noch nie: 14,6 Prozent beträgt ihr Anteil in Deutschland, es sind 110.000 mehr als im Vorjahr. In Bremen ist ihr Anteil mehr als doppelt so hoch: 33 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren müssen von Hartz IV leben. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, vor allem Frauen, und ihre Kinder.

Aber wie gesagt: Auch der Reichtum der winzigen fetten Oberschicht ist gestiegen. Die Abgasbetrüger von VW machten fette Beute: Trotz Milliarden an Strafzahlungen stieg der Profit in den ersten neun Monaten dieses Jahres auf 7,7 Milliarden Euro. Das sind 30 Prozent mehr als letztes Jahr. Warum? Weil die Folgen der Krise abgewälzt werden auf die Beschäftigten, die Kommunen, die ganze Gesellschaft – und weil die Ausbeutung immer rasanter steigt!

Das alles schreit nach grundsätzlicher Lösung. Am Sonntag ging in Bottrop ein dreitägiges Seminar zum 100. Geburtstag der Oktoberrevolution zu Ende. 1.050 Teilnehmende, 60 Parteien und Organisationen aus 44 Ländern diskutierten lebhaft über die Lehren der Oktoberrevolution und wie unter heutigen Bedingungen die weltweite Herrschaft des Kapitals gestürzt werden kann. In Russland wurde vor 100 Jahren der Beweis erbracht, dass es möglich ist.

Auch wenn dort heute alles wieder ganz anders und Russland inzwischen ein imperialistisches Land ist, in dem die eigene Bevölkerung ausgebeutet und unterdrückt wird und das andere Länder unterdrückt: In der Oktoberrevolution wurde der Nachweis geführt, dass es möglich ist, die Ketten abzuwerfen. Schon am Tag nach dem Aufstand erließ die junge Sowjetregierung unter Lenins Führung ein Dekret, das die Großgrundbesitzer entschädigungslos enteignete und den Kauf oder Verkauf sowie die Verpachtung oder Vermietung von Boden verbot, da er das Eigentum des Volkes ist.

Der Krieg wurde sofort beendet, die Frauen wurden mit den Männern völlig gleichgestellt. Diese Revolution war entgegen der Darstellung im hiesigen Schulunterricht auch fast unblutig: In ganz Leningrad kamen, beide Seiten zusammengenommen, 41 Menschen ums Leben. Aber dann kam es zum Interventionskrieg: 14 Staaten, die gerade noch gegeneinander Krieg geführt hatten, überfielen das junge sozialistische Land, um den Sozialismus zu zerstören. Aufopferungsvoll verteidigten sich die Revolutionäre. In diesem drei Jahre dauernden Krieg kamen Millionen Menschen ums Leben. Das wird in allen bürgerlichen Medien verschwiegen oder Lenin in die Schuhe geschoben.

Dass der Sturz des kapitalistischen Weltsystems notwendig ist und die Lehren aus dem Sieg der Oktoberrevolution und der viele Jahre späteren Zerstörung des Sozialismus gezogen werden müssen, darüber waren sich alle Teilnehmenden des Seminars einig – nicht nur, um die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beenden sowie die Unterdrückung und die imperialistische Kriege, sondern auch die Bedrohung alles Lebens durch eine globale Umweltkatastrophe. All das lässt keine andere Wahl.

Dieses Wochenende gab es den zweiten verheerende Sturm innerhalb eines Monats, wobei die gemessenen 180 km/h noch ein Lüftchen sind gegenüber den tropischen Hurricans, die mit über 300 km/h, erstmals drei Tage lang und nicht nur über dem Ozean und den Inseln, sondern auch über dem Festland eine Schneise der Verwüstung zogen. Nun tagt, vom 6. bis zum 17. November 2017, die 23. Weltklimakonferenz, diesmal in Bonn. Seit der letzten hat sich die Lage verschärft: Trump (USA) und Erdogan (Türkei) erklärten ihren Austritt aus dem Abkommen. Weltweit fordern ultrareaktionäre Kräfte, in Deutschland die AfD, ihrem Beispiel zu folgen.

Etwa ein Drittel der weltweit 65 Millionen Menschen auf der Flucht mussten wegen Umweltkatastrophen wie Hochwasser ihre Heimat verlassen. Es werden immer mehr. Die Bundesregierung tritt nicht ganz so offen reaktionär wie Trump und Erdogan auf, bewegt sich aber mit leiseren Tönen in dieselbe Richtung: Es gilt, alles und jedes den Profitinteressen der Monopole unterzuordnen. Zum Beispiel ist die Einführung von „Biodiesel“ ein Teil des von Autokonzernen und Bundesregierung inszenierten Diesel-Betrugs: Um 3,5 Millionen Tonnen Palmöl jährlich nach Deutschland einzuführen, werden eine Million Hektar Regenwald gerodet, was massiv zu Umweltzerstörung, Klimakatastrophe und Artensterben beiträgt.

Ebenso die Fleischproduktion in der EU: Für die schnelle und profitable Massentierhaltung werden Millionen Tonnen Soja, vor allem aus Südamerika, eingeführt. Die Hülsenfrucht wird auf einer Fläche von 60 Millionen Hektar angebaut, ebenfalls vor allem nach Abholzung des Regenwaldes. Am **11. November 2017** wollen wir an der **Großdemonstration** in **Bonn** unter dem Motto „**Unsere Umwelt – unsere Zukunft – unser Widerstand**“ teilnehmen. Der Bus fährt am ZOB Bremen um 7:30 Uhr ab, der Fahrpreis beträgt 15 Euro.

Um gegen alle revolutionären Bestrebungen vorzugehen, wappnet sich der Staat der Monopole unter anderem mit dem „Verfassungsschutz“. Jetzt kam her-

aus: Der faschistische Anschlag von Anis Amri auf dem Berliner Weihnachtsmarkt mit zwölf Toten erfolgte nach Anstiftung eines V-Mannes des „Verfassungsschutzes“! Dieser ganze „Verfassungsschutz“ ist durchzogen von Faschisten. Sein Auftrag ist es, jegliche Gefährdung der kapitalistischen Ordnung zu verhindern, und dazu ist jedes Mittel recht.

Ziel bei der Förderung und Durchführung solcher Anschläge wie in Berlin ist es, die Hetze gegen Asylbewerber und alle Flüchtlinge anzustoßen und schärfere Gesetze für die „innere Sicherheit“ zu erlassen. Gegen faschistische Anschläge wird nichts unternommen, aber das ganze Volk bespitzelt, ausgespäht, videoüberwacht – und die Daten werden auf Vorrat gespeichert. Am 11. November ist eine gute Gelegenheit, auch dagegen auf die Straße zu gehen!

Wolfgang Lange (MLPD)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

639. Bremer Montagsdemo am 06. 11. 2017

Unsere Umwelt, unsere Zukunft, unser Widerstand!

Unsere Umwelt und damit unsere Zukunft sind in Gefahr! Durch die Erderwärmung, durch die Abholzung der Wälder, durch die Vergiftung der Felder mit Pestiziden, durch Plastik- und Atommüll im Meer und unter der Erde, durch schmutzige Energiegewinnung aus Kohle, Öl, Erdgas und Uran droht eine globale Umweltkatastrophe, die die Existenz der ganzen Menschheit gefährdet. Radikale Sofortmaßnahmen sind nötig! Trotzdem kommen bei den jährlichen UN-Weltklimakonferenzen neben „Absichtserklärungen“ keine verbindlichen Ergebnisse heraus.

Auch das Abkommen von Paris blieb unverbindlich. Eine globale Umwelt- und Klimakatastrophe wird sehenden Auges und mutwillig in Kauf genommen. Im Juli 2017 haben die G20-Staaten, die zusammen für 75 Prozent des Kohlendioxid-Ausstoßes verantwortlich sind, mit ausdrücklichem Bezug auf das Abkommen von Paris öffentlich bekundet, die Klimaerwärmung auch mit Atomenergie, Fracking und vermeintlich „sauberer“ fossiler Energie „bekämpfen“ zu wollen.

Damit entlarvt sich dieses Pariser Abkommen als Mogelpackung. Aus dem letzten deutschen „Klimaschutzplan 2050“ wurden alle konkreten Ziele gestrichen. Stattdessen deckt die Bundesregierung seit Jahren die Autokonzerne, die wissentlich unsere Luft verpesten und noch Jahrzehnte an ihren Verbrennungsmotoren festhalten wollen. Unsere Umwelt, unsere Zukunft, unser Widerstand!

Immer mehr Menschen wird klar, dass es so nicht weitergehen kann. Weltweit entwickelt sich ein Aufschrei zur Rettung der Umwelt. Beim Weltklimagipfel 2009 in Kopenhagen protestierten mehr als 200.000 Menschen, der “Klimamarsch“ 2014 mobilisierte weltweit Millionen. Im November 2017 findet in Bonn bereits der 23. Weltklimagipfel statt (COP23). Damit wird auch der internationale Protest in Bonn zu Gast sein!

Wir rufen als gleichberechtigter Zusammenschluss verschiedener Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen zu vielfältigem Protest mit dem Höhepunkt einer großen **Demonstration** am **Samstag**, dem **11. November 2017**, in **Bonn**

auf. Sie beginnt dort um **12:30 Uhr** auf dem **Münsterplatz**. Wir sind viele, wir sind verschieden, doch uns eint der Einsatz für die Rettung der Umwelt – natürlich auf antifaschistischer Grundlage: Refugees welcome!

Wir wollen gemeinsam eine Alternative aufzeigen, in der wir auch in 50 Jahren noch saubere Luft einatmen und die Vögel im Wald zwitschern hören. Wir wollen für eine Welt aufstehen, die nicht von Profitwirtschaft und Umweltzerstörung, sondern von Solidarität, Umweltbewusstsein und der Einheit von Mensch und Natur geprägt ist. Ein sofortiger Kurswechsel ist nötig! Machen wir das am 11. November, dem international begangenen Weltklima-Aktionstag, unübersehbar und unüberhörbar deutlich!

Kommt mit zur Großdemonstration am 11. November 2017 in Bonn! Auch die Montagsdemo-Bewegung wird sich daran beteiligen. Die „Umweltgewerkschaft“ hat einen Bus angemietet und bietet günstige Preise an (Soli-Preis 15 Euro, Spendenpreis ab 25 Euro). **Abfahrt** ist um **7:30** Uhr am **ZOB Bremen** (anmelden unter unweltgewerkschaft-bremen@cloudmail.de).

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

„Für die Grünen steht es 0:10“: Wagt Merkel eine Minderheitsregierung, wenn die „Jamaika“-Sondierung scheitert? *(„N-TV“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

640. Bremer Montagsdemo am 13. 11. 2017

„Die Hartz-IV-Kasse macht gleich auf“

Andrea Nahles will die „Hartz-IV-Debatte endlich beenden“. Die Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion plädiert für einen „Neuanfang“, weil die SPD eine Zukunftsdebatte brauche anstelle des Blicks zurück. Anlass dafür war offenbar das parteiinterne Wortgefecht über den Umgang mit den umstrittenen Hartz-IV-„Sozial“-Reformen, die unter Kanzler Schröder auf den Weg gebracht wurden. Der Berliner SPD-Landesvorsitzende und Regierende Bürgermeister Müller blies ins gleiche Horn und forderte, die SPD müsse „aus der elenden Hartz-IV-Debatte rauskommen“.

Der Einzige, der in dieser Debatte noch über den eigenen Tellerrand zu gucken vermag, scheint mir der Politikwissenschaftler Neugebauer zu sein, der vor solch einem Schritt warnte, weil man „auch nach hinten schauen“ müsse, „um zu sehen, was man mit sich schleppt“. Er verlangte, die SPD solle die Lehre daraus ziehen, dass sie es versäumt habe, ein langfristig programmatisches Angebot zu unterbreiten. Ich meine: Wenn die Wurzeln faulen, müssen sie erst behandelt werden und gesunden, bevor die *Spezialdemokraten* wieder an weiteres Wachstum, an eine Zukunft auch nur denken können!

Auch die Nachricht, dass Supermärkte künftig in besonders dringenden Fällen Sozialleistungen wie das Arbeitslosengeld an Berechtigte auszahlen sollen, ist leider kein Karnevalsgag. Angeblich sei das Verfahren für Menschen gedacht, die über kein eigenes Konto verfügten oder die im Ausnahmefall sofort eine Auszahlung bräuchten. Bislang standen dafür die Kassenautomaten in den Jobcentern und Arbeitsagenturen zur Verfügung, doch sollen diese aus Kostengründen abgebaut werden. Der Unterhalt für die bisherigen Geldautomaten in den Jobcentern soll die Bundesagentur allen Ernstes acht Euro pro Transaktion gekostet haben. Rewe, Penny, Real, DM und Rossmann werden zu den beteiligten Supermärkten und Drogerien gehören.

Ziel sei die flächenweite Einführung der neuen Lösung bis Ende 2018, die Umstellung solle im zweiten Quartal 2018 beginnen. Damit die Arbeitslosen in

den Supermärkten an ihr Geld kommen, sollen sie einen Zettel mit einem Barcode vorlegen, den sie sich zuvor im Jobcenter oder der Arbeitsagentur abholen müssen. Nach dem Einscannen des Schriftstücks darf der angezeigte Betrag sofort ausgezahlt werden. Die Älteren unter uns erinnern sich vielleicht noch an den originellen Spot für die erfolgreiche Präventionskampagne „Gib Aids keine Chance“, in dem Hella von Sinnen als blonde Kassiererin mit durchdringender Stimme durch den Supermarkt brüllt: „Tina, wat kosten die Kondome?“ und ein von Ingolf Lück gespielter schüchterner junger Mann an der Kasse am liebsten im Erdboden versunken wäre.

Sozial-Werbung soll soziale Vorstellungen, Wertmaßstäbe und Verhaltensnormen beeinflussen, was damals für das neue Thema Aids eine große Herausforderung bedeutete. Beim Anblick des verlegenen jungen Mannes können viele heute schmunzeln und sich an ihre eigene Unsicherheit erinnern. Aber welche Stimmung würde wohl im Kassenbereich eines Supermarktes die monotone Durchsage: „Die Hartz-IV-Kasse macht gleich auf“ erzeugen?

Menschenwürde und Datenschutz spielen dann offensichtlich keine Rolle mehr. Herrscht bald Stigmatisierung pur, die finanziell arme und gesellschaftlich abgehängte Menschen unwürdig wie am Nasenring durch die Arena von Drogerien und Supermärkten schleift? Was für eine grandiose Idee, Erwerbslose auch beim Einkaufen vor Nachbarn und Kassiererinnen als ebensolche, als gesellschaftlich geächtete Personen erkennbar werden zu lassen! Wer denkt sich so einen perfiden Mist aus? Ich glaube hier nicht an vermeintlich unbedachte Zufälle aus Kostengründen, sondern an absichtliche Diskriminierung.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Besser die Vorsorge finanzieren als die Krankheit

1. Wieso ist auf der Zugspitze die Braunkohleverbrennung zu bemerken – die Abgase sind doch von dort aus nicht zu sehen? Auf der Zugspritze sind Forscher im Untergrund tätig. Der Frost im Gestein wird beobachtet und gemessen. Die Auswirkung der Braunkohleverbrennung beseitigt langsam, aber stetig den Permafrost. Die Folge könnten Geröllabgänge und Felsstürze sein. Die CSU sieht die Klimaauswirkungen scheinbar nur in weiter Ferne. Hoffentlich lenkt auch die CSU ein –

damit ihnen nicht die Brocken vor die Füße fallen! Natürlich sind die Südseestaaten am ärgsten von der Erwärmung betroffen.

Herr Tillich hat den Ausstieg aus der **Braunkohle** als einen „Anschlag auf die Wirtschaftskraft Deutschlands“ bezeichnet. Herr Tillich, der Ausstieg aus der Steinkohle wurde mit umfangreichen Unterstützungsleistungen für die Bergleute geschafft! Natürlich muss das auch für die Braunkohle vereinbart werden. Die Menschen machen eine gute Arbeit. Die Unternehmen sind profitabel, der Strom wird überwiegend exportiert. Die Gesellschaften haben somit keinen Anlass zur Umsteuerung. Die Kinder der Anteilseigner wohnen weit weg, die Kinder der Beschäftigten sind vor Ort. Die Menschen, insbesondere die Kinder leiden unter jeder Luftverschmutzung.

Dieser Strom wird in Deutschland nicht gebraucht. Die „Dunkelflaute“ sei eine Erfindung, sagt auch Klaus Töpfer im „Bericht aus Berlin“ vom 12. November 2017. Er fordert die Einhaltung der Rahmenbedingungen für diesen Einschnitt. Die „Dunkelflaute“ wurde auch bei der Anmoderation des Beitrags zur Demonstration gegen die Braunkohleverstromung in den Nachrichten „beschworen“. Sinngemäß hieß es, die Bergleute arbeiteten rund um die Uhr, damit auch bei Windstille und ohne Sonne der Strom verlässlich aus der Steckdose kommt. Was ist die Motivation für diese Anmoderation?

Zur Erinnerung: Zur Förderung der Braunkohleverstromung wird die erneuerbare Energie gebremst, wurden Gaskraftwerke vom Netz genommen. Die Erträge für die Anteilseigner sind stabil. Jede dieser Maßnahmen belastet das Klima, Mensch und Natur leiden. Diese Kosten belasten nicht die Anteileigner. Insbesondere die Kinder leiden. Dies allein ist schon ein ausreichender Grund für die Umsteuerung und Abschaltung. Die Hilfe für diesen Einschnitt kann prompt verabschiedet und umgesetzt werden, es ist dabei allerdings Eile geboten.

Die Umstrukturierungen unter dem Schlagwort „Gesellschaft 4.0“ können von den Arbeitnehmer(inne)n der Braunkohleverstromung jetzt genutzt werden. Wenn die Personalverringerungen durch „Gesellschaft 4.0“ durchschlagen, ist der Topf für zusätzliche Absicherungen leer! Wie gehen Sie damit um, wenn Ihr Kind fragt: „Warum habt ihr die Luft verschmutzt? Ihr wusstet doch, dass es nicht gesund ist!“ Besonders schlimm, wenn das Kind krank ist.

Der Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie erfolgte auch gegen den Widerstand der Betreiber. Trotzdem wurden Stilllegungen umgesetzt. Die Atomindustrie wurde dafür von Kosten und Risiken üppig entlastet. Auch der Braunkohleverstromung sind Folgekosten zuordenbar, darunter Beeinträchtigungen, die erst später Kosten verursachen. Warum rede ich wieder vom Geld? Scheinbar sind vielen Unternehmen die Gesundheit der Menschen und der Erhalt der Natur erst bei einer drohenden Kostenbelastung etwas wert!

2. Glyphosat ist wahrscheinlich krebserregend, aber die Bundesregierung enthält sich der Stimme. Frau Merkel hat es angeordnet. Die letzten vom Hersteller in Auftrag gegebenen Gutachten wurden von namhaften Wissenschaftlern un-

terschrieben. Erstellt haben diese Wissenschaftler diese Forschungsarbeiten jedoch offenbar nicht. Mitarbeiter der Genehmigungsbehörde arbeiteten bei dem Hersteller, als Nebentätigkeit in leitender Position. Ist dies noch immer so? Wurde diese Nebentätigkeit genehmigt? Warum wurden Genehmigungen nicht widerrufen und die Beamten überzeugt, dass nur ein Entweder-oder geht? Wieso wird so entstandenen Bewertungen mehr Bedeutung verliehen und Glaubwürdigkeit geschenkt als der Weltgesundheitsorganisation (siehe insbesondere 637. Bremer Montagsdemonstration)?

Die EU hat nebenbei erwähnt, dass mit Schadenersatzklagen des Herstellers zu rechnen ist, wenn die Genehmigung nicht erteilt wird. Natürlich lässt sich die Minderung der Erträge hieb- und stichfest ermitteln. Der Verlust an Gesundheit, das Leid der Geschädigten und der Hinterbliebenen werden vom Hersteller nicht wahrgenommen. Diese Fakten müssen auch der Bundeskanzlerin zur Ablehnung der verlängerten Genehmigung von Glyphosat ausreichen, selbst wenn die Reichen es anders sehen!

Glyphosat ist in der Nahrungskette angekommen. Es gelangt somit in den menschlichen Körper, nicht nur über die Haut. Glyphosat kann die Schutzschwelle des Ungeboren überwinden. Der Hersteller beruft sich auf die Zulassungsbewilligungen, um von den Folgen abzulenken. Die Bauern können umsteuern. Auch hier ist die Unterstützung durch die Bundesregierung nötig. Es ist besser, die Vorsorge statt die Krankheit zu finanzieren, selbst wenn es verschiedene Töpfe sind! Vom „Bauernverband“ ist aufgrund seiner Verflechtungen keine Unterstützung der Bauern zu erwarten. Auch dies kann sich ändern.

Schockierend ist immer wieder, wie schnell die Mittel für die Rüstung aufgestockt und die Ausgaben für Soziales gekürzt werden. Die unterhaltsame Satiresendung „Die Anstalt“ vom 7. November 2017 ist in der Mediathek noch abrufbar. Es lohnt sich! Das Netzwerk zur Beeinflussung der Meinung wurde 1947 gegründet und jetzt „enttarnt“. Wie immer sind die Themen treffend aufbereitet und unterhaltsam präsentiert. Die Wirklichkeit wird so überspitzt. In Ergänzung zum Faktencheck der Sendung bitte „Das Netzwerk neoliberaler Denkfabriken (Thinktanks) von 1947 bis heute“ anschauen!

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Das Klima retten, ohne uns mit den Herrschenden anzulegen?

In Bonn waren 4.000 Menschen bei zwei Demonstrationen gegen die Klimakatastrophe. Es ist nicht „fünf vor zwölf“, es ist schon „zwölf Uhr“: Der Umschlag in eine globale Umweltkatastrophe hat begonnen, alles wird dem Profit untergeordnet. Es helfen keine schlauen Sprüche: Die mutwillige Zerstörung unserer Umwelt muss gestoppt und den Verantwortlichen das Handwerk gelegt werden! – Warum waren nicht alle bei einer gemeinsamen Demo? Es gab eine Spaltung, weil sich ein Teil nicht mit den Herrschenden anlegen will, nur auf das Pariser Abkommen vertraut und vor allem nicht mit revolutionären Kräften zusammen demonstrieren will. Aber so werden wir das Klima nicht retten! Es gibt eine Heuchelei der Herrschenden: Die „Guten“ sind Merkel und Schwarzenegger, die „Bösen“ Trump und Erdogan. Aber auch die „Guten“ tun nichts gegen die Umweltzerstörung!

Erst vorgestern warnte Merkel vor „zu scharfen“ Umweltbestimmungen, sie gefährdeten unsere Arbeitsplätze. Die Produktion erfolge dann eben woanders und würde das Klima auch nicht retten: Damit kann man alles rechtfertigen, die Dieselabgase, den extremen Kohlendioxidausstoß, die Vergiftung der Äcker. Die Stahl- und Kupferindustrie wird sowieso rausgerechnet bei den Schadstoffwerten und darf rauspusten, was sie will. Eine weltweite Widerstandsfront ist notwendig! Dafür war die Bonner Demonstration auch eine Weiterentwicklung. Es gab Teilnehmende aus vielen Ländern, unter anderem auch eine Delegation aus Marokko gegen Fracking. Dafür war extra ein marokkanisches Fernsehteam angereist.

Am Sonntag fand der zweite Bundeskongress des Internationalistischen Bündnisses statt. Zu den Teilnehmenden gehörten auch Abgesandte der bundesweiten Montagsdemobewegung. Zu hören waren viele Beiträge von Mitarbeitenden von VW, Daimler und Porsche, von Stahlarbeitern und Milchbauern, von Migranten- und Jugendlichen-Organisationen. Es gab einen Vorschlag zum Aufbau einer kommunalpolitischen Plattform. Der Bündnisaufbau war erfolgreich und unabhängig von Rücksichtnahmen auf Konzerne oder Sponsoren. Das Internationalistische Bündnis hat ein riesiges Potential, es herrscht Aufbruchstimmung. Die bürgerlichen Parteien zeigen sich dagegen zerstritten, so bei der „Jamaika“-Sondierung. In der CSU wollen viele ihren Vorsitzenden Seehofer stürzen. Die Bremer Grünen streiten über Helga Trüpel.

Letzte Woche gab es in Sankt Petersburg, dem früheren Leningrad, eine begeisternde bewegende Demonstration zum 100. Geburtstag der Oktoberrevolution mit acht- bis zehntausend Teilnehmenden. Vor 100 Jahren wurde der Beweis

erbracht: Der Sturz des Imperialismus ist möglich! Wenn aus dem Aufbau und der späteren Zerstörung dieses ersten sozialistischen Staates die richtigen Lehren gezogen werden, gehört die Zukunft einer Welt ohne Ausbeutung und ohne Unterdrückung. Der Sturz des imperialistischen Systems ist möglich!

Wolfgang Lange (MLPD)

„Tiefes Nachdenken“: Wie geht es nun weiter so,
Frau Bundesgeschäftsführerin? *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

641. Bremer Montagsdemo am 20. 11. 2017

Die Grünen haben schon alle Kröten dieser Welt geschluckt

Sonntagnacht ist mit großem Knall die „Jamaika“-Sondierung geplatzt. CDU und SPD hatten bei der Bundestagswahl 2017 ihr jeweils schlechtestes Ergebnis erhalten. Jetzt herrscht bereits Angst davor, bei Neuwahlen nicht einmal mehr eine Große Koalition hinzubekommen. Trotz permanenter Berichterstattung in den Medien wird kaum ein Wort darüber verloren, *warum* die FDP die Verhandlungen platzen ließ: Sie will noch weiter nach rechts rücken als Union und Grüne und um keinen Preis de Familiennachzug sogenannter subsidiärer Flüchtlinge gestatten. Betroffen sind vor allem jene aus Syrien. Welch unmenschliche Politik! Dabei handelt es sich um weniger als 100.000 Personen. Die meisten sind jung, noch nicht verheiratet und haben noch gar keine Kinder.

Aber die FDP will noch viel mehr: Sie ist der Musterschüler in der Umsetzung der Wünsche der Konzernchefs. So soll die Arbeitszeit vollständig flexibilisiert werden und ohne Obergrenze gelten, ganz im Sinne der Großkonzerne. Weil sie dabei von den Monopolen unterstützt wird und zudem die CDU angeschlagen ist, erhofft sie sich bei Neuwahlen noch mehr Stimmen. Die FDP will außerdem das Rentenalter ganz aufheben, also keine Rente mit 67 und auch nicht mit 70, sondern arbeiten bis ins Grab!

In der Umweltpolitik hatten die Grünen schon alle Kröten dieser Welt geschluckt. Beim Klimagipfel in Bonn trat Merkel für den Fortbestand der deutschen Kohleverbrennung ein, die 40 Prozent der Stromerzeugung in Deutschland deckt. Die Grünen sind einverstanden damit, dass kein Termin für den Kohleausstieg festgesetzt wird. Dabei ist der Kohlendioxidausstoß letztes Jahr auf einen Rekordwert gestiegen, den höchsten seit Beginn der Messungen vor 58 Jahren. Die „Selbstverpflichtungen“ vom Pariser Klimagipfel werden nicht eingehalten. Sie sind ein Witz, denn Verstöße dagegen ziehen keinerlei Sanktionen nach sich. US-Präsident Trump will weitere 1.600 Kohlekraftwerke in 62 Ländern bauen lassen.

Der Hintergrund des Scheiterns der „Jamaika“-Sondierung ist also ein weiterer Rechtsruck der Regierung, der aber nicht allen weit genug geht. Die Monopole wollen ein viel rigoroseres Vorgehen. Siemens hat 6.900 Stellenstreichungen in Deutschland angekündigt, in Berlin, Mülheim, Offenbach, Erlangen und Erfurt. Die Werke in Leipzig und Görlitz sollen ganz schließen, und das nicht wegen klammer Kasse: Gerade erst wurden fast sieben Milliarden Euro Reingewinn vermeldet!

Die Metalltarifrunde hat sehr kämpferisch begonnen, die Forderung nach einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wurde erhoben. Dem entgegen fordern Monopole und FDP eine Aufhebung der Arbeitszeitbegrenzung und des Rentenalters. Die Ausbeutung soll unbegrenzt von irgendwelchen Gesetzen gesteigert werden können, um die Konkurrenz abzuhängen. Umso wichtiger ist jetzt der Aufbau eines großen, überparteilichen Bündnisses mit allen revolutionären und fortschrittlichen Kräften – sollte es zu Neuwahlen kommen, erst recht!

Die jetzt offen ausgebrochene politische Krise braucht uns nicht zu schrecken, im Gegenteil: Nutzen wir sie, um uns zusammenzuschließen im Kampf gegen jene, denen es bei allem und jedem nur um ihre Profite geht und die dafür unser Leben und unsere Welt aufs Spiel setzen! Die AfD befand sich schon bei der Niedersachsenwahl im Abwind. Sorgen wir dafür, dass sie schnell wieder aus dem Bundestag verschwindet! Am **2. Dezember 2017** gibt es in **Hannover** eine **Großdemonstration** gegen den **AfD-Parteitag**. Auftaktkundgebung ist um 11:30 Uhr am Theodor-Heuss-Platz.

In Gelsenkirchen gab es einen Anschlag auf den „People-to-People“-Laden, davor faschistische Morddrohungen gegen Monika Gärtner-Engel, Mitglied des Zentralkomitees der MLPD und Hauptkoordinatorin der ICOR. Jetzt und gerade, wenn es zu Neuwahlen kommen sollte, müssen wir den Kampf gegen die AfD verstärken und den Leuten die Augen öffnen, dass dies eine Partei ist, die dem Faschismus und der schrankenlosen Ausbeutung die Tür öffnet.

Das internationale Finanzkapital meint, sich alles leisten zu können: Es gab erneute Kontenkündigungen von Deutscher Bank und Postbank gegen die MLPD, offenbar auf Betreiben von Benjamin Weinthal von der „Jerusalem Post“, weil die MLPD, wie auch wir hier schon des Öfteren auf der Montagsdemonstration, den Freiheitskampf der Palästinenser unterstützt, etwa gegen die brutale Politik der israelischen Regierung oder gegen den Siedlungsbau in Palästinenserland.

Jegliche Kritik daran wird demagogisch als „Antisemitismus“ verleumdet. Gegen die Kontenkündigung, die im Übrigen den rechtswidrigen politischen Boykott einer Partei darstellt, gibt es viel Solidarität, unter anderem von Frau Hecht-Galinski, Tochter des früheren Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland. „Früher einmal wurden Bankkonten von Juden gekündigt und geplündert, heute wird versucht, Konten von einer Partei, die als *einzige* im Wahlkampf ein Herz für Palästinenser hatte, zu kündigen“, schrieb sie.

Am **Samstag**, dem **25. November 2017**, ist **Tag gegen Gewalt an Frauen**. Kommt zur **Demonstration** um **12 Uhr** beim Schweinehirten-Denkmal in der **Sögestraße**!

Wolfgang Lange (MLPD)

Das Ergebnis der Weltklimakonferenz in Bonn ist ein Desaster

„Die Menschheit macht zu wenig für den Schutz der Umwelt“, warnte eine Initiative von Wissenschaftlern vor der Weltklimakonferenz in Bonn: „Es drohen dramatische Folgen“. 15.000 Forscher aus 148 Ländern hatten die „Warnung an die Menschheit“ unterschrieben. Der weltweite Kohlendioxid-Ausstoß steigt immer weiter an. Der Forscherverbund „Global Carbon Project“ hat für dieses Jahr wieder eine Zunahme der Emissionen von rund zwei Prozent festgestellt. Das ist kein Wunder!

Der Pariser „Weltklimavertrag“ von 2015 basiert auf „freiwilligen Selbstverpflichtungen“ der einzelnen Staaten. Der Anstieg der Treibhausgas-Emissionen zeigt, dass man „freiwillig“ unseren Planeten nicht retten kann. Wenn ein Staat wie Deutschland seine im nationalen Klimaschutzplan verkündeten Ziele krachend verfehlt, hat das keinerlei Folgen. Und was hat die 23. Weltklimakonferenz gebracht, die am Samstag in Bonn zu Ende ging?

Die wesentliche Errungenschaft soll die Ausarbeitung eines „Regelbuches“ sein. Darin sucht man aber vergeblich nach Regeln für den verbindlichen und schnellen Ausstieg aus der fossilen Verbrennung und international gültige Verpflichtungen zum Umstieg auf erneuerbare Energien. Zahlreiche Umweltorganisationen ziehen deshalb eine äußerst kritische Bilanz.

Deutschland war 2015 für mehr als 18 Prozent der Treibhausgas-Emissionen in Europa verantwortlich und daher mit Abstand Europas größter Klimasünder. Hauptgrund dafür ist die hohe Abhängigkeit von Kohlestrom. An der Anti-Kohle-Allianz aus 25 Staaten, die auf der Klimakonferenz ins Leben gerufen wurde, beteiligt sich Deutschland nicht. „Angela Merkel hat sich heute vor der einzigen Antwort gedrückt: Bis wann steigt Deutschland aus der Kohle aus?“, kritisierte „Greenpeace“-Geschäftsführerin Sweelin Heuss.

Über 60 Prozent der Bürger finden, dass für den Klimaschutz zu wenig getan wird und fordern ein Ende der Kohleverbrennung bis 2020. Stattdessen widersetzt sich die Bundesregierung den neuen, schärferen Grenzwerte der EU für Treibhausgase, weil sie den Ausstieg aus der Kohlenutzung beschleunigen.

Jahrelang galt Deutschland als „Vorreiter“ im Klimaschutz. Inzwischen ist es im internationalen Vergleich nur noch Mittelmaß und landet auf dem 22. Platz von 56 Ländern. Zu diesem ernüchternden Ergebnis kommt der „Internationale

Klimawandel-Index“ CCPI, der auf der Konferenz vorgestellt wurde. Deutschland will seinen Kohlendioxidausstoß bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 senken.

„Ohne zusätzliche Anstrengungen wird das Ziel deutlich verfehlt“, mahnen Umweltschutzverbände. Ein aktueller US- Klimabericht zeichnet düstere Prognosen. Er kommt zu dem Schluss, dass die globale Erderwärmung größtenteils menschengemacht ist und warnt vor einem möglichen Anstieg des Meeresspiegels um bis zu 2,40 Meter bis 2100.

Wie geschlossen ist die Weltgemeinschaft in Klimaschutzfragen? In der Schlussphase der Klimakonferenz fanden Entwicklungsländer deutliche Worte: „Der Egoismus der Mächtigen ist ein Gift, das die Erde krank macht“, sagte Venezuelas Minister für Ökosozialismus und Wasser, Ramon Velasquez Araguayan, mit Blick auf die reichen Länder. Der Vertreter Nicaraguas, Paul Oquist, warnte: „Wenn die Klima-Migration von Millionen Menschen in Richtung Norden losgeht, wird es nur noch dieses Thema geben.“

Wir können die Rettung des Planeten nicht den Regierungen überlassen, wir müssen sie selbst in die Hand nehmen! Ein Höhepunkt für die notwendige neue Qualität der Umweltbewegung war unter zahlreichen Protestaktionen die Demonstration „Unsere Umwelt, unsere Zukunft, unser Widerstand“ am 11. November 2017. Am allermeisten bestach ihre Lebendigkeit, inhaltliche Vielfalt und politische Breite.

„Unsere Demonstration war ein wichtiges Signal an die Umwelt- und Klimabewegung, dass politisch sehr unterschiedliche Kräfte von christlich-konservativ bis revolutionär-links erfolgreich und auf Augenhöhe zusammenarbeiten können“, meinte Carlotta Grohmann vom Koordinierungskreis des Aktionsbündnisses aus 22 Organisationen und Gruppen.

Sie fuhr fort: „Ich habe noch nie eine Demonstration erlebt, bei der sich so viele Menschen am Straßenrand unmittelbar für die Teilnahme entschieden haben.“ Darauf lässt sich gut aufbauen. Um den drohenden Kollaps unserer „Mutter Erde“ zu verhindern, müssen Millionen Menschen auf der ganzen Welt gemeinsam Widerstand leisten!

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

Landschaft verstrahlt: Fällt Kim Jong-Uns Atomberg nach dem nächsten Bombentest auseinander? *(„Tageszeitung“)*

Milliardenauftrag für Lürssen-Werft: Aber das Geld schafft weder Arbeitsplätze in Bremen noch rettet es Flüchtlinge vor Australien *(„Spiegel-Online“)*

Du sollst nicht betteln: Sonst wird dir die Stütze gekürzt *(„Tageszeitung“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

642. Bremer Montagsdemo am 27. 11. 2017

Ich bin für eine Minderheits-regierung der CDU/CSU

1. Frau Merkel hat in der Großen Koalition einfach gehandelt, auch gegen die bekannte Mehrheit der Bürger. Die Enthaltung zur Gentechnik, einfach so per Anruf, ist ein Beispiel. Bei einer **Minderheitsregierung** wäre das nicht passiert. Aktuell steht die Ablehnung von Glyphosat an. Die weitere Anwendung muss unterbunden werden! Bei manchen Brunnen dauert das Durchsickern des Oberflächenwassers mehre Jahrzehnte. Die Nebenbeschäftigung der leitenden Mitarbeiter der Genehmigungsbehörde bei Bayer, ebenfalls in leitender Funktion, müsste längst beendet sein. Bei einer Minderheitsregierung wäre dies durchsetzbar!

Der Dieselaffäre liegt ein fortgesetzter Betrug zugrunde. Die angemessene Reaktion ist, entsprechend wie in den USA zu verfahren. Wir haben andere Gesetze – na und? Diese Ausrede ausgerechnet vom Gesetzgeber ist arm. Aber auch VW-Dieselfahrer sind Wähler. Die Feinstaubbelastung hat weitere Gründe. Welche Maßnahmen werden ergriffen? Filter für Kamine und Holzfeuerung sind bisher Fehlanzeige. Die Braunkohleverbrennung muss gestoppt werden, denn die Stromversorgung ist auch ohne Kohle gesichert!

Eine Minderheitsregierung würde diese bisher gezeigte Ignoranz nicht überleben. Der SPD wird es erst wieder besser gehen, wenn die Agenda 2010 mit dem Arbeitslosengeld II zumindest entschärft wird. Alle leistungsmindernden Regelungen müssen prompt verschwinden. Nachstehend nur *eine* Auswirkung der Agenda 2010. Die Minderzahlungen belasten die ALG-II-Abhängigen, hinzu kommen die anderen Leistungsbezieher. Dem Einzelhandel fehlen diese Millionen in der Ladenkasse.

2. Das Bundesverfassungsgericht hat zu den **Unterkunftskosten** entschieden. Sozialrechtler Harald Thomé hat in seinem Newsletter darüber informiert. Er spricht von einer „Nicht-Entscheidung“:

„Das Bundesverfassungsgericht hat letzte Woche in drei Fällen seine Beschlüsse zu den Kosten der Unterkunft veröffentlicht. In zwei Fällen war es eine Verfassungsbeschwerde einer Leistungsbezieherin, dazu der Vorlagebeschluss des Sozialgerichts Mainz. Das Bundesverfassungsgericht hat darin festgestellt, wenn es an einer gesetzlichen KdU-Satzung fehle, sei ein mehrstufiges Verfahren zur Ermittlung der KdU-Bedarfe gemäß der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts nötig.

Das Bundesverfassungsgericht akzeptiert die Warnfunktion der Kostensenkungsaufforderung und die Kriterien des Bundessozialgerichts für ein ‚schlüssiges Konzept'. Wenn es diese nicht gibt, sieht es die Festsetzung der angemessenen Kosten der Unterkunft nach dem Wohngeldgesetz mit zehn Prozent Sicherheitszuschlag als zulässig an. Also wurde die bisherige Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zu ‚schlüssigen Konzepten' vom Bundesverfassungsgericht damit abgesegnet und für verfassungskonform erklärt.

Das Bundesverfassungsgericht hat aber auch betont: Es müssen immer die Besonderheiten des Einzelfalls berücksichtigt werden (Randziffer 17). In seinem Beschluss vom 1. August 2017 (Aktenzeichen 1 BvR 1910/12) hat das Bundesverfassungsgericht noch dargestellt, dass ‚relevante Nachteile' zu prüfen seien, beispielsweise ‚auch möglichst in der gewählten Wohnung zu bleiben'. Bei der Prüfung des Anordnungsgrundes müsse berücksichtigt werden, ‚welche negativen Folgen finanzieller, sozialer, gesundheitlicher oder sonstiger Art ein Verlust gerade der konkreten Wohnung für den Beschwerdeführer gehabt hätte'.

In der aktuellen Entscheidung hat es nur noch von ‚Besonderheiten des Einzelfalls' gesprochen. Die im vorherigen Beschluss genannten Kriterien sind zur Konkretisierung anzuwenden und müssen nun im Detail weiter eingefordert und erstritten werden. Ganz übel war der Leitsatz nicht, jedwede Unterkunft müsse im Falle einer Bedürftigkeit staatlich finanziert und die Miete unbegrenzt erstattet werden. Diese Aussage hat das Bundesverfassungsgericht betoniert, und diese wird uns bis zu einer Klarstellung durch das Bundesverfassungsgericht immer entgegengehalten werden.

Inhaltlich ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts für eine Vielzahl von Leistungsberechtigten ein Schlag ins Gesicht. So werden beispielsweise in Berlin Monat für Monat 4,7 Millionen Euro vom Jobcenter für die Kosten der Unterkunft nicht übernommen, über 56 Millionen Euro in einem Jahr. Das sind aber nur die Wohnkosten, die das Jobcenter nach einer Kostensenkungsaufforderung nicht übernimmt. Es fehlen die Wohnkosten der Haushalte, die von vornherein in zu teure Wohnungen ziehen. In Berlin ist davon auszugehen, dass dieser Teil doppelt so hoch ist.

Allein diese Zahl beweist, dass die Festlegung auf die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zu ‚schlüssigen Konzepten' überholt ist und modifiziert werden muss. Hier wäre deutlich mehr Einsicht in die konkreten Probleme der fast sieben Millionen SGB-II-Leistungsberechtigten zu wünschen gewesen und nicht nur rechtliche Einsicht in die finanzielle Belastungen der Kommunen. 43,53 Prozent aller Bedarfsgemeinschaften in Berlin leben in Wohnungen, deren Preis sich oberhalb der örtlichen Mietobergrenze befindet.

Mit den Bundesverfassungsgerichtsbeschlüssen hat die Auseinandersetzung um die Frage, wie die Angemessenheit von Aufwendungen der Unterkunft seitens des Gesetzgebers geregelt sein muss, ein vorläufiges Ende gefunden. Eine Verfassungsbeschwerde blieb erfolglos, der Vorlagebeschluss des Sozialgerichts Mainz wurde als unzulässig zurückgewiesen. Das heißt, dass bis auf Weiteres die Rechtsprechung der Tatsacheninstanzen jeweils über die Schlüssigkeit von Konzepten entscheiden beziehungsweise selbst schlüssig ermitteln muss.

Es geht also darum, konkrete ‚schlüssige Konzepte' kritisch zu beleuchten und methodische Fehler aufzudecken und die Anwendung des Einzelfallgrundsatzes einzufordern – auf der Straße, in den Parlamenten, bei Gericht. Die Konsequenzen werden gerade auch von anderer Seite deutlich: Die Zahl der Wohnungslosen hat sich verdoppelt. Das Bundesverfassungsgericht hat die Akte für sich selbst geschlossen, was die Grundsatzfrage der ‚Angemessenheit' angeht."

Aktuell sieht es in Bremen bei den Kosten der Unterkunft so aus: Die Veränderung des Wohngeldgesetzes zum 1. Januar 2016 war in Bremen Ursache für die Erhöhung der Mietrichtwerte ab 1. März 2017 (siehe 604. Bremer Montagsdemonstration). Allerdings sind gemäß Fachgutachten die Mietrichtwerte überwiegend unterhalb der Grenzen für das Wohngeld festgesetzt worden. Nur für Einzelpersonen wurde ein höherer Wert ermittelt.

Haushaltsgröße eine Person: 455 Euro Mietobergrenze, 434 Euro Wohngeld (plus fünf Prozent). Haushaltsgröße zwei Personen: 464 Euro Mietobergrenze, 526 Euro Wohngeld (minus zwölf Prozent). Haushaltsgröße drei Personen: 578 Euro Mietobergrenze, 626 Euro Wohngeld. Haushaltsgröße vier Personen: 633 Euro Mietobergrenze, 730 Euro Wohngeld. Haushaltsgröße fünf Personen: 738 Euro Mietobergrenze, 834 Euro Wohngeld.

Die Mietrichtwerte erhöhen sich eventuell um stadtteilbezogene Zuschläge. Sozialwohnungen werden vollständig erstattet. Weitere Besonderheiten stehen in Abschnitt 7c bis 7g der Verwaltungsanweisung. Die Wohngeldwerte ab 1. Januar 2016 finden sich noch auf der Website der Bremer Linksfraktion.

Leistungsberechtigten, die sich nicht wehren, bleibt immer weniger Geld zum Leben. Die damalige Differenz zwischen tatsächlicher Miete und der Erstattung des Jobcenters ist auf der Seite zur 588. Bremer Montagsdemonstration nachzulesen. Eine Gegenwehr ist möglich, aber bitte mit Darlegung der persönlichen

Betroffenheit. Ein Überprüfungsantrag rückwirkend ab 1. Januar 2016 muss noch in diesem Jahr beim Jobcenter eingehen.

Die Kosten der Unterkunft ab 1. März 2017 wurden in der Sozialdeputationssitzung vom 23. Februar 2017 behandelt. Die Ermittlung der Richtwerte wurde begleitend erläutert. Die Zahlen wurden vom Statistischen Landesamt erhoben und von „F & B“ zum Stichtag 1. März 2016 ausgewertet.

Die Übersicht der Richtwerte (Anlage 2) enthält keinen Hinweis auf die Sonderregelungen, etwa für Sozialwohnungen. In der Verwaltungsanweisung unter der Position 5.3 „Sozialer Wohnungsbau“: „Mieten für Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus sind grundsätzlich in tatsächlicher Höhe anzuerkennen. Dies schließt Mieten für Neubauten im geförderten Wohnungsneubau ausdrücklich mit ein.“ Unter 7c bis 7g stehen weitere Besonderheiten für die Anpassung der Mietrichtwerte. Nicht vergessen: Diese Mietrichtwerte sind keine Obergrenzen!

Die „Verwaltungsanweisung für Bedarfe für Unterkunft, Heizung und zur Sicherung der Wohnung“ fehlt im Archiv der Sitzung. Die „Verwaltungsanweisung Wohnen“ ist auch über das „Transparenzportal“ aufrufbar.

Die ergänzenden Hinweise zur „Verwaltungsanweisung Wohnen“ sind scheinbar seit Januar 2014 nicht aktualisiert worden. Zuschüsse für die Kosten der Unterkunft sind auch für Studenten und Auszubildende erreichbar, weil sie nicht als Leistungen nach dem SGB II gelten. Auch Flüchtlinge in Ausbildung können Ansprüche haben. Auf dieser Seite stehen auch alle anderen Verwaltungsanweisungen. Sie sind teilweise nicht aktuell. In diesem Fall gilt die Rosinenpickerei.

Eine bloße Anweisung an die Verwaltung hat aber keine Rechtskraft. Es ist die Auslegung des Rechts zur gleichen Anwendung durch die Verwaltung. Es sind aber Verwaltungsanweisungen mit Außenwirkung, daher besteht Veröffentlichungspflicht. Das Bundesverfassungsgericht hat das „schlüssige Konzept“ als alleinige Grundlage für die „angemessenen“ Mieten festgelegt. Soll das Sozialgericht entsprechende Ermittlungen anstellen oder einfordern, wenn kein schlüssiges Konzept gegeben ist?

Das „F & B“-Fachgutachten soll das „schlüssige Konzept“ für die Mietrichtwerte in Bremen sein. Man lese nun die Begründung für die Änderung des Wohngeldgesetzes und dazu dieses Fachgutachten. Alle vorherigen „schlüssigen Konzepte“ zu den Mietobergrenzen in Bremen haben sich als nicht gerichtsfest erwiesen. Bremen will die erhöhten Obergrenzen erst ab 1. März 2017 und nicht ab 1. Januar 2016 anwenden. Wer davon betroffen ist, sollte sich wehren! Bis Jahresende geht es noch zum 1. Januar 2016.

Für die Zeit ab 1. März 2017 steht diese Prüfung noch aus. Eine Schwachstelle in den Fachgutachten ist nach meiner Meinung die Nichtberücksichtigung der noch in Gemeinschaftsunterkünften lebenden Menschen. Belastet ist die Glaubwürdigkeit auch, weil „F & B“ die Richtwerte vor dem 1. März 2017 auf einer sichtbar falschen Grundlage ermittelt hat, für Fachleute möglicherweise eine Rechtsbeugung.

Aber das neue Gutachten soll richtig sein? Angemessen sind die Mietrichtwerte, die vom Jobcenter wie eine Obergrenze behandelt werden, nicht! Besonders zu beachten ist die Entscheidung des Landsozialgerichts Niedersachsen-Bremen (Aktenzeichen L15 AS 257/16 B ER): Demnach könnte sich die zur Berechnung herangezogene Mietwerterhebung als „schlüssiges Konzept“ zur Festlegung von Mietobergrenzen erweisen.

Ohne Eilverfahren sind die Ansprüche der Leistungsbeziehenden nicht zu sichern. Das Landsozialgericht ist nicht dagegen, Ansprüche zu sichern, nur müssen sie unter Einbeziehung dieser Entscheidung noch ausführlicher begründet werden. Falls es ein „schlüssige Konzept“ nicht gibt, sind die Werte des Wohngeldgesetzes plus zehn Prozent Sicherheitszuschlag anzuwenden.

Wer Hilfe braucht, gehe zu den Beratungsstellen oder komme einfach vorbei. Wir sehen uns immer wieder montags, aktuell wegen des Weihnachtsmarktes auf dem Hanseatenhof, ab 2018 wieder in Bremens „guter Stube“, auf dem Marktplatz. Dann haben hoffentlich alle, die eine Leistungskürzung hinnehmen mussten, einen Antrag auf Überprüfung gestellt! Ab 1. Januar 2016 ist noch alles rückholbar, bitte die Informationen zum Jahreswechsel 2015/2016 und 2016/2017 lesen, dazu die Erweiterungen auf Schadenersatz. Deponat ist nicht abzuzahlen! Auch der Jahreswechsel 2017/2018 lässt Ansprüche untergehen.

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?“ ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

CSU-Landwirtschaftsminister stimmt in Brüssel für Glyphosat-Zulassung:
Wie kann die SPD nach solch einem Vertrauensbruch noch
Koalitionsgespräche führen? *(„Spiegel-Online“)*

Die tödlichen Folgen der Sparpolitik

1. Als 2015 festgestellt wurde, dass sich in England und Wales seit 2010 die Mortalitätsrate um mehr als fünf Prozent erhöht hatte, wurde händeringend nach einer Erklärung gesucht. Die Steigerung war einfach zu groß, um zufällig sein zu können. Des Rätsels Lösung fanden die Forscher in der Kürzungspolitik der kon-

servativen Regierung: Unglaubliche 120.000 Todesfälle soll es in Großbritannien deswegen bereits gegeben haben!

Dabei kann offenbar als bekannt vorausgesetzt werden, dass Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich schwerwiegende Folgen haben. Wie schwer jedoch, darüber staunten selbst die Experten. Statistische Analysen zeigten schnell, dass Grippeepidemien oder Infektionen als Ursache nicht in Frage kamen, sich stattdessen jedoch ein auffallender statistischer Zusammenhang zwischen der Zunahme der **Sterberate** und den Einsparungen im Sozial- und Gesundheitsbereich zeigte. Die Autoren dieser Studie sprechen sogar von „ökonomischem Mord“. Eine andere Bezeichnung dafür fällt mir auch nicht ein.

Als 2010 die Konservativen und die Liberaldemokraten in England eine Koalition bildeten, warnten sie vor einem drohenden Untergang, wenn England sein Defizit nicht bis 2015 abbauen würde, und nahmen sich zum Ziel, Ausgaben zu senken und Sozialleistungen zu kürzen. Es folgten massive Kürzungen, und eine Sparwelle nach der anderen drückte die Lebensqualität herunter. Das Wohngeld wurde gekürzt und gleichzeitig der öffentliche Wohnungsbau drastisch hinuntergefahren. Es gab enorme Kürzungen bei der Arbeitslosenunterstützung und der Unterstützung von Menschen mit Behinderung.

Mittlerweile hätte auch dem letzten Zweifler klar werden müssen, dass diese Austeritätspolitik weder das Wachstum steigert noch die Defizite senkt. Mit den Einbußen durch die Zerstörung des Sozialstaates sank lediglich der Lebensstandard der Menschen. England häufte unter der Rechtsregierung mehr Schulden an als je unter einer Labour-Regierung zuvor. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass Austerität zwar eine schlechte Wirtschaftspolitik ist, aber „gute“ Klassenpolitik.

Diese Untersuchung belegt, was mit Verstand und Menschenliebe schon immer gewusst wurde: Weniger Pflege, schlechteres Essen und mehr Stress kosten das Leben. Die Lebenserwartung für 65-Jährige sank um 21 Tage, die von 75-Jährigen um ganze 40 Tage. Hier ist die Rede von 45.000 zusätzlichen Todesfällen in den ersten vier Jahren der konservativen Kürzungspolitik. Bis heute sind es etwa 120.000 Todesfälle, und bis 2020 droht die Zahl auf 200.000 hochzuschnellen. Das sind im Durchschnitt 100 Tote pro Tag, die es ohne Kürzung der Ausgaben nicht geben würde!

Diese Analyse sollte spätestens jetzt Warnung genug vor der asozialen, menschenverachtenden Austeritätspolitik der Konservativen und „Sozial“-Liberalen sein. Hinter den nackten Zahlen verbergen sich echte Menschen wie du und ich, mit Gefühlen, Lebensläufen und Existenzangst. Meist betrifft es solche, die Sozialleistungen erhalten. Den Betroffenen fehlt das Geld, um normal zu essen oder Pflege in Anspruch zu nehmen.

Schlechte Jobs mit hohem Arbeitsdruck und Stress steigern die Wahrscheinlichkeit von Herzinfarkten. Außerdem schwächte die Sparpolitik der Konservativen das öffentliche Gesundheitssystem und etablierte eine Zwei-Klassen-Medizin. Allein der Abbau von Krankenpflegern könnte für zehn Prozent der zusätzlichen Todesfälle verantwortlich sein. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit steigt auch die Sterberate bei Krebskranken.

Inzwischen soll die Regierung vordergründig von ihrem Sparkurs abgekehrt sein und sowohl Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor als auch eine Aufstockung der Sozialausgaben um 1,3 Milliarden Pfund angekündigt haben. Allerdings ist das kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, weil 25 Milliarden Pfund nötig wären, um die Todesraten wieder auf das Niveau vor 2010 zurückzubringen. Es wird in Wirklichkeit auch weiterhin ein „sozialverträgliches Frühableben" im Sinne derer gefördert, die ihr ohnehin gut gefülltes Portemonnaie gerne bald gegen ein noch viel größeres umtauschen wollen, bevor auch dieses wieder aus allen Nähten platzt.

Wie Staaten mit Krisen umgehen, entscheidet über die Lebenserwartung. Dass es auch anders gehen könnte, zeigt überdeutlich der Vergleich zwischen Island und Griechenland, die wirtschaftlich beide ähnlich schlecht aufgestellt waren. Während Islands rot-rot-grüne Regierung auf die Krise mit mehr sozialer Gerechtigkeit reagierte, eine Reichensteuer einführte, die Progression bei der Einkommensteuer verstärkte, Kapitalverkehrskontrollen durchführte und dabei weder Sozial- noch Gesundheitsleistungen kürzte, veränderten sich Gesundheitszustand und Lebenserwartung nicht. Dagegen führten die massiven Kürzungen in Griechenland natürlich zu humanitären Krisen. Die Zahl der Selbstmorde nahm um 45 Prozent, die der Säuglingssterblichkeit um 43 Prozent zu. Die Lebenserwartung sank um volle zwei Jahre.

2. In Deutschland wurde durch die Hartz-Gesetze nicht bloß der Sozialstaatsgedanke torpediert, sondern vielmehr auch die Idee der **Leistungsgerechtigkeit** konterkariert. Hartz IV steht für das Ende der „Sozialen Marktwirtschaft". Für Professor Christoph Butterwegge ist nicht sozial, was Arbeit schafft. Vielmehr zeige sich hier eine Sklavenhalterideologie, nach der selbst der mieseste Job sozialer sei als Arbeitslosigkeit.

Auch wenn die vermeintliche Halbierung der Arbeitslosigkeit seit dem 1. Januar 2005 als großer Erfolg gefeiert wird, hat das Arbeitsvolumen seit der Jahrtausendwende keineswegs zugenommen, sondern wurde lediglich anders verteilt. Heute gibt es mehr prekäre Beschäftigung, mehr Leiharbeit, brauchen Mama oder Papa oft zwei oder drei Jobs, um über die Runden zu kommen. Worin soll der Fortschritt bestehen, wenn zwar mehr Menschen beschäftigt sind, dabei jedoch die Qualität der Arbeit fast aller stark gelitten hat, Leistungs- und Konkurrenzdruck zugenommen haben?

Rot-Grün hat in Deutschland einen ausufernden Niedriglohnsektor geschaffen und war beschämenderweise auch noch stolz darauf. Die Konkurrenzfähigkeit

deutscher Unternehmen hat durch Hartz IV derart zugenommen, dass die südeuropäischen EU-Länder von der Bundesrepublik geradezu niederkonkurriert wurden. Die betroffenen Südeuropäer können ihre Importe nicht mehr bezahlen und müssen Kredite aufnehmen. So gerät der Euro unter Druck. Das schlägt auf uns selbst zurück.

Selbst wenn die Arbeitslosigkeit durch Hartz IV gesunken ist, wurde sie im Grunde nur durch Senkung der Lohnstückkosten in andere Länder exportiert. Natürlich sieht Butterwegge aber auch ganz direkte negative Folgen für Deutschland, zum Beispiel die sogenannten Erwerbsaufstocker, also Angestellte, deren Gehalt so niedrig ist, dass es auf das Hartz-IV-Niveau aufgestockt werden muss. Für die inzwischen konstant 1,3 Millionen Aufstocker gab die Bundesregierung seit 2005 allein 75 Milliarden Euro aus. Mit solcherart Subventionen belohnt unser Staat also Unternehmen, die Lohndumping betreiben und Löhne zahlen, die nicht einmal existenzsichernd sind.

3. Das neue Jahr 2018 steht vor der Tür, und mit ihm steigt der **Regelsatz** für Hartz-IV-Berechtigte um ein paar Kröten. Jeder mit den realen Lebenshaltungskosten vertraute Mensch weiß selbstverständlich, dass mit diesen Mondsätzen kein Auskommen möglich sein kann: Popelige 416 Euro sollen für einen Alleinstehenden reichen, obwohl am Ende des Geldes immer noch ganz viel Monat übrig sein wird. Auch die Sozialverbände fordern mindestens 150 Euro zusätzlich im Monat. Weil sich der Regelsatz jedoch angeblich am Einkaufsverhalten der Durchschnittsbevölkerung orientierte, ist für das Bundesamt für Statistik und die Jobcenter alles in Ordnung.

Neben den Mietkosten, die bis zu einer unwirklich niedrigen „Höhe“ gezahlt werden, sollen für „Essen und Trinken“ circa 130 Euro reichen (31 Prozent des Regelsatzes), für „Spaß und Freizeit“ etwa 50 Euro, für „Internet, Telefon, Post“ 40 Euro, für „Kleidung“ 39 Euro, für „Strom und Haushalt“ 35 Euro, für „Sonstige Einkäufe“ 30 Euro, für „Bus und Bahn, Auto“ 26 Euro, für „Gesundheitspflege“ 18 Euro, für „Restaurants und Hotels“ achteinhalb Euro. Die Krönung sind sagenhafte anderthalb Euro für „Bildung und Lernen“.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

643. Bremer Montagsdemo am 04. 12. 2017

Neue Herausforderungen im Kampf um die Rettung unseres Planeten

Die EU hat letzte Woche die Zulassung des hochgiftigen Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat um weitere fünf Jahre verlängert. Die Beweise für die krebserregende Wirkung von Glyphosat sind jedoch erdrückend. Das Zünglein an der Waage bei der EU-Entscheidung spielte der Landwirtschaftsminister der Bundesregierung, Christian Schmidt (CSU): Im Alleingang kippte er die Vereinbarung der alten Großen Koalition. Sie hatte sich bisher enthalten, weil sich die CDU/CSU *für*, aber die SPD *gegen* die Zulassung von Glyphosat ausgespricht. Mit diesem Coup setzt die CSU-Sitze ein deutliches Zeichen, dass die künftige Regierung noch rigoroser die Interessen des internationalen Finanzkapitals durchsetzen will.

Für Bayer und Monsanto ist die weitere Zulassung von Glyphosat ein milliardenschwerer Deal. Rücksichtslos setzen sie sich über den Schutz der natürlichen Umwelt, die dafür entscheidende Bedeutung der Artenvielfalt, die Existenz Hunderter Millionen von Klein- und Mittelbauern und die Gesundheitsinteressen von Milliarden Menschen hinweg. Der Widerstand mit dem Ziel des vollständigen Verbots von Glyphosat ist in den letzten Jahren weltweit angewachsen. Seit 2013 finden jährlich internationale Aktionstage gegen den Glyphosat- Produzenten Monsanto und sein gentechnisch verändertes Saatgut statt. 2016 gingen in 500 Städten in rund 50 Staaten Zehntausende auf die Straße. Mehr als eine Million Bürger in der EU hatten gegen eine weitere Zulassung des Mittels unterschrieben.

Und wie reagiert die SPD-Spitze auf diese Dreistigkeit? Fordert sie die Entlassung des CSU-Ministers? Fordert sie, die Glyphosat-Zustimmung für ungültig zu erklären, nachdem sie nachweislich nicht auf einem gemeinsamen Beschluss der Bundesregierung beruhte und damit sogar gegen ihre eigene Geschäftsordnung verstößt? Nichts von alledem! Für die Aussicht auf eine erneute Große Koalition schluckt die SPD alles, lässt sich vorführen und ist bereit, leere Versprechungen vor und nach der Bundeswahl auf den Müllhaufen zu kippen. Der skru-

pellose Glyphosat-Deal unterstreicht, wie notwendig der Aufbau einer internationalen Widerstandsfront ist, um unsere „Mutter Erde“ vor dem drohenden Kollaps zu retten!

Der Erfolg der Waldbesetzer(innen) vom Hambacher Forst ist ein mutmachender Mosaikstein auf diesem Weg. Der Energiekonzern RWE hatte letzte Woche versucht, die massive Rodung des 12.000 Jahre alten Waldes fortzusetzen. Der Wald ist Heimat bedrohter Tierarten und eine wichtige „grüne Lunge“ zur Speicherung des Klimakillers Kohlendioxid. Unter dem Wald verbirgt sich aber ein riesiges Vorkommen an Braunkohle, das Milliardengewinne verspricht. RWE will diesen Wald vernichten, obwohl längst klar ist, dass Braunkohle-Förderung der größte Klimakiller ist und keinerlei Zukunft hat.

100 Menschen hatten sich bis in 15 Meter Höhe Baumhäuser gebaut, um die Rodung zu verhindern. Bereits in den ersten Tagen kam es zu massivem Polizeieinsatz mit Pfefferspray und körperliche Gewalt gegen die Waldbesetzer. Umweltschützer, die sich solidarisieren wollten, wurden beim Betreten des Waldes sofort verhaftet. Doch genützt hat RWE dieses Vorgehen zunächst einmal gar nichts. Inzwischen hat das Oberverwaltungsgericht Münster einen „Hängebeschluss“ erlassen, der das Land Nordrhein-Westfalen verpflichtet sicherzustellen, dass RWE sofort von weiteren Rodungsmaßnahmen absieht. Angesichts des „komplexen Sachverhalts“ und zur „Vermeidung irreversibler Schäden“ wollen die Richter vor dem Hintergrund der Klage des BUND einen „effektiven Rechtsschutz gewährleisten“.

Auch im Protest gegen das umweltzerstörende Fracking geht der Widerstand in die nächste Runde. In der aktuellen Pressemitteilung von sechs Bürgerinitiativen gegen Erdgasbohren im Landkreis Verden heißt es unter anderem: „DEA beweist mit dieser im Wasserschutzgebiet Panzenberg geplanten Bohrung, dass sie ihre Geschäftsinteressen über die Interessen und den Willen des größten Teils der Bevölkerung im Landkreis Verden stellt und es in Kauf nimmt, die Trinkwasserversorgung vieler Hunderttausend Menschen zu gefährden.“ Von der Ausweitung des gefährlichen **Erdgasbohren**s in **Verden** ist auch Bremen betroffen, denn von dort kommen 18 Prozent unseres Trinkwassers. Die Bürgerinitiativen laden zum gemeinsamen **Protest** bei einem „**Umweltspaziergang**“ am **Sonntag**, dem **10. Dezember 2017**, um **10 Uhr** ein. Die „Umweltgewerkschaft“ hat entschieden, sich daran zu beteiligen. **Abfahrt** mit Pkw ist um **9 Uhr** beim **Südbad**, Rückkehr gegen 12 Uhr. Anmeldungen bitte bis zum 8. Dezember unter *umweltgewerkschaft-bremen@cloudmail.de*.

Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)

„Mehr Wanderwege“: US-Präsident Trump gibt Naturschutzgebiete in Utah frei für Fracking und Kohlebergbau *(„Spiegel-Online“)*

Kein neues Erdgasbohren im Wasserschutzgebiet Panzenberg!

Mit Pressemitteilung der DEA vom 7. November 2017, über welche unter dem Titel „Weitere Suche nach Erdgas im Wasserschutzgebiet“ am 9. November berichtet wurde, lässt DEA offiziell die Katze aus dem Sack und lässt die Öffentlichkeit wissen, dass sie eine weitere Erdgasbohrung im Wasserschutzgebiet Panzenberg niederbringen will.

Es ist nicht akzeptabel, dass DEA durch eine weitere Erdgasförderbohrung in diesem sensiblen Gebiet ein neues und damit weiteres Risikopotential schafft! Bisher ist dieses Wasserschutzgebiet nicht nur mit den Risiken der aktuellen Erdgasförderung aus der zweimal abgeteuften Bohrung „Völkersen Z4“ belastet, sondern auch mit dem Risiko der rund 300.000 Kubikmeter Lagerstättenwasser, welche über die Verpressbohrung „Völkersen H1“ in rund 1.000 Meter Tiefe verpresst wurden – Risiken mit Langzeitwirkung übrigens, sodass sich Schäden meistens erst viel später zeigen.

Hinzu kommt, dass Erdbeben infolge der Erdgasförderung, die zukünftig nicht weniger werden, Schäden an den Bohrungen bewirken können, sich Risse in den Gesteinsschichten ausweiten beziehungsweise neu entstehen können und somit neue Aufstiegspfade für Schadstoffe nicht auszuschließen sind, wodurch das Grundwasser zusätzlich bedroht und nachhaltig geschädigt werden kann, auch lange nach Aufgabe der Erdgasförderung.

DEA beweist unseres Erachtens mit dieser im Wasserschutzgebiet Panzenberg geplanten Bohrung, dass sie ihre Geschäftsinteressen über die Interessen und den Willen des größten Teils der Bevölkerung im Landkreis Verden stellt und es in Kauf nimmt, die Trinkwasserversorgung vieler Hunderttausend Menschen zu gefährden. Das so oft von DEA bemühte Interesse an gutnachbarschaftlichen Beziehungen tritt DEA selbst mit Füßen.

DEA sollte endlich akzeptieren, dass vor dem Hintergrund des Klimawandels auch die Förderung und Nutzung von Erdgas ein Auslaufmodell und keine „Brückenenergie“ ist, wie es der Bevölkerung gerne weisgemacht wird, und sich dem Geschäftsfeld der erneuerbaren Energien zuwenden. *Da* nur liegt die Zukunft – und nicht am Festhalten alter Pfründen!

Wir werden alles in unseren Möglichkeiten Liegende nutzen, um diese Bohrung zu verhindern, und sind uns einer breiten Unterstützung aus der Bevölkerung sowie der Politik auf kommunaler, Kreis- und Landtagsebene sicher.

Wolfgang Marschhausen (im Auftrag der Bürgerinitativen „No Fracking im Erdgasfeld Völkersen“, „Intschede Wesermarsch ohne Bohrtürme“, „Flecken Langwedel gegen Gasbohren“, „Rote

Hand Thedinghausen/Achim“, „Walle gegen Gasbohren“, „Lintler Geest gegen Gasbohren“, „Flecken Langwedel gegen Gasbohren“)

Du sollst nicht gegen die AfD demonstrieren: Sonst werden dir von der doitschen Polizei die Beine gebrochen *(„Tageszeitung“)*

Bei null Grad mit dem Wasserwerfer in die Menge schießen ist Körperverletzung

Zwei Jahre auf Bewährung und 54.000 Euro Geldstrafe – wie brutal! Nach dem Urteil wegen vorsätzlichen Bankrotts seiner Drogeriemarktkette stieg Anton Schlecker in seinen Porsche Cayenne (Wert: 90.000 Euro). Die 25.000 Frauen, die er brutalst ausgebeutet hatte, gingen leer aus: Sie erhielten noch nicht mal eine Abfindung! Die meisten von ihnen sind immer noch arbeitslos. Schlecker hat Milliarden daran verdient, dass die Angestellten – meist war nur eine allein im Laden – gleichzeitig kassieren, Regale einräumen und Ladendiebe fangen mussten.

Mit allen Mitteln wurde die Gründung von Betriebsräten verhindert. Schlecker war ein mieser Ausbeuter mit millionenschwerer Villa. Mit ein paar Milliönchen wurde vor dem Urteil schnell noch „tätige Reue“ demonstriert, und schon scheint die Sonne wieder – wenn das keine Klassenjustiz ist! Es ist ja nicht das erste Mal, sondern „Normalität“. Die Bosse, zum Beispiel auch der Air-Berlin-Chef, sitzen auf ihren Millionen – und jene, die sie ausgebeutet und geprellt haben, schauen „in die Röhre“. –

Zum AfD-Parteitag am Samstag in Hannover kamen über 6.000 Gegendemonstranten. Brutal ging die Polizei vor: Bei Temperaturen um den Gefrierpunkt mit dem Wasserwerfer in die Menge zu schießen, ist vorsätzliche schwere Körperverletzung. Mindestens ein Mann wurde auch so schwer verprügelt, dass er mit Brüchen ins Krankenhaus musste. Und wen oder was schützte die Polizei? Eine Partei, die auf dem Weg ist, immer offener faschistisch zu sein!

Wenn in den Medien, die sie nach wie vor hochpuschen, immer vom „Erstarken des rechtsnationalen Flügels“ die Rede ist, so ist das eine gezielte Verharmlosung. Da geht es nicht um „rechtsnational“ oder „konservativ“: Die offenen Faschisten wie Höcke setzen sich durch. Der „Weser-Kurier“ ist besonders gut im Verharmlosen und bietet auf Seite 2 mal wieder ganzseitige Werbung für die AfD,

wo dann von „launigen Bemerkungen Gaulands“ die Rede ist. Kampf dem Faschismus – wehret den Anfängen! –

Letzte Woche nahm ich an den beiden Montagsdemonstrationen in Stuttgart teil. Eine ist etwa wie bei uns, zur anderen kommen regelmäßig circa 1.000 Leute gegen „Stuttgart 21“ – jeden Montag! Jetzt kam heraus, dass der offizielle „Finanzierungsrahmen“ bereits bei 7,6 Milliarden Euro liegt – das ist das Fünffache dessen, was der bisher größte Bahnhofsneubau, der Berliner Hauptbahnhof, gekostet hat. Ein Ende der Kostensteigerungen ist aber noch gar nicht absehbar – und nicht einmal, dass der auf von 16 auf acht Gleise verkleinerte Durchgangsbahnhof mit seinen extrem vielen Tunneln überhaupt jemals funktionieren wird.

Immer noch wäre es weitaus billiger, das unsinnige Projekt abzubrechen. Namhafte Architekten und Wissenschaftler haben konkrete Pläne entwickelt, wie man – ausgehend vom jetzigen Desaster – einen gestärkten, verschönerten Kopfbahnhof erhalten beziehungsweise zum Teil neu schaffen könnte. Die Tunnelröhren verlaufen im sogenannten Anhydrid, ein gipsartiges Gestein, das bei Berührung mit Wasser aufquillt. Erst jetzt musste deshalb der noch gar nicht so alte Engelbergtunnel bei Stuttgart für eine vollständige und aufwendige Sanierung gesperrt werden. Aber den Verantwortlichen und dem hinter ihnen stehenden Finanzkapital geht es nur um Profite! –

„Am anderen Ende der Welt“ wird mittlerweile täglich demonstriert, mit bis zu 200.000 Teilnehmenden jeden Freitag vor der Residenz des japanischen Ministerpräsidenten. Die Situation in Fukushima ist weiterhin nicht beherrschbar, es herrscht die totale Verstrahlung. Auch wenn nicht alle Kämpfe zum Erfolg führen, so müssen wir sie doch als Schule des Kampfes um Abschaffung des Profitsystems führen!

In München ist Mehmet Yesilcali aus dem Gefängnis entlassen worden. 15 Jahre lang war er in der Türkei inhaftiert und wurde gefoltert. Nach der Flucht in die Bundesrepublik kam er hier, obwohl schwerst traumatisiert, sofort wieder ins Gefängnis und war erneut einer folterähnlichen Behandlung ausgesetzt. Er wurde keinerlei Verbrechen oder Vergehen beschuldigt außer dem einen: Revolutionär zu sein! Zweieinhalb Jahre lang saß er in München in Untersuchungshaft, jetzt endlich wurde er entlassen. Herzlichen Glückwunsch!

Wolfgang Lange (MLPD)

„Schikanöse Kürzungen“: Schon wieder fordert der Hartz-IV-Vollzug ein Stichwundenopfer *(„Junge Welt“)*

Bettler darf halben Regelsatz anrechnungsfrei hinzuverdienen: Dürfen wir das als Musterfall für beliebige Nebeneinkünfte betrachen? *(„Junge Welt“)*

Pro und Contra Grundeinkommen: Wie können wir jährlich eine Billion Euro umverteilen? *(„Tageszeitung“)*

Agenda Untergang: Um Hartz IV zu retten, zwingt Steinmeier die SPD in die nächste Große Koalition *(„Freitag“)*

644. Bremer Montagsdemo am 11. 12. 2017

Erneute Bedrohung für unser Trinkwasser

Das Bremer Trinkwasser kommt zu über 80 Prozent aus dem niedersächsischen Umland. Aus der historischen Harz-Wasserleitung von der Sösetalsperre kommt in Bremen nur noch ein Rinnsal an, so viel wird vorher schon abgezapft. Die Bremer Wasserquellen liegen unter anderem in der Syker Geest und im Raum Verden. Das Wasserschutzgebiet Panzenberg nördlich von Verden steuert über 13 Prozent des Wassers bei.

Am letzten Sonntag hatten die sechs Bürgerinitiativen aus dem „Roten X“ zwischen Thedinghausen, Langwedel und Walle bei Verden zu einem „Umweltspaziergang“ über den Panzenberg eingeladen. Um 10 Uhr trafen sich circa 200 Menschen an der Bohrlochstelle „Völkersen Z4“. Es waren Landkarten aufgehängt, und es wurde über die aktuell bekannt gewordenen Aktionspläne des Konzerns DEA berichtet. Auf einem einstündigen Weg ging es dann über einen Teil des Wasserschutzgebietes Panzenberg, auch an einem Trinkwasserbrunnen vorbei, an dem das Wasser aufgenommen wird.

In diesem Wasserschutzgebiet befindet sich eine alte Bohrstelle der DEA als „Insel“. Dieses Inselgrundstück gehört dem Konzern. Die Ländereien drum herum werden landwirtschaftlich genutzt, und die Bauern weigern sich mittlerweile, der DEA weitere Ländereien zur Verfügung zu stellen. Die DEA hat aber geologische Untersuchungen vorgenommen oder vornehmen lassen, die besagen, dass sich die Ausplünderung der Gasfelder in diesem Gebiet sehr lohnen würden. Dachalb will sie neu nach Gas bohren. Da sie keine neuen Ländereien bekommt, muss sie auf ihrem kleinen Grundstück nun eine neue Bohrung so weit niederbringen, dass sie ab einer bestimmten Tiefe, um 90 Grad verschwenkt, in welche Richtung auch immer, an ihre geplanten Gasfelder kommen kann.

Dieses Bohren in größerer Tiefe erfordert dann das Fracking. Dabei wird mit einem Giftgemisch das tiefer liegende und nicht leicht aufschließbare Gestein ge-

lockert und das Gas zum Abbau frei gemacht. Bei dem ganzen Vorgang besteht äußerst große Gefahr für die Erdschichten: Welche Wege suchen sich Gas und Wasser, wie wird das hochgiftige Lagerstättenwasser geborgen, und wie wird es entsorgt? Hier setzen die Sorgen der Menschen an. Giftabfälle, die mit nur wenig Überdeckung ”verbuddelt“ werden, die Krebsfälle, die ”kleinen“ Erdbeben und Geländeabsenkungen, das und noch mehr beunruhigt die Menschen.

Gleichzeitig hat der Gesetzgeber zwei unterschiedliche Behörden mit dem Management beauftragt, um die „Verantwortungen“ zu trennen und gleichzeitig die Zusammenhänge zu verschleiern: für die oberen Schichten die Wasserwirtschaftsämter, für „unten“ das Bergamt in Clausthal-Zellerfeld im Harz. Nach dem aktuellen „Fracking-Gesetz“, das den Öl- und Gaskonzernen nur wenige Steine in den Weg legt, muss nun eine Umweltverträglichkeitsprüfung von der Genehmigungsbehörde beim Landkreis in Gang gesetzt werden. Für die Bürger ist das wichtig, aber auch kaum durchschaubar.

Der Betreiber wird mit allen möglichen Untersuchungsergebnissen kommen und Theorien aufstellen, um seine Ziele durchzusetzen. Die Bürger, an erster Stelle die Bürgerinitiativen gegen das Gasbohren, müssen höllisch aufpassen und alles mehrmals prüfen, um nicht übers Ohr gehauen zu werden. Das ist ein längeres Verfahren, bei dem die DEA immer wieder auf ihr ”Recht auf Betriebsgeheimnisse“ pochen wird, um bestimmte Fakten nicht offenzulegen. Zum kommenden Frühjahr hin wird von der DEA wohl eine neue Bohrerlaubnis beantragt und das Genehmigungsverfahren in Gang gesetzt werden. Darauf machten die Sprecher der Bürgerinitiativen aufmerksam und baten die Teilnehmer des „Umweltspaziergangs“ um Unterstützung.

Schon 2014 und 2015 haben wir von der Bremer Montagsdemo und der „Umweltgewerkschaft“ am „Global Frackdown Day“ im November der Jahre auf die Gefährdung des Trinkwassers hingewiesen. Wir haben die Parteien in der Bürgerschaft angesprochen, aber von wenigen Ausnahmen keine Antwort bekommen. Das ignorieren die Herrschaften gerne! Wir wollen jetzt Verbindung zu den Bürgerinitiativen im ”Roten X“ halten, um sie, auch durch Informationen in Bremen und der Bremer Bevölkerung, zu unterstützen. Das wird eine wichtige praktische Aufgabe im nächsten Jahr sein. Wer sich mehr mit der „Wühlarbeit“ im Untergrund beschäftigen will, sei auf die interaktive Seite „(Un)konventionelle Gasförderung, Fracking und Probebohrungen“ hingewiesen.

Jobst Roselius („Umweltgewerkschaft“)

Wie in der Vergangenheit wollen wir uns nach der letzten Montagsdemo des Jahres, also am **18. Dezember 2017**, zu einer **Weihnachtsfeier** im **Jugendfreizeitheim Buntentor** treffen (**Geschwornenweg 11a**, Haltestelle „Rotes-Kreuz-Krankenhaus“ der Linie 4). Es wäre schön, wenn jede(r) etwas dazu beiträgt! Glühwein und Würstchen sind schon „gesichert“ – es fehlen noch Salate, Plätzchen, kalte Getränke und Kulturelles wie Lie-

der, Gedichte, Sketche. Vor allem aber wollen wir gemütlich beisammen sitzen und gute Gespräche führen. Die Feier beginnt gegen **19 Uhr**.

Eure Sorgen und Nöte sind schadenersatzpflichtig und in Euro und Cent zu erstatten!

1. Bitte noch einmal über die beantragten und erhaltenen Leistungen nachdenken! Bis zum Jahresende sollten Überprüfungsanträge für abgelehnte Anträge gestellt werden. Was wurde nicht bewilligt? Eventuell sieht das Sozialgericht diese Ansprüche inzwischen anders, vergleiche insbesondere die Seite zur 642. Bremer Montagsdemonstration.

Sozialrechtler Harald Thomé schreibt dazu in seinem Newsletter: „SGB-II-Leistungsberechtigten werden zum Teil systematisch die ihnen zustehenden Ansprüche vorenthalten. Ein repressives Gesetz wird häufig noch repressiver umgesetzt. Aufgabe der sozialen Arbeit ist es, sich schützend vor die Betroffenen zu stellen, zunächst die Existenzsicherung der Rat- und Hilfesuchenden sicherzustellen und sich gegen soziale Ausgrenzung und Vorenthaltungen von Rechtsansprüchen zu positionieren.“

Bitte auch die Möglichkeiten des Schadenersatzes berücksichtigen! **Schadenersatz** im SGB II ist nicht neu. Neu ist, dass Ersatz für Schaden, den das Jobcenter verursacht hat, mithilfe des Sozialgerichts einklagbar ist. Aber erst den Antrag beim Jobcenter stellen. Den Anspruch auf Schadenersatz gab es schon immer, aber die Durchsetzung war risikoreich, weil die Klage nicht vor dem Sozialgericht erhoben werden konnte. Dieses Prozessrisiko haben die geschädigten Leistungsempfänger gescheut. Der Klageweg über die Sozialgerichte ist ohne dieses Kostenrisiko.

Damit sind Anträge auf Schadenersatz beziehungsweise auf Überprüfung und Schadenersatz ebenfalls bis zum 1. Januar 2016 rückwirkend möglich. Ab Januar 2018 sind diese Anträge nur noch rückwirkend zum 1. Januar 2017 möglich. Über Schadenersatz steht viel auf unseren Seiten. Es geht nicht nur um den Schaden in Euro und Cent für entstandene Mehrkosten, sondern auch um die Sorgen und Nöte, die vom Jobcenter verursacht wurden, zum Beispiel wenn die

Miete vom Jobcenter nicht rechtzeitig oder nicht in der richtigen Höhe überwiesen wurde.

Für die Auswirkungen und negativen Folgen muss das Jobcenter entschädigen, allerdings erst auf Antrag. Die Höhe der Entschädigung für die Sorgen und Nöte (Schmerzensgeld) muss nicht beziffert werden. Im besten Fall macht das Jobcenter ein Angebot. Ansonsten die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen, auch wenn das Angebot des Jobcenters niedrig ausfällt. Schmerzensgeld wird nicht auf die Leistungsansprüche angerechnet und ist auch nicht einkommensteuerpflichtig.

2. „Bimbes – Die Schwarzen Kassen des Helmut Kohl“ heißt ein ARD-Film von Stephan Lamby und Egmont R. Koch. In der Ankündigung heißt es: „Vor zwei Jahren sorgte Wolfgang Schäuble mit einer Behauptung zu Helmut Kohls Spendenaffäre von 1999/2000 für Aufsehen: ‚Es gibt keine anonymen Spender. Es gab aus der Zeit von Flick Schwarze Kassen.‘ Eineinhalb Jahre recherchieren Stephan Lamby und Egmont R. Koch in Kooperation mit dem ‚Spiegel‘, was es mit dem Ehrenwort von Helmut Kohl auf sich hatte. Sie stießen auf entlarvende Dokumente und sprachen mit Zeitzeugen, auch nach Helmut Kohls Tod. Die Recherche führte bis in die 60er und 70er Jahre, als deutsche Konzerne ein illegales Spendensystem anlegten – ein System, von dem Helmut Kohl am meisten von allen Politikern profitierte.“

In diesem Film geht es um Steuerbetrug! Der Flick-Konzern hat aus Schwarzen Kassen geschmiert. Eine Aktion wurde beschrieben: Flick spendet einen Millionenbetrag und erhält die Zuwendungsbescheinigung über den gesamten Spendenbetrag. Der Spendenempfänger zahlt 80 Prozent des Spendengeldes an Flick zurück. So wurde zum Beispiel die Schwarze Kasse gefüllt. Weitere Tatbeschreibungen lassen viel kriminelle Energie erkennen. Nur eines fehlt: das Unrechtsbewusstsein. Jeder Politiker hätte die Schmiergelder in seiner Steuerklärung angeben müssen! Wer hat es gemacht? In diesem Film sind viele, teils noch heute aktive Politiker zu sehen, darunter Biedenkopf, Schäuble, Merkel. Frau Merkel hat Herrn Kohl an der Parteispitze abgelöst, aber die Schwarzen Kassen hat sie nicht geklärt, auch der Bundesfinanzminister nicht!

Wie in jedem Bericht oder Film bleibt etwas auf der Strecke. Mir fallen die Steuerprüfer ein, die eine Steuer-CD auswerten wollten, um Steuerverbrecher zu überführen: „Zu Beginn der Affäre wurde der Fall der ‚Stiftung Zaunkönig‘ publik, bei dem die CDU Hessen mit Hilfe ihres in die CDU-Spendenaffäre verwickelten Beraters Horst Weyrauch 20 Millionen D-Mark in Liechtenstein versteckt gehalten hatte. Beobachter vermuteten einen Zusammenhang zur Steuerfahnder-Affäre.“

Die Beamten, erfolgreiche Steuerfahnder, wurden an ihrer Arbeit gehindert. Zwangsweiser Ausschluss von der Tätigkeit war der Gipfel. Sie waren hartnäckig. Für den Gutachter hatte dies ein gerichtliches Nachspiel: Er wurde schuldig gesprochen und zu Schadenersatz verurteilt. Die ehemaligen Steuerprüfer wurden

rehabilitiert, aber der Dienstherr, die Politik, hatte sie auch im Januar 2017 immer noch nicht in Amt und Würden zurückgeholt.

Die Steuer-CD wurde nicht ausgewertet. Die Politik hat dieses Ziel erreicht. Ungeklärt ist, was aus den Schwarzen Kassen geworden ist. Der Aktentaschen-Betrag war ja nur o hoch wie die Schadenersatzforderung des Bundestags. Wer hat das Geld eingesackt, und um welche Beträge handelt es sich? Warum haben diese Politiker und weitere Nutznießer nicht „reinen Tisch“ gemacht? Oder läuft das System – **Steuerbetrug** zur Gewinnung von Schmiergeld bei gleichzeitiger Steuervermeidung – noch heute? Warum greift die Steuerfahndung diesen Sachverhalt nicht auf? Sie arbeitet weisungsgebunden: Wenn der Politiker nicht einverstanden ist, wird die Prüfung verhindert.

3. In Sachen Kosten der Unterkunft hat Bremen der Deputation für Soziales den Entwurf einer neuen Verwaltungsanweisung vorgelegt. Über die Tagesordnung vom 30. November 2017 ist diese Vorlage aufrufbar. aufrufbar. Zur vorherigen Verwaltungsanweisung und zu den Kosten der Unterkunft in Bremen insgesamt sind meine Anmerkungen auf der Seite zur 642. Bremer Montagsdemonstration nachzulesen. Die geplanten Änderungen sind in der Vorlage kenntlich gemacht.

Die **Mietrichtwerte** wurden leider nicht erhöht. Die Änderungen betreffen überwiegend den Anspruch von Leistungsempfängern in einer Wohngemeinschaft. Unter Position 5 steht auch, wann die pauschale Mietteilung nicht anzuwenden ist. Außerdem gibt es Änderungen etwa für Rollstuhlbenutzer: Die Mietrichtwerte werden ausdrücklich aufgehoben, Doppelprüfungen und Gutachten sind verzichtbar. Die Änderungen sind auch ein Beispiel für die Wortwahl.

Es ist nicht nachlesbar, warum Mietangebote so oft als „nicht angemessen“ eingestuft werden und somit der Einzug in die angebotene Wohnung nicht bewilligt wird. Der konkrete Ablehnungsgrund in Euro und Cent wird nicht genannt. Ersichtlich wird aber, dass die Miet*richtwerte* als *starre Obergrenzen* angewendet werden. Der Sozialbehörde ist dies bekannt. Diese Handhabung wird als unverständlich und falsch kommentiert. Angeboten werden Gespräche darüber mit dem Jobcenter.

Dieses Vorgehen ist unerklärlich. „Wahrscheinlich muss nachgeschult werden“, soweit sinngemäß der zuständige Mitarbeiter der Sozialbehörde beim „Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen“. Die neue Geschäftsführerin des Jobcenters sah einige Wochen später in der gleichen Runde die Mietrichtwerte als „richtig angewandt“: „Wir als Jobcenter halten uns an die Weisungen der Sozialsenatorin. Die Vorgaben sind eindeutig und von uns nicht änderbar.“ Bei diesen Gesprächen war Schadenersatz kein Thema.

Die Ablehnung eines Mietangebots als „unangemessen“ durch das Jobcenter kann oftmals nicht erfolgreich angefochten werden, weil die Wohnung inzwischen anderweitig vermietet wurde. Der Anspruch auf Schadenersatz bleibt erhalten. Daher beim Jobcenter den Antrag stellen und das Notwendige beantragen, um

den Schaden kleinzuhalten, zum Beispiel die Zustimmung zur Einschaltung eines Maklers oder zum Verbleib in der bisherigen Wohnung bei voller Mieterstattung.

Die Hilfe des Sozialgerichts führt im einstweiligen Rechtsschutzverfahren kurzfristig zu einer Entscheidung. Festzustellen ist: Wenn das Jobcenter bei der bisherigen Praxis bleibt, wird dies teuer, denn auch die Sorgen und Nöte sind schadenersatzpflichtig und in Euro und Cent zu erstatten! Wer dies alles hinter sich hat, kann den Antrag auf Schmerzensgeld ebenfalls stellen, rückwirkend zumindest ab 1. Januar 2016, eventuell auch für die Zeit davor.

Anträge auf Überprüfung müssen hinreichend bestimmt sein und mindestens den Grund und Zeitraum beinhalten, was wie zu überprüfen ist. Anträge für 2016 müssen dem Jobcenter noch in diesem Jahr vorliegen: „Ich bitte um kurzfristige Eingangsbestätigung. Falls Sie weitere Angaben oder Unterlagen benötigen, erbitte ich Ihre Nachricht.“ Das Jobcenter hat eigentlich alles. Auch Gespräche werden per Aktennotiz festgehalten. Diese Notizen sind normalerweise nicht änderbar. Das Jobcenter hat nichts über die persönliche Gefühlslage, aber auch diese Beeinträchtigung ist grundsätzlich bekannt und nachvollziehbar!

Auch die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, dass die Maßnahmen zum Erhalt der Wohnung bereits *vor* der Klage des Vermieters getroffen werden müssen, wirkt: Wenn der Vermieter Kosten in Rechnung gestellt hat, die nicht angefallen wären, wenn das Jobcenter die Mietschulden zügig übernommen hätte, besteht Schadenersatzanspruch. Dies gilt auch für alle anderen Kosten in diesem Zusammenhang, etwa Anwaltskosten des Vermieters oder Gerichtskosten. Einklagbar ist dies rückwirkend mindestens bis zum 1. Januar 2016. Für eine Unterbrechung der Energieversorgung, die Mahnkosten, das Ab- und Wiederanstellen gilt sinngemäß das Gleiche: Auch hier führt eine zögerliche Bearbeitung durch das Jobcenter zum Schadenersatzanspruch, auf Euro und Cent sowie für die eventuellen Sorgen und Nöte.

Sie haben den Leistungsantrag bei der falschen Behörde gestellt, und das Jobcenter hat erst ab dem Antrag auf ALG II bewilligt? Die Überprüfung beantragen: Das Datum des Erstantrags gilt, auch wenn die falsche Leistung beantragt wurde. Sie sind Auszubildende(r) oder Student(in) und zahlen mehr für die Miete, als im Bafög enthalten ist? Sie können die Differenz zum Mietrichtwert erhalten: Einfach den Antrag stellen, auch rückwirkend. Studierende und Auszubildende sind zwar von ALG-II-Leistungen ausgeschlossen, aber die Erstattung von Kosten der Unterkunft gilt nicht als Leistung gemäß SGB II. Hier wird die Juristerei zur Verdrängungskunst. Stellen Sie den Antrag und lassen Sie sich nicht abwimmeln! Bitte außerdem bei Bafög die Berücksichtigung des Kindergeldes kritisch prüfen.

Wer geerbt hat oder aus anderen Gründen zu Geld gekommen ist und damit das Jobcenter erfreut hat, sollte sich die Unterlagen nochmals anschauen. Wenn die Anrechnung formlos einfach so ohne Bescheiderteilung erfolgt ist, kann die Überprüfung beantragt werden. Falls alles formlos war beziehungsweise ohne

ausreichende Begründung erfolgte, könnte diese Handhabung aufzuheben sein. Eine Nachzahlung wäre in Sicht.

Noch einmal Harald Thomé: „Zum 1. Januar 2018 wird sich die Höhe des Kindergeldes von 192 auf 194 Euro bei den ersten zwei Kindern ändern, von 198 auf 200 Euro beim dritten und ab dem vierten Kind von 223 Euro auf 225 Euro. Ferner wurde bestimmt, dass für ab dem 1. Januar 2018 beantragtes Kindergeld nur noch für sechs Kalendermonate vor der Antragstellung gezahlt wird, vorher waren das vier Jahre, so § 66 Absatz 3 EStG (neu). Laut Begründung des Gesetzgebers soll damit ‚Missbrauch auch durch EU-Ausländer' verhindert werden." Wer immer noch auf die Geburtsurkunde wartet, sollte einfach Kindergeld beantragen: „Geburtsurkunde wird nachgereicht".

Weitere Informationen erhalten Sie durch Nutzung der Suchmaschine auf unserer Homepage, einfach mal ausprobieren! Die Beachtung der sozialen Auswirkungen wird immer zwingender. Wir arbeiten daran! Die Frage „Was kann ich machen?" ist einfach zu beantworten: Wir haben auf dem Marktplatz noch viel Platz und ein Offenes Mikrofon. Wir sind gespannt auf Ihre Meinung und Erfahrung! Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Letztmalig sind wir in diesem Jahr am Montag, dem **18. Dezember 2017**, ab **17:30 Uhr** auf dem **Hanseatenhof** erreichbar, anschließend ab **19 Uhr** im **Jugendfreizeitheim Buntentor** zu einer gemütlichen kleinen **Weihnachtsfeier** mit guten Gesprächen. Im neuen Jahr geht es am **8. Januar 2018** wieder um **17:30 Uhr** in Bremens „Guter Stube" weiter, auf dem **Marktplatz**.

Hans-Dieter Binder („Die Linke", „so:leb – Sozialer Lebensbund")

Das wird nix: Weil Merkel so sehr auf „Stabilität" pocht, muss nach der „Jamaika"-Sondierung erst noch die Fortsetzung der Großen Koalition scheitern, bevor eine Minderheitsregierung möglich ist *(„Die Zeit")*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

645. Bremer Montagsdemo am 18. 12. 2017

In drei Jahren 15 Euro mehr Hartz IV, aber 875 Euro höhere Diäten

Mesale Tolu, Journalistin aus Ulm, kommt frei – nach acht Monaten in türkischer Haft, getrennt von ihrem dreijährigen Kind. Kein einziges Vergehen, geschweige denn Verbrechen hat sie vergangen oder wird ihr vorgeworfen. Beschuldigt wird sie, Mitglied der MLKP zu sein, einer revolutionären Partei. Die MLKP ist – wie in Deutschland die MLPD – Mitglied der ICOR und war ebenfalls am Bau des Gesundheitszentrums in Kobanê beteiligt.

Jeden Freitag gab es seit Monaten Kundgebungen in Ulm vor dem Münster. Die Freilassung ist ein Erfolg der weltweiten Solidarität, die aber weitergehen muss, denn es sitzen immer noch Tausende im Gefängnis. In kaum einem anderen Land der Welt werden so viele Journalisten einsperrt. Herzlichen Glückwunsch an alle, die für die Freilassung Mesales gekämpft haben! Präsident Erdogan ist immer mehr isoliert, aber die deutsche Regierung war ihm stets eine treue Stütze. Jetzt droht er mit Einmarsch in Efrin/Syrien. Das erfordert weltweiten Protest!

Deutschland hat immer noch keine neue Regierung, aber in einer Frage gibt es schon eine ganz große Koalition: Auf Antrag von CDU/CSU, FDP und SPD kommt in Zukunft die „automatische“ Erhöhung der Diäten, ohne Debatte und Abstimmung. Von 8.667 Euro im Jahr 2014 sind sie inzwischen auf 9.542 Euro gestiegen, also um 875 Euro. In derselben Zeit stieg das ALG II um bloße 15 Euro! So steigt die Altersarmut weiter. Die Renten betragen nur noch unter 50 Prozent vom früheren Lohn und werden jetzt zunehmend besteuert. Ab Juli 2018 betrifft das zusätzlich 54.000 Rentner, die bisher steuerfrei waren. Ab 2040 sollen alle Renten besteuert werden. Kampf der Altersarmut!

Während die VW-Vorstände fette Boni bekamen und außer Manager Schmidt in den USA straffrei blieben, werden immer mehr Leiharbeiter entlassen. Die gehen jetzt in die Offensive: Zum Aktionstag in Hannover kamen die Kolleg(inn)en am Samstag teils mit ganzer Familie, aus Wolfsburg allein 200. Mit Stichtag 22.

Dezember soll ihnen die Kündigung unter den Weihnachtbaum gelegt werden. Deshalb sagen sie: „Wir kämpfen auch für alle, die nach uns kommen!“

In China gibt es 280 Millionen Wanderarbeiter. China ist schon seit Langem kein sozialistisches Land mehr. Ganz im Gegenteil herrscht brutalster Kapitalismus in einem neoimperialistischen Land. Millionen werden ohne alles aus ihren Häusern auf die Straße gejagt: Peking soll von 23 auf 20 Millionen Einwohner verkleinert werden. Dagegen beginnen erste Kampfaktionen. Ebenso gibt es in Griechenland aktuell Demonstrationen gegen die Einschränkung des Streikrechts und die Tsipras-Regierung: „Armut, Steuern, Arbeitslosigkeit – ihr habt jede Grenze überschritten!“

Die Ryanair-Piloten sind streikbereit. Sie verdienen nur einen Bruchteil dessen, was bei anderen Airlines üblich ist. Zum Beispiel werden sie in Rumänien mit 1.000 Euro Gehalt eingestellt, was dort eine ganze Menge ist, aber dann zwangsversetzt nach Frankfurt, München oder Hamburg, wo sie damit bei den Mieten nicht weit kommen. Jetzt hat der Chef kalte Füße bekommen und will plötzlich doch Gewerkschaften zulassen. Auch das zeigt: Die Monopole sind nicht übermächtig. Wer kämpft, kann gewinnen!

Ein Gericht in Hamburg gab Volker Beck von den Grünen recht: Es sei zwar eine Falschbehauptung, dass die MLPD mit „Terrororganisationen“ zusammenarbeite, aber diese Behauptung sei „wertneutral“ und daher straffrei. Von wegen! Auf Betreiben von Leuten wie Beck und Redakteuren der „Jerusalem Post“ wurden alle Konten der MLPD bei Deutscher Bank und Postbank gekündigt und damit ihre Geschäftsfähigkeit angegriffen. So wird jegliche Kritik an der israelischen Besatzungspolitik wird kriminalisiert. Für den Freiheitskampf Palästinas!

Wolfgang Lange (MLPD)

Solidaritätserklärung mit den kämpfenden Leiharbeitern bei VW

Liebe Kolleginnen und Kollegen bei Volkswagen in Hannover, wir haben bei unserer heutigen Montagsdemo davon gehört, dass euch der VW-Vorstand zu Weihnachten entlassen will. Das ist eine Riesensauerei und darf nicht durchkommen! Die hohen Herren stopfen sich die Taschen voll mit Bonuszahlungen – und bis auf ganz wenige Ausnahmen gehen sie auch noch straffrei aus, trotz ihrer Verantwortung für den verbrecherischen Abgasbetrug. Und ihr, die ihr ja „nur Leiharbeiter“ seid, sollt dafür arbeitslos werden. Ein schönes Weihnachtsgeschenk!

Wir freuen uns und sind stolz auf euch, dass ihr euch dagegen zur Wehr setzt. Seit über 13 Jahren kämpfen wir gegen die Hartz-Gesetze, nicht nur gegen Hartz IV, das uns arm macht, sondern auch gegen die ganzen anderen Hartz-

Gesetze, die der Leiharbeit Tür und Tor geöffnet haben. Für die Übernahme aller Zeit- und Leiharbeiter in feste Arbeitsverhältnisse! Weg mit den Hartz-Gesetzen! Keine Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Beschäftigten!

Solidaritätserklärung der Bremer Montagsdemo (einstimmig verabschiedet)

Die erste Bremer **Montagsdemonstration** im neuen Jahr beginnt
am **8. Januar 2018** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Bremer Montagsdemo

Kontakt

Seit August 2004 treffen wir uns **jeden Montag um 17:30 Uhr** in Bremens guter Stube, am Roland auf dem **Marktplatz**. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren. Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt!

Uns eint die **Empörung über die asozialen Gesetze** der Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Zur Sprache kommen auf der Montagsdemo aber oft auch andere Themen, die uns bewegen und denen immer wieder gemein ist, wie zum Profitscheffeln **das Gemeinwohl mit Füßen getreten** wird. Ab 2010 war dies der Protest gegen das größenwahnsinnige Bauprojekt „Stuttgart 21“, im Jahr 2011 unser Veto gegen den unverantwortlichen Betrieb von Atomkraftwerken, das die Regierung zur Stilllegung mehrerer Altmeiler gezwungen hat.

Wir haben ein **Offenes Mikrofon**, wo jeder zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zum (No-)Job-Center. Die Bremer Montagsdemo ist **überparteilich**, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

Kontakt: **Hans-Dieter Binder** („Die Linke“), Donaustraße 81, 28199 Bremen, Telefon 0421-501 501, GDBinder(at)web.de;
Wolfgang Lange (MLPD), Biebricher Straße 30, 28199 Bremen, Telefon 0421-554 337, Wolfgang.Lange(at)nord-com.net

Zuschriften an: Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de (Verteiler), Manuskripte(at)Bremer-Montagsdemo.de (Redaktion)

Spendenkonto: Jobst Roselius, IBAN: DE25 2011 0022 2837 7391 84, BIC: PBNK DERR XXX (Postbank Hamburg)

Impressum: G. Wulf, Luchtbergstraße 27, 28237 Bremen,
Info(at)Bremer-Montagsdemo.de
Für die Beiträge haften die Verfasser.
Zuschriften können veröffentlicht werden.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz